

SITZUNGSBERICHTE DER LEIBNIZ-SOZIETÄT

Band 74 • Jahrgang 2004

trafo Verlag Berlin

ISSN 0947-5850 ISBN 3-89626-515-6

Inhalt

Leibniztag 2004

01 *Herbert Hörz*: Anerkennung gegen politische Ignoranz - Begrüßung zum Leibniztag 2004 –

02 *Herbert Hörz*: Wissensverwalter oder Erkenntnisgestalter? Bericht des Präsidenten an den Leibniztag 2004

03 Nachrufe auf verstorbene Mitglieder und Freunde der Leibniz-Sozietät

04 Neue Mitglieder der Leibniz-Sozietät

05 *Ingrid Lohmann und Christoph Fusch*: Ansprachen

Aus der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften

06 *Uwe-Jens Heuer*: Marxismus und Politik

07 *Jörg Roesler*: Erster Abschied von der Globalisierung. Erfahrungen latein-amerikanischer Schwellenländer mit der "Abkopplung vom Weltmarkt" in den 1930er bis 1960er Jahren. Das Beispiel Argentinien

08 *Christa Luft*: Globalisierung - Gestaltungsaufgabe versus Sachzwang

09 *Mario Keßler*: Antike und moderne Demokratie bei Arthur Rosenberg

Zum 100. Geburtstag von Jürgen Kuczynski

10 *Jan Peters*: Jürgen Kuczynski zum 100. Geburtstag am 17. September 2004

11 *Günter Krause*: Ökonomisches Denken in den Vereinigten Staaten von Amerika Anfänge und Grundlegung im 18. und 19. Jahrhundert

12 *Rose-Luise Winkler*: Nachtrag zu JK

Gedenken und Erinnerungen

13 *Peter H. Feist*: Richard Hamann. Zum 125. Geburtstag des wirkungsreichen Kunsthistorikers

14 *Dejan Medaković*: Anton Springer und die Serben

15 Friedhilde Krause: Eine bedeutsame Tagung der internationalen Slawistik vor fünfzig Jahren in Berlin

16 France Bernik: "Wissenschaft und Glaube" vor zwanzig Jahren

Rezensionen

17 Erich Hahn: Angelika Timm: Israel - Gesellschaft im Wandel

18 Bärbel Holtz: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49

19 Friedbert Ficker: Katalog "Die Thraker". Das goldene Buch des Orpheus. Ausstellung 23. 07.-28.11.2004

Herbert Hörz

**Anerkennung gegen politische Ignoranz
Begrüßung zum Leibniztag 2004**

Verehrte Mitglieder, wertige Gäste, liebe Freunde der Leibniz-Sozietät, ich begrüße alle Teilnehmer unseres Leibniztages, Mitglieder und Angehörige, Freunde und Kooperationspartner, Mitglieder anderer wissenschaftlicher Einrichtungen, Medienvertreter und neugierige Zaungäste, recht herzlich. Gedankt für ihr Kommen sei den Mitgliedern unserer Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät mit dem Vorsitzenden des Kuratoriums Horst Klinkmann, dem Vorstand des LIFIS, des Leibniz-Instituts für Interdisziplinäre Studien Augustusburg, mit dem Vorsitzenden Gert Wangermann. Unser Gruß gilt den Mitgliedern anderer in- und ausländischer Wissenschaftsakademien. Mehrere Präsidenten wünschen unserer Festveranstaltung einen guten Verlauf. Unser Mitglied Friedbert Ficker vertritt im Auftrag ihres Präsidenten, unseres Mitglieds Medaković, hier die Serbische Akademie der Wissenschaften.

Unsere Wissenschaftsakademie folgt dem Grundsatz: Wissenschaft ist eine gesellschaftlich relevante öffentliche Sache. Unsere Sitzungen sind öffentlich und heute berichten wir vor der Öffentlichkeit über unsere Arbeit. Mit wissenschaftlichen Veranstaltungen haben wir viele Interessenten angesprochen, die deren kreative Atmosphäre lobten. Bewährte Kooperationen führten wir im Interesse von Wissenschaft und Bildung weiter: mit dem Mittelstandsverband Oberhavel, der Gesellschaft für Kybernetik, der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Bildungsakademie des Landesverbandes der Volkssolidarität Berlin. Das zeigt die Breite des gemeinsamen Wirkens. Vertreter dieser und anderer mit uns verbundener Institutionen heiße ich willkommen. Ich begrüße die Geschäftsführerin der Musikakademie Rheinsberg Frau Dr. Liedtke, mit Horst Büttner Initiatorin der Zusammenarbeit mit unserer Sozietät, und den Geschäftsführer der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz Dr. Michael Klein, die als Leibniz-Gemeinschaft ein Zusammenschluss von Einrichtungen ist, die von Bund und Ländern gefördert

werden. Wir wünschen ihr Erfolg in der Auseinandersetzung um ihren Erhalt und um weitere Förderung.

Es war ein wissenschaftlich ertragreiches Jahr, das hinter uns liegt, und unser Gruß und Dank gilt all denen, die als Mitglieder und Freunde, als Ideengeber und Helfer, als Initiatoren und Sponsoren in aufwendiger Arbeit an Programmgestaltungen, Wissenschaftsorganisation, Redaktionsarbeit, Raumbeschaffung, Öffentlichkeitswirksamkeit, Berichte in Leibniz Intern oder Aktualisierung der homepage beteiligt waren. Für die Betreuung der Präsidiumssitzungen und Besprechungen von Gruppen und Arbeitskreisen in den Räumen des FMK danken wir Herrn Klötzner und seinen Mitarbeitern. Unser Dank gilt allen Sponsoren und Helfern für die Leistungen, mit denen die Rahmenbedingungen unserer Arbeit verbessert und die wissenschaftliche Reputation unserer Sozietät erhalten und erhöht werden konnte.

Nach Diskussion über das sichtbare Bekenntnis zu unserer Sozietät mit einer Anstecknadel hat unser Mitglied Friedbert Ficker in Absprache mit unserem Mitglied Klaus Mylius die Initiative ergriffen, eine Leibniznadel entworfen und produzieren lassen und sie der Leibniz-Sozietät gestiftet. Das Präsidium hat die Stiftung angenommen und bedankt sich öffentlich dafür.

Im vergangenen Jahr gab es politischen Streit um die Anerkennung unserer Leistungen. Auf der Festveranstaltung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) 2003 hatte sich Präsident Simon mit abwertenden Worten zur Leibniz-Sozietät über budgetäre Folgen durch die vom Wissenschaftssenator erwogene finanzielle Unterstützung für die Leibniz-Sozietät durch eine kleine Kürzung im Haushalt der BBAW beklagt. Wenig bedacht hatte er, dass die Diffamierungen auch Mitglieder der eigenen Akademie und deren Kooperationspartner traf. Wir haben sachlich reagiert. Obwohl damals noch nichts entschieden war, wurde uns zur finanziellen Anerkennung der Leistungen durch den Senat schon gratuliert. Die Debatte ging weiter. Das Institut für Hochschulforschung in Wittenberg empfahl in der Expertise „Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ vom Dezember 2003, kurz HoF-Studie genannt, die Förderung der Leibniz-Sozietät ständig zu sichern. Es wird festgestellt: „Die Leibniz-Sozietät ist die größte Einrichtung der ‚Zweiten Wissenschaftskultur‘ und verfügt durch ihre Neuaufnahmen ... über intensive personelle Verbindungen in die ‚erste Wissenschaftskultur‘“. Sachlich richtig sei es, so die Studie, da die Leibniz-Sozietät und die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften „aus der selben Quelle stammten, nämlich der Preußischen resp. DDR-Akademie, von den fünf Millionen Euro, die Berlin zum Acht-Millionen-Euro-Etat der

BBAW beiträgt, die bescheidene Summe von 30000 _ für die Schließung einer vereinigungsbedingten Gerechtigkeitslücke zu verwenden“.¹

Politische Angriffe gegen diese Forderung blieben nicht aus. Wir setzten dagegen unseren Kurs fort, durch wissenschaftliche Leistungen zu überzeugen. Damit konnten wir einerseits der Kritik entgehen, nostalgisch am Alten festzuhalten und andererseits diejenigen Ignoranten zurückweisen, die Ergebnisse unserer Reform nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Die Berliner Zeitung vom 20./21. September 2003 berief sich auf Frau Grütters, eine in der Abwicklung der DDR-Wissenschaftsakademie erfahrene Politikerin, mit den Worten: „CDU wirft Kultursenator Klientelpolitik vor“. Er wolle „Ost-Wissenschaftler fördern“. Gegenstand war auch die finanzielle Unterstützung der Leibniz-Sozietät. Die CDU-Politikerin meinte: „Dabei soll das Wunschergebnis herauskommen, dass die alten Ostwissenschaftler mehr gefördert werden müssten.“ Dies widerspreche der anerkannten Praxis nach der Wende“. So deutlich wird das selten formuliert. Doch der Gedanke einer Unterstützung der Leibniz-Sozietät war gar nicht so CDU-fremd, wie sie meinte. Er tauchte schon im Senat auf, als Eberhard Diepgen von der CDU noch Regierender Bürgermeister war. Im Bericht an den Leibniztag 2000 heißt es dazu: „Im Auftrag des Regierenden Bürgermeisters teilte die Senatskanzlei auf unsere Darlegungen mit: ‚Auch wenn eine Traditionsnachfolge Ihrer Gesellschaft mit der Gelehrtensozietät nicht zu verkennen ist, besteht eine direkte Rechtsnachfolge mit der Wissenschaftsakademie nicht. Unabhängig hiervon sollte aber im Mittelpunkt der Überlegungen stehen, wie die wissenschaftliche Arbeit Ihrer Sozietät dauerhaft und finanziell gesichert fortgeführt werden kann‘“.²

Als dann die HoF-Studie vorgestellt wurde und die „Berliner Morgenpost“ vom 12. Februar 2004 titelte: „DDR-Wissenschaftler sollen rehabilitiert werden“ nahm sie auf Frau Grütters Bezug, die von falschen Prioritäten sprach, die ein Unrecht suggerierten, das es nicht gegeben habe. Der Kommentar in der Zeitung setzte mit der Überschrift „Schwierige Versöhnung“ nach und betonte, der Personalabbau bei der Abwicklung sei notwendig gewesen, um Wissenschaft im wiedervereinigten Berlin zukunftsfähig zu machen. In dieser Ausgabe kam auch die Leibniz-Sozietät zu Wort. Doch statt

- 1 Institut für Hochschulforschung an der MLU Halle-Wittenberg, „Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“, Expertise im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dezember 2003, S. 68.
- 2 Herbert Hörz, 300 Jahre Leibnizische Gelehrtensozietät in Berlin. Bericht des Präsidenten zum Leibniztag 2000. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Berlin, Jg. 2000, Bd. 37, H. 2, S. 137f.

der vorgesehenen Vorstellung wissenschaftlicher Leistungen gab es nur wenige Sätze vom Schatzmeister zur finanziellen Problematik und vom Präsidenten zur Zusammenarbeit mit der BBAW. Der ehemalige Berliner CDU-Wissenschaftssenator Manfred Erhardt, verantwortlich für die gegen das Fortführungsgebot der Gelehrtensozietät der DDR-Akademie im Einigungsvertrag verstößenden Maßnahmen zur Unterbindung unserer wissenschaftlichen Aktivitäten, meinte im „Neuen Deutschland“ vom 11. Februar 2004, die Wissenschaft sei der Bereich, wo das Zusammenwachsen von Ost und West besonders gelungen sei und es keine Benachteiligung ostdeutscher Wissenschaftler gab. Empörte Reaktionen waren die Folge. Wir verwahrten uns öffentlich gegen seine Behauptungen.

In einem Brief an Senator Dr. Thomas Flierl vom 13. Februar 2004 schrieb ich: „Die Mitglieder unserer Sozietät verfolgen aufmerksam Ihre Bemühungen, die Anerkennung von Lebensleistungen von DDR-Bürgern und damit auch von Wissenschaftlern der DDR einzufordern und der Leibniz-Sozietät eine finanzielle Unterstützung für ihre wissenschaftlichen Leistungen zukommen zu lassen. Wir freuen uns, dass damit versucht wird, auf früheres Unrecht zu reagieren, sind uns jedoch bewusst, dass diejenigen, die immer noch nicht die Einheit Deutschlands als Auftrag zum Zusammenwachsen von Ost und West begriffen haben und auf ihrer Haltung einer einseitigen AltBRD-geprägten Gestaltung der Wissenschaftslandschaft beharren, dagegen Sturm laufen werden. Das zeigen Stellungnahmen von Frau Grütters, Herrn Erhardt und Kommentare, wie der in der ‚Berliner Morgenpost‘ vom 12. Februar 2004.“ Ich hebe dann zwei wichtige Punkte hervor: „Erstens gab die Sozietät abgewickelten Akademikern nach 1992 eine wissenschaftliche Heimat, was eine historische Leistung gegenüber der damals durch den Senat geübten Kahlschlagpolitik war. Zweitens entwickelten wir uns zu einer interdisziplinär zusammengesetzten Gelehrtenvereinigung exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Ost und West, aus dem In- und Ausland, die den Blick nach vorn gerichtet hat. Sie baut mit den aus Ost und West stammenden Kooperationspartnern Brücken zwischen Ost und West, die nostalgische Politiker, die ein einheitliches Deutschland nur als Fortsetzung der AltBRD sehen, nicht gebaut sehen wollen oder sie wieder abreißen würden. Wir wollen keine Förderung von Ostseilschaften, sondern Anerkennung früherer und gegenwärtiger Leistungen.“

Trotz vieler Querschüsse aus verschiedensten Kreisen hat Wissenschaftssenator Flierl am Versprechen festgehalten, die finanzielle Unterstützung auch dann zu sichern, wenn sich die BBAW weigere, Geld abzugeben. Es wä-

re für sie eine Kleinigkeit gewesen, und als ehemaliger Vizepräsident für Plenum und Klassen mit Verantwortung für die Langzeitvorhaben der AdW der DDR und späterer wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem dieser Vorhaben, die nun das wissenschaftliche Rückgrat der BBAW bilden, weiß ich genau, wovon ich spreche, wenn ich sage: Es wäre ohne Einbußen für die Leistungsfähigkeit der Vorhaben möglich gewesen, aus dem Millionenetat der BBAW eine kleine Spende an die Sozietät zu geben. Doch so war es nicht gewollt. Nun haben wir die Nachricht erhalten, dass im Berliner Haushalt für die Jahre 2004 und 2005 eine finanzielle Unterstützung für unsere wissenschaftliche Arbeit von je 20000 _ pro Jahr gesichert ist. Ich bedankte mich am 15. April 2004 beim Senator im Namen des Präsidiums und der Mitglieder aus Ost und West, aus dem In- und Ausland, für seinen hartnäckigen Einsatz und schrieb: „Es ist sicher nicht leicht, politische Verantwortung für Wissenschaft, Forschung und Kultur zu tragen. Trotz aller Versicherungen, Zukunftspotentiale damit zu fördern, scheidert manches an Intrigen, kleinlichen Vorwürfen und dem Sparen am falschen Ort“.

Wir möchten diesen kleinlichen politischen Streit um die Würdigung unserer Leistungen zu den historischen Akten legen, da er unzeitgemäß, ignorant und kontraproduktiv ist. Das habe ich dem Präsidenten der BBAW mit der Einladung zum Leibniztag nahegelegt, ohne jedoch zu verschweigen, dass er Gräben zwischen Ost und West aufriss, die wir überbrücken wollen. Mit bestehenden Kontakten und weiteren Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen beiden Akademien, auf die ich verwies, könnte die Kontroverse beendet werden. Eine Antwort steht aus.

Über den zweckmäßigen Einsatz der Fördermittel für wichtige Projekte der Sozietät wird gegenwärtig auf der Grundlage vorliegender Anträge im Präsidium beraten.

Wir werden unsere konstruktive wissenschaftliche Arbeit als internationale Brückenbauer zwischen Ost und West im Interesse der Wissenschaftsentwicklung und der Aufklärung über neue wissenschaftliche Erkenntnisse weiterführen. Wie das geschieht, darüber ist heute zu berichten. Ein wichtiges Thema der Beziehungen zwischen Mensch und Natur wird unser Mitglied Hans-Joachim Schellnhuber im Festvortrag „Erdsystemanalyse und Koevolution“ behandeln. Wir danken ihm, dass er es, trotz vielfältiger Verpflichtungen, ermöglichte, zu uns zu sprechen. Unser Dank gilt den Gastgebern, dem Großplanetarium und seinen Mitarbeitern, für die Betreuung und die sicher wieder interessante Präsentation durch unser Mitglied Dieter B. Herrmann.

Der Leibniztag ist eröffnet.

Herbert Hörz

Wissensverwalter oder Erkenntnisgestalter? Bericht des Präsidenten an den Leibniztag 2004

Eine Wissenschaftsakademie, die sich, wie wir, neuen wissenschaftlichen, technologischen, gesellschaftlichen und mentalen Herausforderungen stellt, hat die durch die Revolution der Denkzeuge ausgelöste Informationsflut zu verwertbarem Wissen zu kanalisieren. Sie wirkt der Sensations- und Effekthascherei entgegen, womit wir alle ständig konfrontiert werden. Halbwissen überwuchert immer mehr die sachliche, mit Argumenten untermauerte und damit wissenschaftlichem Herangehen an die Wirklichkeit angemessene Wissensvermittlung. Es ist nicht leicht, die Aufgabe zu lösen, schöpferisch zu neuem Wissen zu kommen, vorhandenes kritisch zu bewerten und wertvolles zu erhalten. Man wird nicht selten zum Rufer in der Wüste der Ignoranz, um der Wissenschaft Gehör zu verschaffen. Wir suchen dazu mit Erfolg die Öffentlichkeit und freuen uns über neue Kooperationspartner, ständige Gäste und über alle Teilnehmer an unseren vielfältigen Veranstaltungen. Unser Ziel ist es, Wissen zu bewahren, zu nutzen und zu verbreiten, um Erkenntnisse human zu verwerten. Wir sind deshalb keine Wissensverwalter sondern Erkenntnisgestalter. Wir erwerben und bewerten neues Wissen über Geschichte, Gegenwart und gestaltbare Zukunft, um Initiativen auszulösen, damit neue Bereiche erforscht werden, Wissenschaft sich weiter entwickelt und Wissen praktischen Nutzen bringen kann. Wir wirken dabei in verschiedenen Richtungen, wie die Ergebnisse unserer Arbeit in diesem Jahr, über das wir Rechenschaft ablegen, zeigen.

Wirkungsrichtungen

Mit der Würdigung von Leistungen großer Vordenker, wie dem Philosophen Immanuel Kant, dem eine ganztägige Plenarveranstaltung gewidmet war, mit der Ehrung des Lebens und Wirkens herausragender Akademiemitglieder in Vorträgen und Mitteilungen, entgehen wir der vom Philosophen Peter Slotter-

dijk diagnostizierten Gefahr, „dass die maßgeblichen Bücher von einst mehr und mehr aufgehört haben, Briefe an Freunde zu sein, und dass sie nicht mehr auf den Tag- und Nachttischen ihrer Leser liegen, sondern in der grauen Stille der Archive versunken sind – auch dies hat der humanistischen Bewegung das meiste von ihrem einstigen Schwung genommen. Immer seltener steigen die Archivare zu den Textaltertümern hinab, um frühere Äußerungen zu modernen Stichworten nachzuschlagen ... Alles deutet darauf hin, dass Archivare und Archivisten die Nachfolge der Humanisten angetreten haben.“¹ Was der in Heideggers Spuren wandernde Sloterdijk für das klassische Erbe der einstigen Humanisten beklagt, könnte zu einer wirklichen Gefahr für die Erhaltung und Gestaltung von Wissen werden. Doch dem treten wir mit historischem Sinn und aktueller Analyse entgegen. Für uns ist Humanismus nicht nur Kenntnis der Geschichte als Verständnis unserer Wurzeln und des gegenwärtigen Daseins, sondern zugleich Programm der Zukunftsgestaltung. In vielen unserer Debatten wird deutlich, dass historische Ereignisse und wirkende Personen aus der Zeit heraus verstanden werden müssen, doch Nachwirkungen haben, erkenntnisfördernd wirken können und die Quellen gegenwärtigen Handelns aufzeigen. So wird Geschichte, richtig verstanden, zu aktueller Heuristik.

Naturwissenschaftler wie Franz Carl Achard und Gesellschaftstheoretiker wie Arthur Rosenberg, die braunschweigische Ökonomie, das Wirken des Aufklärers Johann Gottfried Herder, des Historikers Walter Markov, um nur einige zu nennen, beschäftigten uns. Über die Geschichte der altindischen Literatur wurde informiert. Die Gesellschaft für Kybernetik widmete den Berliner November 2003, in Zusammenarbeit mit der Leibniz-Sozietät, der Verantwortung des Wissenschaftlers. Das wissenschaftliche Wirken von Klaus Fuchs wurde gewürdigt. Seine Teilnahme an der Kernwaffenentwicklung und die Beiträge zur Energetik und Mikroelektronik spielten ebenso eine Rolle wie moralische Haltungen und philosophische Überlegungen. Interessant ist es, wenn der Wirtschaftshistoriker die Analyse der „New Economies“ vom Automobilbau bis zur Informationstechnologie führt, der erste deutsche Kosmonaut die deutschen Beiträge zur bemannten Raumfahrt behandelt und die Malerei der DDR gewürdigt wird. Historische Detailforschung kann Grundlage für die Antwort auf die Frage nach einer vergleichenden Historiographiegeschichte sein, gestellt in einer Sitzung, über deren Prinzipien weiter

1 Peter Sloterdijk, *Nicht gerettet, Versuche nach Heidegger*, Frankfurt am Main, 2001, S. 336f.

nachzudenken ist. Möglich wäre es, Geschichtsschreibung im Hinblick auf ein humanes Ziel zu vergleichen. Man könnte von einer möglichen zukünftigen Weltkultur mit wenigen Konsenspunkten ausgehen, zu denen gehören: die Erhaltung der menschlichen Gattung und ihrer natürlichen Lebensbedingungen, die Suche nach Frieden und der zu gestaltende Freiheitsgewinn aller Glieder soziokultureller Identitäten, deren Spezifik in dem durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung ausgelösten Strudel kultureller Gleichmacherei unterzugehen droht. So zwingen uns unsere Diskussionen weitere Fragen auf, mit denen wir uns nicht als Archivare, die selbst nicht mehr wissen, was sie archiviert haben, sondern als Erkenntnisgestalter bewähren.

Aktuelle Streitfragen sind zu beantworten. Die Stellungnahme zur Gentechnik von Helmut Böhme und Rolf Löther fordert zu Meinungsäußerungen über ein stark umstrittenes Thema heraus. Wir sollten mehr mit unseren Pfunden wuchern und über die Mitglieder weiteren Kreisen der Öffentlichkeit unsere Positionspapiere zukommen lassen. Unterschiedliche Standpunkte können meist nicht ausgeräumt werden, doch sie sind in ihren Konsequenzen zu bedenken, um Politikanalyse konstruktiv-kritisch betreiben zu können. Unsere Sozietät ist kein Konsensverein, sondern der interdisziplinäre Zusammenschluss von Spezialisten, die etwas bewegen wollen, wenn denn unsere Vorschläge auf Resonanz stoßen. Dazu sind argumentativ untermauerte kontroverse Auffassungen wichtig. Sie befördern die Entwicklung der Wissenschaften. Wir können uns nicht erst zu gesellschaftlich relevanten Problemen äußern, wenn alle Mitglieder vorgeschlagenen Lösungen zustimmen. Das gilt auch für die zukünftige Energiepolitik. Die Sozietät behandelte verschiedene Aspekte, so Möglichkeiten und Gefahren bei der Energiegewinnung im Unterkritischen Reaktor. Die wichtige Rolle erneuerbarer Energien war Gegenstand der Konferenz „Solarzeitalter – Vision und Realität“. Gert Blumenthal hat mit den Mitstreitern wesentlich zum Erfolg beigetragen. Das Präsidium regte an, die Diskussion erst einmal in der Sozietät weiterzuführen. Geeignete Formen dafür werden wir finden. Es liegt der Entwurf einer Stellungnahme von G. Blumenthal vom Arbeitskreis Solarzeitalter vor, in dem es heißt: „Die Gesellschaft steht vor einer ihrer folgenschwersten Entscheidungen: Sie muß im globalen Maßstab in historisch kurzer Frist den Übergang zu einem neuen Typ der Energie- und Stoffwirtschaft vollziehen. Diese Wirtschaft muß nachhaltig sein, um den jetzt Lebenden wie auch den kommenden Generationen ein Leben in Frieden, Gleichberechtigung, Würde und Gesundheit zu ermöglichen“. Zwänge und Instrumente der Transformation wurden behandelt und die gesellschaftliche Diskussion gefordert. Debatten über gesellschaftliche

Rahmenbedingungen der Transformation, über Zeithorizonte und das Verhältnis von Energie- und Stoffwirtschaft sind damit angeregt. Sie sind bis zur Klärung von Gemeinsamkeiten und argumentativ begründeten Differenzen zu führen. Es ist akademiewürdig, wenn sich Mitglieder mit bestimmten Positionen an die gesamte Sozietät und dann an die Öffentlichkeit wenden, die nicht von allen gleichermaßen verfochten werden. Gerade dann, wenn zu bestimmten relevanten Fragen keine einheitliche Auffassung erreicht werden kann, zwingt uns wissenschaftliches Gewissen und humane Verantwortung dazu, unsere Stimme zu erheben. Solange genau ausgewiesen ist, welche Spezialisten in diesem Sinne mit welchen Argumenten wofür eintreten, gibt es keine Probleme. Kontroversen sind Stimulatoren der Erkenntnisgestaltung, weil sie zur Prüfung von Argumenten zwingen und soziale Experimente herausfordern.

In diesem Jahr der Technik befasste sich das zweite Symposium mit Fortschritten bei der Herausbildung der Allgemeinen Technologie. Sie bestehen in der wachsenden Problemsicht, den Weg von der Illusion, nach der eine Allgemeine Technologie nicht entwickelbar ist, zur Vision zu gehen, Aufgaben zu präzisieren, die Formulierung von Prinzipien zu konstatieren. Messlatte kann nicht der Konsens, die übereinstimmende Meinung zu den Grundlagen einer Allgemeinen Technologie sein, sondern die Annäherung von divergierenden Standpunkten, deren Differenz in wichtigen Punkten überbrückbar ist, wobei profilierte unterschiedliche Auffassungen bleiben. Das Vorhaben, Allgemeine Technologie als interdisziplinäre Aufgabe weiter zu verfolgen, wurde unterstützt. Es gab Anregungen zum Weiterdenken über die Grundlagen einer Allgemeinen Technologie, über die Beziehungen von Allgemeiner und Spezieller Technologien, über Tendenzen der Technologieentwicklung. Unser Dank für die erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet gilt dem Arbeitskreis „Allgemeine Technologie“ unter der Federführung von Gerhard Banse und Ernst-Otto Reher.

Naturwissenschaft, Technik und industrielle Nutzung in ihrer Verflechtung bestimmten viele unserer Veranstaltungen. Bei der Synergetik in der Chemie spannte sich der Bogen von den verrückten Ideen bis zur industriellen Verwertung. Nachhaltigkeit in der Chemie, Aceton, Funktionskeramiken, Polymere für rasantere Informationsübertragung in optischen Systemen, die künstliche Hand als Kopplung von Organismus und Technik zeigen die Breite der behandelten Themen.

Auf einer der Plenarveranstaltungen ging es um prinzipielle Veränderungen im Völkerrecht. Statt der Koordination und Kooperation von Gleich-

berechtigten dominiert die Macht das Recht. Ergänzt wurde die Thematik in dem von uns unterstützten Kolloquium des Forschungsinstituts der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik zum Thema „Vor der Inauguration der USA als erste globale Universalmacht der Geschichte?“. Ein weiteres gemeinsames Kolloquium befasste sich mit der Osterweiterung der Europäischen Union. Europa- und Weltpolitik beschäftigen uns immer wieder, seien es das Verhältnis von Klassen und Politik am Beispiel der USA, die neue Form von Kriegen, die Gewalt im Lande Gandhis, Erfahrungen lateinamerikanischer Schwellenländer mit der Abkopplung vom Weltmarkt und die generelle Frage nach dem Verhältnis von Marxismus und Politik.

Die zweite gemeinsame Konferenz unserer Sozietät und des Mittelstandsverbandes Oberhavel, dem wir für die konstruktive Zusammenarbeit danken, hatte zum Thema „Toleranz und Minderheiten in Deutschland und Europa“. Minderheiten sind es vor allem, die unter Unterdrückung zu leiden haben, die Gleichbehandlung, Selbstbestimmung und Achtung ihrer Geschichte und Kultur fordern. Das konkret nachzuweisen, ist zugleich Herausforderung, sich generell um die Einhaltung der Menschenrechte, um gegenseitige Achtung und Hilfe zu bemühen. So vermittelte auch diese Konferenz Anregungen zum praktischen Handeln. Schon die erste Konferenz hatte Nachwirkungen durch die Bitte, mit Gymnasiasten über Toleranz zu diskutieren. Nun läuft die Vorbereitung für die dritte Konferenz, die sich mit Toleranz und Religionen befassen wird.

Der Mensch als Problem der Forschung wurde in verschiedener Hinsicht thematisiert. Zwar mag mancher „Das Konzept der sozialpädiatrischen Entwicklungsrehabilitation“ als spezifisch medizinisch angesehen haben, doch es ging um das erste Entwicklungsjahr der Kinder, um die Erkenntnis von Problemen und möglichen Lösungen, um den Zusammenhang von individueller und kollektiver Gestaltung der sozialen Beziehungen, um Erfahrungen des Kinderzentrums in München als Modell eines interdisziplinären Instituts für Frühdiagnose, Frühbehandlung und soziale Eingliederung des behinderten Kindes. Es handelt sich um wichtige Fragen der Chronobiologie und Chronomedizin, die auch von unserem Mitglied Franz Halberg in ihren zyklischen Zeitstrukturen mit Auswirkungen auf die Behandlung von Krankheiten immer wieder thematisiert und im Arbeitskreis „Zeit und Evolution“ in ihrer spezialwissenschaftlichen und philosophischen Relevanz behandelt werden. Auf die Frage „Das Prostatakarzinom – eine Alterserkrankung?“ bekamen interessierte Zuhörer kompetente Antworten. Die psychologische Di-

mension erfasste das Thema „Assimilation und Kontrast bei der Beurteilung durch den Menschen“ und die ethnologische die Behandlung europäischer Ethnologien nach 1989 mit der Frage nach Entwicklungstendenzen und Wertvorstellungen der Menschen in den neuen EU-Mitgliedsländern.

Geo- und Kosmoswissenschaften tragen gewichtig zur Reputation unserer Sozietät bei. Das galt schon für das Jahr der Geowissenschaften. Die Palette reicht von speziellen Themen wie der atmosphärischen Chemie des Wasserstoffperoxids bis zu wichtigen Überblicken über ganze Gebiete und Richtungen. So befasste sich anlässlich des 100. Geburtstages von Hans Ertel, des ehemaligen Vizepräsidenten der Berliner Wissenschaftsakademie, ein Kolloquium mit theoretischen Problemen der Meteorologie und Kosmologie. Es wurden die Leistungen von Ertel gewürdigt, neue Aspekte seines wissenschaftlichen Wirkens behandelt und aktuelle Probleme erörtert. Für 2005 wird ein Einstein-Kolloquium vorbereitet.

Kolloquien und damit verbundene oder davon unabhängige Festschriften, deren Anlässe Jubiläen aktiver Mitglieder sind, haben ihre eigene Geschichte. Organisatoren und Herausgeber können Spannendes, Spaßiges und Ärgerliches berichten. Wir freuen uns über Ehrungen von Mitgliedern in anderen Einrichtungen. Als Leibniz-Sozietät nutzen wir solche Gelegenheiten, um Leistungen der Jubilare zu benennen, ihre weiterwirkenden Ideen zu zeigen und aktuelle Fragen des Arbeitsgebiets zu stellen. Für Hans-Jürgen Treder reichten die Themen von speziellen mathematischen Problemen über die Astronomiegeschichte bis zur Philosophie. Der Arbeitskreis der Geo-, Umwelt- und Kosmoswissenschaftler ehrte den ehemaligen Direktor des Zentralinstituts für Physik der Erde, des ZIPE, Heinz Kautzleben, indem sie ihn mit neuen Erkenntnissen konfrontierten und nachwiesen, dass das ZIPE damit weiterlebt. In diesem Sinne befassten sich die Kolloquien für Werner Scheler mit seinem Wirken zwischen Wissenschaft und Politik und dem Cytogrom P450 und für Herbert Hörz die Festschrift mit „Wissenschaft und Philosophie in Vergangenheit und Gegenwart“ und das Kolloquium mit der Wissenschaftsphilosophie als interdisziplinärem Projekt.

Viele interessante Debatten gab es in den Arbeitskreisen und weiteren Diskussionsforen. So wirken wir weit über den Kreis der Mitglieder hinaus und wünschten uns doch noch mehr Aufmerksamkeit, vor allem in den Medien. Das, was wir zu sagen haben, ist wissenschaftlich fundiert, aktuell und interessant. Damit taucht die Frage auf, wie wir uns weiter entwickeln wollen.

Quo vadis Leibniz-Sozietät?

Das Symposium „*theoria cum praxi*“, das auf Initiative des Kuratoriums unserer Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät nach dem Leibniztag 2003 stattfand, hatte als Leitmotiv die Frage: Quo vadis Leibniz-Sozietät? Es ging um das Selbstverständnis unserer Akademie und ihrer Mitglieder, um ihre Wirkung in der Öffentlichkeit und um die weitere Entwicklung ihrer Aktivitäten. Kernpunkt der Ausführungen auf der Veranstaltung und weiterer Überlegungen, wie sie im Präsidium und an anderen Stellen eine Rolle spielten, ist die genannte Forderung, nicht nur Wissensverwalter, sondern Erkenntnis- und damit Zukunftsgestalter zu sein.

Das Präsidium befasste sich in mehreren Sitzungen mit der prinzipiellen Frage unseres Platzes in der Wissenschaftlergemeinschaft und griff dabei viele Diskussionen der Mitglieder auf. In der Expertise, die für den Berliner Wissenschaftssenator vom Institut für Hochschulforschung in Wittenberg zum Thema „Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ angefertigt wurde, wird in einem Exkurs besonders die Situation der Leibniz-Sozietät geschildert und festgestellt: „Was an der Leibniz-Sozietät auffällt, ist ein beträchtlicher Aktivitäts- und Publikationsumfang“.² Das war und ist nur möglich durch den aktiven Einsatz vieler unserer Mitglieder, Freunde und Kooperationspartner, bei denen ich mich herzlich bedanke. Es ist wichtig, diesen Kreis aktiver Gestalter der Sozietätsarbeit immer mehr zu erweitern.

Wo stehen wir?

Die Leibniz-Sozietät sicherte, nachdem das im Einigungsvertrag festgeschriebene Weiterführungsgebot der Gelehrtensozietät der AdW der DDR widerrechtlich nicht erfüllt wurde, die Fortsetzung der wissenschaftlichen akademischen Arbeit in der Tradition der 1700 begründeten Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften. Sie wurde so zur Heimat heimatloser Akademiker. In einem umfangreichen Reformprozess entwickelte sie sich auf privatrechtlicher Grundlage zu einer interdisziplinären Vereinigung von exzellenten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Ost und West, aus dem In- und Ausland, die, wissenschaftlich autonom und pluralistisch orientiert, nur der Wissenschaftsentwicklung verpflichtet ist. Neben interessanten

2 Institut für Hochschulforschung an der MLU Halle-Wittenberg, „Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“, Expertise im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dezember 2003, S. 42.

Plenar- und Klassensitzungen finden mit Konferenzen und Kolloquien weitere wissenschaftliche Veranstaltungen mit Kooperationspartnern statt, die von der scientific community immer mehr zur Kenntnis genommen werden. Hinzu kommen die Arbeitskreise mit ihrer thematischen Spezifik. Mit wichtigen wissenschaftlich fundierten und auch politikkritischen Stellungnahmen mischt sich die Sozietät in öffentliche Debatten ein. Das LIFIS Augustusburg hat sich durch hochkarätige wissenschaftliche Veranstaltungen einen Namen gemacht, wodurch auch die Sozietät in der Öffentlichkeit besser bekannt wurde. Es strebt weiter die gezielte Förderung ausgewählter Projekte an. Die vorbereitete Gründung einer Außenstelle des LIFIS in Obrigheim bei Heidelberg wird unseren Wirkungsbereich im Westen Deutschlands erweitern.

Eine wichtige Aufgabe der Sozietät ist ihre Brückenfunktion zwischen Ost und West. Sie hilft mit, Vorurteile abzubauen, politische Schranken zu durchbrechen und fördert als einzige deutsche Wissenschaftsakademie mit einer breiten weltanschaulichen Orientierung auch den Dialog zwischen Marxisten und Nichtmarxisten. Die Kooperation mit anderen Einrichtungen hat sich erweitert. Die aktive Mitarbeit von Mitgliedern in Kommissionen, Arbeitskreisen und bei der Vorbereitung von Kolloquien und Konferenzen hat zugenommen. Die Bereitschaft zur Mitarbeit ist vorhanden. Das zeigt u.a. die Erweiterung des Präsidiums, der Zuwahl- und Redaktionskommission. Obwohl es nicht leicht ist, in der Öffentlichkeit bemerkt zu werden, gelang es, mit den Konferenzen zur Toleranz und zum Solarzeitalter, mit Pressebeiträgen und Mitteilungen, auf die Existenz und die Arbeit der Sozietät aufmerksam zu machen. Dazu trugen auch unsere Bemühungen bei, vom Senat finanziell unterstützt zu werden, was Gegenreaktionen auslöste. Die Stiftung hat mehr Mittel als früher durch Sponsoren einwerben können, was unseren Spielraum erweitert.

Das Fazit ist: Die Leibniz-Sozietät hat sich als eigenständige Wissenschaftsakademie in Berlin und in Deutschland etabliert und wird von der Gemeinschaft der Wissenschaftler immer mehr zur Kenntnis genommen. Ihre Vorteile sind: Interdisziplinarität, d.h. Verflechtung erworbener Kompetenzen, Unabhängigkeit von politischen und staatlichen Einflüssen, Vorurteilslosigkeit gegenüber weltanschaulichen Haltungen und ein fundiertes Potenzial an Erfahrungen früherer und gegenwärtiger Formen wissenschaftlicher Tätigkeit. Wir können stolz auf das Erreichte sein.

Wohin gehen wir?

Die Sozietät stellt sich das Ziel, zu einer wissenschaftlich anerkannten und öffentlich respektierten, also auch finanziell unterstützten, deutschen Wissenschaftsakademie mit internationaler Wirkung durch ihre wissenschaftlichen Aktivitäten zu werden. Ihre direkte Wirkung wird sie vor allem in Berlin-Brandenburg und in den Regionalzentren, wie dem LIFIS und weiteren Einrichtungen, sowie mit Kooperationspartnern aus dem In- und Ausland, entfalten. Im Streit um die Rolle von Akademien für die Wissenschaftsentwicklung sieht sie in ihrer Arbeit eine wichtige Ergänzung zur vorherrschenden Spezialisierung und überwindet in ihrer Tätigkeit die in Deutschland existierenden föderalen Grenzen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Länderakademien eine Konzentration auf die Geisteswissenschaften und das Heraushalten aus der Politikberatung. Das solle eine künftige Nationalakademie übernehmen. Doch Wissenschaftsakademien sind wichtige Stätten der Wissensgenerierung, der Information über neue Entwicklungen in der Wissenschaft und deren Bewertung. Sie haben mit dem auf verflochtenen Spezialkompetenzen aufbauenden interdisziplinären Wissenschaftspotenzial Möglichkeiten, der wachsenden Komplexität von Aufgaben und Entscheidungssituationen durch heuristische Ideen, Initiativen und kritische Analysen gerecht zu werden, um das sinnvoll zu ergänzen, was in spezialisierten Wissenschaftseinrichtungen erarbeitet wird. Zugleich können sie diesen Anstöße geben, in neue Richtungen zu denken. In diesem Sinn wird die Leibniz-Sozietät wirken. Illusionslos, ohne Über- und Unterschätzung ihrer Möglichkeiten, wird sie sich ihren Aufgaben des Erkenntnisgewinns, der Förderung der Humanität und der wirksamen Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Öffentlichkeit stellen. Das kann sie nur durch die Einbeziehung vieler Mitglieder in die aktive Arbeit und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten.

Die bisher im Vordergrund stehende Aufarbeitung der Vergangenheit unserer Sozietät ist im wesentlichen abgeschlossen. Sie wird uns weiter als wissenschaftliche Aufgabe im Interesse der Behandlung akademie- und wissenschaftshistorischer Themen beschäftigen. Doch wir müssen einen Wandel im Denken vollziehen, der uns wegführt vom alleinigen Image der Sozietät als Heimat der nach der „Wende“ heimatlosen Akademiker. Sie hat ein historisch wichtiges Werk vollbracht, steht jedoch nun vor neuen Herausforderungen. Viele neue Mitglieder, vor allem aus Westdeutschland und dem Ausland, kennen diese Geschichte nicht und interessieren sich berechtigt mehr für die vor uns stehenden Aufgaben. Deshalb geht unser Blick vor allem nach vorn, ohne unsere Geschichte und Tradition zu vergessen.

Die Breite unseres pluralistischen Ansatzes kann uns helfen, den Bau von Brücken zwischen Ost- und Westmentalitäten von Wissenschaftlern voranzutreiben. Der weitere Aufschwung erfordert die Erhöhung der wissenschaftlichen Reputation der Sozietät, die vor allem von den Leistungen der Mitglieder abhängt, die sich bei ihrem Wirken der Mitgliedschaft bewusst sein sollten und sie auch öffentlich betonen, soweit es möglich ist. Durch das Zitieren der Arbeiten aus unseren Veröffentlichungen finden diese Eingang in die wissenschaftliche Öffentlichkeit und werden anerkannt. So könnte mit der Zeit erreicht werden, dass auch Publikationen in der Sozietät bei Evaluierungen berücksichtigt werden. Eine nach und nach vor sich gehende Eroberung der Öffentlichkeit, um Interesse an unserer Arbeit zu wecken, kann nur durch Leistungen erfolgen, obwohl Skandale oft erfolversprechender von den Massenmedien vermarktet werden. Doch sie sind nicht der Weg, den wir beschreiten wollen. Fundierte politikkritische Stellungnahmen zu Themen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden, Hinweise auf die Arbeit der Sozietät durch ihre Mitglieder bei möglichen Gelegenheiten, Nutzung von Interviews, um über die Sozietät zu informieren, sind Wege, die zu gehen sind, um wesentliche Erkenntnisse unserer Sozietät bekannt zu machen. Gewachsen ist die Zahl von Mitgliedern, die in wichtigen nationalen und internationalen Gremien die Interessen der Leibniz-Sozietät wahrnehmen.

Was ist zu tun?

Die Hauptarbeit für unsere wissenschaftliche Reputation, die Mitgliederzuwahl und die Ehrung und Betreuung von Mitgliedern leisten die Klassen, die auch Verantwortung für die Plenarveranstaltungen tragen. Hauptpunkt der koordinierenden Arbeit des Präsidiums bleibt die Förderung und Initiierung von Vorhaben, die Organisation der Publikationstätigkeit, die Heranziehung weiterer aktiver Mitglieder, um die drückende ehrenamtliche Arbeit auf viele Schultern zu verlagern. Die Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse in den Sitzungsberichten umfasst Vorträge in Plenar- und Klassensitzungen, Ergebnisse von Konferenzen und Kolloquien, wissenschaftliche Mitteilungen, auch solche, die nach dem Korrespondenzprinzip eingeschickt werden u.a. Sie sind wichtig, um auf unsere Erkenntnisse hinzuweisen. Die Abhandlungen sind umfassenderen Themen gewidmet und stehen Kooperationspartnern offen. Über die Arbeit der Sozietät informiert „Leibniz-Intern“, was auch außerhalb der Sozietät interessiert zur Kenntnis genommen wird. Für viele Mitglieder und Interessierte ist die homepage der Sozietät eine wichtige Informationsquelle. Die guten Erfahrungen mit der Debatte um Bildung können genutzt

werden, um weitere inhaltliche Diskussionen, etwa zur Energieproblematik, zu führen. Dazu bedarf es der Anregungen und Auswertung in den Klassen und Arbeitskreisen. Die Programmkommission hat die Aufgabe, das Präsidium bei der Entwicklung der weiteren inhaltlichen Programmatik zu beraten. Sowohl vorgegebene wie wissenschaftsinterne Programmlinien könnten helfen, bestimmte wesentliche Themengruppen abzarbeiten. Im Zusammenhang mit den Senatsgeldern für die Projektförderung werden wir uns intensiver mit Vorschlägen für Ergebnisformen befassen, für die Gelder zur Verfügung gestellt werden. Die Zuwahlkommission wird sich den personellen Problemen widmen, um Lücken in der für die Interdisziplinarität wichtigen Fächerverteilung zu schließen, Frauen und junge Mitglieder an die Arbeit heranzuziehen und die Balance zwischen internationaler Repräsentanz und Arbeitsfähigkeit zu beachten. Die Entwicklung von Regionalzentren, schon angeregt und mit ersten Schritten begonnen, könnte die Sozietät mit Vortragsangeboten in anderen Städten Deutschlands und im Ausland bekannt machen und junge Wissenschaftler an die Sozietät heranführen. Vorgeschlagene Arbeitskreise zu bestimmten Themen funktionieren nur, wenn aktive Mitglieder sie organisieren. Wir freuen uns, zu den bisher vorhandenen aktiven und in der Broschüre über unsere Sozietät ausgewiesenen Arbeitskreisen auch den zu „Nano-science“ zählen zu können.

Mitglieder der Leibniz-Sozietät können darauf drängen, in etablierten Diskussionsforen, Forschungsgruppen und Arbeitskreisen die Leibniz-Sozietät mit einzubeziehen. Die Verjüngung der Mitglieder in den Kommissionen und Koordinierungsgremien, einschließlich des erweiterten Präsidiums, ist wichtig. Die Stiftung wird sich weiter um den Erhalt bisheriger Sponsoren und Helfer für unsere Tätigkeit sorgen und weitere gewinnen. Wege zur Überwindung solcher organisatorischer Schwächen, wie das Fehlen eines eigenen Büros und eines ständigen Ansprechpartners, die Bewältigung der weiter wachsenden umfangreichen wissenschaftsorganisatorischen und redaktionellen Arbeit u.a., die nicht mehr lange nur ehrenamtlich zu bewältigen sind, werden weiter gesucht.

Auf Anregung unseres Mitglieds Hermann Klenner wäre eine Statutenänderung zu erwägen, nach der wir unseren Namen in „Leibniz-Sozietät der Wissenschaften“ verändern. Damit soll deutlich gemacht werden, dass die Leibniz-Sozietät kein Verein ist, der sich mit dem Leben und Wirken von Gottfried Wilhelm Leibniz, sondern sich als Wissenschaftsakademie mit allen wesentlichen Problemen der Wissenschaftsentwicklung disziplinübergreifend befasst. Diesen Gedanken unterstützte das erweiterte Präsidium voll

und ganz. Wir haben dem schon dadurch Rechnung getragen, dass die Broschüre über unsere Sozietät die Begründung 1700 als Sozietät der Wissenschaften und sie als Wissenschaftsakademie *sui generis* besonders hervorhebt. Viel Arbeit ist geleistet worden, um die Leibniz-Sozietät in das Bewusstsein der Entscheider und der Öffentlichkeit einzuprägen. Wir sind die Traditionsnachfolgerin der Leibniz-Akademie und so der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Eventuell geht es ohne Statutenänderung, wenn im Untertitel die Breite der wissenschaftlichen Tätigkeit unserer Sozietät als Wissenschaftsakademie betont wird. Doch darüber haben die Mitglieder auf der Geschäftssitzung im Januar zu entscheiden.

Aus der Vielzahl der in unseren Veranstaltungen angesprochenen Probleme greife ich zwei besonders heraus, die uns, wegen der Komplexität und gesellschaftlichen Relevanz, weiter beschäftigen werden: das Verhältnis von Wissenschaft und Kunst und die Forderung nach einer Bildungsreform.

Schnittmengen zwischen Wissenschaft und Kunst

Literatur und Wissenschaft wird als Literaturwissenschaft durch uns oft thematisiert. Wir würdigten die Leistungen des Kunsthistorikers Richard Hamann und des Wegbereiters der Kunstgeschichte Heinrich Wölfflin. Diskussionen der Vertreter von Wissenschafts- und Kunstakademien waren und sind ein geistig-kultureller Höhepunkt in der Debatte um Wissenschaft und Kunst, wenn gegenseitig Anregungen gegeben werden. Es treffen dabei verschiedene Sichten auf die Wirklichkeit aufeinander, was einseitiges Denken durchbrechen kann. Wir setzen diese Tradition fort. Bei der in diesem Jahr erfolgten Auszeichnung für die Verdienste um die bulgarische Kunstgeschichte und deren Popularisierung durch die Akademie der Wissenschaften Bulgariens betonte unser Mitglied Friedbert Ficker die brückenschlagende Funktion von Wissenschaft, Kunst und Kultur. Auf dem Leibniztag 2003 sprach ich vom Wunsch der Musikakademie Rheinsberg, mit uns über das Wechselverhältnis von Kunst und Wissenschaft als einem wesentlichen Moment der Kulturentwicklung zusammenzuwirken. Inzwischen erhielt diese Akademie für die hervorragende Arbeit mit engagierten jungen Künstlern aus dem In- und Ausland den Kritikerpreis 2004. Trotz relativ kurzer Zeit für die Vorbereitung gelang es uns, das Kolloquium der Pflingstwerkstatt Neue Musik 2004 zum Thema „Schnittmengen zwischen Naturwissenschaften und Musik“ zu unterstützen. Wie die künstlerische Leiterin Frau Dr. Liedtke betonte, ging es um das Nachdenken über aktuell interessierende Themen, um das „Denken mit den Ohren“, um mögliche Impulse aus den Naturwissen-

schaften. Wir hörten „DNA-in-Concert. Der Fluss der genetischen Information“, viele Beispiele von jungen Komponisten und Musikern der Meisterkurse u.a. aus China, Korea, Italien, Slowenien, Deutschland.

In einem beeindruckenden Studentenkonzert stellte die Kompositionsklasse aus Dresden in Rheinsberg ihre Arbeiten vor, um sich dann, wie alle Komponisten und Musiker, den Fragen der Kolloquiumsteilnehmer zu stellen. Junge Musiker befassen sich unterschiedlich intensiv mit ihrer Arbeitsweise philosophisch. So ging es um die Philosophie einer bestimmten Komposition, worauf die Komponistin meinte, darüber mache sie sich keine Gedanken. Sicher berechtigt. Sie wirkt mit ihren Ergebnissen, über die sich andere metatheoretisch äußern können. Andere Künstler erzählen dagegen umfangreich über Anliegen, Motive, Ideenfindung usw. Beeindruckend waren Schilderungen über die musiktherapeutische Wirkung auf hyperaktive Kinder bei der Gestaltung einer Kinderoper und bei der Arbeit mit Seniorinnen und Senioren.

Die Uraufführung der musikalischen Farce „Drei Helden“ thematisierte die wechselseitige Entfremdung von Mann und Frau, indem der schizophrene Hauptdarsteller als Odysseus, als Robinson und als Don Quijote die Unsicherheit in der Fremde erlebt und den Wunsch nach Heimat empfindet: ein Thema, das bei uns unter ethnologischem Aspekt auftauchte, weil Modernisierung, Europäisierung, Globalisierung die Suche soziokultureller Einheiten nach ihrer Identität begleitet. Widersprüchliche Tendenzen sind zu analysieren. Kunst regt dazu an. Wissenschaft hat Programmatisches dazu zu sagen. Es gilt, den Weg zur humanen Einheit in der kulturellen Vielfalt der Welt zu finden und den realistischen Blick für Alternativen zu antihumanen Folgen derzeitiger Entwicklungen zu schärfen.

Unsere Beiträge betrafen den Schichtenbau der Atmosphäre, Evolution und Intelligenz, Schnittmengen zwischen Kunst und Wissenschaft in den Ansichten der Physiker Helmholtz und Heisenberg und Technikfolgenabschätzung im Spannungsfeld von neuen Medien und Kultur. Es kam zu interessanten Debatten über die Anregungen für die Kunst aus den Naturwissenschaften, sowohl über Gemeinsamkeiten schöpferischer Prozesse bei Künstlern und Wissenschaftlern im vorsprachlichen Bereich bei der Ideen-suche, als auch über die Differenzen bei der Ausarbeitung von Ideen, die in der Wissenschaft zu begrifflicher Fassung und in der Kunst zu anschaulicher Darstellung führen. Wissenschaftlich-rationale und ästhetische Aneignung der Wirklichkeit repräsentieren sich ergänzende Aspekte menschlichen Daseins, die in den Individuen als Vernunft-, Gestaltungs- und Genusswesen verbunden sind. Selbst wenn man als Extreme die Rolle der Wissenschaft als Wissens-

vermittlerin betont und die Kunst als Emotions- und Motivationsauslöserin sieht, können Wissenschaftler als Künstler und Künstler als Wissenschaftler tätig sein. Über die Farbenlehre Goethes wurde debattiert. Es gibt Übergänge zwischen Kunst und Wissenschaft. Computermalerei und Computermusik sind angesprochen. Kunst kann Wissen vermitteln und Wissenschaft Motivationen befördern. Als gemeinsame Aufgabe erweist sich die humane Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft. Die Frage war für alle Teilnehmer: „Treffen wir den Nerv der Zeit?“ Das Ziel der Werkstatt war es nicht, Antworten zu geben oder gar Konsens zu erreichen, sondern Fragen zu stellen und dazu Anregungen für das Weiterdenken zu geben. Das ist erreicht worden.

Ich dankte der Musikakademie und Frau Dr. Liedtke als Gastgeberin im Namen der Sozietät und schrieb: „Es war eine angenehme schöpferische Atmosphäre, in der wir uns bewegten. Wir haben Neues gelernt, darunter auch mehr Verständnis für die Neue Musik entwickelt ... Auf dem Kolloquium trafen, so mein Eindruck, kreative Menschen zusammen, die in ihren Wirkungsbereichen Wichtiges geleistet haben, und die bereit sind, anderen zuzuhören, Anregungen aufzunehmen und Ideen weiterzuentwickeln. Es war schon sehr beeindruckend, wie sich die Schnittmengen von der Einführung bis zum Ende in immer neuer Art und Weise zeigten. Es gab keine Berührungängste, denn die Debatte begann sofort, ging in den Pausen weiter, und hinterlässt sicher bei jedem Spuren, die ihn zum Nach- und Weiterdenken anregen.“

Wir werden überlegen, welche sinnvollen Beiträge wir für die nächste Pflingstwerkstatt in Rheinsberg leisten können. Das Thema ist „Frau Musica. Meisterwerke und Neue Musik von Komponistinnen“. In ersten Überlegungen dazu heißt es: „Um den Kompositionen von Frauen einen ihnen gebührenden Platz im Repertoire einzuräumen, geht der konzeptionelle Ansatz nicht von der Geschlechtsspezifität aus, nicht vom Frau-Sein und einem entsprechenden Lebensweg, sondern konkret vom Notentext: hören, analysieren, vergleichen, das Besondere herausfinden, wiedererkennen, eben wirklich kennen lernen“. Frauenemanzipation und Überwindung des Patriarchalismus, Gleichstellung von Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ist ein Thema, das auch in der Wissenschaft eine Rolle spielt und Mitglieder, Kooperationspartner und Freunde unserer Sozietät beschäftigt, wie mir schon bestätigt wurde. So sehe ich keine Schwierigkeiten, uns an der folgenden Pflingstwerkstatt konstruktiv zu beteiligen. Zugleich wäre es wichtig, wenn Mitglieder und Kooperationspartner, die sich mit dem Thema „Wissenschaft und Kunst“ befassen, den schon oft geäußerten Wunsch, einen entsprechenden Arbeitskreis zu bilden, nun realisieren könnten.

Zur Forderung nach einer Bildungsreform

Immer wieder hören wir Nachrichten über kosmetische Operationen am Bildungssystem. Da werden Ganztagschulen und die länderübergreifende Benutzung von Schulbüchern schon als Erfolg gefeiert. Mancher, der das Bildungssystem in der DDR mit seinen Stärken und Schwächen kennt, ist erstaunt, wie mühsam um neue Inhalte und Strukturen gerungen wird, ohne bisherige Erfahrungen zu berücksichtigen. Es drängt sich die Frage auf, ob wir den Bildungsanforderungen im 21. Jahrhundert genügen. Sie ist kaum zufriedenstellend zu beantworten. Die Leibniz-Sozietät hatte sich mit einer prinzipiellen Stellungnahme 2001 zum Forum Bildung mit der Forderung nach einer Bildungsreform an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert zu Wort gemeldet, die sich der großen Bildungstradition in Deutschland bewusst bleiben und zugleich als Faktor einer neuen Aufklärung in die bevorstehende Zukunft weisen soll. Wir haben uns zu bestimmten Problemen geäußert, so zur Orthografiereform, zum Jahrhundert des Kindes, zur Reformpädagogik mit der Forderung, Bildung nicht als von außen aufgezwungen zu sehen, sondern sie als Motivation zur Wahrnehmung von Bildungsangeboten zu verstehen. Das Buch „Kindheit in der DDR“ ist erschienen und hilft hoffentlich mit, unbegründete Vorurteile zu problematisieren. In manchen Diskussionen gewinnt man den Eindruck, als ob einige, ohne Kenntnis der DDR-Wirklichkeit, immer wieder der Dichotomie verfallen: Wirklichkeit in der DDR war allein staatlich gelenkt, während in der kleineren alten BRD alles frei entscheidbar war. Etwas mehr Einsicht in die Instrumentalisierung und Manipulierung von Meinungen mit unterschiedlichen Mitteln in gesellschaftlichen Systemen wäre angebracht, wenn geistig-kulturelle Barrieren zwischen den unterschiedlichen Erfahrungen überwunden werden sollen. Nicht Bildungsmangel, sondern umfassende Bildung führte zur Kritik an Differenzen zwischen Ideal und Wirklichkeit im „realen Sozialismus“, zur friedlichen Umwälzung, wie auf dem letzten Bildungskolloquium festgestellt wurde. Das hebt jedoch nicht die Ideale einer humanen Zukunftsgestaltung auf, über die weiter nachzudenken ist.

Besondere Bedeutung hatten die Überlegungen zur Bildung in der frühen Kindheit mit vielen konstruktiven Vorschlägen, um Defizite zu überwinden. Wir befinden uns in einem geistig-kulturellen Umbruch, der auf einer sich herausbildenden qualitativ neuen Arbeits- und Lebensweise beruht und eine prinzipielle Reform des Bildungswesens in Deutschland verlangt. Bildung heute, Gefährdungen und Möglichkeiten, war deshalb das Thema des Bildungskolloquiums in diesem Jahr, das sich mit den Bildungsdefiziten ebenso befasste,

wie mit internationalen Protesten und interessanten Vorhaben zu Bildungsangeboten. Eine neue Form des Chemieunterrichts wurde uns im Plenum demonstriert: effektiv, kostensparend und interessant. Doch es gibt immer noch Wissensballast ohne praktischen Nutzen. Wir brauchen statt der Lern- die Denkschule. Die ästhetische Aneignung der Wirklichkeit sollte einen größeren Platz einnehmen und nicht auf Kunstgeschichte und Musik reduziert werden. PISA ist nur zu korrigieren, wenn allgemeine Wissensstandards mit interessanten spezifischen Bildungsangeboten verbunden werden, um vorhandene Motivation zum Lernen zu fördern und fehlende zu überwinden. Über eine neue Lernkultur wurde diskutiert.

Der Gebildete unterscheidet sich vom Wissenden durch Achtung der Kultur und der Leistung anderer. Es geht auch um Charakterbildung. Bildung ist Einheit von Wissen und humanen Werten. Es kann nicht nur Wissen vermittelt werden, sondern sittliche Reifung ist zu begleiten. Doch die Hauptfrage bleibt dann die Zukunft gebildeter Menschen mit einer garantierten sinnvollen Beschäftigung. Damit befassten wir uns im Plenum beim Thema „Perspektiven der Arbeit“, das sowohl in den aktuellen Herausforderungen in einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit als auch in visionären Ausblicken diskutiert wurde. Bildung und Arbeit, Wissenschaft und Technologie sind mit dem vor sich gehenden Übergang zu einer qualitativ neuen Arbeits- und Lebensweise verbunden, die interessante neue Züge aufweist. Der Charakter der Arbeit verändert sich. Es vollzieht sich der Übergang von der Disziplin- zur Kontrollgesellschaft, da die disziplinierte Unterordnung unter das Fließbandsystem durch Autonomie der Individuen im Arbeitsprozess ersetzt wird, ergänzt durch umfangreiche Kontrolle und die Forderung nach Selbstkontrolle, die die Autonomie wieder einschränkt. Produktivkraft- und Informationsrevolution verlangen so eine angemessene Bildungsreform. Die dafür erforderliche Aus- und Weiterbildung der Lehrer ist zu überprüfen. Ein Thema, das noch zu behandeln ist.

Wir werden uns intensiv weiter mit Problemen der Bildung befassen. Hermann Hesse schrieb: „Es gibt aber nur ein Gesetz und einen einzigen Weg, sich zu bilden und geistig durch Bücher zu wachsen; das ist die Achtung vor dem, was man liest, die Geduld des Verstehenwollens, die Bescheidenheit des Geltenlassens und Anhörens“.³ An anderer Stelle ergänzt er: „Bildung setzt etwas zu Bildendes voraus; einen Charakter nämlich, eine Persönlichkeit. Wo

3 Hermann Hesse, *Bücherlesen und Bücherbesitzen*, in: *Über Literatur*, Berlin, Weimar 1977, S. 42.

die nicht vorhanden ist, wo sich Bildung ohne Substanz gewissermaßen im Leeren vollzieht, da kann wohl Wissen entstehen, nicht aber Liebe und Leben“.⁴ Der Begründer der Bielefelder Laborschule Hartmut von Hentig, deren Motto „Erkennen durch Handeln“ ist, bestimmt in der Tradition vieler Bildungstheoretiker Bildung so: „Bildung ist ein individueller, sich an und in der Person, am Ende durch sie vollziehender Vorgang. ‚Ich bilde mich‘, lautet die richtige Beschreibung. Eine Form, die mir ein anderer aufprägt, macht mich nicht zum Gebildeten, sondern zu einem Gebilde. Und die Ertüchtigung für eine gesellschaftliche Tätigkeit ist etwas ganz anderes und heißt Ausbildung“.⁵ Wenn wir uns, statt nur Wissensverwalter zu sein, als Erkenntnisgestalter profilieren, dann werden wir richtige Forderungen früherer Meister in aktuelle Angebote umsetzen. Das wollen wir auch weiter mit unseren Veranstaltungen zur Bildung tun.

Das Fazit bisheriger Überlegungen könnte man so zusammenfassen: Statt des Geredes um kleine Reförmchen wäre eine prinzipielle Bildungsreform mit dem Abschneiden aller traditionellen Zöpfe unter Bewahrung des humanen Bildungsguts erforderlich. Die Grenzen des Föderalismus, die eine solche Reform verhindern, sind in Deutschland aufzudecken. Wir brauchen allgemeine Wissensstandards und spezielle Bildungsangebote. Eine neue Aufklärung ist erforderlich, die mit Einseitigkeiten der klassischen Aufklärung bricht, mit dem christlichen Universalismus, mit der Trennung von Bürgerpflicht und Menschenrechten, mit der unterschweligen Diffamierung von Frauen und sozial Schwachen und mit der Auffassung, Wissensvermittlung vertreibe allein Unmündigkeit und soziale Missstände. Die Erkenntnis, wenn die Umstände die Menschen formen, dann sind die Umstände menschlich zu gestalten, gilt weiter. Ohne weitere Aufklärung durch umfassende Bildung verstärkt sich die Krise des Wissens, die Missachtung kreativer Leistungen gegenüber populistischen Volksbelustigungen in der Spaßgesellschaft, die Sensationssucht statt wissenschaftlicher Einsicht. Soziale Werte, die einer zukünftigen Weltkultur mit Humankriterien entsprechen, können nur vermittelt werden, wenn Bildung sich gegen die Diskriminierung von Gruppen und Personen aus kulturellen, rassistischen, sozialen und sexistischen Gründen wendet. So bleibt Bildung eine wichtige Programmlinie unserer Arbeit. Wir werden uns im September schon der Frage stellen: Gehören naturwissenschaftliche

4 Hermann Hesse, *Eine Bibliothek der Weltliteratur*, a.a.O., S. 150.

5 Hartmut von Hentig, *Wissenschaft. Eine Kritik*, München, Wien 2003, S. 3

Kenntnisse zur Bildung? Weitere Kolloquien sind vorgesehen, so zur Allgemeinbildung und zum Wirken des hervorragenden Pädagogen Robert Alt.

Um den Kreis der Überlegungen zu schließen, die unsere Arbeit im vergangenen Jahr mit der Forderung verbanden, nicht Wissensverwalter, sondern Erkenntnisgestalter zu sein, sei noch einmal betont: Auch wenn man Rufer in der geistig-kulturellen Wüste bleibt, muss man sich immer wieder zu Wort melden und vor allem die eigenen Erfahrungen weitergeben, damit nachkommende Generationen sich der Wissenschaft verpflichtet fühlen, die Probleme sehen und gegen antihumane Zustände angehen. Dazu wünsche ich uns weiter viel Erfolg.

Nachrufe für verstorbene Mitglieder und Freunde der Leibniz-Sozietät

Die Festversammlung zum Leibniztag 2004 gedachte der seit dem letzten Leibniztag verstorbenen Mitglieder und Freunde der Leibniz-Sozietät sowie der verstorbenen Mitglieder der früheren Akademie der Wissenschaften der DDR, von deren Ableben sie Kenntnis erhielt:

Ernst Diehl

* 08.01.1928 † 12.04.2004

Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften seit 1971
Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften seit 1973

Am 12. April 2004 verstarb in Berlin Ernst Diehl, Mitglied der Leibniz-Sozietät, im Alter von 76 Jahren.

Ernst Diehl wurde am 8. Januar 1928 im märkischen Fürstenwalde als Sohn eines Gymnasiallehrers, der seit 1930 das staatliche Viktoria-Gymnasium in Potsdam leitete, und einer Erzieherin geboren. Er wuchs in einer Familie auf, die den Traditionen des bürgerlichen Humanismus verpflichtet war. Nach dem Besuch des Gymnasiums, den er 1946 mit dem Abitur abschloss, studierte er seit Herbst 1946 an der alma mater berolinensis zunächst wie sein Vater Altphilologie. Sein starkes politisches Engagement für die demokratische Neugestaltung der Gesellschaft nach der Zerschlagung des Faschismus ließ ihn 1947 die Studienrichtung wechseln und das Studium der Geschichte aufnehmen. Bei Alfred Meusel legte er 1951 mit einer Diplomarbeit über „Marx und Engels und die italienische Frage“ sein Examen ab. Danach arbeitete er bis 1959 als Verantwortlicher für Geschichte in der Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Ernst Diehls historisches Forschungsgebiet wurde die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Auf diesem Felde wurde er 1967 mit einer Dissertation über „Die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923“ zum Dr. phil. promoviert. Er legte zahlreiche Beiträge vor allem zur Geschichte der deutschen Novemberrevolution und zur Ent-

wicklung der KPD sowie zu Grundproblemen der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung vor. Ernst Diehl hat über Jahrzehnte große Verantwortung in der Geschichtswissenschaft der DDR wahrgenommen. Er war von 1959 bis 1964 Leiter des Lehrstuhls Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften und stand danach von 1964 bis 1989 als Stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus dessen Abteilung Geschichte der Arbeiterbewegung vor. Seit 1969 war er Vorsitzender des Rates für Geschichtswissenschaft der DDR.

Bleibende Verdienste um die Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft erwarb er sich vor allem als Leiter und Mitwirkender von geschichtswissenschaftlichen Kollektivunternehmen, so seit Ende der fünfziger Jahre bei der Ausarbeitung eines „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und dann der 1966 erschienenen achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, wo er vor allem für die Erforschung und Darstellung des Zeitraums der Weimarer Republik und des Faschismus verantwortlich zeichnete. Auch bei den vorbereitenden Arbeiten für eine vielbändige „Deutsche Geschichte“, die zunächst 1974 zum Erscheinen eines „Grundrisses“ der Geschichte des deutschen Volkes führten, stand er an der Spitze eines Wissenschaftlerkollektivs und war anschließend Mitglied des Herausbergremiums dieser „Deutschen Geschichte“, von der zwischen 1982 und 1989 die Bände 1 bis 5 sowie der Band 9 erschienen sind. Zu seinen Verdiensten um die Geschichtswissenschaft gehören nicht zuletzt seine steten Bemühungen um Forschungen und Editionen auf dem Felde der deutschen Arbeiterbewegungsgeschichte. Zahlreiche monographische und biographische Publikationen hat er bis zu ihrem Erscheinen fördernd begleitet. An den Veranstaltungen der Leibniz-Sozietät hat er von Beginn an interessiert teilgenommen, doch haben ihn familiäre Umstände und eigene Krankheit in den letzten eineinhalb Jahrzehnten weitgehend daran gehindert, mit der gleichen Intensität wie viele seiner Kollegen und öffentlich an der kritischen Durcharbeitung der Erfahrungen aus früheren Jahrzehnten und an weiteren Forschungen auf seinem Gebiet teilzunehmen.

Wer mit Ernst Diehl als wissenschaftlichem Leiter zusammen kam, hat ihn kennen und schätzen gelernt als einen charakterlich integren Mann, in dessen Wirken sich entschiedene Überzeugungstreue mit großer Feinfühligkeit, absoluter Lauterkeit und tiefer Bescheidenheit verband. Sich in den Vordergrund zu spielen war ihm fremd, sich zurückzunehmen sein wesentlicher Charakterzug. Er wusste jederzeit um seine politische und wissenschaftliche,

aber gleichermaßen auch menschliche Verantwortung gegenüber denen, mit denen er zusammenarbeitete. Bei aller mitunter sicher auch herben Kritik, die ihm auf wissenschaftlichem Gebiet und aus politischer Verantwortung nötig schien, begegnete er seinen Diskussionspartnern stets mit Hochachtung und Verständnis. Seit 1963 Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat er als Ratsvorsitzender für die Geschichtswissenschaft mitnichten einfach zentrale Vorgaben nur durchgesetzt, sondern jederzeit die konkreten Vorschläge, die aus den historischen Forschungsinstitutionen vorgebracht wurden, aufgenommen und gegenüber der politischen Führung auch erfolgreich durchzusetzen gewusst. Er war nicht nur ein gründlicher, bisweilen übergründlicher Arbeiter, sondern auch und vor allem ein produktiver und kreativer Kritiker. Im Umgang mit den Wissenschaftlerkollegen waren ihm dabei aber immer Behutsamkeit, Verständnis und Einfühlungsvermögen wesenseigen. Laute Worte waren seine Sache nicht, vorschnelle Entscheidungen ebenso wenig. Er wog gründlich und lange – manchem erschien es manchmal gar zu lange – ab, bevor er sich festlegte. Und er suchte dann, für andere schwierige und komplizierte Entscheidungen sachlich und verständnisvoll nahe zu bringen.

Seine tiefe Menschlichkeit, die Lauterkeit seines Charakters, sein Sinn für wissenschaftliche Qualität, sein kritisches Engagement und sein Verständnis für die Probleme seiner Diskussionspartner werden allen, die Ernst Diehl kannten, in Erinnerung bleiben. Die Leibniz-Sozietät, zu deren Mitgliedern er seit 1993 gehörte, wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Walter Schmidt

Hermann Klare

* 12.05.1909 † 22.08.2003

Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften seit 15.06.1961

Am 22. August 2003 verstarb in Dresden Hermann Klare, langjähriger Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, später Akademie der Wissenschaften der DDR.

Hermann Klare wurde am 12.05.1909 in Hameln geboren, begann das Chemiestudium 1928 in Heidelberg und ging 1929 nach Kiel, um bei Otto Diels und Kurt Alder, die gerade die Diensynthese entdeckt hatten, zu promovieren. Er war so 1931 in seiner Dissertation mit einem neu entdeckten chemischen Wissenszweig in Berührung gekommen und hatte wiederum das Glück, in Berlin-Lichtenberg bei Paul Schlack, der 1938 die Perlonsynthese

gefunden hatte, über Polyamide und ihre technische Verwendung zu arbeiten, was mit dem Aufbau der ersten Polyamidseiden-Anlage in eine ganz neue Chemiefaser-Technologie führte.

Diese Jahre prägten seinen Lebensweg, der ganz im Zeichen der Leibnizschen Prämisse *theoria cum praxi* stand. Hermann Klare hat sich immer wieder dem komplexen Wechselspiel zwischen Forschung und Wissenschaftsorganisation gestellt und beiden Seiten der Tätigkeit eines Wissenschaftlers mit Erfolg entsprochen.

Der Aufbau der Polyamidseiden-Produktion in Berlin-Lichtenberg 1940/41 war eine schwierige verfahrenstechnische Aufgabe. Die Versuchsproduktion wurde in einer Anlage in Landsberg/Warthe weitergeführt, die nach Kriegsende im Rahmen von Reparationsleistungen deportiert und in Klin bei Moskau wieder aufgestellt wurde. Nach einer Tätigkeit in der Sowjetunion von 1947 bis 1949 kehrte Hermann Klare zurück und arbeitete als wissenschaftlich-technischer Leiter im Kunstfaserwerk Schwarza. Es war der Beginn einer jahrzehntelangen fruchtbaren Zusammenarbeit mit Erich Correns, dem damaligen Direktor des Kunstfaserwerkes. 1951 übernahm Hermann Klare die Gesamtleitung des Kunstfaserwerkes.

Ab 1953 arbeitete er im Institut für Faserstoff-Forschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Teltow-Seehof, dem Erich Correns vorstand, wurde 1955 zum Professor ernannt, und nach Emeritierung von Correns war Hermann Klare von 1962 bis 1969 Direktor dieses Instituts, des späteren Instituts für Polymerenchemie.

Hermann Klare war ab 1956 Mitglied der Klasse Chemie der Akademie und wurde 1961 zum Ordentlichen Mitglied der Akademie gewählt.

Die Forschungstätigkeit von Hermann Klare beinhaltete immer auch mögliche technische Anwendungen. Bedeutende Verbesserungen im Produktionsprozess sind auf seine grundlegenden Arbeiten zur Fadenbildung für das Gebiet der Polyamidseiden und der Viskoseseiden zurückzuführen. Er verkörperte den Typ des wissenschaftlich tätigen erfahrenen Industriechemikers, der es verstand, Ergebnisse der Forschung und Entwicklung in die industrielle Praxis umzusetzen.

So erscheint es nur als logische Konsequenz, dass er 1961 zum Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftliche, technischen und medizinischen Institute der Akademie ernannt und in dieser Funktion 1963 zugleich zum Vizepräsidenten der Akademie berufen wurde.

Die wissenschaftliche Lenkung der Forschungsinstitute ging mit der Bildung der Forschungsgemeinschaft von den Klassen der Gelehrtenengesellschaft

auf die Leitung der Forschungsgemeinschaft über, was inhaltliche Veränderungen im Wirken der Gelehrtenengesellschaft und der Forschungsinstitution bedingte. In der Folgezeit gelang es der Leitung der Forschungsgemeinschaft, eine engere Koordinierung der wissenschaftlichen Arbeit der Institute untereinander mit den volkswirtschaftlichen Vorhaben der Industrie, der Landwirtschaft und des Gesundheitswesens der DDR zu erreichen.

1968 wurde Hermann Klare zum Präsidenten der Akademie gewählt. Unter seiner Leitung vollzog sich mit der Akademiereform eine eingreifende organisatorische Umgestaltung der Akademie. Sie erwuchs teils aus wissenschaftsinhärenten Entwicklungen, teils aus zentralen politischen Maßnahmen im staatlichen Bereich und in der Volkswirtschaft der DDR. Die Reorganisation orientierte auf eine enge Verflechtung von Wissenschaft und Produktion und eine übergreifende zentrale staatliche Planung und Leitung von Forschung und Entwicklung. Damit verbunden war eine Profilierung der Forschungsgebiete der Akademie und eine Ausrichtung ihrer Forschungspotenziale auf wesentliche Vorhaben der Volkswirtschaft. In dieser Zeit hat Hermann Klare die Forschungspotenziale der Akademie zusammengeführt und der Wechselwirkung verschiedener Disziplinen sowie der Zusammenarbeit von Natur- und Geisteswissenschaften entscheidende Impulse verliehen.

Die Akademiereform fiel in eine Periode der Zuspitzung der internationalen Spannungen zwischen Ost und West und in eine Phase des Bemühens der DDR um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie internationale Anerkennung. Ausdruck dafür war unter anderem auch die 1972 erfolgende Umbenennung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Akademie der Wissenschaften der DDR.

Während der Präsidentschaft von Hermann Klare weiteten sich die internationalen Beziehungen der Akademie aus. Die internationale Forschungsoperation wurde ausgebaut, besonders mit der Akademie der Sowjetunion, der Polnischen, der Tschechoslowakischen und der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften. Ebenso wurde die Akademie in zahlreiche wissenschaftliche Abkommen der DDR einbezogen.

Als Hermann Klare 1979 als Präsident entpflichtet wurde, hatte er mit Erfolg daran gearbeitet, die Akademie zu einem gesuchten wissenschaftlichen Partner der Volkswirtschaft und zu einem geachteten Glied der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft zu machen.

Mit seinem reichen Erfahrungsschatz wirkte er im Kreise des Präsidiums der Akademie von 1979 bis 1984 als Vizepräsident und von 1980 bis 1988 als Vorsitzender der Klasse Chemie der Akademie. In dieser Funktion hat er Vorträge zu den Programmen der Grundlagenforschung, zu Fragen aus den

Grenzgebieten der Chemie und zur Zusammenarbeit verschiedener Wissenschaftsdisziplinen initiiert, woraus grundsätzliche Stellungnahmen zur Wissenschaftsentwicklung erwachsen.

Seine Erfahrungen auf dem Polyamidgebiet hat Hermann Klare in einer Monografie Synthesefasern aus Polyamiden zusammengefasst. Eine umfassende Darstellung der gesamten Problematik wurde von ihm in der Monografie Geschichte der Chemiefaserforschung von den Anfängen bis zur Gegenwart gegeben, die im Akademie-Verlag 1985 erschien.

Mit großem Ernst hat sich Hermann Klare in der Verantwortung des Wissenschaftlers für das friedliche Miteinander der Völker und für einen konstruktiven Wettbewerb eingesetzt, er ist für Abrüstung und gegen den Missbruch von Wissenschaft und Technik zur sinnlosen Zerstörung des Geschaffenen eingetreten. Dem diente vor allem auch sein Wirken als Vorsitzender des 1983 gegründeten DDR-Komitees für wissenschaftliche Fragen der Sicherung des Friedens und der Abrüstung.

Die Persönlichkeit von Hermann Klare wäre unzureichend gewürdigt, wenn angesichts dieser hervorragenden Leistungen sein aufrichtiges, warmherziges Wesen vergessen würde, seine Eigenschaft, an den Sorgen anderer Anteil zu nehmen, mit Rat zur Seite zu stehen und die Meinung anderer zu achten, ohne den eigenen Standpunkt aufzugeben. Besonders hervorzuheben bleibt seine absolute Integrität und Kollegialität.

Die Leistungen von Hermann Klare wurden mit hohen Auszeichnungen der DDR und des Auslandes gewürdigt. Prof. Klare war mehrfacher Ehrendoktor (Merseburg, Sofia, Dresden). Er war Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle. Die Sowjetunion hat ihm den Orden der Völkerfreundschaft verliehen, und die Sowjetische Akademie der Wissenschaften, die ihn 1971 zum Auswärtigen Mitglied wählte, ehrte ihn mit ihrer höchsten wissenschaftlichen Auszeichnung, der Lomonossow-Medaille. Die Akademien der Wissenschaften Polens, der Tschechoslowakei, Bulgariens und der Mongolischen Volksrepublik wählten ihn zum Mitglied. Die Mitgliedsurkunde der Russischen Akademie der Wissenschaften, der Nachfolgerin der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion, wurde ihm 1996 durch den russischen Botschafter überreicht.

Nach der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR und dem Tode seiner Frau zog sich Hermann Klare aus dem wissenschaftlichen Leben zurück.

Die Leibniz-Sozietät wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ulrich Hofmann, Lothar Kolditz, Werner Scheler

Rolf Landsberg

* 28.2.1920 † 27.12.2003

Am 27. Dezember 2003 verstarb Prof. Dr. Rolf Landsberg in Berlin. Er war ein Freund und Förderer der Leibniz-Sozietät. Mit ihm verlieren wir einen großen Menschen, der durch seine natürliche Bescheidenheit, seinen lautereren Charakter, seine Güte und Menschlichkeit für eine große Zahl von jüngeren Wissenschaftlern und Kollegen zum Vorbild und für viele von ihnen zum Freund wurde. Er war ein Mann der leisen Töne.

Rolf Landsberg wurde am 28. Februar 1920 in einer jüdischen Familie der Berliner Intelligenz geboren. Ein Kind noch, musste er bereits Anfang der 30-iger Jahre die Widerwärtigkeiten des Antisemitismus erleben. Das war einer der Gründe, aus denen er 1934 seine Schulbildung in England fortsetzte. Die politischen Zustände im faschistischen Deutschland zwangen Rolf Landsberg seit dieser Zeit als Emigrant in England, getrennt von seiner Familie, seine Schulbildung und sein Studium der Chemie am University College in London, später in Aberystwyzn (Wales) fortzusetzen und zu beenden. Unterbrochen wurde das Studium durch eine zweijährige Internierung in Kanada.

Rolf Landsberg war aktiver Kämpfer gegen den deutschen Faschismus. Er, der ein Leben lang von der Sehnsucht nach Frieden und Verständigung unter den Völkern erfüllt war, trat 1944 als Freiwilliger in die britische Armee ein, um mitzuhelfen, den Krieg zu beenden und den deutschen Faschismus zu besiegen. 1947 kehrte er in seine Geburtsstadt Berlin zurück und promovierte 1950 an der Berliner Universität bei K. F. Bonhoeffer mit einer Arbeit zum Thema: „Potentiale bei der Bildung von Niederschlagsmembranen“. Die weiteren Etappen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit als Hochschullehrer waren eine Dozentur an der Universität Greifswald (1952 bis 1955), der Technischen Hochschule für Chemie in Merseburg (1955 bis 1959), an der er sich 1959 mit einer Arbeit zum Passivitätsverhalten von Ni und Zn habilitierte und im selben Jahr zum ordentlichen Professor für physikalische Chemie berufen wurde. In den Jahren 1961 bis 1964 war er Rektor dieser Hochschule. 1964 erfolgte die Berufung zum Direktor des Instituts für Physikalische Chemie der Humboldt-Universität zu Berlin, an der er bis zu seiner Emeritierung 1985 erfolgreich tätig war. Seine langjährigen Lehrerfahrungen auf dem Gebiete der Elektrochemie hat Rolf Landsberg in einem Buch mit dem Titel „Elektrochemische Reaktionen und Prozesse“ festgehalten.

Die wissenschaftliche Tätigkeit von Rolf Landsberg konzentrierte sich auf elektrochemisch-kinetische und homogen-kinetische Fragestellungen. In

den 50-iger Jahren waren das besonders die Fragen der Bildung von salzartigen Deckschichten auf Metallen, wie Ag, Ni und Zn, und deren Einfluss auf das Auflösungsverhalten von Ni und Zn. Als einer der ersten hat er die Bedeutung der rotierenden Scheibe als Untersuchungsmethode von elektrodenkinetischen Reaktionen und von Salzauflösungsprozessen erkannt und angewandt. Die mathematische Ableitung der Diffusionsgesetzmäßigkeiten für die rotierende Scheibenelektrode mit partiell inaktiver Oberfläche und ihre experimentelle Überprüfung haben ihm in den 60-iger Jahren internationale Anerkennung gebracht. Rolf Landsberg hat sich später mit dimensionsstabilen Elektroden und in den letzten Jahren seiner wissenschaftlichen Tätigkeit mit der elektrochemischen Oberflächenbearbeitung und Charakterisierung von Halbleitermaterialien beschäftigt. Auf all diesen Gebieten hat Rolf Landsberg wesentliche Beiträge geleistet, die seinen Namen fest in das Buch der Wissenschaftsgeschichte eingeschrieben haben.

Rolf Landsberg nahm großen Anteil an der Entwicklung der Leibniz-Sozietät. Mit großem Interesse verfolgte er die wissenschaftliche Tätigkeit der Sozietät und deren Publikationen. Seit der Errichtung der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät förderte er die Stiftung und über sie die Sozietät regelmäßig mit einem ansehnlichen finanziellen Beitrag. Seit der Neuwahl im Jahre 2002 war er Mitglied des Kuratoriums. Die Mitglieder und Freunde der Leibniz-Sozietät werden seiner immer in ehrender Dankbarkeit gedenken.

Lothar Müller, Heinz Kautzleben

Neue Mitglieder der Leibniz-Sozietät

Das Plenum wählte in seiner Geschäftssitzung am 13. Mai 2004 in geheimer Abstimmung 23 Persönlichkeiten zu Mitgliedern der Leibniz-Sozietät. Die neuen Mitglieder wurden auf dem Leibniztag 2004 vorgestellt.

Prof. Dr. Liivi Aarma, * 10.02.1948

Tallinn (Estland); Geschichte

Prof. Dr. Peter Betthausen, * 27.06.1941

Berlin; Kunstgeschichte

Dr. Ekkehard Diemann, * 12.01.1944

Bielefeld; Chemie

Prof. Dr. Lutz-Günther Fleischer, * 26.07.1938

Berlin; Verfahrenstechnik, Thermodynamik

Prof. Dr. Christoph Fusch, * 27.01.1959

Greifswald; Neonatologie, Pädiatrie

Prof. Dr. Jost Gippert, * 12.03.1956

Frankfurt a.M.; Vergleichende Sprachwissenschaft

Prof. Dr. Erik W. Grafarend, * 30.10.1939

Stuttgart; Geodäsie

Prof. Dr. Esko Antero Häkli, * 30.11.1936

Helsinki (Finnland); Geschichte, Bibliothekswissenschaft

Prof. Dr. Osama Hayaishi, * 08.01.1920

Osaka (Japan); Biochemie

Prof. Dr. Joachim Heidrich, * 13.04.1930 † 08.07.2004

Berlin; Geschichte Südasiens

Prof. Dr. Reinhart Heinrich, * 24.04.1946

Berlin; Biophysik

Dr.-Ing. Klaus Irrgang, * 22.06.1950

Geraberg; Prozessmesstechnik

Prof. Dr. Klaus-Dieter Jäger, * 23.01.1936

Berlin; Archäologie

Prof. Dr. Konrad Köstlin, * 08.05.1940

Wien (Österreich); Volkskunde

Prof. Dr. Ioan-Vasile Leb, * 30.01.1953

Cluj-Napoca (Rumänien); Kirchengeschichte

Prof. Dr. Ingrid Lohmann, * 13.01.1953

Hamburg; Pädagogik

Dr. sc. Detlef Nakath, * 10.11.1949

Potsdam; Zeitgeschichte

Prof. Dr. Claus Alexander Pierach, * 01.07.1934

Minneapolis (USA); Medizin

Prof. Dr. Rainer Schimming, * 20.07.1944

Greifswald; Mathematische Physik

Prof. Dr. Burckhard Schneeweiß, * 16.05.1931

Berlin; Kinderheilkunde

Prof. Dr. Erdmute Sommerfeld, * 31.03.1943

Senzig; Psychologie

Prof. Dr. Klaus Strobach, * 16.01.1920 † 05.08.2004

Geislingen a. d. Steige; Geophysik

Dr. sc. Wolfgang Weiß, * 21.11.1954

Greifswald; Geographie, Demographie

Ingrid Lohmann

„Zweck des Vereins ist ausschließlich und unmittelbar die selbstlose Pflege und Förderung der Wissenschaften in der Tradition von Gottfried Wilhelm Leibniz im Interesse der Allgemeinheit.“ (aus dem Statut)

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Mitglieder der Leibniz-Sozietät,
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für meine Wahl zum Mitglied Ihrer Gelehrtenvereinigung. Ich fühle mich sehr geehrt und freue mich auf die Mitwirkung.

Mein Name ist Ingrid Lohmann, und als eines der neuen Mitglieder bin ich aufgefordert, kurz auf meine wissenschaftlichen Absichten einzugehen.

Ich bin Professorin für Ideen- und Sozialgeschichte der Erziehung an der Universität Hamburg.

Studierte ich in den 70er Jahren an der Universität Münster. Wegen eines gescheiterten ursprünglichen Studienplans bin ich damals – zunächst mehr oder weniger im Sinne einer Verlegenheitslösung – ins Studium der Philosophie eingetreten. Ich erinnere mich, daß ich mich noch als Schülerin durch Henri Lefèbvres Büchlein *Probleme des Marxismus heute* geackert hatte, das 1967 bei Suhrkamp erschienen war; keine Ahnung, was ich davon damals verstanden habe.

Aber vielleicht gab die Lektüre den Anstoß dafür, daß ich dann sehr bald an den großen Vorlesungen von Heinz Hülsmann über *Gesellschaftskritische Wissenschaftstheorie* teilnahm. Erkenntnistheorien, Positivismusstreit, Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie gehörten zu den Themen meiner ersten zwei, drei Studienjahre in jener Zeit der ausgehenden Studentenbewegung. Die Mitarbeit an der Herausgabe der ersten zwei Bände eines Readers zu Hülsmanns Vorlesung, der in Buchform erschien, war einer meiner ersten kleinen Beiträge zur Wissenschaft.

Es war auch die Zeit der beginnenden Berufsverbote. Besonders betroffen war davon das von Hans-Jürgen Krysmanski geleitete Institut für Soziologie.

Zwei Dozenten des Instituts, Thomas Neumann und Peter Marwedel, erhielten Berufsverbot. Bei ihnen hatte ich, nunmehr eingeschrieben in den damals noch jungen Studiengang Diplompädagogik mit den Nebenfächern Psychologie und Soziologie, studiert und weiter kritisches Denken gelernt; ebenso in der Erziehungswissenschaft, die ich mit je unterschiedlichen Akzenten hauptsächlich bei Ursula Bracht und Konrad Gründer studierte; und nicht zuletzt in zahlreichen studentischen Arbeitsgruppen, Streikkomitees, Fachschaftsräten – es war eine Zeit intensiver hochschulpolitischer Sozialisation, der Politisierung in und neben dem Studium, wie sie zu jener Zeit gang und gäbe war.

Übrigens auch eine Zeit und ein Ort, wo man zumindest in meinen Studienfächern selbstverständlich Fachliteratur auch aus der DDR rezipierte; Schriften z.B. des jetzigen stellvertretenden Sekretars Ihrer geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, meines Fachkollegen Gerhart Neuner, lernte ich in meinem Studium in Münster kennen, ebenso – und vor allem auch in meiner anschließenden Tätigkeit in Bielefeld – Schriften von Manfred Buhr, Erich Hahn, Herbert Hörz, Hubert Laitko und Reinhard Mocek.

Aus dem Marxschen Wissenschaftsverständnis heraus gibt es keine bildungsbürgerliche Distanz zur Technikentwicklung, und im sozialwissenschaftlich orientierten Psychologie- und Pädagogikstudium der 70er Jahre befaßte man sich eingehend mit der historischen Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sowie der Frage nach dem Verhältnis von technischem Fortschritt und Qualifikationsanforderungen – auch in Beziehung zu Schul- und Bildungsreform. Hieraus speiste sich das Thema meiner Diplomarbeit.

Nach meinem zweiten Studienabschluß, dem Lehramtsexamen, begann ich ein Dissertationsprojekt. Aber ich wollte nicht am grünen Tisch promovieren und war daher glücklich über eine Anstellung als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe um Michael Otte und Hans Niels Jahnke am Institut für Didaktik der Mathematik (IDM) der Universität Bielefeld. Dort war ich bis Mitte der 80er Jahre – mit Unterbrechungen und in verschiedenen Verträgen – in einem interdisziplinären wissenschaftshistorischen Drittmittelprojekt tätig. Es hatte die Beziehungen zwischen Mathematik als Schulfach und als akademischer Disziplin im frühen 19. Jahrhundert zum Gegenstand. Im Kontext dieses Projekts – in welchem dialektisch und historisch materialistisches Denken, verknüpft mit neueren wissenschaftstheoretischen Denkweisen und wissenschaftshistorischen Untersuchungen aus den USA, der Sowjetunion und der DDR leitend war – habe ich dann promoviert, nicht in Bielefeld, sondern wiederum in Münster.

Mein Doktorvater war der von der Kritischen Theorie geprägte Pädagoge und Bildungstheoretiker Herwig Blankertz, den ich in seiner Funktion als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des IDM kennen gelernt hatte. Das Thema meiner Dissertation entstammt dem für die Wissenschaftsgeschichte der Erziehungswissenschaft bedeutsamen Kapitel der Etablierung eines öffentlichen allgemeinen Bildungssystems im frühen 19. Jahrhundert.

Die gesellschaftspolitischen Motive, die wissenschaftstheoretischen und pädagogischen Auffassungen, die vor 200 Jahren der Umstrukturierung der Schulen, Universitäten und Akademien im Sinne bürgerlicher Öffentlichkeit und Allgemeinheit der Bildung zugrunde gelegt wurden, habe ich in und seit meiner Dissertation in vielen Aufsätzen und in einigen Folgeprojekten untersucht. Dabei habe ich mich vor allem mit den Konzeptionen Wilhelm von Humboldts und Friedrich Schleiermachers befaßt, aber auch mit den bürgerlich-klassenbedingten Begrenzungen ihrer Konzeptionen. Zu Beginn der 90er Jahre ging daraus auch meine Habilitationsschrift über den Wandel der Konzeptualisierung von *Beredsamkeit* zwischen 1750 und 1850 hervor.

Ich hatte das große Glück, im Anschluß an meine Bielefelder Zeit, zu der auch ein-und-dreiviertel Jahre Arbeitslosigkeit und die Geburt meines Sohnes gehörten, eine Stelle als Hochschulassistentin für Historische und Systematische Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg zu bekommen, wo ich heute als Professorin tätig bin.

Zu meinen gegenwärtigen Arbeitsschwerpunkten gehört zum einen die Erforschung der *jüdischen* Bildungsgeschichte in Deutschland um 1800, ein in meinem Fach stark vernachlässigtes Feld. Ich habe hierzu eine mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierte interdisziplinäre Arbeitsgruppe geleitet, die die Bildungs- und Schulreform der jüdischen Aufklärer in Berlin/ Brandenburg und deren Interaktion mit der preußischen Kultusverwaltung untersucht hat. Aus diesem Forschungsprojekt ist eine umfangreiche Quellensammlung hervorgegangen, die in der von mir zusammen mit zwei früheren Projektmitarbeiterinnen herausgegebenen Schriftenreihe *Jüdische Bildungsgeschichte in Deutschland* publiziert ist. Seit 2001 sind fünf Bände erschienen, ein sechster Band ist in Arbeit.

Mein zweiter Arbeitsschwerpunkt ist die Analyse und Kritik der neoliberalen Transformation des Bildungs- und Wissenschaftssystems, und zwar im Blick auf regionale ebenso wie auf internationale Entwicklungen. Ich ver suche eine Art Dauerbeobachtung der Privatisierung und Kommerzialisierung, die aus meiner Sicht das planvoll betriebene Ende öffentlicher Bildung

und Wissenschaft anzielt. Hier geht eine historische Epoche zu Ende, die wir als Moderne zu bezeichnen gewohnt sind.

Besonders interessiert mich die kommerzielle Zurüstung der Informations- und Kommunikationstechnologien. Ich habe 1993 zum ersten Mal für wissenschaftliche Recherchen mit dem Internet gearbeitet, es also noch in seiner vorkommerziellen Phase kennen gelernt. Die gleichen Kräfte, die heute die neoliberale Privatisierung von Bildung und Wissenschaft vorantreiben, betreiben auch die Kommerzialisierung des Internet und der IuK-Technologien – ein historisch neues Beispiel für eine Produktivkraftentwicklung, die durch Produktions- und Eigentumsverhältnisse zutiefst korrumpiert wird. Hierüber an Aufklärungsarbeit mitzuwirken, wie sie von Gewerkschaften, Studierenden- und Wissenschaftsverbänden oder von Attac betrieben wird, ist mir ein Anliegen.

Mein dritter derzeitiger Arbeitsschwerpunkt schließlich betrifft demgegenüber die positiven Möglichkeiten der Nutzung der neuen Technologien für universitäre Lehre und Studium. In einem von mir geleiteten Drittmittelprojekt geht es um den Aufbau einer Online-Plattform mit Lehr- und Studienmaterialien für das erziehungswissenschaftliche Kerncurriculum. Klassische universitäre Präsenzlehre und E-Learning werden hier miteinander verbunden. Aber auch lassen sich die Mechanismen der Kommerzialisierung weit besser aus der Nähe studieren; es ist ein Weg herauszufinden, wie sich die Verwarenförmigung von Bildung und Lernen konkret ausnimmt und welche neuen Widersprüche, die auch für gegenläufige Zwecke genutzt werden können, sich dabei auftun. Konkret verbindet sich dies mit der Frage nach den Möglichkeiten, Bildung als *Global Public Good*, als globales öffentliches Gut zu konzipieren.

Im übrigen stecke ich, wie viele Kolleginnen und Kollegen an deutschen Hochschulen derzeit, in den energie- und zeitraubenden Prozessen der Einführung der neuen Studiengänge Bachelor und Master – Stichwort Bologna-Prozeß. Sie fallen an der Universität Hamburg mit einer politisch aufgezwungenen Neustrukturierung der Fakultäten und einer tiefgreifenden Entdemokratisierung der universitären Leitungsstruktur zusammen. All dies darf selbstverständlich zudem auch in Hamburg keinen Pfennig Mehrkosten verursachen. Ganz wie zu Leibniz' Zeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Teilhabe am Projekt der Pflege der Wissenschaften „im Interesse der Allgemeinheit“!

Christoph Fusch

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Leibniz-Sozietät,

es ist mir eine große Ehre, mich gemeinsam mit Frau Prof. Dr. Ingrid Lohmann heute anlässlich der Aufnahme in Ihre Leibniz-Sozietät als „pars pro toto“ für alle anderen Mitglieder vorstellen zu dürfen. Ich möchte Ihnen zunächst einmal sehr herzlich für die Aufnahme in diese Sozietät danken, und mein Dank geht insbesondere an Herrn Professor Dr. Theodor Hellbrügge, auf dessen Initiative das Ganze zustande gekommen ist.

Zunächst kurz zu meinem Werdegang:

Nach dem Studium der Humanmedizin in Bochum, Köln und Tübingen Ausbildung zum Pädiater und Forschungsaufenthalte in Tübingen, Zürich und Bern; Habilitation 1997 in Bern; im gleichen Jahr C3-Ruf Neonatologie nach Greifswald für Neonatologie; Ablehnung eines C4-Rufes nach Marburg 2001; seither C4 in Greifswald. Seit einem Jahr kommissarisch Ärztlicher Direktor des Universitätsklinikums Greifswald.

Was sagt man nun als Youngster in diesem erlauchten Kreise? Artige Worte? Allgemeinplätze?

Aus den vorherigen Beiträgen habe ich entnommen, dass sich die Leibniz-Sozietät zur Zeit noch bei der Standortbestimmung und in einem Selbstfindungsprozess befindet. Wandelndes Selbstverständnis, wandelnde Funktion in einer Gesellschaft, die selbst so stark im Wandel ist? Ich denke, Gremien wie die Leibniz-Sozietät sind in und für unsere Gesellschaft von Nöten: Wir brauchen die Bewertung von wissenschaftlichen Ergebnissen, von wissenschaftlichen Entwürfen und Werten; es müssen Trends beobachtet und analysiert werden; nicht zuletzt muss durch Nachwuchsförderung der etablierte Forscher, der das Wissenschaftssystem kennt, mit dem engagierten Nachwuchsforscher, der noch voller Ideen ist, frühzeitig verzahnt werden, und der Dialog muss einsetzen. Hier kann die Gesellschaft eine Plattform bieten, „brain-drain“ kann verhindert werden.

Wir brauchen den Dialog der Wissenschaften, wir brauchen den Dialog der Kulturen und der Religionen – dies zeigt der 11. September 2001 deutlich, aber wir brauchen auch den Dialog der Altersgruppen.

Diese Kommunikationsebene kann nicht durch Politik passieren. Und es kann auch nicht angehen, dass mal eine Ethikkommission von der Regierung, mal eine von der Pharma-Industrie Wissenschaft bewerten und „verbindliche Stellungnahmen“ abgeben. Wissenschaftliche Erfolge vor dem Hintergrund

der gesellschaftlichen Herausforderung und Bedürfnisse zu analysieren, muss eine Kommission unabhängiger Experten mit Exzellenz, Know-how und Interdisziplinarität leisten.

Wenn ich – wie gestern im Deutschlandfunk – die Aussage zu Gentests bei Neugeborenen vom EU-Kommissar höre, dann wird mir – mit Verlaub gesagt – einfach mulmig. Oder: Gesundheitspolitische Trends durch Medizinökonomie: Der Patient ist kein „Kunde“, wie man uns immer weismachen will. Wie weit ist diese Gesellschaft denn schon gekommen, wenn sie das, was eigentlich ohne Gewinnabsicht geleistet werden soll, nämlich die Erhaltung oder Wiederherstellung von Gesundheit in Krankenhäusern, mittlerweile meistbietend zur Konsolidierung von Haushalten an private Einrichtungen verscherbelt. Wir können sicher davon ausgehen, dass diese Unternehmen Krankenanstalten nicht aus rein karitativen Beweggründen aufkaufen. Solche Entwicklungen könnte ein Gremium wie die Leibniz-Sozietät bewerten.

Ich glaube, wir brauchen wieder mehr Innovation, Mut Neues anzufassen, Aufbruch! Ich würde mir manchmal etwas mehr „68er“, mehr „Deep Purple“ und ein bisschen „Woodstock“ wünschen.

Wir brauchen also Gremien, die mutig ihre Meinung sagen, auch wenn es unbequem ist. Das Know-how, das in der Sozietät gebündelt ist, sollte zu einer objektiven Bewertung allemal ausreichen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Mitarbeit in Ihrer Sozietät und hoffe, an einem fruchtbaren, interdisziplinären und universellen Austausch der Spezialitäten miteinander teilzunehmen.

Uwe-Jens Heuer

Marxismus und Politik

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 15. April 2004¹

1. Die kopernikanische Wende von Marx und Engels. Die Herausbildung des neuen Paradigmas, der neuen Sicht der Politik durch Marx und Engels war Resultat eines Zusammentreffens großer historischer Prozesse mit der spezifischen Geschichte zweier Individuen. Das Herannahen einer Umwälzung erhöhte gerade bei den damals jungen Leuten die Entschlossenheit, alte Tabus zu brechen. Das war die Atmosphäre, in die Marx, intelligent, wach, ehrgeizig, furchtlos, eintrat. Die junge Hegelsche Linke im Berliner Dokortklub, zu der Marx jetzt stieß, deutete Hegels Werk, seine Dialektik gegen den preußischen Staat, gegen die herrschende Ideologie im Sinne einer revolutionären Demokratie.

Nach dem Scheitern seines Lehrvorhabens nahm Marx im Oktober 1842 das Angebot an, leitender Redakteur der „Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“ zu werden.

Alle Fragen, über die die Linkshegelianer geschrieben hatten, wurden jetzt zum Feld der unmittelbar praktischen Tätigkeit von Marx. Aus dem Philosophen wurde mit einem Schlag der praktisch tätige aktive Demokrat. Die Zensur wurde aus einem Gegenstand der Theorie zum praktischen Gegner. Gerade dieser Weg in die politische Praxis führte in erstaunlich kurzer Zeit zur Änderung, ja Umstülpung seiner theoretischen Positionen. In der Auseinandersetzung um die Bestrafung des Holzdiebstahls wandte Marx sich noch entschieden gegen den „verworfenen Materialismus“ der Waldeigentümer, gegen ihre Sonderinteressen und setzte sich – von Hegel inspiriert – für die Staatsvernunft ein (K. Marx, F. Engels, Werke, Berlin 1964 ff., hinfort als MEW bezeichnet, 1, S. 146).

Er sah aber bald, daß weder der Landtag, noch die Behörden Verständnis für die Not der Winzer hatten. Der Beamte sähe „nicht *absichtlich*, sondern

1 Der Vortrag ist zugleich eine Vorstellung meines im Januar erschienenen Buches gleichen Titels im VSA-Verlag Hamburg 2004.

notwendig die Zustände besser oder anders an, als sie sind“. Nur die freie Presse sei nicht in die Privatinteressen verwickelt. (ebenda, S. 186, 189). Die Zeit als Chefredakteur hatte nicht einmal ein halbes Jahr gedauert. Allein sie hatte genügt, um Marx die Notwendigkeit deutlich zu machen, sich über das Verhältnis von Politik und materiellen Interessen Klarheit zu verschaffen (vgl. den Rückblick 1859, MEW 13, S.7f.).

Die neue Konzeption veröffentlichte dann Marx, nun in Paris, 1844 mit den Arbeiten „Zur Judenfrage“ und „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“. Neben das umfassende Studium der französischen Geschichte war jetzt der unmittelbare Kontakt mit deutschen revolutionären Handwerkern, illegalen französischen Arbeiterbündeln, Kommunisten und Sozialisten in der Atmosphäre der Traditionen von 1789 und 1830 getreten. In der „Judenfrage“ forderte Marx – statt einer (nur) politischen – die menschliche Emanzipation des Individuums (MEW 1 S. 370). In der zweiten Arbeit ging Marx noch einen Schritt weiter und benennt das konkrete Subjekt der menschlichen Emanzipation. Notwendig sei eine radikale Revolution, deren Träger nur eine Klasse mit radikalen Ketten sein könne. Diese Klasse aber sei das Proletariat. „Wie die Philosophie im Proletariat ihre *materiellen*, so findet das Proletariat in der Philosophie seine *geistigen* Waffen“ (ebenda, S. 390 f.).

Die Möglichkeiten der Politik sollten an ihren stärksten Vertretern überprüft werden. Habe etwa der Konvent von 1792 bis 1794 mit seinen Anordnungen die Aufhebung des Pauperismus erreicht, schrieb er am 31.7.1844 an Arnold Ruge: „Der Konvent aber war das *Maximum der politischen Energie*, der *politischen Macht* und des *politischen Verstandes*. ...

Je einseitiger, das heißt also, je vollendeter der *politische* Verstand ist, um so mehr glaubt er an die *Allmacht* des politischen Willens, um so blinder ist er gegen die *natürlichen* und *geistigen Schranken* des Willens, um so unfähiger ist er also, die Quelle sozialer Gebrechen zu entdecken“ (ebenda, S. 400, 402). Der Sozialismus bedürfe des politischen Aktes der Revolution, „soweit er der *Zerstörung* und der *Auflösung* bedarf“. Wo aber die organisierende Tätigkeit des Sozialismus beginnt, „da schleudert der Sozialismus die *politische* Hülle weg“ (ebenda, S. 409). Sein Hauptanliegen war es jetzt, die Grenzen der Politik deutlich zu machen. Und wer kann gerade gegenwärtig das Marxsche Diktum bestreiten: „Der *Staat* wird nie im *Staat* und der *Einrichtung der Gesellschaft* ... den Grund *sozialer Gebrechen* finden“ sowie seine folgende Beobachtung: „Wo es politische Parteien gibt, findet jede den Grund eines *jeden* Übels darin, daß statt ihrer ihr Widerpart sich am *Staatsruder* befindet“ (ebenda, S. 401).

Marx trug eine Woge. Dennoch ist der ungeheure Wagemut zu bewundern, mit dem er seine extremen theoretischen Schlußfolgerungen zog. Kann man hier schon von einer neuen Wissenschaft sprechen? Ich meine Nein. Es waren bis jetzt nur Skizzen einer neuen Weltansicht.

2. Naturgesetzlicher Gesamtprozeß und sein Januskopf. Die in letzter Instanz bestimmenden ökonomischen Notwendigkeiten (Engels an W. Borgius im Januar 1894, MEW 39, S. 206) mußten untersucht werden, um der politischen Theorie ein Fundament zu geben. Es wurde gleichzeitig die Struktur des Kapitalismus (vor allem von Marx) und – notwendig nur partiell – die frühere Geschichte unter diesem Ansatz untersucht (vor allem von Engels).

Kern der Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise war die schrittweise Aufdeckung der „Naturgesetzlichkeit“ ihrer Entwicklung. Von ihr war erstmalig bei Engels in den „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie“ von 1843/44 die Rede. Es sei das Gesetz der Konkurrenz, daß Nachfrage und Angebot einander stets und deshalb nie ergänzten. „Dies Gesetz“, so erklärte er höhnisch, „mit seiner steten Ausgleichung, wo was hier verloren, dort wieder gewonnen wird, findet der Ökonom wunderschön. ...Und doch liegt auf der Hand, dass dies Gesetz ein reines Naturgesetz, kein Gesetz des Geistes ist. ... Es ist eben ein Naturgesetz, das auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten beruht“ (MEW 1, S. 514 f.). Marx hat die Gedanken dieser „genialen Skizze“ (1859, MEW 13, S. 10) 1867 im ersten Band des Kapital ausdrücklich wieder aufgenommen. Die für das jeweilige Produkt „notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit“ setze sich in den Austauschverhältnissen „als regelndes Naturgesetz gewaltsam“ durch, „wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammen purzelt“ (MEW 23, S. 89). Das gilt auch für die Ware Arbeitskraft, deren Wert durch die Kosten für die Erhaltung ihres Besitzers bestimmt wird. Dieser Austausch ist wie, Marx ironisch schreibt, „in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“.

Formell herrscht die Gerechtigkeit, nämlich die des Austauschs gleicher Werte. Das Bedrohliche geschieht dann jenseits der Zirkulationssphäre, aber durch sie vorbereitet.

Die Tatsache, daß die Arbeitskraft mehr Wert schaffe, als sie kostet, sei „ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer“ (ebenda, S. 189–191, S. 208).

Engels hatte dieser Ökonomie eine andere gegenüber gestellt, in der die Produktion bewußt organisiert wird. „Produziert mit Bewußtsein – rief er den

Produzenten zu –, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewußtsein, und ihr seid über alle diese künstlichen und unhaltbaren Gegensätze hinaus“. Die „gedankenlose, der Herrschaft des Zufalls überlassene Art zu produzieren“ werde immer schlimmere Handelskrisen und schließlich eine soziale Revolution herbeiführen (MEW 1, S. 515).

Wenn hier von Naturgesetzen die Rede ist, so sind nicht buchstäblich Gesetze der Natur gemeint, sondern gesellschaftliche Gesetze, die allerdings wie Naturgesetze wirken, sich hinter dem Rücken der Menschen durchsetzen. Die „naturgesetzlichen“ Prozesse des Kapitalismus bringen in höchst widersprüchlicher Form erst die Voraussetzungen der neuen Gesellschaft hervor, vor allem eine große Steigerung der Produktivkraft. Sonst werde „nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen“ (MEW 3, S. 34–36).

Marx und Engels schildern diese Prozesse in ihrer Unausweichlichkeit. Sie legen größten Wert darauf, nicht Betrug und Bösartigkeit, die alle diese Entwicklungen natürlich begleitet haben, zur Grundlage der Argumentation zu machen. Diese Gesetze sind objektiv, solange das Privateigentum herrscht. Deshalb appellierte Marx auch keineswegs gegen diese Gesetze an die Adresse der bürgerlichen Moral.

Der „naturgesetzliche“ Gesamtprozeß wird notwendig in seiner äußeren Form „verkehrt“ wahrgenommen. Selbst die wirklichen Produktionsagenten – Kapitalisten wie Arbeiter – fühlten sich „in diesen entfremdeten und irrationalen Formen ... völlig zu Hause ..., denn es sind eben die Gestaltungen des Scheins, in welchen sie sich bewegen und womit sie täglich zu tun haben“ (MEW 25, S. 838). Dieses Denken spiegelt auch Realität wider, freilich nicht die gesamte Realität. Die Form ist verkehrt, aber nicht nur verkehrt. Sie ist auch etwas Reales. Die theoretische Überwindung der entfremdeten Form sollte der Marxismus leisten. Ihre wirkliche Überwindung aber liegt in der Beseitigung der diesen Formen zu Grunde liegenden Produktionsverhältnisse und des ihnen entsprechenden Bewußtseins im langen Prozeß der Revolution.

Am entschiedensten wurde diese Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise vielleicht in der Marxschen Darstellung der „Künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien“ von 1853 hervorgehoben. Er sprach England die doppelte Mission der „Zerstörung der alten asiatischen Gesellschaftsordnung“ und der „Schaffung der materiellen Grundlagen einer westlichen Gesellschaftsordnung in Asien“ zu. Das brächte zugleich ungeheures Elend mit sich. Aber, so fragte Marx, hat die Bourgeoisie „je einen

Fortschritt zuwege gebracht, ohne Individuen wie ganze Völker durch Blut und Schmutz, durch Elend und Erniedrigung zu schleifen?“. Erst nach der großen Revolution werde „der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte“ (MEW 9, S. 221–226).

Diesem Bild möchte ich das Bild jenes römischen Gottes am Janustor an die Seite stellen, dessen Doppelantlitz Frieden und Krieg symbolisierte. Dieses Doppelantlitz also, zivilisatorischen Fortschritt und Barbarei gleichermaßen verkörpernd, wird von Marx dem Kapitalismus zugeschrieben. Die Aufdeckung der bis an den Grund gehenden Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise ist meilenweit von jeglichem unkritischen Geschichtsoptimismus entfernt. Sie ist aber zugleich ein Appell, alle Kraft an ihre Überwindung zu setzen, wenn die Barbarei überhand nimmt. Hat dieser „naturgesetzliche“ Gesamtprozeß keine inneren Bremsen, die ihn korrigieren, dann mußte die Frage nach der Form und dem Subjekt des Eingriffs gestellt und beantwortet werden, war der Raum der Politik erneut zu bestimmen.

3. Raum der Politik und der Streit der Schüler. Im Kommunistischen Manifest sprachen Marx und Engels von der Notwendigkeit der „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“, von der „Erkämpfung der Demokratie“ (MEW 4, S. 481). Unter dem Eindruck des Versagens der Parlamente forderte er eine „energische Diktatur“ (MEW 5, S. 402), nach dem gewaltsamen Triumph der Konterrevolution in Wien den „revolutionären Terrorismus“ (ebenda, S. 457), wenig später die Klassendiktatur des Proletariats als Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede (MEW 7, S. 89).

In den sechziger Jahren gewann Ferdinand Lassalle wesentlichen Einfluß auf die sich in Deutschland herausbildende Arbeiterbewegung. Er verlangte vom Leipziger Arbeiterverein: „Blicken Sie nicht nach rechts und links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann!“² Marx und Engels waren in ihrer Lassallekritik sicher auch von Konkurrenzgefühlen gegenüber dem erfolgreichen Lassalle bestimmt. Ihr Mißtrauen gegenüber einer nur auf den zeitweisen persönlichen Erfolg gerichteten Politik ohne theoretisches Fundament erwies sich aber als berechtigt.

2 F. Lassalle, Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, in: F. Lassalle Reden und Schriften, Leipzig 1987, S. 261.

Der nächste grundlegende Schritt in der Fortentwicklung des Marxschen politischen Denkens erfolgte als Verallgemeinerung der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871.

Für Marx war sie das welthistorische Experiment, das die Richtigkeit seiner Theorie bestätigte. Es war möglich, eine Ordnung ohne die alte bürokratisch-militärische Maschinerie zu gestalten. Die Kommunalverfassung würde „dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswuchs ‚Staat‘, der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat“ (MEW 17, S. 341). Marx hat das Gesamtgebäude dieses Entwurfs der neuen politischen Ordnung ohne Staat auf einem unsicheren Grund errichtet: den einmalig günstigen Umständen und der nur 72tägigen Praxis.

Auf andere Weise berief sich Michail Alexandrowitsch Bakunin auf das Vorbild der Kommune. Engels faßte am 24. Januar 1872 die theoretischen Meinungsverschiedenheiten zusammen: Wir seien der Ansicht, dass der Staat eine Organisation der Grundbesitzer und Kapitalisten sei, Bakunin dagegen behauptet, der Staat habe das Kapital geschaffen, sei mithin das Hauptübel. „Da also der Staat das Hauptübel sei, so müsse man vor allem den Staat abschaffen, dann gehe das Kapital von selbst zum Teufel, während wir umgekehrt sagen: schafft das Kapital ab, so fällt der Staat von selbst“ (MEW 33, S.388.). Diese Gegenbehauptung ist inzwischen eindeutig widerlegt.

1875 forderte Engels in einem Brief an August Bebel, man sollte „das ganze Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war (MEW 19, S. 6 f.). Im „Anti-Dühring“ von 1878 schließlich ist vom Absterben des Staates die Rede (MEW 20, S. 262). Im Grunde war das Anliegen von Marx und Engels jetzt nicht so sehr, die sich verändernde Gesellschaft zu analysieren, sondern ihr Theoriegebäude zur Überzeugung jedenfalls der führenden Sozialdemokraten und eines möglichst großen Teils der Mitgliedschaft zu machen, und das erforderte die Verteidigung von Grundthesen und auch eine bestimmte Vereinfachung.

Je mehr Erfolge die Bewegung erreichte, desto mehr stellte sich die Frage, ob es nicht bereits vor der Revolution möglich und notwendig war, Änderungen durchzusetzen. Marx hatte diese Möglichkeit vor allem im Zusammenhang mit der staatlichen Fabrikgesetzgebung gesehen. Im 1. Band des Kapital schloß Marx das Kapitel über den Arbeitstag mit den Worten: „Zum Schutz‘ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges

gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der ‚unveräußerlichen Menschenrechte‘ tritt die bescheidene Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags“ (MEW 23, S. 320). Die Aktualität dieser Position liegt auf der Hand.

Dem „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß des Kapitalismus kann kein zweiter entsprechender politischer Prozeß an die Seite gestellt werden. Die politischen Auseinandersetzungen sind abgeleiteter Natur, hier ist viel mehr Zufälligkeit am Werke, hängt viel mehr von subjektiven Faktoren, selbst von einzelnen Persönlichkeiten ab. Das gilt auch für den Kampf der Arbeiterbewegung im Kapitalismus und vor allem auch für den revolutionären Ausbruch aus dem „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß.

Nach dem Tode von Engels, dem Wegfall seiner unbestrittenen Autorität, setzte bald der Streit der Schüler ein. Eduard Bernstein stellte die ökonomischen Analysen des Erfurter Programms in Frage und postulierte die Milderung des Klassenkampfes, die ständige Entfaltung der Demokratie.³ Karl Kautsky verteidigte die im Erfurter Programm postulierte Naturnotwendigkeit des Unterganges des Kleinbetriebes, erklärte die Naturnotwendigkeit des Sieges des Großbetriebes, der Zunahme des Proletariats, des Zusammenbruchs der bestehenden Ordnung und des Sieges des Proletariats.⁴ Rosa Luxemburg leitete aus Weltpolitik und Militarismus den Niedergang der Demokratie ab, wandte sich gegen die Regierungsbeteiligung, weil sie grundsätzliche Opposition unmöglich mache und sah im Krieg den Rückfall in die Barbarei (R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin 1974 ff.; hinfot zitiert als LuW Bd. 1/1, S. 423-425, 484; 4, S. 61f.). W.I. Lenin schließlicb beteiligte sich bis 1914 nicht an der Auseinandersetzung mit Kautsky, charakterisierte dann den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, den von ihm hervorgebrachten Krieg als Vorstufe der Revolution (W. I. Lenin, Werke, Berlin 1955 ff.; hinfot zitiert als LeW 22, S. 270 f.).

Bernstein, Kautsky, Luxemburg und Lenin standen für verschiedene Richtungen. Es ging um das Verständnis der grundlegenden Veränderungen, um eine neue Praxis, neue Theorie, neue Begriffe. Dabei beriefen sich alle auf Marx und Engels, interpretierten sie, gebrauchten und auch mißbrauchten sie

3 E. Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgabe der Sozialdemokratie, 2. Auflage Berlin 1921, S. 5-10.

4 K. Kautsky, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert, Nachdruck der 17. Auflage von 1922, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 102, 219.

deren Formulierungen. Dennoch waren es noch Streitigkeiten auf einem gemeinsamen Terrain, gab es angestregtes Nachdenken über die Analyse der Gegenwart. Solange um Analyse gestritten wurde, war Hoffnung. Bald wurden die Auseinandersetzungen schärfer, wurden sie zu politischen, staatlichen Konflikten.

4. Der große Ausbruch. Den Ausgangspunkt für das Verständnis des „großen Ausbruchs“ aus dem „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß des Kapitalismus bildet die Veränderung der Welt durch den Krieg von 1914–1918. Das ungeheure Gemetzel zerstörte Hemmungen der Zivilisation. Es trug dazu bei, „den Krieg und ebenso die Politik zu brutalisieren“, schrieb Eric Hobsbawm. In einem Vortrag über das Anwachsen der Barbarei im 20. Jahrhundert ging er davon aus, daß „der Abstieg in die Barbarei mit dem ersten Weltkrieg begonnen“ hatte⁵. Ich meine, daß diejenigen im Recht sind, die mit Hobsbawm den Beginn der neuen Epoche auf den Ausbruch des ersten Weltkriegs datieren.⁶ Der Verlauf der Ereignisse, die Bereitschaft, eine Gesellschaft gewaltsam zu beseitigen, die derart Ungeheuerliches zu verantworten hatte, dem Krieg den Bürgerkrieg zu erklären, auch die Härte, in der die Auseinandersetzungen vornehmlich in Rußland und der Sowjetunion geführt wurden, sind ohne den ersten Weltkrieg, der eine ganze Generation prägte, nicht zu erklären.

Lenin sah in Rußland die Möglichkeit, dem Krieg durch Revolution ein Ende zu machen. Nach dem Sieg der Februarrevolution nahm er in den „Aprilthesen“, die er unmittelbar nach seiner Ankunft in Rußland verkündete (LeW 24, S. 5–6), und dann in „Staat und Revolution“ vom August 1917 das Projekt der Kommune als Revolutionsprogramm voll auf. „Staat und Revolution“ war von innerer Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Auf der einen Seite sollte ein „Kommunestaat“, ein Staat, der eigentlich schon kein Staat mehr ist, geschaffen werden (LeW 25, S. 430–432, 454), auf der anderen Seite sollte bürgerliches Recht bestehen bleiben (ebenda S. 481, 485), auch war vom staatskapitalistischen Monopol (ebenda, S. 369), von der Gesellschaft als einem Büro und einer Fabrik die Rede (ebenda, S. 488). Je näher die Stunde der Machtergreifung heranrückte, desto mehr Aufgaben wurden vom Realisten Lenin dem „Kommunestaat“ übertragen, drohten sie das Projekt der Kommune zu sprengen.

5 Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995, S. 43. Derselbe, Wieviel Geschichte braucht die Zukunft?, München Wien 1998, S. 321.

6 E. Hobsbawm, Das Zeitalter, a.a.O., S. 20.

Am 7. November 1917 wurde die provisorische Regierung gestürzt. Der Kommunistenstaat schien mit den Sowjets Wirklichkeit geworden. Sehr schnell aber entwickelte sich die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenen Apparates der neuen Macht. Die Konstituierende Versammlung verweigerte Frieden und Bodenverteilung. Sie fand bei ihrer Auflösung am 6.1.1918 „keine Verteidiger.“⁷ Nach dem Ausscheiden der linken Sozialrevolutionäre war aus der fast unblutigen Machtergreifung die Errichtung der Macht einer einzigen Partei geworden.

Unmittelbar nach dem Brester Frieden mit Deutschland vom 3. März 1918 begann, unterstützt von der Entente, ein verheerender Bürgerkrieg. Weißer und Roter Terror standen gegeneinander. Fragen der Demokratie waren für Lenin in dieser Situation absolut zweitrangig. Dieser Widerspruch war es, der Rosa Luxemburg zutiefst beunruhigte. Ihre Kritik erfolgte nicht in schulmeisterlicher westeuropäischer Besserwisserei und ging von der Bejahung der Oktoberrevolution aus. Der Kern war die Auseinandersetzung mit der Beschränkung der Demokratie, voran die Auflösung der Nationalversammlung. Es hieß aber, von Lenin und dessen Genossen Übermenschliches zu verlangen, ihnen zuzumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie hervorzuzaubern. „Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not eine Tugend machen“ und ihre Taktik dem internationalen Proletariat als Muster empfehlen (LuW 4, S.353 f., 362–364).

Der Bürgerkrieg war von einer umfassenden Zentralisierung der Macht begleitet. Dieses System wurde als Kriegskommunismus bezeichnet. Mit dem Abschluss des Krieges Ende 1920 war klar, dass der Weg des Kriegskommunismus erschöpft war. Der „naturgesetzliche“ Gesamtprozeß war nicht beendet, nicht in der Welt und auch nicht in Rußland. Es ging nicht ohne Waren, nicht ohne Geld und auch nicht ohne Kapital. Lenin verkündete die Wende, die letzte seines Lebens, am 8.3.1921 von der Tribüne des X. Parteitagess der KPR(B): „Solange wir die Bauernschaft nicht umgemodelt haben, solange die große Maschine sie nicht umgemodelt hat, muß ihr die Möglichkeit gesichert werden, frei zu wirtschaften“ (LeW 32, S.188). Noch grundsätzlicher sprach er ein Jahr später, den Wettbewerb nach außen und im Innern zusammenfassend, von einem Examen, „das der russische und internationale Markt veranstalten wird, dem wir unterworfen sind, mit dem wir verbunden sind, von dem wir uns nicht losreißen können“ (LeW 33, S. 263). Änderungen im politischen System, im Recht waren unabdingbar. 1924 formierte sich aller-

7 M. Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991, München 1998, S. 130–132.

dings bereits eine Gegenrichtung, die das ökonomische Gesamtkonzept der NÖP nicht akzeptierte (Trotzki). Preobraschenski sprach sogar vom Gesetz der sozialistischen ursprünglichen Akkumulation.

Die Furcht vor einer neuen Intervention wuchs. Schließlich war die letzte Intervention keine zehn Jahre her und kaum mehr als 10 Jahre vergingen noch bis zur Intervention Hitlers.

Ein gewaltiges Industrieprogramm auf der einen Seite, die Kollektivierung der Landwirtschaft auf der anderen Seite, das alles war in dem geforderten Tempo nicht zu bewältigen ohne Massenrepressalien, ohne Terror, ohne Beseitigung alles dessen, was die NÖP an vorsichtigen Schritten an Demokratie und Gesetzlichkeit gebracht hatte. Manfred Hildermeier geht von etwa 530 000–600 000 Todesopfern der Kulakenverfolgung aus.⁸

Zur zentralen Antriebskraft wurde mit dem Ende der NÖP 1928/29 der Partei- und Staatsapparat, der gleichsam die Antriebsfunktion des Marktes übernahm. Unter den Bedingungen des Einparteiensystems war Demokratie in dieser Partei die letzte Sicherung. Nach der Verhaftung Bucharins und Rykows im Januar 1937 gab es selbst für ZK- und Politbüromitglieder keinen Schutz mehr durch ihre eigenen Gremien.⁹ Die unermessliche Macht des Generalsekretärs und damit Stalinscher Grobheit (Lenins „Testament“, LeW 36, S. 579 f.) konnten zur Quelle unermesslicher Barbarei werden. Eine Serie von Schauprozessen mit Todesurteilen und eine umfassende Kampagne im ganzen Land gegen ihre wirklichen oder angeblichen Anhänger folgten.

Diese Entwicklung wirkte sich verheerend auf die offizielle Theorie aus. Es hätte jetzt einer realistischen Theorie bedurft, die die Widersprüche der neuen Gesellschaft aufdeckte,

Notmaßnahmen als solche kennzeichnete und die Möglichkeit bot für die Auseinandersetzung mit den Exzessen, den Überschreitungen des Unvermeidlichen. Am gefährlichsten waren die theoretischen Schlußfolgerungen, mit denen die maximale Verschärfung des Tempos und die Massenrepressalien begründet, ja in den Rang einer Gesetzmäßigkeit erhoben werden sollten. Den Hoffnungen auf eine Beruhigung hielt Stalin 1933 entgegen: „Die Aufhebung der Klassen wird nicht durch das Erlöschen des Klassenkampfes, sondern durch seine Verstärkung erreicht. Das Absterben des Staates wird nicht durch Abschwächung der Staatsmacht kommen, sondern durch ihre maximale Verstärkung, die notwendig ist, um die Überreste der sterbenden Klassen

8 M. Hildermeier, a.a.O., S. 398.

9 R. Medwedew, *Das Urteil der Geschichte*, Bd. 3, Berlin 1992, S. 154, 52 f.

zu vernichten und die Verteidigung gegen die kapitalistische Umkreisung zu sichern“.¹⁰ Die Diskussion um die Richtigkeit oder Falschheit von Analysen war von der Entgegensetzung „unserer“ und feindlicher Schlußfolgerungen abgelöst worden.

Das von Stalin bis 1953 gestaltete und repräsentierte politische System wird als Stalinismus bezeichnet. Es beruhte auf dem nichtkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und bildete die zentrale Antriebskraft des sozialistischen Ausbruchs aus dem naturgesetzlichen Gesamtprozeß des Kapitalismus. Es wuchs aus der 1917 errichteten sozialistischen Erziehungsdiktatur heraus und trug, geprägt von den spezifischen Bedingungen der russischen Geschichte und des Aufbaus des Sozialismus in einem dafür nicht reifen Lande und unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung, der Kriegsdrohung, viele darüber hinausgehende exzessiv diktatorische, ja barbarische Züge.

Die Oktoberrevolution hatte in allen kriegführenden Ländern ein ungeheures Echo ausgelöst.

Anfang März 1919 tagte die erste Konferenz der streng zentralistisch organisierten Kommunistischen Internationale mit 34 Delegierten, ein Jahre später, im Juli/August 1920 waren es bereits 217 Delegierte von 67 Organisationen aus 37 Ländern.

Der bedeutendste theoretische Beitrag von einem führenden Vertreter der Kommunistischen Parteien des „Westens“ stammte von Antonio Gramsci, der von 1926 bis zu seiner Inhaftierung 1928 Generalsekretär der italienischen Partei war. Es waren im Grunde zwei Hauptgedanken, die sein Werk durchzogen (A. Gramsci, Kritische Gesamtausgabe, Hamburg 1991 ff.): der Kampf gegen den Ökonomismus und dessen Leugnung der relativen Eigenständigkeit politischer Kämpfe und der grundlegende Unterschied der russischen und der westeuropäischen Bedingungen für eine sozialistische Revolution. In einer Auseinandersetzung mit Trotzki's Konzeption des Exports der Revolution verwandte er das berühmt gewordene Bild vom Bewegungskrieg (in Rußland), dem er den Stellungskrieg (im Westen) auf dem Feld der Zivilgesellschaft gegenüberstellte (ebenda, Bd. 4, S. 873 f.). Daraus ergab sich auch seine Konzeption zu Hegemonie und Bündnis: Die Suprematie einer gesellschaftlichen Gruppe (d.h. Klasse U.-J. H.) äußere sich auf zweierlei Weise, „als ‚Herrschaft‘ und als ‚intellektuelle und moralische Führung‘. Eine gesellschaftliche Gruppe ist herrschend gegenüber den geg-

10 J. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 477.

nerischen Gruppen, die sie ‚auszuschalten‘ oder auch mit Waffengewalt zu unterwerfen trachtet, und sie ist führend gegenüber den verwandten und verbündeten Gruppen. Eine gesellschaftliche Gruppe muß sogar bereits führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert“ (ebenda, Bd. 8, S. 1947).

In Deutschland hatte die herrschende Klasse im Bündnis mit der Mehrheitssozialdemokratie ihre Macht wiederhergestellt. Dafür war sie zu erheblichen sozialen Konzessionen bereit, vom Achtstundentag bis zur rechtlichen Anerkennung der Tarifverträge. Die SPD wurde zur Regierungspartei. Ähnliches galt für eine Reihe weiterer Länder. Das widersprüchliche Ergebnis war eine Demokratisierung der politischen Ordnung in einer Reihe von Ländern bei gleichzeitiger Stabilisierung der Herrschaft des Kapitals.

In der Sowjetunion wurde die marxistische Theorie mehr und mehr instrumentalisiert zur Rechtfertigung der Staatspolitik. Im Westen war sie, wie Abendroth zur SPD feststellte, immer stärker „(mindestens für *Parteiführung* und *Parteiapparat*) nicht nur zu einer falschen Integrationsideologie abgesunken, sondern fast in eine jeweils instrumental zu verwendende Verhüllungsterminologie verwandelt worden“.¹¹

5. *Neuer Anlauf und Ende.* Im Gefolge des zweiten Weltkrieges und des mächtigen Aufschwungs des Antifaschismus ergab sich eine neue Möglichkeit für den Sozialismus.

Viele Kommunisten sahen jetzt die Möglichkeit und Notwendigkeit, einen anderen Weg als die Sowjetunion zu gehen. Ansatzpunkt dabei war die Selbstkritik der Kommunistischen Weltbewegung Mitte der dreißiger Jahre auf dem am 25. Juli 1935 in Moskau eröffneten VII. und letzten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vor allem in den Reden Georgi Dimitroffs und Palmiro Togliattis. Die Analyse war – abgesehen von der andauernden Apologie der Verhältnisse in der Sowjetunion – von marxistischer Qualität.

Der Weg zum Sozialismus in Osteuropa nach 1945 war durch mehrere Faktoren bestimmt. Zu ihnen gehörte die Neuorientierung der Kommunisten ebenso wie Schlußfolgerungen von Sozialdemokraten, die gemeinsame Orientierung der Mächte der Anti-Hitlerkoalition und schließlich die sowjetische Besetzung. Diese „volksdemokratische Revolution“ bot größere Möglichkeiten für den Ausbau der Demokratie als der Weg der Oktoberrevolution. Die Akzeptanz von Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie erwies sich

11 W. Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, vierte erweiterte Auflage, Köln 1978, S. 63.

als sinnvoll, nicht nur als Kompromiß. Auch für Deutscher spricht manches dafür, daß Stalin diesen Weg ernst nahm.¹² Allerdings war er notwendig verbunden mit dem Fortbestand der Anti-Hitlerkoalition.

Offenbar aber waren die USA entschlossen, ihre Vormachtstellung im Ergebnis des 2. Weltkrieges für eine Pax americana zu nutzen. Charakteristisch für die Wendung in den USA waren die Fultonrede Winston Churchills und dann die Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947. Die Sowjetunion reagierte mit einer Verschärfung des Kurses. Im Juni 1948 begann die Auseinandersetzung mit Jugoslawien. Im Gefolge der Auseinandersetzung mit der „faschistischen Tito-Clique“ wiederholte sich die justitielle Ermordung führender Kommunisten begleitet von umfassenden Verfolgungen. Auch die früheren theoretischen Positionen wurden mit der entschiedenen Betonung gemeinsamer verbindlicher Gesetzmäßigkeiten korrigiert.

Eine grundsätzliche Debatte begann mit dem XX. Parteitag der KPdSU vom 14.–25. Februar 1956. Dieser Parteitag löste eine ungeheure Bewegung in den sozialistischen Ländern und den kommunistischen Parteien in aller Welt aus. Eine ganze Reihe bisher für unzweifelhaft angesehener Thesen kam ins Wanken. Das betraf u.a. eine „verhängnisvolle Unvermeidlichkeit der Kriege“ und die Formen des Übergangs zum Sozialismus auch ohne Bürgerkrieg.¹³ Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller stand die Auseinandersetzung mit Stalin.

Der Umfang der in einer nicht veröffentlichten Rede Nikita Sergejewitsch Chruschtschows¹⁴ detailliert eingestandenen Verbrechen löste Diskussionen aus zu den Ursachen, zur Verantwortung anderer und zu systemimmanenten Voraussetzungen. Eine Antwort auf diese Fragestellungen wurde in dem am 3. Juli im Neuen Deutschland veröffentlichten „Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen“ versucht. Stalin wurde nach wie vor als dem Marxismus-Leninismus ergebener „Theoretiker und bedeutender Organisator“ bezeichnet. Seine Formel aber, daß der Klassenkampf sich immer mehr verschärfe, sei falsch. Trotz der Massenrepressalien und allen angerichteten schweren Schadens hätte der Personenkult allerdings, und das war dann die Kernthese, „die Natur unserer Gesellschaftsordnung nicht ändern können“. Falsch sei es deshalb, wenn Palmiro Togliatti, „die Frage aufwirft, ob nicht die Sowjetgesellschaft ‚zu ei-

12 I. Deutscher, Stalin, Berlin 1990, S. 687 f.

13 N. S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956, S. 43, 45.

14 Die Geheimrede Chruschtschows, Berlin 1990, S. 14–16, 31.

nigen Formen der Entartung' gelangt" sei. Unter den damaligen Bedingungen, gegenüber einem so festgefügt ideologischen System, wie es unter Stalin entstanden war, war ungeachtet der Kompromisse Chruschtschows diese Summe an Korrekturen insgesamt ein wirklicher Umbruch. Das zeigten ja auch die Entwicklungen in Polen und Ungarn. Von den Intellektuellen erhob wiederum Georg Lukács seine Stimme gegen den Dogmatismus.¹⁵ Ernst Bloch forderte eine Erneuerung des Marxismus.¹⁶ In den fünfziger und sechziger Jahren trat Jean-Paul Sartre als Kritiker und „Ergänzer“ des Marxismus auf.¹⁷ Der polnische Philosoph Adam Schaff setzte sich 1962 mit Sartre auseinander und stellte zugleich eine marxistische Philosophie des Menschen vor.¹⁸

Der illegale Kampf der Sozialdemokraten gegen Hitler begann fast überall mit einer Rückbesinnung auf die marxistischen Wurzeln der Bewegung. Mit der Festigung der bürgerlichen Ordnung, der Vertiefung des „kalten Krieges“, dem Ausbau des Sozialstaates, verlor jedoch der marxistische Flügel in den sozialdemokratischen Parteien an Gewicht. Eric Hobsbawm hat in seiner Analyse des „Goldenen Zeitalters“ von den fünfziger Jahren bis zur Mitte der siebziger Jahre auf den außergewöhnlichen Charakter dieser Ära hingewiesen.¹⁹ In den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten Europas hätte sich eine technologische Revolution und gleichzeitig die Vollbeschäftigung und mit ihr eine enorm gestiegene Massennachfrage durchgesetzt (ebenda, S. 339). Diese Entwicklung spiegelte sich früh besonders deutlich im Godesberger Programm der SPD von 1959 wider. „Das Programm ersetzt konkrete soziale Analyse und konkrete Zielsetzung durch den Appell an ‚Werte‘ und Formeln, die jeweils beliebig ausgelegt werden können“.²⁰ Es ging um einen „Paradigmawechsel vom Wissenschaftlichen Sozialismus zum grundwerteorientierten und revisionistisch-reformistischen Sozialismuskonzept“ (Thomas Meyer).²¹

Die letzte Chance für eine radikale Reform in den sozialistischen Ländern gab es in den sechziger Jahren. Vor allem in der DDR, der ČSSR und der Volksrepublik Ungarn wurden Reformvorhaben in Angriff genommen. In der

15 G. Lukács, Der Kampf des Fortschritts und der Reaktion in der heutigen Kultur, in: Aufbau, September 1956.

16 E. Bloch, Freiheit, ihre Schichtung und ihr Verhältnis zur Wahrheit, in: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin 1956, S. 33.

17 J.-P. Sartre, Marxismus und Existentialismus, Reinbek bei Hamburg 1964.

18 A. Schaff, Marx oder Sartre, Berlin 1965.

19 E. Hobsbawm, Das Zeitalter, a.a.O., S. 325.

20 W. Abendroth, a.a.O., S. 74.

21 T. Meyer (Hrsg.), Grundwerte und Gesellschaftsreform, Frankfurt am Main 1981, S. 187.

DDR wurde der Übergang zum „Neuen Ökonomischen System (NÖS)“ im Januar 1963 durch den VI. Parteitag der SED eingeleitet. Walter Ulbricht formulierte: „Alles was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und für den einzelnen vorteilhaft sein“.²² Noch einmal stellte sich die Frage wie einst zur Zeit des Übergangs zur NÖP: Wieweit dürfen, ja müssen wir die „Naturgesetzmäßigkeiten“ des Marktes wirken lassen? Der Abbruch des NÖS nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die ČSSR war dem Unwillen geschuldet, Macht abzugeben, einen ungewissen Weg der Ökonomisierung und Demokratisierung der Leitung zu gehen, unterstützt durch den Rückhalt, den die Gegner solcher Veränderungen in der UdSSR fanden.

Die kritischen Stimmen verstummten nicht. Togliatti schrieb 1964 in einem Memorandum für ein Gespräch mit Chruschtschow: Allgemein werde „das Problem der Ursachen des Kultes um Stalin sowie der Art und Weise, wie er entstehen konnte, als ungelöst betrachtet“.²³ Robert Havemann setzte sich zunächst kritisch mit der Rolle der offiziellen marxistisch-leninistischen Philosophie gegenüber den Naturwissenschaften auseinander und ging dann auf grundsätzliche Fragen der Gesellschaftstheorie ein.²⁴ Im Nachlaß des 1971 verstorbenen Lukács fand sich eine 1968 entstandene Schrift „Sozialismus und Demokratisierung“. Die echte Alternative sei demnach Stalinismus oder sozialistische Demokratie.²⁵ Die größte Wirkung löste das Buch „Die Alternative“ von Rudolf Bahro aus.²⁶ Es erschien Anfang September 1978. Die Gefahr sah Bahro im Hineinregieren des kapitalistischen „Typus von erweiterter Reproduktion“ (ebenda, S. 310). Sein Lösungsansatz war die Schaffung „einer wirklich kommunistischen Partei, eines um die Idee der allgemeinen Emanzipation vereinigten Bundes der Kommunisten“ (ebenda, S. 429). Diese Stimmen wurden nicht gehört, die notwendige Analyse nicht vorgenommen.

Unter äußerem und inneren Druck nahm die Repression in den sozialistischen Ländern ab. Tatsächlich aber war das sozialistische Weltsystem in der Defensive, technisch, ökonomisch und ideologisch. Die sozialistischen Staaten Europas hatten sich vor allem durch den Rüstungswettlauf und die Unfä-

22 W. Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED, Berlin 1963, S. 324.

23 P. Togliatti, Memorandum zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Einheit, Jalta, August 1964, in: P. Togliatti, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1977, S. 778.

24 R. Havemann, Dialektik ohne Dogma?, Reinbek bei Hamburg 1964.

25 G. Lukács, Sozialismus und Demokratisierung, Budapest 1985, Frankfurt (Main) 1987, S. 120.

26 R. Bahro, Die Alternative, Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Berlin 1990.

higkeit zu strukturellen Reformen immer mehr den Gesetzen des Weltmarktes untergeordnet, ohne der Konkurrenz des Westens standhalten zu können. Die Schlacht gegen den „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß des Kapitalismus ging damit verloren.

Ein letzter umfassender Versuch, die Grundlinie der kommunistischen Bewegung zu korrigieren, waren Bestrebungen mehrerer Parteien, die dann als Eurokommunismus zusammengefaßt wurden. Diese westeuropäischen Parteien wollten den angestrebten Sozialismus vom Begriff der Diktatur befreien und von der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse abkoppeln.²⁷ Sie gingen schnell den Weg von kritischer Solidarität zu immer weiter gehender Distanzierung, um das Wohlwollen der regierenden Kreise des Westens als Voraussetzung einer Regierungsbeteiligung zu erreichen (ebenda, S. 215 f., 222f.). Wirklich allen gemeinsame Analysen wurden nicht mehr versucht. Es gab nur noch Kompromisse, die einen Zerfallsprozeß begleiteten. Die Strategie Michail Gorbatschows leitete einen Prozeß ein, der im Ergebnis zum Zerfall der KPdSU und der Sowjetunion führte. Er zerstörte die Partei ideologisch und setzte alles auf eine Karte, seine persönliche Stellung als Präsident der Sowjetunion, deren Auflösung durch Boris Jelzin Gorbatschows Rolle ein Ende setzte.²⁸ Mit der Auflösung der Zentrale löste sich das Weltsystem als Ganzes auf. Nachdem die Sowjetunion untergegangen und damit der Stein des Anstoßes weggefallen war, wurde die antikapitalistische Position nicht etwa verstärkt, sondern verschwand ebenfalls. Offenbar waren – bei allen schwerwiegenden Mängeln – die sozialistischen Staaten der Kristallisationskern einer antikapitalistischen Bewegung, die in ihrer damaligen Form an die Fortexistenz dieses Kerns gebunden war. Sein Ende bedeutete das Ende einer Epoche.

6. Die neue Epoche und der Imperialismus. Ob der marxistische Ansatz weiterhin von Nutzen sein kann, darüber entscheiden die Gegenwart und die Zukunft. Im dritten Abschnitt geht es deshalb darum, unsere Gegenwart mit Hilfe der Werkzeuge von Marx und Engels und ihrer Schüler zu befragen und dabei auch diese Werkzeuge auf ihren Nutzen zu prüfen. Der entscheidende Ansatzpunkt ist dabei für mich die Charakterisierung der neuen Epoche.²⁹

27 Vgl. hierzu und zum Folgenden H. Neubert, Die Hypothek des kommunistischen Erbes, Hamburg 2002, S. 200–231.

28 Vgl. zur Entwicklung der ideologischen Position M. Gorbatschows U.-J. Heuer, Im Streit Ein Jurist in zwei deutschen Staaten, Baden-Baden 2002, S. 505–507.

29 Zur zeitlichen Einordnung dieser Epoche und speziell zum Epochenbegriff vgl. U.-J. Heuer, ebenda, ab S. 461.

Die Beschreibung der drei Hauptprozesse dieser „kapitalistischen Modernisierung“ stimmt weitgehend überein:³⁰ einmal die Internationalisierungstendenzen unter dem Einfluß tiefgreifender Veränderungen der Produktivkräfte, vor allem der Fortschritte der Mikroelektronik. Zum zweiten vollzogen sich wesentliche Veränderungen der Reproduktion des Kapitals, die als Krise des Fordismus oder als Struktur- und Überakkumulationskrise der kapitalistischen Reproduktion charakterisiert werden. Im Ganzen entzieht sich das Kapital zunehmend der sozialen Verantwortung und der gesellschaftlichen Kontrolle. Drittens gewann durch den Zusammenbruch des europäischen Sozialismus der Epochenumbruch wesentlich stärkere Schwungkraft, denn die politische und ideologische Hauptgegenmacht, wie stark sie auch immer noch war, war weggefallen.

Was waren die Ursachen dieses Zusammenbruchs? In Bezug auf die DDR wurde das immer wieder im Zusammenhang mit dem Begriffspaar Revolution/ Konterrevolution diskutiert. Es wurde unablässig strittig erörtert, ob die Ursachen mehr innere (also selbstverschuldete) oder äußere gewesen seien.³¹ Sehen wir das Ganze aber als welthistorischen Prozeß, so erledigt sich diese Fragestellung. Das „sozialistische Weltssystem“ als Ganzes hat sich als schwächer als seine Gegner erwiesen. Mit dem Ende der das sozialistische System tragenden Parteien brach auch das längst ausgehöhlt dogmatische Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus als „geschlossenes System“ mit atemberaubender Schnelligkeit zusammen. Es konnte das Ende der „führenden“ Parteien nicht überleben. Ist damit auch der Marxismus als Ideologie widerlegt? Tatsächlich zogen viele die Schlußfolgerung, daß jetzt die Stunde der reinen Wissenschaft geschlagen habe, die endlich der Dominanz der Ideologie ledig geworden sei. Das galt natürlich vor allem für diejenigen, die unter Ideologie nur „verkehrtes“ Bewußtsein verstanden.

Noch weit schärfer gingen natürlich die bürgerlichen Ideologen mit Marx ins Gericht. Das stand in engstem Zusammenhang mit dem Wiederaufleben der Totalitarismuskonzeption.³²

Das Ergebnis war bei allen: Marx ist tot, für die einen wegen seiner Verantwortung für Lenin und Stalin, für die anderen wegen seiner Bindung an

30 Vgl. J. Bischoff, H. Nick, K. Steinitz, Entwicklungsprozesse im modernen Kapitalismus und Strategie der sozialistischen Linken, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung, 44, Dezember 2000, S. 92–99.

31 Vgl. die Materialien einer Diskussionsveranstaltung des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. 2. 1999, „Revolution oder Impulsion?“, Berlin 1999.

32 Vgl. dazu U.-J. Heuer, a.a.O., S. 342 ff.

das 19. Jahrhundert. Es ist keine Lösung, derartigen Totalabsagen mit trotzigem Beharren zu antworten. Statt dessen ist zu fragen, was weiter brauchbar ist, um die heutige, stark veränderte Welt zu verstehen.

Im „Merkur“ wurde die neue Lage als Prozeß ohne Subjekt beschrieben. „Das ist gewissermaßen ein völlig bewußtloser Kapitalismus, der von niemandem gedacht und begriffen werden muss“.³³ Der 150. Jahrestag der Erstausgabe des Kommunistischen Manifests im Jahre 1998 brachte das deutsche Feuilleton zu einer entsprechenden, nahezu einmütigen Reaktion. Das galt für Wolfgang Engler in der Berliner Zeitung vom 21./22. Februar 1998 und für Richard Rorty in der FAZ vom 20. Februar 1998. Am entschiedensten nahm Mathias Greffrath in der ZEIT vom 5. Februar 1998 das Grundanliegen von Marx und Engels auf: die Überwindung der „Naturgesetzlichkeit“. Gerechtigkeit sei nur noch global zu haben. Jeder müsse als Gattungswesen denken, fühlen und handeln. Also muß die Erde als Gemeineigentum behandelt werden. Der Rest sei Politik. „Wie sagte Engels?“, fragte Greffrath am Schluß seiner Betrachtungen: „Produziert mit Bewußtsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewußtsein“, und er fährt fort: „Atome aller Zellen, vereinigt Euch!“ Nie wieder war soviel Marx im Feuilleton.

Es gibt offenbar keine „natürliche Schranke“ des Kapitalismus. Der „naturgesetzliche“ Gesamtprozess geht wieder in der ganzen Welt mit voller Kraft voran. Das perpetuum mobile verschlingt erneut Menschen und Material, bringt technischen Fortschritt und gewaltiges Elend. Auf die ungeheure Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts durch den heutigen entfesselten Kapitalismus machen wie viele andere Elmar Altwater und Brigitte Mahnkopf aufmerksam: „Kaum sind Markt und Demokratie siegreich, müssen mit ihnen Aufgaben bewältigt werden, für die sie ihre Eignung bislang noch nicht bewiesen haben und haben beweisen müssen. Nach den Gefühlen der Euphorie ist also tragisches Denken angebracht“.³⁴

Ist diese Analyse zutreffend, so schlägt wiederum die Stunde der Politik. Marx und Engels hatten das Subjekt dieser Politik benannt. Es ist offensichtlich, daß ihre Antworten so nicht mehr die Antworten von heute sein können. Aber das widerlegt keineswegs die Analyse des kapitalistischen Gesamtprozesses. Unsicherheit in Bezug auf das Subjekt einer politisch bewirkten Umkehr hebt deren Notwendigkeit nicht auf.

33 C. Koch, Im Diesseits des Kapitalismus, in: Merkur 582/583, Sept. Okt. 1997, S. 771.

34 E. Altwater, B. Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung, Münster 1996, S. 520.

Die politische Gegenkräfte werden auch dadurch bestimmt, daß der „naturgesetzliche“ Gesamtprozeß seinerseits ebenfalls nicht ohne Politik auskommt und heute sogar eine äußerst gefährliche Verbindung von Ökonomie und Politik hervorbringt, eben in Gestalt jener unipolaren „Neuen Weltordnung“, deren Herstellung die USA seit 1990 zielbewußt betreiben und die George Bush senior nach dem Ende des Kalten Krieges zugleich mit dem amerikanischen Jahrhundert verkündete.³⁵ Kann oder soll man heute noch von Imperialismus reden und wenn ja, wie unterscheidet dieser sich vom Imperialismus der vorigen Jahrhundertwende?³⁶

Zunächst wagte nach 1990 kaum jemand, den Terminus Imperialismus zu gebrauchen. Seitdem sind über 10 Jahre vergangen, die „Neue Weltordnung“ wird inzwischen radikal in Angriff genommen. Der erste Vorbote war der am 24. April 1999 begonnene Krieg der NATO gegen Jugoslawien, mit dem zugleich die Zerstörung der mit der UN-Charta von 1945 errichteten neuen Völkerrechtsordnung begann.³⁷ Am 7. Oktober 2001 begann der Krieg gegen Afghanistan, und, da der Angriff längst vorbei war, unzweifelhaft völkerrechtswidrig. Schon damals wurde der Krieg gegen den Irak in die Planung aufgenommen. In einem Manifest von 58 amerikanischen Wissenschaftlern und Politikern wird Bush sekundiert: „Wir erkennen an, daß jeder Krieg schrecklich ist. ...Doch Vernunft und sorgfältige moralische Abwägung lehren uns auch, daß es Zeiten gibt, in denen die erste und wichtigste Antwort auf das Böse darin besteht, ihm entgegenzutreten“. In einem solchen gerechten Krieg sei es entscheidend, daß man diesen Krieg gewönne.³⁸ Das Völkerrecht kennt aus guten Gründen keinen gerechten Krieg, sondern nur den zulässigen Verteidigungs- und den verbotenen Angriffskrieg. Innenpolitisch wird all das flankiert durch einen Abbau von Rechtsstaatlichkeit, für den die Behandlung der Gefangenen auf Guantanamo nur das bekannteste Beispiel ist. Am 20. März 2003 begann der nun schon dritte völkerrechtswidrige Krieg der USA (und Großbritanniens), diesmal gegen den Irak.

35 E. Altwater, B. Mahnkopf, a.a.O., S. 429; H. Conert, Das amerikanische Imperium. Der „Krieg“ gegen den Terrorismus als Etappe der neuen Weltordnung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 6, 2002, S. 13.

36 Zur Geschichte der Imperialismustheorie vgl. Krieg, neue Weltordnung und sozialistische Programmatik, Materialien der Konferenz des Marxistischen Forums vom 1. und 2. Juni 2002 in Berlin. Schriftenreihe Marxistisches Forum, Heft 40/41, Berlin, Juli 2002, vor allem den Beitrag von H. Heininger, Zur Geschichte der Imperialismustheorie (bis 1945).

37 Vgl. dazu U.-J. Heuer, Deutschland führt wieder Krieg, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung, 38, Juni 1999, S. 38–52.

38 What we're fighting for. Ein Manifest amerikanischer Intellektueller vom 12. 2. 2002, in: Blätter für deutsche und internationaler Politik, 6, 2002, S. 758, 760.

Die neue Weltordnung ist der Versuch der USA, ihre ökonomische Vorherrschaft dauerhaft politisch-militärisch abzusichern und eine Pax americana nach dem Vorbild des alten Rom zu begründen, dessen Beispiel mehr und mehr in die Diskussion kommt. Das ist natürlich nicht derselbe Imperialismus wie vor 1914. Es ist eine neuartige Kombination von Konzernmacht (1999 waren von den 200 größten Konzernen der Welt 76 in den USA beheimatet),³⁹ Finanzmacht und der Macht eines einzigen Staats. Gleichzeitig wird die Souveränität vieler Staaten mehr und mehr ausgehöhlt, auch durch die Umwandlung des Staates zum Wettbewerbsstaat, der um die Ansiedlung von Konzernen konkurriert.

Es wird eine Legitimation der Kriege von guten „Demokratien“ gegen böse „Diktaturen“ postuliert und damit die formelle Gleichheit der Staaten aufgehoben. Robert Cooper erklärt das 2002 so: „Wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden“.⁴⁰

Für Lenin gab es 1916 die Existenz rivalisierender Imperien (LeW 39, S. 431 ff.). Heute dagegen ist vom Hegemoniestreben des USA-Imperialismus auszugehen. Mit der Legitimierung des Präventivkrieges⁴¹ wird das in der UN-Charta verankerte Völkerrecht durch die Hegemonialinteressen der USA ersetzt. Es gibt Bestrebungen einiger Staaten der EU – Kerneuropa oder nicht –, durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf lange Sicht eine eigenständigere Machtposition zu gewinnen. Das ist auch die Funktion des zunächst gescheiterten Entwurfs der EU-Verfassung.⁴² Im März 2003 fand eine Debatte zum Imperialismus statt, an der sowohl Horst Heiningen als auch Leo Mayer teilnahmen. Für Heiningen ist Imperialismus auf der Grundlage des Monopolkapitalismus „das Herrschaftstreben nach Unterordnung und Beherrschung anderer Staaten und Einflusszonen (ökonomisch und politisch)“, also an den Staat gebunden, während Leo Mayer den Begriff „transnationaler oder globaler Imperialismus“ vorzieht.⁴³ Die Entwicklung der letzten 14 Jah-

39 W. Wolf, Fusionsfieber, Köln 2000, S. 50.

40 Zitiert nach N. Paech, Interventionsimperialismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10, 2003, S. 1261.

41 Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA (vom Präsidenten am 17.9.2002 vorgelegt), in: Internationale Politik, 12, 2002, S. 118.

42 Vgl. dazu A. Wehr, Kerneuropa entsteht, in: Junge Welt vom 30.7.2003; zur Darstellung und Wertung des Entwurfs vgl. U.-J. Heuer, Wer sind die Preußen von heute?, in: Junge Welt vom 16.10.2003.

43 Pankower Vorträge, 56, Neuer Imperialismus Internationaler Kapitalismus, Berlin 2003, S. 16, 34.

re spricht eindeutig dafür, daß der heutige Imperialismus durch die US-amerikanische Hegemonie bestimmt ist, daß die gegenwärtigen Kriege genau die Funktion haben, diese Hegemonie für absehbare Zeit zu sichern. Das muß nicht heißen, daß das gelingt, aber das Ziel ist es ganz offenbar.

7. *Die Gegenkräfte.* Gibt es mittel- oder jedenfalls langfristig Chancen, das Gesicht der Epoche doch noch zu ändern, und welche politischen Kräfte können das tun? Als erstes sind die Feststellungen von Marx und Engels wieder aufzunehmen, daß dem herrschenden System auf der Ebene der Weltpolitik entgegengetreten werden muss. Der Ausbruch eines einzelnen Landes erfolgte 1917 in einer historisch einmaligen Situation.

Die Rolle des Staates muß neu bestimmt werden. Jedenfalls zwei Thesen von Marx und Engels zum Staat scheinen mir durch die Entwicklung des vorigen Jahrhunderts widerlegt. Bei der ersten These handelt es sich um das rasche Fortwerfen der politischen Hülle, um das baldige Absterben des Staates nach der siegreichen proletarischen Revolution. Der Verlauf des „großen Ausbruchs“ gab keinerlei Anhaltspunkte für die Herausbildung eines Staates „im nicht eigentlichen Sinne“. An die Stelle der vom Privateigentum hervorbrachten Übel waren andere getreten, die mit der Übermacht des Staates verbunden waren, ohne daß seine Abschaffung in Sicht war. Insofern konnte sinnvoll nicht von Volksherrschaft gesprochen werden, sondern „nur“ von der Demokratisierung des bestehenden Staates, als Erhöhung des Einflusses des Volkes auf den „eigenen Staat“. Wir sollten uns für die absehbare Zukunft generell von dem Ziel einer Gesellschaft ohne Macht und Herrschaft verabschieden. Domenico Losurdo bezeichnete die Überlegungen von Marx und Engels zum Absterben des Staates als anfechtbar. Lenin hätte 1917 in „Staat und Revolution“ dem Vorwurf des Etatismus entgegen wollen und in der notwendigen Abrechnung mit dem Sozialchauvinismus den Marxismus auf den Anarchismus heruntergebracht.⁴⁴

Widerlegt sind zweitens die Annahme von der sich ständig verstärkenden Zentralisierung des bürgerlichen Staates und die damit verbundene Auffassung, daß es keine demokratischen Verbesserungen geben könne, die in der kommunistischen Bewegung fortwirkte, aber auch die Vorstellung von Bernstein und Kautsky und der Sozialdemokraten von der ständigen Entwicklung der Demokratie. Die Demokratisierung wurde immer wieder durch Perioden zum Teil extremer Zentralisierung abgelöst. Erst nach 1945 entwickelte sich erstmals in erheblichem Umfang dauerhaft eine auf bestimmte Integration

44 D. Losurdo, *Der Marxismus Antonio Gramscis*, Hamburg 2000, S. 95–97, 109.

zielende Staatsmacht in Gestalt der bürgerlichen repräsentativen Demokratie, zu der auch die Rechtsstaatlichkeit gehört. Das war dem Scheitern des Faschismus, den Kämpfen der linken Bewegung, der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, aber auch der Systemkonkurrenz geschuldet.

Die letztlich entscheidende Macht des großen Eigentums ist vom Volk unabhängig. Auch in der kapitalistischen Gesellschaft herrscht nicht das Volk. Auch hier geht es um Demokratisierung. Die Skepsis in Bezug auf realen Einfluß nimmt immer mehr zu. Wirksamer Massendruck ist aber selten sichtbar. Der Wohlfahrtsstaat wird abgebaut, immer noch ist jedoch der Wohlstand in den Metropolen ungleich höher als in der 2. Welt. Die imperialistische Kriegspolitik führt heute auch in der Innenpolitik zu verschärfter Repression. Für Ralf Dahrendorf ist Globalisierung der Demokratie nicht förderlich, weil sie „dem einzigen Domizil der repräsentativen Demokratie, das bisher funktioniert hat, dem Nationalstaat, die ökonomische Grundlage“ entzieht. „Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert“.⁴⁵

Die Entwicklung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und ihrer Freiheitsrechte im Innern ist eng verknüpft mit kolonialer Unterdrückung nach außen. Der Zynismus der damaligen und heutigen Bourgeoisie kommt gerade darin zum Ausdruck, daß sie aus den bei ihnen zu Hause bestehenden „demokratischen“ Verhältnissen das Recht ableitet, im Namen der Demokratie andere Völker auszubeuten und zu unterdrücken. Jede Opposition gegen den global aktiven Imperialismus, wenn sie ein ganzes Land erfasst und wenn sie dauerhaft bleiben soll, muß sich auf die Staatsmacht stützen. Gerade deshalb ist der Kampf gegen die „Schurkenstaaten“ ein zentraler Bestandteil der imperialistischen Strategie. Das allgemeine Wahlrecht dient dabei der eigenen Legitimation, sein Fehlen der Delegitimation des Opfers. Domenico Losurdo schreibt mit Recht zu Kuba: „Ein Sieg des Parteienpluralismus etwa in Kuba ... würde zwar die Lage von wenigen ‚Dissidenten‘ verbessern und wahrscheinlich Fortschritte in Sachen Meinungs- und Versammlungsfreiheit mit sich bringen. Doch zugleich würden die ökonomischen und sozialen Rechte und die nationalen Rechte des kubanischen Volkes liquidiert, und auf internationaler Ebene würde das Recht des Stärkeren bestätigt. Insgesamt wäre das ein verheerendes Debakel für die Sache der Demokratie“.⁴⁶

Mein Ergebnis ist, daß die geschichtliche Entwicklung des Sozialismus lehrt, die Gefahren, die von einer Übermacht des Staates ausgehen können, nicht zu unterschätzen. Andererseits ist und bleibt der Staat, neben – seltenen

45 R. Dahrendorf, An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert, in: DIE ZEIT 14.11.1997.

46 D. Losurdo, „Die Demokratie als universeller Wert“, in: Marxistische Blätter, 1, 2001, S. 22.

– unmittelbaren Massenaktionen die bislang einzige Kraft, die sich dem ungebrochenen Wirken der ökonomischen Gesetze entgegen zu stellen vermag.

Wieweit können sich innerimperialistische Gegensätze als Stärkung der Gegenmächte auswirken? Zur US-amerikanischen Hegemonie habe ich schon gesprochen. Für sich genommen kann die Konkurrenz zweier oder mehrerer Zentren der staatlichen Durchsetzung einer restaurativen Modernisierung deren Grundtendenz nicht umkehren.

Besonders wichtig wird das künftige Verhalten von Rußland und China sein. Der eigentliche Antipode ist wohl China. Die Entwicklung in China verlief wesentlich anders als in Rußland. Auf der einen Seite setzte der ökonomische Reformprozeß erheblich früher, bereits zu Beginn der achtziger Jahre ein. Auf der anderen Seite ist politisch die führende Rolle der Kommunistischen Partei bis heute erhalten geblieben und offenbar für den Zusammenhalt des Landes entscheidend. Das hohe Wachstumstempo soll sowohl die Lösung der großen sozialen Probleme ermöglichen, als auch die internationale Konkurrenzfähigkeit und die Kraft für eine mögliche Konfrontation mit den USA gewährleisten. Diese Entwicklung ist mit zunehmenden sozialen Widersprüchen verbunden.⁴⁷ Wieder, wie einst in den Zeiten der NÖP, ist ein sozialistischer Staat mit dem „naturgesetzlichen“ Gesamtprozeß konfrontiert, gestützt auf die spezifisch chinesischen Traditionen und Möglichkeiten im bevölkerungsreichsten Land der Welt und die Kraft von Partei und Staat.

Der internationale Hauptgegensatz aber ist heute der Nord-Süd-Gegensatz. Die neoliberale Offensive vertieft die Spaltung der Welt zwischen Nord und Süd. Jean Ziegler berichtet jetzt, dass im Jahr 2002 36 Millionen Menschen verhungerten, dass die Zahl der extrem Armen in den letzten 6 Jahren von 2,7 auf 2,81 Milliarden Menschen gestiegen sei. Das entscheidende Problem sei die Macht der großen Industriestaaten vor allem in der WTO. Sie hätten 2002 ihre Landwirte mit 335 Mrd. Dollar unterstützt, was die Märkte für die Armen kaputt macht.⁴⁸ Auf der 5. Ministerkonferenz der WTO im mexikanischen Cancún gab es erstmals erheblichen Widerstand durch die Verweigerung der Blöcke der 77 und der G 21 von Südafrika über China und Indien bis Brasilien.⁴⁹

Die Gegenkräfte sind vielfältiger Art und uns sicherlich unterschiedlich sympathisch. Der islamische Fundamentalismus ist auch ein Produkt der weltweiten neoliberalen Offensive. Die Nationalstaaten des Südens können

47 H. Peters, China – quo vadis?, in: Junge Welt vom 24./25./26. und 27.1.2003.

48 „System der Beutejäger“, in: Berliner Zeitung vom 9.9.2003.

49 R. Schellenmeister, in: Berliner Zeitung vom 16.9.2003; M. Mies, Neue Kraft, in: Junge Welt vom 18.9.2003.

durchaus Bedeutung haben. Vor allem der Krieg gegen den Irak hat deutlich gemacht, mit welchem Argwohn die staatliche Etablierung von Gegenkräften betrachtet wird. Die ständig überarbeitete Liste von Schurkenstaaten ist dafür ein deutliches Indiz. Dazu gehören Kuba oder das Bündnis von Militär und Armen in Venezuela unter Hugo Chávez. Vieles, was dort geschah, ähnelte außerordentlich stark den Vorgängen in Chile 1973.

Es gibt eine Vielzahl sogenannter Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen die kapitalistische Globalisierung wenden. Gegenwärtig erregt AT-TAC die größte Aufmerksamkeit. Die riesigen Veranstaltungen des Weltsozialforums, zuletzt in Porto Allegro im Januar 2003 und jetzt in Dumbai gehören ebenfalls dazu. Früher oder später wird der Druck auf die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung so zunehmen, daß der Norden über eine grundlegende Wende nachzudenken gezwungen sei wird. Dann kann es allerdings schon zu spät sein.

Marx und Engels sahen als Alternative den Sozialismus, also eine Ordnung ohne Privateigentum. Daß eine solche Gesellschaft möglich ist, hat die Geschichte gezeigt, dass sie nicht konkurrenzfähig war, ebenfalls. Es weiß wohl niemand, ob die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft rechtzeitig Kräfte hervorbringen, die eine neue Gesellschaft schaffen. Dennoch bleibt das Wachhalten der Vorstellung einer möglichen Alternative Voraussetzung jeglichen konsequenten antikapitalistischen Kampfes. Der Marxismus enthält immer beides, den moralischen, politisch-sozialen Ausgangspunkt, das damit verbundene Ziel und die Notwendigkeit, Verhältnisse zu analysieren, um sie zu ändern, Kämpfe zu analysieren, um in ihnen Partei zu ergreifen. Erkenntnis und Parteinahme sind für Marx und – so meine ich jedenfalls – für Marxisten notwendig verbunden. Ein Marxist ist nur derjenige, der aus den Analysen Schlußfolgerungen für sein Verhalten zieht, den Faden zur Praxis nicht abreißen lässt. Deshalb sind die wissenschaftlichen Aussagen noch nicht der ganze Marxismus. Er umfaßt auch Wertungen, Appelle, Forderungen, und kann nur so seine Funktion als Ideologie erfüllen. Marxist zu sein, ist nicht nur die Wahl einer Theorie, sondern zugleich die Wahl einer Haltung.

Jörg Roesler

Erster Abschied von der Globalisierung. Erfahrungen lateinamerikanischer Schwellenländer mit der „Abkopplung vom Weltmarkt“ in den 1930er bis 1960er Jahren. Das Beispiel Argentinien

Vortrag im Plenum der Leibniz-Sozietät am 17. Juni 2004

1. Problemstellung

Globalisierung hat als Begriff zur Erklärung weltweiter Entwicklungsprozesse seit den 1990er Jahren eine erstaunliche Karriere erlebt.¹ Als Kategorie ist sie zweifellos ein Produkt unserer Gegenwart. In diesem Beitrag wird der Begriff auf die nähere und fernere Vergangenheit angewandt. Dieses Vorgehen scheint mir gerechtfertigt, da sich die Hauptmerkmale der Globalisierung – im folgenden wird vor allem von ihrer ökonomischen Dimension die Rede sein – mindestens schon seit dem 19. Jahrhundert beobachten lassen.² Als allgemein anerkannte Merkmale der Globalisierung gelten die Entstehung weltweiter Märkte, d.h. die zunehmende Internationalisierung des Warenaustauschs und der Kapitalmärkte sowie, dadurch bedingt, die „transnationale Reorganisation der Produktion“.³ Diese wirtschaftlichen Prozesse würden vorangetrieben „durch neue Technologien im Kommunikations-, Informations- und Transportwesen“.⁴ Auch was die „Neue Technik-Komponente“ der Glo-

1 Müller, Klaus: Globalisierung, Bonn 2002, S. 7; James, Harold: Der Rückfall. Die neue Weltwirtschaftskrise, München/Zürich 2003, S. 21.

2 Vgl. Pohl, Hans: Aufbruch der Weltwirtschaft. Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1989, S. 9–25; Osterhammel, Jürgen/Petersson, Niels P.: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2003, S. 25–27; Foreman-Peck, James: A History of the World Economy. International Economic Relations since 1850, Harlow 1995, S. XIII.–XVI.

3 Vgl. dazu Bohles Ausführungen über den „Minimalkonsens in der kritischen politischen Ökonomie“ zum Globalisierungsbegriff (Bohle, Dorothee: Imperialismus, peripherer Kapitalismus und europäische Einigung. Einige skizzenhafte Überlegungen., in: Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 54/2003, S. 26).

4 Ebenda, S. 634.

balisierung betrifft, bereitet die Übertragung des Globalisierungsbegriffs auf das 19. Jahrhundert keinerlei Verlegenheit. Nicht nur revolutionierten die Eisenbahn und die Dampfschiffahrt das Verkehrswesen und ermöglichten erstmals den schnellen, hinsichtlich des Kosten- und Zeitaufwands kalkulierbaren und somit risikoarmen Transport von Waren zwischen den Kontinenten.⁵ Die Telegrafie, „das Internet des 19. Jahrhunderts“, erhöhte die Übermittlungsgeschwindigkeit von Nachrichten seit 1866 durch Verlegung des ersten transatlantischen Kabels zwischen Europa und den USA um den Faktor 10.000. Ab 1880 ließen sich vom damaligen Weltfinanzzentrum London aus Telegramme in alle Kontinente verschicken.⁶

Dampfschiffahrt, Eisenbahn und „elektrische Telegraphie“ rechnen auch Marx und Engels in ihrer in Büchern über die Globalisierung immer wieder gern zitierten Passage des „Kommunistischen Manifestes“ zu den technischen Trägern jener von ihnen 1848 beobachteten Entwicklung, die die Bourgeoisie zwecks „stets ausgedehnterem Absatz für ihre Produkte über die ganze Erdkugel jagt“.⁷

Die Auffassung, dass Globalisierung als „Ausweitung, Verdichtung und Beschleunigung weltweiter (Wirtschafts-)Beziehungen“ nicht erst ein Phänomen der Gegenwart ist, sondern eine Geschichte hat, hat sich unter den Wirtschaftshistorikern in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten generell durchgesetzt.⁸ Unter Wirtschaftswissenschaftlern, das sei konzediert, ist diese Auffassung weniger verbreitet.⁹

Doch nicht um die Historisierung der Globalisierung soll es hier gehen, sondern um die Frage, ob es sich bei der Globalisierung um einen unaufhaltbaren Prozess handelt, um einen externen Sachzwang, dem sich die nationalen Gesellschaften unterwerfen bzw. dem sie sich anpassen müssen, und um einen Entwicklungstrend, dem sich letztlich niemand entziehen kann. Ge-

5 Kleinschmidt, Harald: Geschichte der internationalen Beziehungen, Stuttgart 1998, S. 273.

6 Vgl. Osterhammel/Petersson 2003, S. 55; James 2003, S. 34; Tilly, Richard: Geld und Kredit in der Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 2003, S. 72.

7 Marx, Karl/Friedrich Engels: Das Kommunistische Manifest. Von der Erstausgabe zur Leseausgabe (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus 49), Trier 1995, S. 5.

8 Hinsichtlich des Beginns der Globalisierungsprozesse gibt es unter den Wirtschaftshistorikern und Historikern unterschiedliche Auffassungen. Osterhammel und Petersson sprechen von „etwa zweieinhalb Jahrhunderten“ (Osterhammel/Petersson 2003, S. 9, 25).

9 So sieht z. B. der Aachener Wirtschaftsprofessor Zinn in der Globalisierung eine „wirtschaftspolitische Reaktion auf die krisenhaften Entwicklungen seit den 1970er Jahren“ (Zinn, Karl Georg: Gewinner und Verlierer der Globalisierung? Wirtschaftsentwicklung im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2000), S. 2–5; Müller datiert sie mit dem Beginn der 1980er Jahre. (Müller 2002, S. 7).

fragt wird zweitens, ob, wenn es denn einem Staat gelingen sollte, dem Globalisierungsprozess fernzubleiben oder aus ihm auszuscheren, dies nur möglich ist durch Inkaufnahme geschwächter internationaler Wettbewerbsfähigkeit, gefragt wird also, ob der „Abschied von der Globalisierung“ über kurz oder lang die Strafe der wirtschaftlichen und sozialen Degradierung des betreffenden Landes und letztlich seinen wirtschaftlichen Verfall nach sich ziehen muss. Eine derartige Auffassung findet sich nicht nur bei neoliberalen Wettbewerbsfetischisten und linken Apokalyptikern, sie ist weit verbreitet, auch und vielleicht besonders in jenen Ländern, in denen das 1990 zusammengebrochene planwirtschaftliche Modell zum Tragen gekommen war.¹⁰

Aus dem Titel dieses Beitrages wird schon deutlich, dass der Autor die Auffassung „Globalisierung oder Untergang“ nicht teilt. Die folgenden Ausführungen haben das Ziel, diesen Standpunkt zu begründen. Aus nachvollziehbaren Gründen kann dies nicht für die gesamte Weltwirtschaft getan werden. Die Geschichte von Argentiniens weltwirtschaftlichen Verflechtungen steht pars pro toto, insbesondere für die Außenwirtschaftsgeschichte der lateinamerikanischen Schwellenländer, von denen Brasilien, Mexiko und Chile neben Argentinien die bedeutendsten sind.¹¹

Bevor jedoch versucht werden soll, die Frage zu beantworten, ob sich ein Land tatsächlich, und vielleicht sogar ohne Schaden zu erleiden, von der Globalisierung verabschieden kann, bevor also auf die Wirtschafts- bzw. Ordnungspolitik und die ökonomische Entwicklung Argentiniens der 1930er bis 1960er Jahre eingegangen wird, soll, wenigstens grob skizziert, der Nachweis erbracht werden, dass Argentinien bereits im 19. Jahrhundert tatsächlich Bestandteil der „transnationalen Reorganisation der Produktion“, d.h. ein von der Globalisierung erfasstes Land war.

2. Die Einbeziehung Argentiniens in die Globalisierung oder die Durchsetzung des Export-Import-Systems

Die spanischen Kolonien in Lateinamerika, zu denen auch als Vizekönigreich La Plata das spätere Argentinien gehörte,¹² waren durch das von Manfred Kossok als grundsätzlich feudal charakterisierte spanische Kolonialsystem

10 Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Globalisierung als Projekt und Prozess, in: Total Global? Weltmarkt – Nationalstaat – Neoliberalismus (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/1997), S. 2–5.

11 Ferner werden gewöhnlich Kolumbien, Peru, Uruguay und Venezuela dazu gerechnet.

12 Weiterhin entstanden aus dem Vizekönigreich noch Paraguay und Uruguay.

von Welthandel weitgehend ausgeschlossen. Die spanischen Handelsstädte Cadiz bzw. Sevilla besaßen das Monopol auf den Handel mit den Kolonien. Im Jahr gingen von dort zwei Geleitzüge nach Amerika. Der koloniale Gesamthandel war mit 27.000–28.000 t selbst in seinen besten Zeiten quantitativ äußerst beschränkt. Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts sah sich die Kolonialmacht veranlasst, im Zuge innerer Reformen unter dem aufgeklärten Absolutismus das strenge Handelsverbotsreglement zugunsten anderer spanischer Hafenzentren und ausländischer Händler zu lockern. 1778 ging Spanien vom Handelsverbot für Ausländer zu einer Schutzzollpolitik über, die spanische Güter in Lateinamerika gegenüber ausländischen Waren mit einem Zollabschlag von 50 bis 75 Prozent begünstigte.¹³ Nicht unberührt von diesen wirtschaftlichen Liberalisierungsschritten blieb die Kolonialmanufaktur, d.h. die gewerbliche, nicht nur hausgewerbliche, Produktion, die Metallwaren, überwiegend jedoch Textilien für den regionalen Bedarf herstellte. Wiederholte Petitionen seitens Cadiz und Sevillas, jede gewerbliche Initiative in den Kolonien zu drosseln, scheiterten.¹⁴ Der Standort dieser Manufakturen lag im hier näher zu betrachtenden Vizekönigreich La Plata im Innern des Landes, in den Städten am Fuße der Anden.¹⁵ „In Tucuman und Santiago des Estero“, schreibt der lateinamerikanische Historiker Galeano, „blühten die Textilwerkstätten“, die drei verschiedene Sorten von „Ponchos“ herstellten, die Kleidung der proletarisierten Hirten, der Gauchos, aus den endlosen Steppen zwischen den Anden und dem Rio de la Plata. Auch die Zigarren-, Leder- und Schuhindustrie für das Vizekönigreich war dort angesiedelt. In den benachbarten Städten Mendoza und San Juan wurden Wein und Branntwein in beträchtlichen Mengen erzeugt, die auch in den benachbarten Vizekönigreichen Absatz fanden. Die Städte im Vor-Andenland waren bedeutender als Buenos Aires, das außerhalb der kolonialen Haupthandelswege lag.¹⁶ Das argentinische Küstengebiet war damals „die zurückgebliebenste und am wenigsten bevölkerte Region des Landes“.¹⁷

13 Kossok, Manfred: Konzept über das spanische Kolonialsystem, in: Kossok, Manfred, Kolonialgeschichte und Unabhängigkeitsbewegung in Lateinamerika. Ausgewählte Schriften, Bd. 1, Leipzig 2000, S. 65.

14 Ebd., S. 10, 38–39, 69.

15 Lockhart, James/Schwartz, Stuart B.: Early Latin America. A History of Colonial Spanish America and Brazil, Cambridge 1983, S. 271.

16 Eduardo Galeano: Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents, Wuppertal 2003, S. 275.

17 Czajka, Willy, Buenos Aires als Weltstadt, in: Zum Problem der Weltstadt, Berlin 1959, S. 162–163; Galeano 2003, S. 275.

Die Unabhängigkeitsbewegung im Vizekönigreich ging von Buenos Aires aus, in dem es am 25. Mai 1810 zur Gründung einer Junta kam. Die in der Junta den Ton angehenden Kaufleute und Estancieros (Viehzüchter), die „neue Aristokratie“, brauchten keine zwei Wochen, um die protektionistischen Beschränkungen für den Handel mit dem Ausland zu lockern. 1813 erfolgte der vollständige Übergang zum Freihandel.¹⁸

Die Handelsagenten aus Manchester, Glasgow und Liverpool bereisten in den folgenden Jahren Tucuman und Santiago, kopierten die Modelle der Ponchos und anderer gewerblicher Landeserzeugnisse und begannen, das Land am Rio de la Plata mit Exemplaren aus Großbritannien zu beliefern. Die Manufakturen am Fuße der Anden waren bald ruiniert, denn ein argentinischer Poncho kostete sieben Peso, der aus Yorkshire, industriell und in großer Zahl hergestellt, dagegen nur drei.¹⁹ Die Wein- und Branntweinproduzenten aus Mendoza und San Juan konnten mit den geistigen Getränken, die auf englischen Schiffen kamen, nur schwer konkurrieren. Aus England kamen bald nicht nur Textilien oder alkoholische Getränke. Ein englischer Konsul in Buenos Aires beschrieb 1837 einen Gaucho aus der Pampa so: „Man betrachte alle seine Kleidungsstücke, man prüfe alles, was ihn umgibt und mit Ausnahme dessen, was aus Leder ist, wird man kaum etwas finden, was nicht englisch wäre. Wenn seine Frau einen Rock trägt, so bestehen zehn Möglichkeiten gegen eine, dass er in Manchester hergestellt ist. Der Kessel oder der Kochtopf, in dem er seine Mahlzeit zubereitet, das irdene Geschirr, in dem er sie verzehrt, sein Messer, seine Sporen, der Zaum, der Poncho, in den er sich hüllt, alles sind aus England gebrachte Artikel.“²⁰ Argentinien setzte gegen die englischen Importe jene Waren, die zu produzieren das industrialisierte und verstärkerte England aufgegeben hatte: Häute, Felle, Talg, Knochen und Pökelfleisch.²¹

Gewinner der so rasch in Argentinien um sich greifenden Globalisierung waren die Kaufleute aus Buenos Aires, die die argentinischen Exportprodukte für den Versand auf englischen Schiffen vorbereiteten und die Viehzüchter der östlichen Provinz Buenos Aires, die bald zur wichtigsten, reichsten und bevölkerlichsten der Republik wurde. Zu Verlierern wurden die Städte und Provinzen im Westen, deren Produktionen der englischen Konkurrenz nicht standhalten konnten. Der Schwerpunkt des Landes verlagerte sich nach Osten,

18 Galeano 2003, S. 272.

19 Ebd., S. 276.

20 Zitiert in: Ebd., S. 276–277.

21 Pohl 1989, S. 197.

von den Anden an die Küste. Natürlich wehrten sich die Provinzen im Innern gegen die Suprematie von Buenos Aires. Bei den für die ersten Jahrzehnte der Republik Argentinien charakteristischen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Unitaristen und Föderalisten, Anhängern des Bundesstaates und des Staatenbundes, ging es nicht nur um konstitutionelle Streitfragen, sondern auch um die Versuche der westlichen Provinzen, das freihändlerische Diktat von Kaufleuten und Estancieros aus Buenos Aires durch eine Schutzzollpolitik zugunsten ihrer gewerblichen Erzeugnisse zu ersetzen. Einige Male, so während der Regierungszeit von Juan Manuel de Rosas, gewannen die Protektionisten die Oberhand. Der Präsident, ein typischer südamerikanischer Caudillo,²² erließ 1835 ein Zollgesetz, das die Einfuhr von Eisen- und Blechwaren, Pferdegeschirr, Ponchos, Gürteln u.a. Produkten vollständig verbot und den Import von Schuhen, Kleidungsstücken, Reitgeschirr und alkoholischen Getränken mit hohen Abgaben belegte. Die protektionistischen Maßnahmen bewirkten bis 1852, dem Jahr, in dem Rosas gestürzt wurde, ein Aufblühen des argentinischen Gewerbes in den westlichen Provinzen wie in Buenos Aires. Das Ende des protektionistischen Zwischenspiels unter de Rosas hatten einige Jahre zuvor englische und französische Kriegsschiffe eingeleitet, die die quer durch den Parana gespannten Sperrketten, die das Innere Argentinien, verschlossen hielten, mit Kanonschüssen sprengten, um den Strom für die Schifffahrt zu öffnen. Zehn Eingaben der Industriezentren von Yorkshire und Lancashire, die von 1500 Bankiers, Kaufleuten und Industriellen unterzeichnet worden waren, hatten zuvor die britische Regierung bewogen, mit militärischer Gewalt gegen die am Rio de la Plata verfügbaren Handelsbeschränkungen vorzugehen.²³ Der militärischen Aggression der Globalisierungsmächte folgte 1845 bis 1849/50 die Blockade der argentinischen Häfen. Die Kaufleute und Estancieros aus Buenos Aires und den anderen östlichen Provinzen atmeten auf, nachdem den Unitaristen 1852 der Sieg über de Rosas gelungen war. Ein knappes Jahrzehnt später waren die Föderalisten der küstenfernen Provinzen endgültig besiegt. Buenos Aires wurde 1862 Hauptstadt und ein Jahr später Großstadt.²⁴ Das Freihandelsprinzip blieb von nun an für sieben Jahrzehnte in Argentinien politisch unangefochten.

22 Zur sozialen Typisierung des Caudillo vgl. Kossok, Manfred: Kolonialbürgertum und Revolution. Über den Charakter der hispanoamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung (1810–1826), in: Kossok 2000, S. 114

23 Galeano 2003, S. 286–287.

24 Czajka 1959, S. 164–165.

Das, was die Wirtschaftshistoriker als das Export-Import-System bezeichnen, machte bald den Kern der wirtschaftlichen Globalisierung Argentiniens aus und konnte sich seit den 1870er Jahren voll entfalten. Es war eine Wirtschaft, die auf der Ausfuhr argentinischer landwirtschaftlicher Produkte im Austausch für vor allem britische Industriewaren beruhte, sowohl von Luxusgütern für die sich aus Vertretern des Großgrundbesitzes und der Handelsbourgeoisie zusammensetzenden Oligarchie, als auch von Massenbedarfsgütern für „das Volk“. Die nächsten Jahrzehnte bestätigten die Richtigkeit des nunmehr konsequent von Argentinien's Regierungen vollzogenen Kurses der Anpassung an die Globalisierung, die in diesem Land vor allem die Flagge Großbritanniens trug, an das sich die herrschende Oligarchie seit den 1880er Jahre eng band.²⁵ Mit jedem neuen Handelsinteressenten aus Übersee stieg auch der Wert des Bodens und des Aktienbesitzes der einheimischen Oligarchie.

Eine Reihe von Erfindungen beseitigte in jenen Jahrzehnten die noch bestehenden technischen Beschränkungen für einen ungebremsen Export und erhöhte damit auch die Aufnahmefähigkeit Argentiniens für britische Produkte: Zwischen 1860 und 1880 wurden die Segelschiffe, die zwischen Buenos Aires und Liverpool verkehrten und Argentinien's Massengüter transportierten, durch Dampfschiffe ersetzt. 1854 erwarb ein Engländer die erste Konzession für den Bau einer Eisenbahn. Argentinien wurde eines der ersten Länder außerhalb Europas und Nordamerikas, das eine hohe Anzahl von Schienenkilometern aufwies.²⁶ Auf Argentinien's Bahnen wurden im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in großen Mengen Getreide, Vieh und Holz nach Buenos Aires bzw. den Parana-Häfen Rosario und Santa Fe bewegt, um von dort nach Europa verladen zu werden. Die Dampfschiffahrt hatte den Export von Pökelfleisch und Lebendvieh profitabel gemacht. 1878 landete das erste Kühlschiff aus Großbritannien im Hafen von Buenos Aires. Seitdem schuf die Kühltechnik für das Land am Rio de La Plata neue Exportmöglichkeiten.²⁷ Nach 1900 setzte sich Argentinien als Gefrierfleischexporteur vor Australien an die erste Stelle in der Welt.²⁸

25 Kossok 2000, S. 69–70.

26 Mehr als 29.000 Eisenbahnkilometer im Jahre 1909 (Hanzelka, Jiri/Zikmund, Miroslav: Südamerika. Zwischen Paraná und Rio de la Plata, Berlin 1956, S. 59).

27 James 2003, S. 34; Osterhammel/Petersson 2002, S. 53; Pohl 1989, S. 228; Czajka 1959, S. 164.

28 Im Jahre 1883 wurde in Argentinien die erste Gefrieranlage gebaut. (Hanzelka/Zikmund, 1956, S. 58; Pohl 1989, S. 107.

Die europäische Nachfrage führte im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zu einer Ausdehnung des Weizenanbaus in die bis dahin völlig der Viehzucht vorbehaltenden Pampa. Die Arbeitskräfte begannen dort knapp zu werden. Argentinien wurde am Ende des 19. Jahrhunderts zu einem der wichtigsten Einwanderungsländer außerhalb Nordamerikas.²⁹

In den Anfangsjahren der englischen wirtschaftlichen Dominanz hatte sich Argentinien gegenüber dem Inselkönigreich stark verschuldet. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts konnte sich das Land, dank seines Exportüberschusses, von der drückenden Schuldenlast befreien³⁰.

Am Ende des 19. Jahrhunderts hörte Argentinien auch auf, ein reines Agrarland zu sein. In Buenos Aires und anderen Hafenstädten entstanden Getreidemühlen, eine Konservenindustrie, Gerbereien u. a. Fabriken, die Vorprodukte für den Export lieferten. Auch die notwendige Pflege der Bahnen und Hafenanlagen schuf gewerbliche Arbeitsplätze.³¹

Für Argentinien galt also auch, was Dieter Boris, Lateinamerika-Spezialist an der Universität Marburg in seinem Buch zur politischen Ökonomie Lateinamerikas generell festgestellt hat: „Alles in allem lässt sich die These vertreten, dass positive und sekundäre Auswirkungen in bezug auf die Bildung eines nationalen Binnenmarktes in einigen Ländern, in denen das Export-Import-System herrschte, durchaus vorhanden waren.“³²

Allerdings profitierten die Ober- und die Unterschichten der argentinischen Gesellschaft vom ökonomischen Progress sehr unterschiedlich. Im letzten Jahr vor dem ersten Weltkrieg konnte die herrschende „Exportoligarchie“ mit ihrer Entscheidung für die Globalisierung der argentinischen Wirtschaft, die sie seit 1810 verfochten hatte und die seit den 1860er Jahren im Lande unangefochten war, mehr als zufrieden sein. Sie gehörte zweifellos – neben den britischen Kapitalisten – zu den Siegern der Globalisierung im La-Plata-Staat. Nicht nur der Wert des Viehs, auch der des Bodens hatte sich vervielfacht. Die einfachen Argentinier konnten von der Globalisierung viel weniger profitieren. Die Peonage, in der Übergangszeit von der Kolonie zur Republik anstelle der Hörigkeit entstanden, blieb erhalten und sorgte dafür, dass die Landarbeiter als Knechte arm und fast rechtlos blieben.³³ Die euro-

29 Waltershausen, A. Sartorius von: Zeittafel zur Wirtschaftsgeschichte, Halberstadt 1924, S. 92–93.

30 Galeano 2003, S. 304.

31 Waltershausen 1924, S. 92.

32 Boris, Dieter: Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts, Hamburg 2001, S. 23.

33 Galeano 2003, S. 284; Kossok 2000, S. 114.

päischen Einwanderer, überwiegend italienischer Herkunft, wurden nicht, wie in Nordamerika, Eigentümer des Bodens, sondern überwiegend Pächter.³⁴ Argentinien war nicht nur das größte Einwanderungsland Südamerikas. Es verzeichnete auch die höchste Rückwanderungsquote enttäuschter und frustrierter Siedler.³⁵ Die Globalisierung ging auch in Argentinien mit fortschreitender sozialer Differenzierung einher.

3. Krise des Export-Import-Systems und Abkehr von der Globalisierung

Die „lange Welle“ dynamischer Entwicklung, die Argentinien in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg erlebt hatte, dauerte in den 20er Jahren noch an – jedoch bereits mit Abstrichen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs zwischen 1913 und 1929 um ein Drittel langsamer (4,1% an Stelle von 6,3 %).³⁶ Das war weniger auf den Ersten Weltkrieg zurückzuführen als auf die Folgen dieses Krieges. Großbritannien ging aus ihm wirtschaftlich geschwächt hervor. Als ökonomische Hauptmacht traten in Lateinamerika an Englands Stelle immer mehr die USA. Für Argentinien war der Wechsel des Haupthandelspartners von Nachteil, da die Vereinigten Staaten für einige der Hauptexportprodukte Argentiniens selbst Produzent waren – so für Produkte der Rinderzucht und für Weizen. Zum Schutze ihrer Farmer waren die US-Regierungen bestrebt, die argentinischen Exporte zu begrenzen. Zwar hatten sich die im 19. Jahrhundert überwiegend protektionistischen USA seit 1913 zum Freihandel bekannt, jedoch erlaubte es ihnen das 1922 erlassene Fordney-McCumber-Zollgesetz, das den Zweck hatte, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der USA vor dem Auslandswettbewerb zu schützen, mit Hilfe von Zolltarifen und durch nichttarifliche Hemmnisse „dämpfend“ auf Argentinien's Exportkraft einzuwirken. Mit der Behauptung, dass durch argentinisches Rindvieh die Maul- und Klauenseuche in die USA eingeschleppt werden könnte, verhinderten die USA z.B. die Einfuhr von Gefrierfleisch. Nur Konserven gingen problemlos durch den amerikanischen Zoll.³⁷

34 In der zum großen Teil von italienischen Einwohnern urbar gemachten Pampa, wurden knapp zwei Drittel des Landes von Pächtern bebaut. (Rado, Sandor: Welthandbuch. Internationaler politischer und wirtschaftlicher Almanach, Budapest 1962, S. 32).

35 Waltershausen 1924, S. 93.

36 Boris 2001, S. 11.

37 Faulkner, Harold U.: Geschichte der amerikanischen Wirtschaft, Düsseldorf 1957, S. 646; Pohl 1989, S. 48; James 2003, S. 175; Hanzelka/Hanzelka/Zikmund 1956, S. 61.

Doch die eingetretene Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung führte in Argentinien während der 20er Jahre noch nicht zu einer Vertrauenskrise gegenüber dem Export-Import-System. Es hieß, man müsse sich den nach dem Krieg veränderten Globalisierungskonstellationen besser anpassen. Das Export-Import-System, an dem sich Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsgeographie des Landes seit Jahrzehnten ausgerichtet hatten, schien alternativlos zu sein. Erst mit der Weltwirtschaftskrise von 1929–1932 wurde das Vertrauen nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Herrschenden in die Funktion der auf Globalisierung ausgerichteten argentinischen Wirtschaft grundlegend erschüttert.

Im Jahre 1930 verschärfte die USA mit dem Hawley-Smoot-Gesetz die Einfuhrbedingungen für Agrarprodukte aus dem Ausland.³⁸ Großbritannien, das Ursprungsland des Freihandels, ging mit Zollpräferenzen für den Austausch mit seinen Kolonien ebenfalls zum Schutzzoll über, so dass – als Ergebnis – der Handel mit vielen landwirtschaftlichen Produkten zwischen Südamerika und England sank und innerhalb des Empire blieb.³⁹ Gleichzeitig setzte ein genereller Preisverfall ein, der Agrarprodukte bedeutend stärker traf als Industrierzeugnisse. Für Argentinien öffnete sich damit eine Preisschere zu seinen Ungunsten. Um die gleiche Menge Industriewaren zu importieren, musste Argentinien 1935 im Vergleich zu 1929 1,7 mal so viel Getreide bzw. Erzeugnisse der Viehzucht an seine bisherigen Haupthandelspartner liefern, die erhöhten Zölle nicht eingerechnet. Sinkende Exporteinnahmen, das Ergebnis von weniger Handel – allein zwischen 1928 und 1930 halbierte sich Argentiniens Ausfuhr⁴⁰ – und einem ungünstigeren Austauschverhältnis für die noch absetzbaren Produkte, zog eine Verringerung der Importe⁴¹ nach sich. Zusätzliche Kreditaufnahmen, um die Importe finanzieren zu können, verboten sich, da Argentinien bereits in den 1920er Jahren erneut Schulden aufgehäuft hatte und Anleihen des Landes in den USA nur zu 50% ihres Nennwertes gehandelt wurden. Zudem sank die Kaufkraft durch Entlassungen in den Hafenindustrien. Auch war in den Krisenzeiten niemand mehr bereit, ernsthaft in die argentinische Wirtschaft zu investieren. Die Regie-

38 Faulkner 1957, S. 646.

39 Der argentinische Anteil an Großbritanniens Import an gefrorenem und gekühltem Rindfleisch sank zwischen 1929 und 1937 von 77,4 % auf 64,2 % zugunsten der britischen Dominions (James 2003, S. 222).

40 Würzburger, Eugen/ Roesner, Ernst: Hübners geographisch-statistische Tabellen aller Länder der Erde, Wien 1932, S. 550; James 2003, S. 216.

41 Allein zwischen 1927 und 1930 verringerte sich die Einfuhr um mehr als ein Viertel (Würzburger/Roesner, S. 550).

rungen sah sich gezwungen, wirtschaftlich die Notbremse ziehen. Schon im Dezember 1929 ging das Land vom Goldstandard ab, so dass das binnenwirtschaftliche Preisgefüge vom Weltmarktniveau abgekoppelt werden konnte und die Exportsituation sich zeitweilig, bis Mitte 1931, noch einmal verbesserte. Doch schon im Oktober 1931 erfolgte angesichts der sich weiter verschärfenden Krise Argentiniens nächster Schritt des Ausstiegs aus dem Weltmarkt: Das Land gab das Freihandelsprinzip auf und führte die Devisenzwangsbewirtschaftung ein.⁴²

De facto befand sich die De-Globalisierung auf dem Vormarsch. Doch noch waren die argentinischen Regierungen, meist Interessenvertreter oder Angehörige der „Exportoligarchie“ und egal, welcher der herrschenden politischen Parteien sie auch angehörten, bestrebt, am Freihandel und Wirtschaftsliberalismus als alternativlosem Wirtschaftsprinzip festzuhalten und ihre Schritte gegen die Unbilden des Weltmarktes als vorübergehende Notmaßnahme zu klassifizieren. Sowie die Weltwirtschaftskrise an Wucht verloren hatte, wurde versucht, mit Hilfe einer Reihe bilateraler Abkommen 1935 die „traditionell herzlichen britisch-argentinischen Beziehungen“ wieder herzustellen. Doch setzte sich die Herausdrängung argentinischer Exportgüter aus dem englischen Markt auch in der zweiten Hälfte der 30er Jahre fort, wenn auch mit vermindertem Tempo.⁴³

Anders als die Regierenden beurteilte das Volk die Lage. Eine zunehmende Zahl von Kritikern liberalistischer Wirtschaftsprinzipien trat an die Öffentlichkeit und machte auf viele bisher übersehene negative Seiten des für ausländische Händler und ausländisches Kapital weit offenen argentinischen Marktes aufmerksam. Eines der markantesten Merkmale der Globalisierung sei das britische Eigentum an Verkehrsmitteln und Fabriken. Der argentinische Züchter müsse sein Vieh bei überhöhten Frachtsätzen auf britischen Bahnen in die britischen Gefrierfleischfabriken in die Häfen schicken. Hier werde das Fleisch auf britische Schiffe verladen, von britischen Gesellschaften versichert. Wenn der argentinische Exporteur meinte, dass die Ausbeuterei nun endlich zu Ende sei, müsse er wehrlos zusehen, wie die britischen Zollbehörden bei der Übernahme der Waren in Southampton von der – bildlich gesprochen – schon angenehmen Keule weitere Scheiben in Form von Einfuhrzöllen abtrennten.⁴⁴

42 James 2003, S. 109, 218.

43 Von 1935 bis 1937 sank der argentinische Anteil am britischen Import an gefrorenem und gekühltem Rindfleisch von 62,2 % auf 61,5 % (James 2003, S. 222).

44 Hanzelka/Zikmund 1956, S. 59.

Die Kritiker des Export-Import-Systems verlangten ein prinzipielles Umdenken. Sie forderten, das Land solle seine Wirtschaft in die eigenen Hände nehmen und zu einem Industrieland werden. In der Aufbauphase müssten die jungen Industrien durch den Staat gefördert und vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden. Industrialisierung und Autarkisierung waren die Schlagworte der Globalisierungskritiker. Verstaatlichungen wurden nicht ausgeschlossen.⁴⁵

Über eine Theorie oder wenigstens eine konsequent durchdachte Strategie verfügten die Globalisierungskritiker in den 30er Jahren noch nicht. Sie wurde den Argentinern Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre von einem Landsmann quasi nachgeliefert, einem Ökonomieprofessor, der noch Mitte der 30er Jahre als Berater der Ministerien für Finanzen und Landwirtschaft für die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung des Export-Import-Systems gekämpft hatte – Paul Prebisch aus Tucuman.⁴⁶ Ohne hier aus Zeitgründen auf seine Dependencia-Theorie, die er ab 1948 als Mitbegründer und ab 1950 als Leiter der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPLA) entwickelte⁴⁷, näher eingehen zu können, sei hier auf die Empfehlung der CEPLA hingewiesen, die für die lateinamerikanischen Staaten lautete, für einen längeren Zeitabschnitt Importsubstitution vorzunehmen, d.h. den Ausstieg aus den Zwängen der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung zu betreiben. Drei wichtige Gründe nannte Prebisch für diesen Schritt: Erstens bedürfte es angesichts externer Beschränkungen auf der Handelseite heimischer Quellen für industrielles Wachstum. Zweitens führe die Importsubstitutionspolitik zu einem rasch steigenden Bedarf an Arbeitskräften. Die Unterbeschäftigung auf dem Lande und in den Arbeitervierteln der Städte könne so aufgesogen werden. Drittens schaffe erst die Selbstindustrialisierung die Möglichkeit, technologisch aufzuholen.⁴⁸

Mitte der 30er Jahre lag die theoretische Verallgemeinerung der Ablehnung des Export-Import-Systems noch in der Ferne. Doch konnten die Globalisierungskritiker bereits auf erste Erfolge der zwischen 1929 bzw. 1931 ad hoc eingeführten protektionistischen Maßnahmen verweisen. Im Jahre 1930

45 James 2003, S. 273.

46 Avaria, Pedro, Prebisch, Raul, in: Krause, Werner/Graupner, Karl-Heinz/Sieber, Rolf (Hrsg.), *Ökonomen Lexikon* Berlin 1989, S. 434–437; James 2003, S. 223.

47 Grundlegend in Prebisch, Raul: *The Economic Development of Latin America and its Principal Problems*, Lake Success 1950.

48 Vgl. Fitzgerald, Edmund V. K.: *The Theory of Import Substitution* (University of Oxford, *Developments Studies Working Papers* No. 108), Mai 1997; Avaria 1989, S. 435–437.

hatte es in Argentinien 60.000 Baumwollspindeln gegeben, 1936 waren es 300.000. Der Anteil importierter Industriegüter am argentinischen Verbrauch war zwischen 1929 und 1937 um ein Drittel gesunken.⁴⁹

Doch die politische Klasse, ökonomisch eng mit dem Export-Import-System verbunden, war nicht gewillt, die nach Meinung der Globalisierungskritiker notwendige ordnungspolitische Wende vom Freihandel zum Protektionismus, von der Abstinenz des Staates in der Wirtschaft zur staatlichen Einmischung in den nationalen Markt und zu dessen Umgestaltung zu vollziehen. Die politische Absicherung und Verfestigung des Wechsels erledigte im Falle Argentinien – und nicht nur dort – das Militär.

So erstaunlich findet der Lateinamerika-Spezialist Boris dies nicht. Er schreibt: „Eine quasi Schiedsrichterrolle in Situationen des Machtgleichgewichts oder eines Machtvakuum führte ... Gruppen von Militärs an die Politik heran. Die wirtschaftlich begründete Sorge um die Unabhängigkeit der Nation, aber auch die Furcht vor tiefen sozialen Auseinandersetzungen trieb in einigen Ländern Gruppen von Militärs in die Politik. In Gesellschaften, in denen die Figur des Caudillo, des starken Mannes, immer noch ... mehr wog als programmatische Festlegungen, konnten Militärs eine gewisse Popularität gewinnen, zumal wenn... ‚antinationale‘ Kräfte der traditionellen Oligarchie bekämpft werden sollten.“⁵⁰ In Argentinien kam es im Juni 1943 zum Staatsstreich einer Offiziersgruppe.⁵¹ Mit dabei war Juan Domingo Peron, der in der neuen Regierung das Arbeitsministerium übernahm. In dieser Funktion entdeckte der in einem Pampadorf geborene Peron seine „soziale Ader“ und entwickelte die Idee des „Justicialismo“ (der Gerechtigkeit), der Integration der unteren Bevölkerungsschichten, vor allem der bis dahin weitgehend rechtlosen Landarbeiterschaft und der ungelerten Industriearbeiter, mittels staatlicher Sozialpolitik in die argentinische Gesellschaft und schuf sich so eine Massenbasis. Wirtschaftliche Voraussetzung war der Ausbau der nationalen und teilweise zu nationalisierenden Industrien im Interesse „des argentinischen Volkes“ gegen die englischen und US-amerikanischen Profitinteressen.⁵²

49 James 2003, S. 223.

50 Boris 2001, S. 40.

51 Charakteristisch für das argentinische Militär, schreibt Kossok, ist, „dass lediglich zehn Prozent der hohen Offiziere dem Grundbesitz entstammen. ... Nicht weniger bedeutend ist der Fakt, dass 25 Prozent der Generale aus kleinbürgerlichen Kreisen kommen. Das kleinbürgerliche Element ... hat ... schon in beträchtlichem Maße den Anschluss an die Führungsspitze gefunden“ (Kossok, Manfred: Zur politischen Funktion der Armeen in Lateinamerika. Aktuelle und historische Aspekte, in: Kossok 2000, S. 243).

52 Ebd., S. 118–119.

Die von Peron als wichtigste bezeichnete „Entprivatisierungsmaßnahme“ war die Verstaatlichung der zu zwei Dritteln in englischem Besitz befindlichen argentinischen Eisenbahnen. Diese hatten bis zum März 1948 allein den Zwecken des Exports der landwirtschaftlichen Güter ins Ausland gedient. Als Stichbahnen waren sie von den Hafenstädten Buenos Aires, Rosario und Santa Fe ins Land gebaut worden. Je nach Profiterwartungen entstanden sie als Breitspur, (europäische) Normalspur oder als Schmalspur, diese wiederum in vier unterschiedlichen Weiten. An Stelle des Chaos der Privatbahnen sollte unter Peron das einheitliche Netz der Staatsbahnen treten. Zur Feier des Aufkaufs dieser Bahnen durch den Staat versammelten sich am 12. Februar 1948 auf dem Platz vor dem Hauptbahnhof von Buenos Aires über eine Million Menschen. Die peronistische Presse charakterisierte den Tag der Nationalisierung der Eisenbahn als „den ruhmreichsten Tag in der Geschichte Argentiniens seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1810“.⁵³

Gegen Peron und seine Politik putschten der traditionellen Oligarchie nahestehende Offiziersgruppen zweimal: im Oktober 1945 und im Sommer 1951. Beim ersten Putsch organisierte die Nachrichtensprecherin Eva Duarte, die spätere Evita, den Marsch der Descamisados (Hemdlosen) gegen die Putschisten. Der Weg zur Präsidentschaft durch Wahlen im Februar 1946, die Peron 54 % aller Stimmen brachten, war damit frei. Der zweite Putsch scheiterte an der loyalen Haltung der mächtigen Gewerkschaften, in denen sich das peronistische Prinzip der „Massenmobilisierung durch Massenkontrolle“⁵⁴ am anschaulichsten verwirklicht hatte.⁵⁵ Peron wurde nach dem Putsch mit 64 % aller Stimmen wiedergewählt. Die Massen wussten, was sie ihrem Staatspräsidenten verdankten: bezahlten Urlaub, den arbeitsfreien Sonntag, Kranken- und Rentenversicherung, kostenlose Krankenbehandlung, neue Schulen, Arbeitsgerichte u.a. „sozialpolitische Maßnahmen“.⁵⁶ Als Peron vier Jahre später in einem erneuten Militärputsch gestürzt wurde, hatte seine Sozial- und Wirtschaftspolitik das Land soweit gestaltet, dass sie im Prinzip bis in die zweite Hälfte 60er Jahre unangetastet blieb. Auch wenn die peron-

53 Hanzelka/Zikmund 1956, S. 108–109.

54 Boris 2001, S. 43.

55 Der gewerkschaftliche Organisationsgrad war sehr hoch. Die Mitgliederzahl erhöhte sich zwischen 1946 und 1948 von knapp 0,9 auf 1,5 Millionen. 1947/49 zählte man in Argentinien 1.00.000 Industriearbeiter; 200.000 Bauarbeiter und 450.000 Transportarbeiter (Nolte, Detlef: Der Wandel politischer Systeme in Lateinamerika, in: Lateinamerika II, Politische Entwicklung seit 1945, Bonn 1994, S. 6; Kossok 2001, S. 118.)

56 Martenstein, Harold: Stille Macht, heilige Macht, in: Der Tagesspiegel v. 8.1.1997.

nistischen Parteien zeitweise verboten waren, wurden sie immer dann, wenn sie zu den Wahlen zugelassen waren, wieder stärkste Partei.⁵⁷

Zwar bediente sich der argentinische Staat bei der Regulierung der Wirtschaft nun nicht mehr des Instruments des Fünfjahresplanes.⁵⁸ Perons umfangreiche Verstaatlichungen im Bereich von Industrie, Banken und Verkehr blieben aber ebenso unangetastet wie die Institution der staatlichen Außenhandelsmonopolorganisation IAPI, die 1959 noch 60 % aller Ausfuhren abwickelte.⁵⁹

Der wichtigste Garant für die Fortsetzung der Politik der Industrialisierung und Autarkisierung, d. h. der De-Globalisierung, blieben aber Wirtschaftswachstum und Massenwohlstand. Zwischen 1946 und 1948 war das argentinische Sozialprodukt um jährlich durchschnittlich 9 Prozent angestiegen. In den ersten Nachkriegsjahren hatte sich das Realeinkommen so kräftig erhöht, dass für die arbeitende Bevölkerung das Bewusstsein, in einer anderen (Verbraucher-) Welt angekommen zu sein, noch fortauern sollte, als die Zuwächse längst bescheidener geworden waren. Wenn auch die „fetten Jahre“ wirtschaftlicher Nachkriegsprosperität bald vorbei waren, so konnte sich das Bruttosozialprodukt des Landes am Rio de la Plata zwischen 1950 und 1970 doch noch verdoppeln und wuchs damit fast so schnell wie im Wirtschaftswunderland Bundesrepublik Deutschland, dessen Bruttosozialprodukt sich zwischen 1950 und 1969 verdoppelte.

Globalisierungsbefürworter muss die Tatsache, dass dieser Erfolg wirklich bei einem – zwar unvollständigen – Rückzug vom Weltmarkt und einer Wirtschaftspolitik der Konzentration auf die nationalen Belange erreicht wurden, in Erklärungsnot bringen. Gegenüber 1913 sank die Weltmarktanbindung Argentiniens in den Nachkriegsjahrzehnten auf nur noch ein Drittel – auf 35 % 1950 und auf 29 % 1973.⁶⁰

Wichtigste Triebkraft des Wachstums war die Industrie. Sie überholte in den Nachkriegsjahren den vom Produktionswert Argentiniens bisherigen Hauptwirtschaftszweig, die Landwirtschaft. Unter Peron hörte Argentinien auf, ein Agrarland zu sein. Neben den „alten“ Hafenindustrien entwickelten sich neue, vor allem im Bereich der Leichtindustrie, welche die Bevölkerung mit vielen Konsumgütern versorgte, die früher aus den Ländern der Metropo-

57 Nolte 1994, S. 7.

58 So der Fünfjahrplan 1947 bis 1951 (Hanzelka/Zikmund 1956, gegenüber S. 48).

59 Rado 1962, S. 35.

60 Maddison, Angus: *The World Economy. A Millennial Perspective*, Paris 2001, S. 153, 272, 284.

len importiert werden mussten. Die Zahl der industriellen Unternehmen Argentiniens stieg von 54.000 im Jahre 1939 auf über 102.000 im Jahre 1947 und zwischen 1949 und 1959 noch einmal auf das Doppelte. Die Anzahl der Industriearbeiter erhöhte sich zwischen 1937 und 1959 von 640.000 auf 1.220.000.⁶¹ Die – vielfach aus den ländlichen Agrargebieten in die Städte gewanderten – „neuen Industriearbeiter“ wurden ganz überwiegend Anhänger Perons, aber auch ein beträchtlicher Teil der „alten“ Industriebeschäftigten und des sich durch den Gründerboom vermehrenden Mittelstandes stärkten die Massenbasis der Peronisten.⁶²

4. Die Ausstiegsbedingungen

Unter Präsident de Rosa (1835–52) hatte Argentinien vergeblich versucht, aus der Globalisierung auszuscheren. Unter Peron gelang dies. Warum? Warum griffen die Metropolen nicht – bzw. offensichtlich nicht energisch genug – ein, und warum kam auch die Exportoligarchie, die von Argentiniens Weltmarktintegration jahrzehntelang profitiert hatte, nicht (Putschversuche 1945 und 1951) bzw. zu spät (Putsch 1955) zum Zuge?

Es stellte sich heraus, dass der „Abschied von der Globalisierung“ nicht allein das Werk Perons bzw. der ihn unterstützenden organisierten Arbeiter und der von seiner Industrialisierungspolitik ebenfalls profitierenden Mittelständler war, sondern dass es in den 1940er Jahren – gegenüber de Rosas Zeiten – eine ganze Reihe begünstigender äußerer Rahmenbedingungen für den Ausstieg gab.

Da war erstens die für Argentinien günstige weltwirtschaftliche Situation während des Krieges und in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Argentinien belieferte die Alliierten wie auch die Achsenmächte (via Francos Spanien) mit Fleisch und Getreide. Peron erklärte den Achsenmächten erst den Krieg, als er an ihnen nicht mehr verdienen konnte – Ende März 1945. Mit Hilfe des gewaltigen Handelsüberschusses konnte Argentinien bis Kriegsende seine Auslandsschulden abtragen und sich in den ersten Nachkriegsjahren Finanzreserven sichern. Diesen Reichtum „schüttete Peron“, der weder der Exportoligarchie noch dem Militär verpflichtet war, „zu einem nicht geringen Teil über seinem Volk aus“ und machte über seine Sozialpolitik auch die Importsubstitutionspolitik populär.⁶³

61 Kossok: 2000, S. 118; Rado 1962, S. 33.

62 Boris 2001, S. 43–44.

63 Martenstein 1997.

Zweitens begann Argentinien seinen Ausstieg aus dem Weltmarkt zu einem Zeitpunkt, als der Rückzug vom Weltmarkt fast allgemein war und auch die Metropolen (Großbritannien, Deutschland) erfasst hatte. Nicht zufällig folgte die Einführung der Devisenbewirtschaftung in Argentinien dem deutschen Beispiel. Selbst die USA zog sich unter Roosevelt auf den bilateralen Handelsaustausch zurück.⁶⁴ Heute sprechen die Wirtschaftshistoriker ganz selbstverständlich für die 30er Jahre von einer international betriebenen Politik der „De-Globalisierung“.⁶⁵ Erst seit Anfang der 50er Jahre geriet Perons Politik in den Gegensatz zur Handelspolitik der ihren Isolationismus seit dem Marshallplan für Westeuropa überwindenden US-Amerikaner.

Drittens verbot es sich für die USA angesichts des sich nach dem Krieg abzeichnenden Ost-West-Konflikts, d.h. einer Auseinandersetzung zwischen zwei Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen von existentiellem Ausmaße,⁶⁶ gegen Argentinien mit militärischen Mitteln vorzugehen, wie einst die Briten und Franzosen gegen Präsident Rosas. Eine Rolle bei der Erklärung der zunächst seitens der USA gegenüber Peron geübten Zurückhaltung mag auch gespielt haben, dass seine „Gerechtigkeitsbewegung“ in Argentinien den Linken (Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten) das Wasser abgrub.⁶⁷ „Modern“ waren wirtschaftliche Druckmittel. Doch angesichts von Argentinien's zunächst glänzender Finanzlage und prosperierender Wirtschaft saßen die USA zumindest anderthalb Jahrzehnte lang am kürzeren Hebel. Erst 1959/60, unter Präsident Frondizi, sah sich Argentinien gezwungen, beim IWF sowie bei europäischen und US-Banken einen Kredit von 400 Mill. Dollar aufzunehmen⁶⁸, d. h. gegenüber den Ländern des „Zentrums“ zum – erpressbaren – Schuldner zu werden.

5. Schlussfolgerungen

Einleitend wurden, ausgehend von der durch das neueste wirtschaftshistorische Schrifttum gestützten Aussage, dass die Globalisierung kein bloßes Gegenwartsphänomen sei, sondern eine Geschichte habe, zwei in Form von Fragen vorgetragene Thesen zur Globalisierung vorgestellt. Die erste These besagte, dass ein Land aus der Globalisierung aussteigen könne, was eigent-

64 James 2003, S. 318; Faulkner 1957, S.719–720.

65 Osterhammel/Petersson, S. 63.

66 Kleinschmidt 1998, S. 373–374.

67 Boris 2001, S. 43.

68 Rado 1962, S. 31.

lich auch impliziert, dass man zu einem früheren Zeitpunkt auch bewusst eingestiegen ist. Diese These besagt mit anderen Worten, dass die Globalisierung nicht mit einer quasi naturgesetzlichen Zwangsläufigkeit über ein Land oder einen Kontinent kommt, sondern von den Menschen, von deren Wirtschaftspolitik beeinflussbar ist und von ihnen bis zu einem gewissen Grade gestaltet wird. Allerdings sind, wie die Auseinandersetzungen zwischen England und den Globalisierungsgegnern im La Plata-Gebiet zeigen, nicht alle Staaten gleich handlungsmächtig gewesen. Doch es verdient der Aufmerksamkeit, dass selbst Argentinien politische Klasse über genug Spielraum verfügte, um fast ein halbes Jahrhundert zu schwanken, ob es seine Wirtschaft bedingungslos dem Weltmarkt unterwirft oder sich für die Entwicklung des Landes einen Freiraum lässt.

Argentinien's Nachbarland, Paraguay, entschied sich, den Globalisierungsverlockungen und –drücken nicht nachzugeben. Unter den Präsidenten J.G. Rodrigenz Francia und C. und F. Lopez betrieb das Land fünf Jahrzehnte lang eine konsequente Schutzzollpolitik zur Entwicklung einer eigenen Industrie und Flotte und konnte ein bemerkenswertes Wirtschaftswachstum verbuchen – ohne sich gegenüber den Metropolen zu verschulden.⁶⁹ Nicht ein wirtschaftliches oder soziales Zurückbleiben hinter dem seit 1861 endgültig auf den Globalisierungspfad eingeschwenkten Argentinien oder dem ebenfalls freihändlerisch ausgerichteten Brasilien bereiteten dem ordnungspolitischen Sonderweg Paraguays ein Ende, sondern die Armeen Brasiliens, Argentinien's und Uruguays. Hinter dem „Dreibund“ standen Großbritannien und Frankreich, die in dem „Globalisierungsgegner“ Paraguay das (für Südamerika) schlechte Beispiel fürchteten und die nach den neuen leicht erschließbaren Märkten gierten.⁷⁰ Der Krieg gegen Paraguay war einer der blutigsten Unternehmen zur Durchsetzung der Globalisierung. Er dauerte fünfzehn Jahre (1864–1870). Im Krieg starben drei Viertel der Bevölkerung des Landes, darunter „fast alle Männer“.⁷¹

Wie der Einstieg war auch der Ausstieg Argentinien's – zunächst zögerlich und provisorisch in den 1930er Jahren, dann zielgerichtet unter Peron in den 1940er Jahren – das Ergebnis von bewussten politischen bzw. wirtschaftspo-

69 Kossok 2000, S. 84.; Galeano 2003, S. 292–295.

70 Kossok, Manfred: Zur Spezifik der Nationwerdung und Staatenbildung in Lateinamerika, in Kossok 2000, S. 292.

71 Es überlebten lediglich 192.000 Frauen und Kinder und nur 28.000 Männer (Zeuske, M.: Paraguay, in: Markov, Walter/Anderle, Alfred/Werner, Ernst: Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte, Leipzig 1964, S. 572).

litischen Entscheidungen. Eine günstige internationale Situation und gute Wirtschaftslage trugen wesentlich dazu bei, dass Peron der Ausstieg gelang. Die Schlussfolgerung aus dem argentinischen Fallbeispiel kann m. E. nur lauten: Bei der Globalisierung handelt es sich nicht um einen autonomen Prozess, der als unaufhaltsame historische Bewegung und unabweisbarer ökonomischer Sachzwang daherkommt. Man sollte sich gerade bei einem so umfassenden Begriff vor einer „Vergesetzlichung“ hüten und immer wieder darauf hinweisen, dass auch weltweite ökonomische Prozesse Resultate individuellen oder kollektiven Handels sind. Globale Verflechtungen werden von Staaten, Firmen, von Gruppen und Individuen aufgebaut, erhalten und auch wieder abgeschafft. Sie sind Gegenstand von Interessenkonflikten und von politischen Entscheidungen.⁷²

Die zweite eingangs vorgestellte These bezieht sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ausstiegs aus der Globalisierung. Als Frage formuliert lautete sie: Kann die Abkoppelung vom Weltmarkt gut gehen? Bestrafen sich nicht die Initiatoren eines solchen Ausstiegs selbst und mit ihnen ein ganzes Volk?

Argentinien erlebte unter Peron sein „Wirtschaftswunder“ auf der Basis der Importsubstitutionspolitik. Wenn heute der in der Erinnerung der Argentinier beliebteste Präsident des Landes Juan Peron heißt, dann hat das wenig mit Nostalgie zu tun, aber viel mit Fakten. Anderen lateinamerikanischen Schwellenländern, die sich der Importsubstitutionspolitik verschrieben, brachte der Ausstieg aus der Globalisierung ebenfalls ein passables bis bemerkenswertes wirtschaftliches Wachstum. Das „brasilianische Wirtschaftswunder“ wurde in der Wirtschaftsgeschichte zu einem feststehenden Begriff. Staaten, die aufgrund ihrer schieren Kleinheit oder wegen ihres wenig aufnahmefähigen Binnenmarktes – vor allem handelt es sich um die mittelamerikanischen und karibischen Staaten – auf die Importsubstitutionspolitik verzichten mussten, wiesen zwischen 1950 und 1973 ein deutlich – um ein Fünftel – niedrigeres Wachstum auf als die acht lateinamerikanischen Schwellenländer.⁷³ Die zweite These kann also – entgegen einer weitverbreiteten Meinung – zumindest mittelfristig, im Falle Argentiniens über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten, ebenfalls positiv beantwortet werden.

72 Ganz in diesem Sinne fällt auch das Urteil von Müller und von Osterhammel/Petersson aus. (Müller 2002, S. 15–16; Osterhammel/Petersson 2003S. 112–113).

73 Im Zeitraum 1870–1913 entsprach das Wachstum der genannten 8 Schwellenländer dagegen noch in etwa dem des gesamten Kontinents (Maddison 2001, S. 197).

Bei einer Betrachtung des Zeitraumes nach der Beendigung der Importsubstitutionspolitik, die gekennzeichnet war durch eine erneute, ab den 90er Jahren vollständige Weltmarktintegration erhärtet sich für Argentinien diese Aussage noch.⁷⁴ Einiges in der Haltung des 2003 gewählten Präsidenten Nestor Kirchner, betreffend die Behandlung der Staatsschulden und in der Auseinandersetzung mit dem IWF und Argentinien's privaten Gläubigern, deutet darauf hin, dass bestimmte Kreise der politischen Klasse angesichts der drohenden Unregierbarkeit des arg gebeutelten Landes einen zweiten Ausstieg aus der Globalisierung für eine angemessene und notwendige Politik halten.⁷⁵

74 Vgl. Roesler, Jörg: Wie lange lässt sich der Volkszorn noch unterdrücken? Neoliberale Sackgasse: Argentinien's Weg in die Wirtschaftskatastrophe, in: Neues Deutschland vom 5./6. 1. 2002, S. 25.

75 Vgl. Malcher, Ingo: Vabanque-Spiel des Präsidenten. Schuldenstreit zwischen Argentinien und IWF geht in neue Runde, in: Süddeutsche Zeitung v. 9.3.2004.

Mit dem Beitrag von Christa Luft beenden wir den Abdruck der seinerzeit vom Kuratorium der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät e.V. angeregten Einsendungen beruflich (noch) stark beanspruchter Mitglieder über ihre wissenschaftliche Arbeit.

Christa Luft

Globalisierung – Gestaltungsaufgabe versus Sachzwang

Seit einem Jahrzehnt gehört „Globalisierung“ zu den inflationär gebrauchten Schlagworten in Politik, Wirtschaft und Medien. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung beispielsweise zählte 1993 ganze 34 Nennungen des Begriffs. Im Jahre 2001 waren es bereits 1136. Nahezu unüberschaubar ist zu diesem Sujet die wissenschaftliche Literatur. Es gibt heute kaum noch ein praktisches Problem von Bedeutung ohne direkten oder indirekten Bezug zur Globalisierung, sei es der Streit um die beste Strategie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, über die Verschuldung von Entwicklungsländern, über den Klimaschutz, die Standortwahl von Unternehmen oder die optimale Steuerpolitik. Das bewog den Deutschen Bundestag als erstes Parlament der Welt, eine Kommission einzurichten, die sich systematisch mit dem Thema beschäftigte.¹ Dabei ist Globalisierung kein originäres Phänomen. Vielmehr verkörpert sie neue Schübe der sich seit 150 Jahren mit fortschreitender Handelsverflechtung insbesondere zwischen den Industrieländern vollziehenden Internationalisierung der Wirtschaft. Diese hat durch den Abbau von Handelshemmnissen und Investitionsbeschränkungen spürbare Impulse erfahren.

1. Neue Schübe der Internationalisierung der Wirtschaft

Mit dem Kollaps des real existierenden Sozialismus fand der vorwiegend politisch definierte Systemwettbewerb zwischen Ost und West ein Ende. Der Kapitalismus dehnte sich nach Osten aus und legt zusehends seine sozialen

1 Vgl. Schlußbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft- Herausforderungen und Antworten, Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9200, 12.06.2002.

Zügel ab. Ein ausschließlich ökonomisch definierter Marktwettbewerb setzt sich durch. Ausgebaut wird die Vorherrschaft des Ökonomischen. Die Waren- und Marktlogik wird bis in den letzten Winkel dieses Planeten und auch gegen anderen Prinzipien folgendes lokales und regionales Wirtschaften zur Ultimo Ratio des Überlebens erhoben. Breite Bevölkerungsschichten in den Industrieländern machen die Erfahrung, dass Regierungen sich immer weniger um Gleichheit und Gerechtigkeit sorgen, sondern mehr um gedeihlichste Bedingungen für die Kapitalverwertung, um den Shareholder value. Die globale Konkurrenz ist zum Wettlauf um Kostensenkung durch Personalentlassungen geworden. Die Privatisierung der Bereitstellung von Grundgütern des menschlichen Lebens (Gesundheit, Bildung, Wohnen, öffentlicher Nahverkehr usw.) schreitet voran. Die Länder des Südens – zu Zeiten des Ost-West-Konflikts noch großenteils Arenen der Weltpolitik – verloren ihre Rolle als Rivalitätsfaktor zwischen verschiedenen Systemen und werden zu vergessenen Randzonen. Global wächst die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen. Der Abstand zwischen dem wohlhabendsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung hat sich allein in der letzten Dekade verdoppelt. Unter den Ärmsten ist der Frauenanteil überproportional hoch. Das anhaltende Nord-Süd-Gefälle und die sich verstärkende Reich-Arm-Polarisierung in den Industrieländern widerlegen die neoliberale Verheißung, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung wären zum Wohle aller ausnutzbar, es würden alle gewinnen.

Erkennbar ist im Prozeß der Globalisierung das angloamerikanische Projekt zur Neuaufteilung, zur Beherrschung der Welt und ihrer Ressourcen.² Die meisten Entwicklungsländer, darunter fast das gesamte Afrika, sind dabei hoffnungslos ausgegrenzt. Es geht um die Aneignung des Öls und um die Monopolisierung des Saatgutes zur weltweiten Kontrolle der Lebensmittelproduktion. Patentierung und Lizensierung sind wichtige Pfeiler in diesem Bestreben.

Einen neuen Schub erlangte die Internationalisierung der Wirtschaft durch die galoppierende Zunahme transnational organisierter Unternehmen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gab es mehr als 63 000 Konzerne solcher Art mit weltweit 800 000 Niederlassungen. Verbunden damit ist ein breiter Strom grenzüberschreitender Direktinvestitionen, die sich zum größten Teil auf die Industrieländer konzentrieren. Weltweit tätige Unternehmen ohne festes Zentrum in einem Staat drängen nach Liberalisierung der Weltwirtschaft und do-

2 Bernd Klees, Wirtschaftsethik der Globalität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beiträge zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5/2003, S. 5.

minieren die internationalen Institutionen. Sie haben schon heute einen größeren Einfluß als manche Nationalstaaten. Diese Tendenz droht sich zu verstärken.

Als Impuls für die Globalisierung erwies sich die Revolution in den Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere das Aufkommen des Internet anno 1990 und seine fast schlagartig einsetzende kommerzielle Nutzung. Sie ließ räumliche Distanzen schrumpfen und ermöglichte die weltweite Vernetzung von Entwicklung und Produktion. An die Stelle der nationalen Fabrik tritt die „global factory“ ein und desselben Konzerns, der seine Wertschöpfungskette rund um den Globus legt und in einem Produktionsnetzwerk miteinander verbindet.³ Die elektronische und stark verbilligte telefonische Kommunikation erlaubt es, in Echtzeit mit Ton und Bild rund um die Uhr fast alles mitzerleben, was sich irgendwo ereignet, sie erleichtert den Preisvergleich und die globale Disposition. Der Kostenwettbewerb verschärft sich. International operierende Unternehmen geben den Kostendruck oft noch verstärkt an die zumeist kleinen lokalen Zulieferer weiter.

Unter den Bedingungen der Globalisierung wird in den Industrieländern das (männliche) Normalarbeitsverhältnis aufgekündigt. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Familien kommt es durch fortschreitende Flexibilisierung, Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung zum Abbau von Sicherheit, wie Elmar Altwater und Birgit Mahnkopf in ihrem Buch „Globalisierung der Unsicherheit“⁴ nachweisen. Abhängig Beschäftigte nehmen Globalisierung mehr wahr als Auflösung von Garantien und Rechten, als Gefährdung ihrer Arbeitsplätze und Einkommen, denn als Möglichkeit, von einem vielfältigen Warenangebot, von billigen Auslandsreisen oder dem Preiswettbewerb verschiedenster Anbieter zu profitieren. In den Entwicklungsländern zerstören die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien traditionelle Arbeits- und Lebensweisen. Sie reichen in jedes Dorf und verbreiten einen dem westlichen industriellen Marktmodell entsprechenden Lebens- und Konsumstil.

Schließlich erreichten die Finanzmärkte globusweit Dominanz über die Waren- und Arbeitsmärkte. In der ungehinderten Bewegungsfreiheit des Finanzkapitals sieht der wohl bekannteste Devisenspekulant George Soros das

3 Leo Mayer/Fred Schmid: Macht der Multis. Globalisierung Multis Monopole. isw forschungshefte 1, institut für sozialökologische wirtschaftsforschung münchen e.V., in Kooperation mit EDITION MARXISTISCHE BLÄTTER München, November 2002, S. 17.

4 Elmar Altwater/Birgit Mahnkopf: Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2002.

hervorstechendste Merkmal der Globalisierung.⁵ Die monetäre Sphäre löst sich nahezu vollständig von der realwirtschaftlichen. Die globalen Finanztransaktionen expandieren um ein Vielfaches schneller als Weltproduktion und Welthandel. Waren es Ende der 80er Jahre 600 Milliarden US-Dollar, die täglich an den Weltdevisenbörsen gehandelt wurden, so beliefen sich die Tagesumsätze Ende der 90er Jahre bereits auf 1,2 Billionen US-Dollar. Allenfalls fünf Prozent davon dienten der Finanzierung von Handelsgeschäften und Direktinvestitionen. Der „Rest“ ist Interbankenhandel. Spekulative Geldbewegungen erreichen dramatische Ausmaße. Sie können ganze Länder sozial und politisch destabilisieren. Die Gier nach exzessiven Zinsen und Gewinnen führt zum raschen Hineinpumpen gigantischer Dollar- und anderer Beträge in zeitweilige Boom-Regionen (z.B. Südostasien) und zum ebenso plötzlichen Rückzug des kurzfristig angelegten Kapitals bei aufkommenden Gefährdungen. Finanzkrisen, die ganze Länder mit tiefen sozialen Einbrüchen für die Bevölkerungsmehrheit ergreifen, sind die Folge. Die Ablösung des Finanzgeschehens von realen wirtschaftlichen Prozessen hat Möglichkeiten zu krimineller Bereicherung erweitert. Illegale Geschäfte vom Drogen- bis zum Menschenhandel stehen dafür.

2. Globalisierung – das Ende von Politik?

Die Ansichten darüber, ob es sich bei der Globalisierung um eine Art Naturereignis handelt, einen Sachzwang, der Politik entmachtet oder ob sie eine neue, Gestaltung erheischende Herausforderung an den Nationalstaat und die internationale Gemeinschaft darstellt, gehen in der politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion weit auseinander. Eine Gruppe von Autoren⁶ argumentiert, daß der Staat durch Globalisierung geschwächt sei, da seine Handlungsfähigkeit territorial beschränkt ist, während sich die Akteure der Globalisierung grenzüberschreitend bewegen und sich somit dem Zugriff des Staates leichter entziehen könnten.

Nach Friedhelm Hengsbach, Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts der Hochschule Sankt Gallen, soll Globalisierung sich in neoliberaler Lesart als „Kampfformel“ bewähren, um Druck auf Belegschaften und breite

5 George Soros: Der Globalisierungsreport. Berlin 2002, S. 13.

6 Susan Strange: The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy. Cambridge 1996, S. 65, Ohmae Kinichi: The End of The Nation State. The Rise of Regional Economics. New York 1995; Michael Zürn: Gesellschaftliche De-Nationalisierung und Regionen in der OECD-Welt, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Regieren in entgrenzten Räumen, Opladen 1998, S. 9.

Bevölkerungsschichten auszuüben, Lohnforderungen zurückzunehmen, unbezahlte Mehrarbeit zu leisten und mit der Kürzung sozialer Leistungen einverstanden zu sein. Sie gelte nationalen Regierungen zugleich als beliebte „Alibiformel“, um eigene Gestaltungsdefizite mit dem weltwirtschaftlichen Umfeld zu rechtfertigen.⁷ Das globale Kapital wird zum Ungeheuer, zum neuen Leviathan erhoben, gegen dessen Macht Politik chancenlos sei. In der Bundesrepublik Deutschland erhebt die sozialdemokratisch geführte Regierung mit der Agenda 2010 ihre Kapitulation vor den Zumutungen der neoliberalen Globalisierung geradezu zum Programm.

Eine andere Gruppe sieht den Staat nach wie vor insbesondere durch seine Autonomie bei der Verwendung des Budgets politisch gestaltunfähig. Globalisierung fordere den Staat insofern auf neue Weise heraus, als sie nationale Regierungen unter Druck setzt, ihre Politik den Gewinnerwartungen globaler Märkte anzupassen, um mobile Ressourcen im Land zu halten bzw. neue anzuziehen.⁸ Es veränderten sich also die Rahmenbedingungen für staatliches Handeln. Der Wettbewerb um Standortvorteile und Absatzmärkte werde härter. Eine Schwächung des Staates im Hinblick auf grundlegende Funktionen wie die Sicherung des Gemeinwohls müsse das nicht bedeuten.⁹

Angesichts der neuen Internationalisierungswellen gibt Pierre Bourdieu, Nestor der europäischen Sozialwissenschaft, den Rat, zwischen der Globalisierung als Faktum und dessen Deutung durch die neoliberale Ideologie zu unterscheiden. Weder dürfe die Globalisierung einzig als Schreckgespenst gesehen, noch die These von der Ohnmacht des Staates, vom Ende der Politik unwidersprochen bleiben.¹⁰ Globalisierung ist nicht per se gut oder schlecht. Eine Rückkehr zu abgeschlossenen Lebens- und Wirtschaftsräumen ist nicht erstrebenswert. Sie steht auch beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac und anderen Globalisierungskritikern nicht zur Debatte. Dies brächte Verzicht auf Vorteile, die sich aus der Internationalisierung des Wirtschaftslebens ergeben können. Aber Globalisierung ist kein Naturereignis, dem die

7 Friedhelm Hengsbach : Vortragsmanuskript für eine DGB-Diskussionsveranstaltung, Berlin 2002.

8 Robert Wade: Globalization and its Limits. Reports of the Death of the National Economy are Greatly Exaggerated, in: Suzanne Berger/Ronald Dore (Hrsg.): National Diversity and Global Capitalism. Ithaca N.Y. 1996, S. 60–97; Stefan A. Schirm: Globale Märkte, nationale Politik und regionale Kooperation in Europa und den Amerikas. Baden-Baden 2001, S. 49–73.

9 Stefan A. Schirm: Politische Optionen für die Nutzung von Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B5/2003, S. 8.

10 Pierre Bourdieu: Die sozialen Bewegungen zusammenführen, ohne zu vereinheitlichen. In: Pierre Bourdieu/Erhard Eppler/Renate Ohr/Klaus Zwickel u.a.: Neue Wege der Regulierung. VSA-Verlag Hamburg 2001, S. 22.

Menschen sich hilflos ausgeliefert fühlen müssen. Sie ist das Ergebnis von Politik, also menschlicher Entscheidungen und folglich auch beeinflussbar. Haupttriebkraft waren und sind die verantwortlichen Akteure der Kapitalmärkte, die Regierungen der USA, Japans sowie der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Sie haben informell und offiziell auf internationalen Gipfeltreffen die Weichen für eine Liberalisierung der Märkte und zur Zurückdrängung des öffentlichen Sektors gestellt. Völlig unzureichend ist demgegenüber der Einfluß der Parlamente als gewählte Volksvertretungen auf diese Prozesse, ganz abgesehen von den Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Die Globalisierung ist bisher – das ist das eigentliche Problem – jeglicher demokratischen Einflußnahme entzogen. Bundespräsident Johannes Rau rief in seiner dritten „Berliner Rede“ daher dazu auf, sie „in gute Bahnen“ zu lenken. Zu ihrer Gestaltung seien klare Wertvorstellungen jenseits des Wirtschaftlichen erforderlich. Eine Politik der Freiheit werde nur dann auch wirtschaftlich überzeugen, wenn sie die Menschen befreit von Ausbeutung, von Armut und Überschuldung, wenn sie für gleiche Chancen Sorge, zum gegenseitigen Respekt beitrage und wenn sie alle teilhaben lasse an dem, was den Globus bewege.¹¹

Der katholische Theologe und Präsident der Stiftung Weltethos in Tübingen Hans Küng bringt seine Position zum Thema so auf den Punkt: „Globalisierung ist erstens unvermeidbar, zweitens ambivalent (mit Gewinnern und Verlierern), drittens unberechenbar (kann zum ökonomischen Mirakel oder Debakel führen), aber auch viertens – und das ist mir das Wichtigste – steuerbar“.¹² Eine seiner Schlussfolgerungen lautet: „Wer den globalen Markt will, muß auch eine globale Rahmenordnung für ihn wollen, und wer diese Rahmenordnung will, muß auch ein globales Ethos wollen“.¹³ Es ginge nicht nur um Spezialfragen der Ökonomie, sondern um gesamtgesellschaftliche, um hoch politische und letztlich auch ethische Fragen. Etwa darum, ob das grundsätzlich berechtigte Gewinnstreben der einzige Zweck der Wirtschaft sein soll.

Die Herausforderung lautet also, den Globalisierungsprozess politisch zu gestalten, ihm ein menschliches Antlitz zu geben, ihn nicht als unbeeinflussbaren Sachzwang hinzunehmen, sondern Chancen nutzbar zu machen, die er bieten kann, und schärfere soziale Spaltungen und Ausgrenzungen zu verhindern. Das setzt Global Governance ebenso voraus wie einzelstaatliches Engagement.

11 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Mai 2002, S. 2.

12 Der globale Markt erfordert ein globales Ethos, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. Februar 1998.

13 Ebenda, a.a.O.

3. Stabilisierung der globalen Finanzmärkte und des Welthandelssystems

Verantwortungsvoll gestaltende Einwirkung auf globale Entwicklungen erfordert vordringlich einen adäquaten institutionellen Rahmen für die globalen Finanzmärkte. Dazu gehören z.B. die Verbesserung der Transparenz von Kapitalbewegungen, die Austrocknung von Steueroasen und die Bekämpfung von Steuerflucht und Geldwäsche. Entscheidendes Gewicht aber kommt der Eindämmung kurzfristiger Devisentransaktionen zu. Ein Instrument dafür hat der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin bereits 1978 vorgeschlagen. Mit einer geringfügigen Steuer (z.B. 0,5 Prozent) auf Devisentransaktionen (genannt Tobin-Steuer) wird die Währungsspekulation unattraktiver, weil die Transaktionskosten steigen. Das trägt zur Stabilisierung von Finanzmärkten bei und kann als ergiebige Quelle zur Finanzierung entwicklungspolitischer Projekte (Gesundheitsfürsorge, Bildung, Infrastruktur) genutzt werden. Kritiker seines Konzepts machen geltend, dass die Erhebung der Tobin-Steuer einen multilateralen Ansatz und die Bereitschaft erfordert, die Steuer zumindest auf den wichtigsten Finanzplätzen der Welt zu erheben. Sie hegen Zweifel an der Unterstützung eines solchen Vorhabens durch die US-amerikanische Regierung, ohne deren konstruktive Mitwirkung kein durchschlagender Erfolg absehbar sei. Von der Hand zu weisen sind solche Einwände nicht, nur sind sie kein Freibrief für Abwarten und Untätigkeit.

Zu den Hauptaufgaben von Global Governance gehört auch, zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beizutragen. Stichworte sind: die demokratische Erneuerung der internationalen Handels- und Finanzinstitutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation) und deren Verpflichtung, soziale und ökologische Mindestnormen in ihren Regelwerken zu verankern, z. B. das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, die Gleichbehandlung von Frauen, die Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften, die Internationalisierung des Wettbewerbsrechts, um die Vermachtung wichtiger Weltmärkte zu verhindern, die Forcierung der Entschuldungsinitiative für die ärmsten Staaten. Der amerikanische Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, von 1997 bis 2000 Chefvolkswirt und Vizepräsident der Weltbank und somit Insider, fordert eine grundlegende Revision der Leitungs- und Aufsichtsstrukturen in den Lenkungsinstitutionen der Weltwirtschaft. Nur so könnten die „Früchte“ der Globalisierung gleichmäßiger verteilt werden. Eines muß Stiglitz allerdings einräumen: „Die Vereinigten Staaten werden ihr faktisches Veto beim IWF nicht aufgeben. Und die Industriestaaten werden nicht auf Stimmrechte verzichten, um den Entwicklungsländern mehr Stimmrechte einzuräumen“. Daher werde es wahrscheinlich nicht so bald zu grund-

legenden Reformen von IWF und Weltbank kommen. Trotzdem schätzt Stiglitz die Möglichkeit einer Reform der internationalen Wirtschaftsinstitutionen nicht pessimistisch ein. Er hat während seiner Tätigkeit in der Weltbank selbst Veränderungen erlebt. „Es ist nicht leicht gewesen, sie durchzusetzen, und sie gingen auch nicht so weit, wie ich es mir gewünscht hätte. Aber es waren doch wichtige Veränderungen“.¹⁴ Im Rahmen der Europäischen Union – sie kann als europäische Form der Globalisierung betrachtet werden – gehört zur politischen Gestaltung dieses Prozesses z. B. die Ergänzung des stabilitätsorientierten Mandats der Europäischen Zentralbank um beschäftigungspolitische Ziele und die Harmonisierung der Gewinnsteuern.

4. Nationale Handlungsfelder

Auch auf einzelstaatlicher Ebene müssen Globalisierungskonsequenzen beherrschbar gemacht, ja prophylaktisch in „gute“ Bahnen gelenkt werden. Besonderen Schutz durch den Staat verdienen solche öffentlichen Güter wie Teile der Infrastruktur (Wasser- und Energieversorgung, Müllentsorgung), Umwelt, persönliche Sicherheit und Kultur, zu denen alle Bürger gleichberechtigten und erschwinglichen Zugang haben müssen. Sozial- und Lohn-dumping gilt es bei den geplanten europaweiten Ausschreibungen des öffentlichen Personennahverkehrs und anderer zur Daseinsvorsorge gehörenden Dienstleistungen zu verhindern. Bisher nach dem Solidarprinzip gesicherte öffentliche Güter wie Bildung und Gesundheit müssen vor Liberalisierung geschützt werden. Nur so läßt sich die Teilhabe aller dazu, unabhängig von ihren Einkommensverhältnissen, erhalten. Die Gefahr, dass die genannten Bereiche einzig der Profitmaximierung unterworfen werden, geht von dem 1995 in das Vertragswerk der Welthandelsorganisation aufgenommenen General Agreement on Trade in Services (GATS) aus, also dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, wenn es ohne Veränderungen für die 144 Mitgliedsstaaten in Kraft treten sollte.

Dienstleistungen waren im Jahre 2000 mit 1,2 Billionen Euro am Welt-handelsumsatz beteiligt und bilden ein lukratives Potential für Privatisierungsgelüste. Mitte 2003 standen im mexikanischen Cancun auf einer WTO-Ministerkonferenz abschließende Verhandlungen dazu an. Dem Abkommen zufolge sollen sich die Mitgliedsstaaten entsprechend dem Prinzip der Meistbegünstigung verpflichten, beim Handel mit Dienstleistungen ausländische Anbieter inländischen gleichzustellen, Handelsbeschränkungen aufzuheben

14 Josef Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung. Siedler Berlin 2003.

und somit weltweiten Wettbewerb zuzulassen. Das würde die Entwicklung vom sozial gezähmten zum totalen Markt beschleunigen. Die vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gebotene öffentliche Daseinsvorsorge würde zur Disposition gestellt.

Bisher erfolgen die GATS-Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. So hat die Europäische Union mit Einverständnis der deutschen Bundesregierung von 72 WTO-Mitgliedern die Öffnung der Trinkwasserversorgung für Privatunternehmen gefordert. Der Zugang armer Menschen in den Entwicklungsländern zum „blauen Gold“ kann damit gefährdet werden. Unterstützung verdient die Forderung von Globalisierungskritikern, die Ressource Wasser nicht unter die GATS-Regelungen fallen zu lassen und überhaupt öffentliche Schlüsseldienstleistungen vom Geltungsbereich des GATS auszunehmen.

Eine gravierende Globalisierungsfolge für hochindustrialisierte Länder wie Deutschland ist z. B., dass schlecht ausgebildete und gering qualifizierte Arbeitskräfte unter doppelten Konkurrenzdruck geraten: durch die Zuwanderung billiger ausländischer Arbeitskräfte und die Einfuhr von Gütern und Diensten aus sogenannten Niedriglohnländern. Wichtiger denn je ist es daher, allen jungen Menschen den Zugang zu solider Ausbildung zu gewährleisten. Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Bildungsdefizite vergrößern die Gefahr von Ausgrenzung. Für Geringqualifizierte muß ein gesetzlicher Anspruch auf Weiterbildung kodifiziert werden.

Erhöhte Anforderungen ergeben sich an die Mittelstandsfinanzierung in Ländern, in denen wie in der Bundesrepublik dafür Fremdkapital dominiert. Anders als z. B. in den USA, wo die Eigenkapitalfinanzierung vorherrscht, besteht hierzulande eine große Abhängigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen von den Kreditinstituten. Die Politik darf es nicht hinnehmen, daß Privat- und Genossenschaftsbanken, aber auch kommunale Sparkassen sich zunehmend aus der Kreditversorgung dieser Betriebe zurückziehen.

Politische Gestaltung heißt auch, Globalisierung und Regionalisierung zusammenzudenken. Im globalen Wettbewerb steigt die Sehnsucht der Menschen nach Heimat im engeren Sinne. Das bedeutet, die lokalen und regionalen Chancen für Wirtschaft, Arbeit und Ernährung bestmöglich zu nutzen. Subventionen für den Güterfernverkehr sind kontraproduktiv, machen Ferne unerträglich nah. Übergreifend muß die Schlußfolgerung sein, daß in einer globalisierten Welt die Sozialpolitik für den gesellschaftlichen Zusammenhalt an Gewicht gewinnt.

5. Globalisierung auf der Kippe?

In jüngster Zeit wird immer häufiger die Frage gestellt, ob das Ende der Globalisierung komme oder sie nicht zumindest auf der Kippe stünde.¹⁵ Festgemacht wird die Frage an Störfaktoren für den grenzüberschreitenden Warenhandel – anhaltende wirtschaftliche Schwäche der USA, der EU und Japans, Nachwirkungen des Irak-Krieges und Folgen gesundheitlicher Katastrophen wie der Lungenkrankheit SARS. Die Schwäche der Weltwirtschaft verschärfe in den großen Industrieländern schon lange virulente strukturelle Beschäftigungsprobleme. Das Lager der Protektionisten erhalte Zulauf. Auch habe die Weigerung der US-Administration, das Weltklima-Abkommen und die Kyoto-Protokolle zu unterzeichnen, sowie der von ihr im Irak-Krieg praktizierte Unilateralismus das multilaterale System von Institutionen und Abkommen in Frage gestellt. Einzelne Länder könnten zu regionaler Blockbildung neigen und sich nach außen abschotten. Geopolitische Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und EU-Staaten könnten die Globalisierung auf eine härtere Probe stellen, als es die globalisierungskritische Bewegung Attac je gekonnt hätte.

Die Faktenbeschreibung ist zutreffend, die Skepsis m.E. überzogen. Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens in ihrem neuen Gewand – der Globalisierung – ist nicht rückholbar. Protektionismus und Nationalismus sind keine geeignete Reaktion, um aus der wirtschaftlichen Flaute herauszukommen. Die Nutzung der von David Ricardo nachgewiesenen komparativen Kostenvorteile bleibt eine Triebkraft für internationale Arbeitsteilung und Welthandel. Die Staatengemeinschaft insgesamt, besonders aber die kleineren Länder sind im Interesse des weltweiten freien Austausches von Gütern und Leistungen auf die Funktionsfähigkeit internationaler Organisationen angewiesen. Entscheidend dafür, ob und in welchem Maße protektionistische Tendenzen wieder aufleben, wird das weitere Verhalten der USA sein und inwieweit es Europa gelingt, mit einer Stimme zu sprechen.

Nicht mit Protektionismus zu verwechseln ist die aufkommende Forderung nach „Deglobalisierung“. Dahinter verbirgt sich keine Absage an die Internationalisierung. Gesichert werden soll vielmehr, dass existentiell notwendige Ressourcen unter Kontrolle lokaler Gemeinschaften bleiben. Sie sollen nicht zu Waren reduziert, sondern als menschliche Grundgüter anerkannt und unter Schutz gestellt werden, um das Überleben der Menschheit zu gewährleisten.

15 Thomas Straubhaar: Das Ende der Globalisierung? In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. HWWA Hamburg, Heft 05/2003, S. 278.

Mario Keßler

Antike und moderne Demokratie bei Arthur Rosenberg

Vortrag am 13. Mai 2004 in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften

Das Ansehen des Historikers Arthur Rosenberg (1889–1943) gründet sich vor allem auf seine Arbeiten über Aufstieg und Fall der Weimarer Republik, zur Geschichte des Bolschewismus sowie über den Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus. Doch arbeitete Rosenberg während eines eher kurzen Lebens auf bemerkenswert unterschiedlichen Gebieten: Geboren im kaiserlichen Berlin, erlangte er früh einen guten Ruf als produktiver Althistoriker. Nach dem radikalen Bruch mit seinem Herkunftsmilieu am Ende des Ersten Weltkrieges wurde er in den zwanziger Jahren ein führender kommunistischer Politiker. 1927 verließ er die kommunistische Bewegung. Danach profilierte er sich als unermüdlich publizierender Zeithistoriker, dessen Werke noch immer aufgelegt und gelesen werden.¹

Die folgenden Bemerkungen suchen vor dem biographischen Hintergrund einen zentralen Aspekt von Rosenbergs Denken zu beleuchten: seine Untersuchungen zum Problem der Demokratie in verschiedenen Geschichtsepochen. Ursprünglich kein Demokrat, sondern ein Bewunderer des kaiserlichen Deutschland, wurde Rosenberg einer der wenigen Historiker, der „die Rolle sozialer und ökonomischer Prozesse bei der Ausformung des autoritären Charakters der deutschen Politik hervorhob“ und von dort zu bahnbrechenden, in seiner Zeit oft abgelehnten Erkenntnissen über die sich wandelnden Inhalte der Demokratie kam.²

1 Vgl. Helmut Schachenmeyer, *Arthur Rosenberg als Vertreter des Historischen Materialismus*, Wiesbaden 1964; Rudolf W. Müller/Gert Schäfer (Hg.), *Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung*, Göttingen/Zürich 1986; Lorenzo Riberi, *Arthur Rosenberg. Democrazia e socialismo tra storia e politica*, Milano 2001; Mario Keßler, *Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943)*, Köln etc. 2003.

2 Georg G. Iggers, *The German Conception of History. The National Tradition of Historical Thought from Herder to the Present*, Middletown, CT 1983, S. 273.

I.

Arthur Rosenberg wurde am 19. Dezember 1889 in einer Familie des unteren Mittelstandes geboren und protestantisch getauft. Sein Vater Georg Henry, ein Geschäftsmann, und seine Mutter Helene waren „assimilierte“ Juden.

1907 bestand er sein Abitur am Askanischen Gymnasium in Berlin. Bis 1911 studierte er Alte Geschichte und Altphilologie an der Berliner Universität. Dort schloß er sich eng seinem Lehrer Eduard Meyer an. Meyer und Otto Hirschfeld begutachteten seine Dissertation über *Untersuchungen zur römischen Zenturienverfassung*.³ Bereits 1914 habilitierte er sich mit der Arbeit *Der Staat der alten Italiker. Verfassung der Latiner, Osker und Etrusker*, in der er die unterschiedlichen Regierungsformen in verschiedenen Stadtgemeinden des vorrömischen Italiens untersuchte.

Rosenberg war gerade Privatdozent geworden, als der Erste Weltkrieg begann. 1915 wurde er zur Armee eingezogen und diente krankheitshalber die meiste Zeit im Kriegspresseamt, doch auch bei den rückwärtigen Diensten an der Westfront. Wie viele Deutsche seiner Generation verlor er alle Illusionen über die alte Ordnung, die für vier Jahre eines gegenseitigen Tötens auf Europas Schlachtfeldern stand. Er gehörte zur Minderheit derer, die im sozialistischen Internationalismus eine Alternative zum Nationalismus sahen. So wurde er im November 1918 Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die sich zwei Jahre darauf spaltete. Ihr linker Flügel, zu dem Rosenberg gehörte, schloß sich der Kommunistischen Partei Deutschlands an. Anfang 1921 wurde er zum kommunistischen Stadtverordneten für Berlin gewählt. Er wurde durch seine Auftritte auf KPD-Parteitag bekannt. Im August 1922 erklärte er: „Wir gehen großen Perioden heftiger Kämpfe entgegen“; dies werde „zu großen Zusammenstößen mit der Staatsgewalt führen...“⁴ Er ignorierte die Tatsache, daß diese Politik der unrühmlichen Märzaktion von 1921 zugrunde gelegen und zu einer Katastrophe für die deutschen Kommunisten geführt hatte, da diese von der Mehrheit der deutschen Arbeiter isoliert geblieben waren. Sogar die neuerliche Niederlage im Herbst 1923 konnte seine Haltung, daß Deutschland für eine kommunistische Revolution reif sei, nicht erschüttern. Folglich gehörte er zur Linksopposition

3 Über Rosenberg als Althistoriker vgl. Carl Christ, *Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1982; Luciano Canfora, *Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien*, Stuttgart 1995.

4 Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, 22.–26. August 1921, Berlin 1921, S. 346.

um Ruth Fischer und Arkadij Maslow, die sich gegen die realistischere Politik der Parteiführung um Heinrich Brandler und August Thalheimer wandten.

Im Frühjahr 1924 übernahm die bisherige Linksoption die Parteiführung. Nun rückte Rosenberg in Schlüsselpositionen auf. Er wurde in die Leitung des Partebezirks Berlin-Brandenburg gewählt und stieg in die Parteizentrale auf. Im Mai 1924 wurde er Reichstagsabgeordneter. Auf dem 5. Kongreß der Kommunistischen Internationale wurde er im Juli 1924 zum Mitglied des Exekutivkomitees gewählt. Er schrieb zahlreiche Artikel für die Komintern-Presse zu Fragen der internationalen Beziehungen und trat auf KPD-Veranstaltungen in ganz Deutschland auf.

In einer Rede in Chemnitz erklärte er, daß es nicht von Bedeutung sei, ob die Partei ein oder zwei Millionen Stimmen bei dem „parlamentarischen Affentheater“ verliere. Die einzige Aufgabe sei die Bewahrung des Geistes der Revolution und der proletarischen Organisation.⁵ Im Mai 1925 kritisierte er sogar Fischer und Maslow, die in Übereinstimmung mit der Komintern-Führung eine relative Stabilisierung der kapitalistischen Welt konstatiert hatten.

Rosenberg hielt bis zum Herbst 1925 an dieser Haltung fest. Seitdem rückte er immer weiter davon ab. In der Atmosphäre der Stabilisierung in der Mitte der zwanziger Jahre begriff er schließlich, daß für revolutionäre Abenteuer kein Raum war. Einige Jahre später konstatierte Rosenberg für jene Zeit eine „eigenartige Mischung von Friedfertigkeit und Sowjetbegeisterung“, aber keinen Wunsch nach einer bolschewistischen Revolution in Deutschland.⁶

Diese Art der Analyse brachte Rosenberg zunächst in Kontakt mit der von Ernst Thälmann geführten Fraktion. Thälmann, der früher den Ultralinken verbunden gewesen war, schien jetzt für die Strömung in der KPD zu stehen, die sich mehr an der Realität orientierte. Rosenberg, der hinsichtlich der inneren Entwicklung der Sowjetunion eine allmählich immer kritischere Haltung einnahm, hoffte auch, daß eine KPD-Führung mit Thälmann gegenüber der sowjetischen Parteiführung eine unabhängige Position beziehen werde.

Am 26. April 1927 trat Rosenberg aus der KPD aus. In einem offenen Brief nannte er die kommunistische Niederlage in China und die Unterordnung der verschiedenen kommunistischen Parteien unter die Moskauer Politik als Gründe für seinen Schritt.⁷ Er blieb fraktionsloser Abgeordneter des

5 Ruth Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution*, Frankfurt a. M. (1950), S. 505. Ähnlich auch Rosa Meyer-Leviné, *Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933*, hg. und eingeleitet von Hermann Weber, Köln 1979, S. 122.

6 Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Hamburg 1991, S. 181.

7 Vgl. Rosenbergs „Austrittserklärung“ in: *Vorwärts*, 27. April 1927.

Reichstages. Nunmehr kritisierte Rosenberg die KPD und ihre „romantische Phraseologie, die nicht im entferntesten eine reale Bedrohung der bestehenden Staatsordnung darstellt.“⁸

II.

Nach den Reichstagswahlen von 1928 verlor Rosenberg sein Abgeordnetenmandat. Um seine Familie – seine Frau Ella und die Kinder Liselott und Wolfgang – ernähren zu können, nahm er eine Stelle als Lehrer am Köllnischen Gymnasium an. Diese Schule war durch die progressiven Bildungsreformen der SPD-geführten preußischen Regierung und des Berliner Magistrats geprägt. Gleichzeitig unterrichtete er als Privatdozent an der Berliner Universität.

Neben seiner Lehrtätigkeit machte sich Rosenberg einen Namen als Verfasser alt- wie zeithistorischer Werke. Neben einer Reihe spezieller Untersuchungen besonders zur Geschichte der römischen Republik publizierte er 1921 eine Broschüre mit dem programmatischen Titel *Demokratie und Klassenkampf im Altertum*. Sie richtete sich an einen nichtakademischen Leserkreis und war Produkt von Rosenbergs zeitweiliger Tätigkeit an der Berliner Volkshochschule. Das pädagogische Ziel der Schrift bestand darin, seit 1918 allgemein verwendete Begriffe wie „Demokratie“, „Diktatur“ und „Klassenkampf“ in ihrer historischen Entwicklung zu beleuchten, indem er sie auf die antike Welt anwandte. So interpretierte Rosenberg die Beseitigung der Tyrannis in Athen durch Kleisthenes 510 v.d.Z. und die Einführung einer Verfassung als „Ausbau der bürgerlichen Demokratie“, die doch, was auch seinen Hörern und Lesern bewußt gewesen sein mußte, an das moderne Nationalstaatsprinzip gebunden ist.⁹ Ephialtes, der Führer des radikalen Flügels, der mit einer Verfassungsreform 463–461 die Volksversammlung zum wichtigsten Gremium erhob, wurde als Führer einer proletarischen Kampfpartei gepriesen. Diese „Selbstregierung des Volkes“ zog allerdings keine Sozialisierung der gesellschaftlich wichtigsten Produktionsmittel nach sich. Diese Forderung „kann erst erwachsen, wenn der industrielle Großbetrieb da ist, und der fehlte in Athen durchaus. Und die vielen Hunderte von kleinen Betrieben konnte man gar nicht in den Besitz der Allgemeinheit überführen, weil sich kein Apparat hätte schaffen lassen, um diese Kleinbetriebe nach ihrer Übernahme durch den Staat weiter zu leiten... Die Eroberung der poli-

8 Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, 2. Juli 1927, Bd. 393, S. 11181.

9 Neuausgabe: Arthur Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf im Altertum*/Fritz Erik Hoevens, *Roter Leitfadens durch die römische Geschichte*, Freiburg (Breisgau) 1997, S. 26.

tischen Macht konnte also nicht direkt durch die Sozialisierung, sondern nur indirekt die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verbessern.“¹⁰

Hier, wie z.B. im Abschnitt über „die kapitalistische Reichsregierung in der römischen Kaiserzeit“ zeigt sich, ungeachtet manch anregender Interpretation, wie wenig moderne politische Kampfbegriffe die strukturellen Merkmale der griechischen und römischen Geschichte präzise erklären können. Rosenberg sah die Rolle der Kleinproduzenten und der Freien in der antiken Wirtschaft durchaus richtig, begriff aber nicht den Kompromiß, den Ephialtes (und Perikles) zwischen der oligarchischen Aristokratie und den neuen besitzenden Schichten aushandelten, um auf dieser Grundlage dann die Nichtbesitzenden in den Staat einzubinden. Die durch den Kompromiß zustande gekommene „Elite“ hatte nichts mit der modernen Kapitalistenklasse gemein.

III.

Bedeutender wurden Rosenbergs Versuche, nach seiner Trennung von der KPD die Marxsche Gesellschaftsanalyse auf die neuere deutsche und europäische Geschichte anzuwenden. In seinem Buch über *Die Entstehung der deutschen Republik* entwickelte Rosenberg 1928 die Theorie von „zwei Revolutionen“ während des Krieges. Die erste, so schrieb er, sei die Errichtung der *de-facto* militärischen Diktatur durch Hindenburg und Ludendorff im Jahre 1916 gewesen. Sie habe den Kaiser wie den Reichstag auf eine bloß symbolische Rolle reduziert. Die zweite Revolution sei der Zerfall der Obersten Heeresleitung im Oktober 1918 gewesen, wodurch die Macht auf die nichtrevolutionäre deutsche Mittelklasse übergegangen sei, die die Monarchie abschaffen wollte. Doch die Aktionen der Arbeiter- und Soldatenräte schufen die Voraussetzungen für die Entstehung der deutschen Republik. Der überwiegende Teil der Räte, so Rosenberg, „war in seiner Mehrheit weder proletarisch noch sozialistisch, noch wollte er eine Diktatur ausüben.“ Mit der Abdankung des Kaisers hatte die bürgerliche Republik in Deutschland gesiegt. „Die Anhänger der sozialistischen Revolution hatten sich nicht durchsetzen können.“¹¹

Rosenbergs Analyse war nicht nur gegen die Hohenzollern-Verehrung gerichtet, sondern benannte auch die Konstruktionsfehler der Bismarckschen Reichsgründung: Der politische Handlungsunwille des Bürgertums und das halbabsolutistische Staatsverständnis des Junkertums und des Militärs be-

10 Ebenda, S. 39.

11 Rosenberg, *Die Entstehung der Weimarer Republik*, S. 242.

dingten einander, führten aber langfristig zum Untergang des Reiches. Unter den etablierten deutschen Historikern stieß das Buch auf schärfste Kritik. Rosenbergs früherer Förderer Eduard Meyer, der inzwischen zu einem verbissenen Gegner geworden war, zeichnete hauptsächlich dafür verantwortlich, daß Rosenberg niemals auf eine ordentliche Professur an der Berliner Universität berufen wurde. 1930 gelang es dem preußischen Kultusminister wenigstens, Rosenbergs Ernennung zum außerplanmäßigen Professor gegen den Widerstand der großen Mehrheit in der Fakultät durchzusetzen.¹²

Rosenbergs 1932 erschienene *Geschichte des Bolschewismus*, die erste seriöse Untersuchung zum Thema, basierte auf seiner Erfahrung als führender KPD-Politiker. Dennoch stellte er klar, daß er „das Buch keiner Partei oder Gruppe zu Liebe geschrieben“ und „kein Bedürfnis zu ‚Enthüllungen‘ und zu ‚Abrechnungen‘, habe. „Wer in meinem Buch Anekdoten über Stalin und die ‚Schreckenskammern‘ der GPU sucht, wird sehr enttäuscht sein.“¹³

Rosenberg sah den Sozialismus von Marx und Engels geradezu als Bemühen, die Werte des Liberalismus – garantierte Freiheit für jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft – durch politisches Handeln der Massen zur Geltung zu bringen. Die Masse wollte die Früchte der Freiheit und Gleichheit genießen, die ihnen von den Liberalen versprochen wurden. „Sie wollte die Demokratie, die Selbstregierung der Masse unter Wegfall aller Privilegien der alten feudalen Herren so gut wie des neuen Großbürgertums.“¹⁴ Demokratische Ideen waren zuerst politische Ideen, aber der Sozialismus fügte ihnen den Willen zur Wirtschaftsreform hinzu, schuf eine Theorie und stand bei der Herausbildung von Massenparteien Pate.

Unter den gesellschaftlichen Bedingungen Rußlands seien aber die Massen ohne eine Partei von Berufsrevolutionären zu revolutionärem Handeln unfähig. Rosenberg bezeichnete Lenins Parteikonzeption als fortschrittlich für das Rußland der Zaren. So fortschrittlich diese für Rußland sei, so reaktionär sei sie jedoch für den Westen, wo die bürgerliche Revolution bereits durchgeführt worden war und ein gut ausgebildetes Industrieproletariat sowie eine gebildete Mittelklasse die Mehrheit der Bevölkerung stellten. „Die heroischen Taten der russischen Arbeiter von 1917 bis 1920 haben vorübergehend die bolschewistische Rückständigkeit verschleiert und den Eindruck erweckt, als sei der Bolschewismus die gegebene Form der allgemein-proletarischen Re-

12 Vgl. Andreas Wirsching, Politik und Zeitgeschichte. Arthur Rosenberg und die Berliner Philosophische Fakultät 1914–1933, in: Historische Zeitschrift, Bd. 269, 1999, S. 561–602.

13 Neuausgabe: Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt a. M. 1975, S. 46f.

14 Ebenda, S. 55.

volution... Aber im Laufe der Zeit hat sich immer mehr die Unmöglichkeit gezeigt, die Führung des Weltproletariats der Regierung des russischen Agrarstaats zu übertragen. So trennten sich der russische Staat und die internationale Arbeiterschaft wieder, und die Stalinsche Theorie vom ‚Sozialismus in einem Lande‘ ist nur der Ausdruck für diese Tatsache.“¹⁵ In Rußland bestünden, so Rosenberg, „nebeneinander eine staatskapitalistische Wirklichkeit und eine proletarische Mythologie.“¹⁶ Die KPD-Presse denunzierte Rosenberg als angeblich „von hoher überparteilicher Warte“ urteilenden „objektiven“ Historiker, der indes bloß „seine konterrevolutionären Pfeile besser abschießen“ wolle, ein emigrierter russischer Historiker sah das Buch als Propagandawerk, als „Kompendium der positiven Urteile des Bolschewismus über sich selbst.“¹⁷

Unmittelbar nach Erscheinen der *Geschichte des Bolschewismus* war Hitler Reichskanzler geworden. Rosenberg gehörte zu den ersten, die aus ihrem Geburtsland flüchten mußten.

IV.

Im März 1933 verließ Arthur Rosenberg mit seiner Familie Berlin. Während eines kurzen Aufenthaltes in Zürich schrieb er die Broschüre *Der Faschismus als Massenbewegung*. Die Stärke dieser Arbeit lag in Rosenbergs Bemühungen, den Faschismus in vergleichender Perspektive zu analysieren. Doch ermangelte sein Faschismus-Begriff der Differenzierung, denn Rosenberg sah drei Varianten deutscher Faschisten: die Nazis, die traditionellen deutschen Nationalisten und, überraschenderweise, die um den früheren Reichskanzler Brüning gescharten *Volkskonservativen*. Er bezeichnete sogar die Regierung Cuno aus dem Jahre 1923 als den „Sieg des legalen Faschismus“. Für Rosenberg war der Faschist „der gegenrevolutionäre Kapitalist, der geborene Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft. Der Faschismus ist weiter nichts als eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution.“¹⁸

15 Ebenda, S. 260.

16 Ebenda, S. 202.

17 Kurt Sauerland, Geschichtsfälscher am Werk, in: Der Rote Aufbau, 1932, Nr. 18, S. 829ff.; Iwan Iljin, Rezension von Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, in: Deutsche Literaturzeitung, 1933, Nr. 13, Sp. 583ff.

18 Arthur Rosenberg, Der Faschismus als Massenbewegung, Wiederabdruck in: Ders., Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1974, S. 224.

Bereits 1935 korrigierte Rosenberg manche dieser Urteile. In seiner *Geschichte der deutschen Republik* sah er das Kabinett Cuno als „eine Regierung des Großkapitals... Man konnte von Cuno billigerweise nicht erwarten, daß er eine Arbeiterpolitik machen würde.“¹⁹

Rosenberg arbeitete in diesem Werk den Mangel an demokratischen Traditionen als Hauptursache der Niederlage der deutschen Revolution von 1918 heraus. „Eine lebendige Demokratie, eine ernsthafte Selbstregierung der Massen, war bisher dem deutschen Volk fremd gewesen. Der staatliche Beamtenapparat beherrschte das öffentliche Leben, und auch die sogenannte kommunale Selbstverwaltung konnte ihm kein Gegengewicht bieten. Denn die großen Pläne des Freiherrn vom Stein, in Preußen eine bürgerliche Selbstregierung aufzurichten, waren nach Steins Rücktritt verkümmert und verdorben worden... So fehlte den deutschen Volksmassen jede praktische Erfahrung darin, wie sie selbstverantwortlich ihre Angelegenheiten besorgen sollten. Der bürokratische Apparat in den öffentlichen Angelegenheiten hatte eine Tradition von vielen Jahrhunderten. Es schien kaum denkbar, daß man ihn durch einen revolutionären Sturm überwinden könnte. Die wirkliche Demokratie besteht aber nicht in der Abgabe irgendwelcher Stimmzettel, sondern in der aktiven Selbstregierung der Massen. So war die Frage nach der Überwindung des bürokratischen Apparats zugleich die Frage nach Leben oder Tod der deutschen Demokratie.“²⁰

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die sich im November 1918 spontan in ganz Deutschland bildeten, hofften auf die Verankerung einer wirklichen Massendemokratie und entscheidende Wirtschaftsreformen. Rosenberg schrieb, „daß der Ruf nach dem Sozialismus nicht eine Ursache, sondern eine Folge der Novemberrevolution gewesen ist... Was man im einzelnen unter Sozialisierung verstehen wollte, darüber bestanden freilich die größten Meinungsverschiedenheiten. Aber darüber war man sich klar, daß jede Form einer Plan- oder Gemeinwirtschaft nur dann Erfolge erzielen konnte, wenn sie die produzierenden Massen zur lebendigen Mitwirkung mobilisierte. Die gegebenen Organe, um im Betrieb den plan- und gemeinwirtschaftlichen Gedanken zu vertreten, waren aber die Räte.“²¹ Doch die Funktionäre der Mehrheitssozialisten begriffen nicht, daß die Räte und der Bolschewismus in keiner Weise identisch waren, sondern fühlten sich von den Aktivitäten der Räte bedroht. Sie wünschten eine Art der Verbindung zwischen den Räten

19 Neuausgabe: Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Hamburg 1991, Zitat S. 125.

20 Ebenda, S. 18.

21 Ebenda, S. 19.

und der Nationalversammlung. Sie hätten sich mit schrittweisen Sozialisierungsmaßnahmen zufrieden gegeben, an deren Beginn die Nationalisierung der Bergwerke gestanden hätte.

Der militante Flügel der deutschen Arbeiterbewegung, die Spartakusgruppe, war sogar innerhalb der Bewegung weitgehend isoliert. Ihre Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht machten sich über den Charakter der Revolution keine Illusionen. Anders als den meisten ihrer Anhänger wurde ihnen klar, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes zu dieser Zeit mit der parlamentarischen Republik vollauf zufrieden war. „Der Tod Luxemburgs und Liebknechts war ein außerordentlich schwerer Verlust für die sozialistische Arbeiterbewegung, denn beide Persönlichkeiten waren die Träger eines wissenschaftlich begründeten, die realen Umstände würdigenden und doch konsequenten Sozialismus. Bei längerem Leben hätten sie doch die Trennung von den Utopisten in der eigenen Partei vollziehen müssen, und sie wären die gegebenen Führer der entschieden sozialistischen Millionenbewegung im deutschen Proletariat geworden. Vor allem aber hätten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Führer der KPD sich niemals zu Werkzeugen russischer Staatspolitik mißbrauchen lassen.“²²

Zur Niederwerfung des Januaraufstandes, den die Spartakisten entgegen der Warnung Luxemburgs ausgelöst hatten, riefen Noske, Ebert und Scheidemann die Freikorps zu Hilfe. Damit begingen sie, wie Rosenberg – hier sogar beschönigend – schrieb, „den entscheidenden Fehler.“ Die Regierung hätte „sich in erster Linie auf die sozialistisch-demokratischen Truppen stützen müssen“ und es „nicht nötig gehabt, die Gefangenen der militärischen Gegenrevolution zu werden... Die Offiziere der alten Armee stellten immer neue Freikorps auf, die Ansätze der demokratischen Truppenteile ließ man verkümmern, und bald hatte die deutsche Republik ein gegenrevolutionäres, von kaiserlichen Offizieren geführtes Heer.“²³ Durch die starke Stellung des antidemokratischen Militarismus sei die Weimarer Republik von Anfang an todkrank und zum Untergang verurteilt gewesen.

Rosenberg begann noch in der Schweiz mit der Niederschrift des Buches. Er schloß sie 1935 in Liverpool ab. Die Universität Liverpool bot ihm einen Lehrauftrag für Neue Geschichte, sah sich aber nicht imstande, ihm eine dauerhafte Stellung zu geben. So verließ Rosenberg England 1937 und ging in die USA, der letzten Station seines Lebens.

22 Ebenda, S. 62.

23 Ebenda, S. 60.

V.

Im Oktober 1937 kam die Familie Rosenberg, wozu nun auch der anderthalbjährige Sohn Peter gehörte, in New York an. Einige Wochen später nahm Rosenberg seine Lehrtätigkeit am Brooklyn College auf. Aus England hatte er das Manuskript für ein neues Buch mitgebracht: *Demokratie und Sozialismus*. Es erschien 1938 in Amsterdam.

Wie in seinen früheren Büchern hob Rosenberg darin die Bedeutung der sozialen Konflikte und Klassenkämpfe für die moderne Geschichte hervor. Die europäische Demokratie habe eine zweieinhalb Jahrtausende zählende Tradition, schrieb Rosenberg. „Die griechische Staatswissenschaft beschäftigte sich auch schon mit der Frage, ob jeder Staat eine Demokratie sei, in dem der Wille der Mehrheit der Bürger entscheidet; ganz gleich, wie diese Mehrheit sich zusammensetzt, und wie sie zustande kommt oder ob ein bestimmter Klassencharakter zur Demokratie gehört. Aristoteles, der größte Staatsdenker des Altertums, beantwortete die Frage so, daß die Demokratie weiter nichts sei als die Herrschaft der Armen im Staat, ebenso wie die Oligarchie die Herrschaft der Reichen!“²⁴

Doch habe die geschichtliche Entwicklung immer neue Formen der Demokratie hervorgerufen. So zeigten sich im Mittelalter demokratische Formen in den städtischen Kommunen. Im Übergang zur Neuzeit würden die radikalen religiösen Sekten die Träger demokratischer Gedanken, betonte Rosenberg, was indes dem oft elitären Charakter der chiliastischen Bewegungen nicht genügend Rechnung trug. Die moderne bürgerliche Gesellschaft sei durch den Dualismus des Machtstrebens der Bourgeoisie und radikal-demokratische Volksbewegungen gekennzeichnet. Die Interessen der Bauern und armen Städter seien mit denen des Bürgertums nicht identisch gewesen. Der soziale Gegensatz führe deshalb zur Instabilität der bürgerlichen Demokratie.

Rosenberg suchte nach den Gründen für den Zusammenbruch der liberalen Demokratie in so vielen Ländern nach 1918 und bot seinen Leserinnen und Lesern eine Typologie der modernen Demokratie. Er unterschied zwischen sozialistischer und bürgerlicher Demokratie. Während die erstgenannte bislang nur programmatisch existiere, keinesfalls in der Sowjetunion, habe die letztere verschiedene Entwicklungsstufen durchlaufen. Frankreich unter Robespierre und die USA unter Jefferson existierten, so Rosenberg, als „soziale Demokratien“, die sich als Alternative zur feudalen und kapitalistischen

24 Arthur Rosenberg, *Demokratie und Sozialismus*, (Neuausgabe) Frankfurt a. M. 1988, S. 15.

Oligarchie verstanden hätten. Hier unterschätzte Rosenberg allerdings den Klassencharakter der Vereinigten Staaten und Frankreichs am Ende des 18. Jahrhunderts. Die anderen drei Formen bürgerlicher Demokratie hätten den Klassenkampf zugunsten eines sozialen Kompromisses zwischen der Oberklasse und dem Volk zu überwinden gesucht – entweder in Form einer imperialistischen oder einer liberalen Demokratie. England unter Disraeli habe die imperialistische, die skandinavischen Staaten und die Schweiz hätten die liberale Variante verkörpert. Rosenberg sah die Vereinigten Staaten bis 1890 und die britischen Dominions als Beispiele einer dritten Form, der kolonialen Demokratie, an. Die liberale Demokratie würde die Klassenkonflikte zugunsten einer Politik des sozialen Ausgleiches erfolgreich entschärfen.

Rosenberg bemerkte, in Frankreich konnten die radikal gesinnten Arbeiter nicht vergessen, daß sowohl die Junischlacht von 1848 als auch die Niederwerfung der Kommune von 1871 mit Billigung einer Versammlung des allgemeinen Stimmrechts erfolgt war. „Napoleon III. hatte sich des allgemeinen Stimmrechts bedient, um seinem abenteuerlichen Kaisertum immer wieder den Schein der populären Zustimmung zu geben... Den Monarchien und der besitzenden Oberschicht erschien jetzt das allgemeine Stimmrecht gar nicht mehr als eine so große Gefahr. Auf der andern Seite zweifelten gerade radikale Arbeiterschichten daran, daß es jemals möglich sein würde, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die wahren Interessen des werktätigen Volkes zu vertreten. Soweit die Demokratie und das allgemeine Stimmrecht als notwendig zusammengehörende Faktoren galten, begann in dieser Periode die Verflachung und Entwertung des Begriffs der Demokratie, die bis zur Gegenwart anhält. Man begann unter der Demokratie nicht mehr die aktive Selbstregierung der werktätigen Massen als Mittel zu ihrer politischen und sozialen Befreiung zu sehen, sondern nur noch eine kapitalistische Staatsform, die sich durch ein Parlament des allgemeinen Stimmrechts auszeichnet, aber sonst den Massen positiv nichts nützt.“²⁵ Als Konsequenz dieser Entwicklung habe die Demokratie ihre Verankerung in den Massen verloren.

Beachtenswert ist Rosenbergs damalige Hinwendung zum Linkszionismus. In den USA nahm er Verbindung zum Studentenverband *Avukah* (Fackel) auf und gab Kurse über Geschichte und Politik in dessen Sommerlager in Liberty im Staate New York. Am 22. Juni 1941 hielt Rosenberg dort eine Vorlesung, die sein geändertes Verhältnis zur Sowjetunion zeigt. Er sagte:

25 Ebenda, S. 186.

„Das totalitäre System ist genau dasselbe wie das heutige Sowjetsystem, und ob Diktatoren einander mögen oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Die totalitäre Idee ist die Idee einer Staatswirtschaft ohne persönliche Freiheit. Die Masse des Volkes muß der Staatsbürokratie dienen und erhält dafür als Gegenleistung ein Stück an Sicherheit.“ Das bedeutete keinen Verzicht Rosenbergs auf eine Klassenanalyse. „Die Position der Kapitalisten innerhalb des Staates unterscheidet sich von Staat zu Staat. In Rußland wurde der individuelle Kapitalismus ausgemerzt, während in Deutschland und Italien die meisten privaten Kapitalisten eine bedeutende Position innerhalb der Staatsmaschine innehaben. An der Spitze einer totalitären Staatswirtschaft steht ein Diktator.“ Die Aufgabe der Juden sei es heute, so Rosenberg, „sich politisch zu engagieren. Erstens, nationale Politik in Palästina, zweitens, Weltpolitik, um den Faschismus zu bekämpfen – denn Faschismus und Totalitarismus sind die schlimmsten Feinde menschlicher und insbesondere jüdischer Prinzipien.“ In Palästina werde die „demokratische Front“ durch die Arbeiter-, Histadrut- und Kibbutzbewegung vertreten. „Andererseits haben wir einen Kern von Faschisten, die Revisionisten... Die Revisionisten bilden unter uns den Feind, der die demokratischen Kräfte unter den Juden unterminiert und das Tor für die Feinde öffnet, wann immer dies möglich ist.“²⁶

Am nächsten Tag hielt Rosenberg wiederum eine Vorlesung – in einer ganz anderen Lesart, denn nun mußte er den deutschen Überfall auf die Sowjetunion in Rechnung stellen. Er unterschätzte das Potential der Sowjetunion keineswegs. „Gewiß ist die deutsche Wirtschaft sehr leistungsfähig. Andererseits ist die sowjetische Armee nicht gar so schlecht.“ Rosenberg sagte, Hitler könne nicht das Symbol der Arbeitermacht angreifen und gleichzeitig den deutschen Arbeitern grandiose Versprechungen machen. „Rußland ist als Staat, nicht als Verkörperung einer Weltanschauung, angegriffen worden. In seiner Kriegserklärung hat Hitler demnach nicht den Bolschewismus angegriffen. Hätte er dies getan, würde er Schwierigkeiten mit der Armee bekommen.“²⁷ Rosenberg war sich nicht über die Kriegsziele im Klaren, die Hitler und die deutschen Generäle aneinander banden. Seine Bemerkungen zum Totalitarismus vom Vortage wiederholte er aber nicht. Zuletzt intensivierte er sogar seine Kontakte zum KPD-Exil in den USA: Anfang 1942 gehörte er zu den Gründern der *German Emergency Conference*, aus der später der *Council*

26 Arthur Rosenberg, Why Should Jews Have a Political Program, in: Avukah Cooperative Summer School, Summary of Lecture. Manuskript in: New York Public Library, Dorot Jewish Division (Übersetzung im Anhang zu Keßler, Arthur Rosenberg, S. 277–280).

27 Arthur Rosenberg, The War Situation. Ebenda.

for a Democratic Germany hervorging, in dem die KPD den stärksten Einfluß besaß.

Rosenberg unterrichtete weiterhin am Brooklyn College, das ihm 1941 eine Festanstellung bot, wenngleich diese nur sehr schlecht bezahlt war. Aber im Herbst 1942 verschlimmerte sich sein angespannter gesundheitlicher Zustand. Er erkrankte an Krebs und erlag dem Leiden am 7. März 1943. Der Nachruf des Brooklyn College hob hervor, die Studenten liebten ihren Lehrer Arthur Rosenberg „und strömten geradezu in seine Seminare und Vorlesungen. Er war immer ein Freund und ein Gelehrter. Er brachte Geschichte zum Leben.“²⁸

Wie nur wenige andere Zeitgenossen sah Rosenberg die Widersprüche zwischen der ökonomischen Basis der kapitalistischen Gesellschaft und ihrem demokratisch-zivilgesellschaftlichen Rahmen. Die Arbeiterbewegung müsse die Möglichkeiten des Parlaments nutzen und gegen die antidemokratische Rechte verteidigen, schrieb er 1935. „Aber eine politische Bewegung, die sich nur auf die Stimmzettel verläßt und alle anderen Faktoren vernachlässigt, kann böse Enttäuschungen erleben. Eine Parlamentsmehrheit ist ohnmächtig, wenn sie z.B. die Armee und die entscheidenden Wirtschaftsmächte gegen sich hat. Nur wenn der Rhythmus des parlamentarischen Lebens mit dem der übrigen gesellschaftlichen Kräfte übereinstimmt, kann eine Demokratie wirklich funktionieren.“²⁹

„Das Unglück der deutschen Sozialisten“, hob Rosenberg schon 1933 hervor, „kam nicht daher, daß sie für die Demokratie eintraten, sondern daß sie sich mit zu wenig Demokratie zufrieden gaben... In der deutschen Republik bestanden nicht allein die großkapitalistischen Wirtschaftsmächte und der feudale Grundbesitz ungestört weiter, sondern die Armee war ein Staat im Staate, die Verwaltung, die Justiz, die Volksbildung waren von demokratischen Kräften kaum berührt.“ Die Lehre des Zusammenbruchs der deutschen Republik könne nur sein, daß die arbeitenden Menschen „sich eine *richtige Demokratie* erkämpfen und sich nicht mit der halben Demokratie begnügen“ werden.³⁰

28 Brooklyn College Vanguard, 1943, Nr. 1, S. 1 und 8.

29 Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 13.

30 Arthur Rosenberg, Zum 9. November (1933), in: Ders., Demokratie und Klassenkampf, S. 214. Hervorhebung im Text.

Die Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften widmete ihre Sitzung am 16. September 2004 Jürgen Kuczynski, dessen 100. Geburtstag sich jährte. Wir drucken im folgenden die auf dieser Sitzung gehaltenen Vorträge von Jan Peters, Günter Krause und Rose-Luise Winkler ab.

Jan Peters

Jürgen Kuczynski zum 100. Geburtstag am 17. September 2004

Irgendwie fällt es mir schwer zu akzeptieren, dass Jürgen Kuczynski nicht *selbst* zu seinem hundertsten Geburtstag am 17. September 2004 mit einigen Bonmots und originellen Analysen auftritt – und natürlich mit einem selbstverfassten druckfrischen Buch in der Hand. Als ich, Angehöriger seiner zweiten Schülergeneration und drei Jahrzehnte Mitarbeiter seiner Schöpfung, des Akademieinstituts für Wirtschaftsgeschichte, 1994 vor den Kollegen des Instituts aus Anlass seines 90. Geburtstages den Versuch einer würdigenden Ansprache unternahm, schien mir eine *gedenkende* Rede ein Jahrzehnt später unvorstellbar. Doch drei Jahre später lebte Jürgen Kuczynski nicht mehr, dieser scheinbar auf Dauer gestellte Gelehrte, diese unverwüstliche, DDR-eigene Institution. Weitere Arbeitstage nach der Nacht zum 6. August 1997 blieben ihm versagt.

Jürgen Kuczynski (oder „JK“, wie wir ihn nannten) war schon 92 Jahre alt, als die Leibniz-Sozietät gegründet wurde. Er wollte mithin aus gut verständlichen Gründen ihr Mitglied nicht mehr werden, aber selbstverständlich gehörte er ihr im Grunde doch an.

Wie nun seiner in diesem Kreis gedenken? Sein wissenschaftliches Œvre vorstellen? Nein, da bin ich in der angenehmen Position, dass niemand von mir erwarten kann, die Gesamtheit von Kuczynskis ebenso unfassbarem wie unerfassbarem Lebenswerk analytisch zu präsentieren. (Mit ähnlichen Argumenten haben sich schon andere solchen Ersuchen entzogen.) Natürlich ließe sich einfach auf sein umfangreiches autobiographisches Schrifttum verweisen, das Auskunft über Leben und Werk dieses Polyhistor des 20. Jahrhunderts gibt, jedoch bleibt das Fehlen einer Gesamtwürdigung aus anderer Feder

als seiner eigenen doch bedauerlich. Mit Einmaligkeit bleibt wertender Umgang vermutlich immer heikel. Immerhin lagen zwischen Kuczynskis erstem Buch, das er im Alter von 22 Jahren herausgab, und seinem letzten, das nach seinem Tode erschien, über 100 Bücher und 4 500 Artikel. Und zu seiner bewegten politischen Biographie gehören Gewerkschafts-Aufbaujahre in Amerika, illegale Arbeit in Nazi-Deutschland, Exilzeit in Großbritannien, Rückkehr in die Ostzone, Akademie- und Universitätsarbeit, Ausbau der Wirtschaftsgeschichtsforschung in der DDR, Hilfe für manchen ins Unrecht Gesetzten und vieles andere, das mehr wert ist als eine einfache Aufzählung. Alles das, auch der den Oberen unheimliche Habitus dieses Bildungsmarxisten, seine Weltläufigkeit und sein Humor, auch seine Schwächen und fraglichen Einlassungen auf einzelne Herren der DDR-Spitze müssen hier unterbleiben.

Alternativ könnte man vielleicht die vielen vergnüglichen Kuczynski-Geschichten (von ihm und über ihn) aneinanderreihen. Auch sie wären eine analytische Annäherung wert, und er hätte gewiss nichts dagegen gehabt, denn er war ein guter Geschichtenerzähler. Aber von allem anderen abgesehen, würde das jeden Zeitrahmen sprengen. Ich wähle also einen anderen Befreiungskniff, um dem Dilemma der Unerfassbarkeit des *gesamten* Jürgen Kuczynski zu entgehen.

Es sei mir erlaubt, einen Blick auf einige seiner *hinterlassenen Erbstücke* zu werfen. Dabei denke ich nicht an solche mit ausschließlicher Vorbildfunktion. Die *fünf Erbstücke*, die ich herausgegriffen habe, handeln von den *Eigenschaften eines Gelehrten von Rang*. Ich meine, sie lassen sich auch heute abfragen, obwohl JK natürlich nicht auf die BRD, sondern auf eine fortbestehende DDR hingelegt hat. Das Eigene an Kuczynskis Verhakelt-Sein von Weitsicht und Kurzsichtigkeit, von hintertüriger Schläue und breitseitigem Mut, von Schnellschüssen und tiefsinnigen Analysen, ja auch das Nebeneinander von fraglichen Kompromissen und beispiellosem Bekennermut bildet auch unter heutigen Verhältnissen ein Erbe, das man so oder so sehen kann, über das unter allen Umständen aber nachzudenken sich lohnt.

Nun also: Fünf ausgewählte Erbteile. *Nummer eins: Die Kraft zur wissenschaftlichen Eigenständigkeit und der Mut zum Festhalten an Einsichten ohne Rücksicht auf politische Vorgaben, ob direkter oder indirekter Art*. Zum Beispiel: In der DDR wähten wir uns, prinzipiell für Entfaltung, Veränderung und Demokratie zu stehen. In Wirklichkeit aber bevorzugten wir in dem, was wir sozialistische Praxis nannten, eine holzschnittartige Wiederholungs- und Abschottungsroutine, denn sie schien für die unter allerlei Druck stehende

DDR sicherer. Der tief „partieverbundene“ JK nahm deshalb widerwillig ein wenig Zentralismus und Starrheit hin, die Selbsttäuschung über das ständige „Aufwärts“ oder errungene Gut-Sein aber nicht. Mit den Jahren ging er immer härter gegen diese Täuschung an, und er verfügte über den Anstand, solche Positionen durchzuhalten.

Eine „entwickelte“ sozialistische Gesellschaft, so habe ich ihn immer noch im Ohr, müsse ihr Entwickelt-Sein aus realitätsbezogenem Wagnis beziehen. Und darüber müsse man, zumindest in einer wissenschaftlichen Einrichtung, offen reden. Zahlreich sind die Beispiele für entsprechend widerborstige Thesen Kuczynskis, allesamt erwachsen aus seiner geradezu genussvoll-unartigen Hingabe an eine hohe Kultur des wissenschaftlichen Streits, die ihm als unabdingbar galt. Standfestigkeit war nicht nur seinem wissenschaftlichen Habitus immanent, sondern auch die Folge von kritischer Beobachtung. Denn den DDR-Historikern (vielleicht hatte er auch die Ökonomen im Sinn) fehle im Grunde der „wütende Trieb, sich die ganze historische Realität anzueignen.“

Selbstverständlich machte auch er Zugeständnisse, nicht aber (oder höchst selten) an sinnwidrige vormundschaftliche Vorgaben. Die aus Karriere- oder Eitelkeitspositionen resultierende Jagd nach folgsamen Forschungsvorhaben langweilte ihn und gedieh nicht an seinem Institut. Dagegen kannte jeder JKs Freude an herausfordernder und explizit ungezogener Kritik. Er war neugierig wie ein Kind auf erkenntnistreibende Widersprüche und auf Meinungsbildungen in anderen Fachbereichen. Auch wenn ihm ein gewisses Maß an Eitelkeit nicht abgesprochen werden kann, so habe ich nie erlebt, dass er als Ökonom nicht auch darauf brannte zu erfahren, was die politische Ökonomie von Fachleuten anderer Disziplinen lernen könnte. Indes verlasse ich hiermit das für mich etwas zu dünne Eis „JK und die ökonomische Theorie und Praxis“, denn dazu können sich sehr viel Kompetentere, sicher auch kritisch, äußern.

Hier ist also vom Verhalten zur Streitkultur und zu den möglichen Folgen ihrer rückhaltlosen Umsetzung die Rede, und das heißt vor allem: Mut im Umgang mit der Macht. Er lebte uns das vor, indem er viel Prügel in Kauf nahm. Mitunter ließ man bekanntlich ganze Armeen aufmarschieren, um gegen seine Auffassungen etwa über die Arbeiterhaltung im Ersten Weltkrieg oder über die Rolle der Volksmassen in der Geschichte zu Felde ziehen zu lassen. Seine Partei ließ ihn damals abstrafen, und das hat ihn getroffen.

Man darf fragen, ob Standhaftigkeit dieser Art nicht auch in der Gesellschaft, in der wir jetzt leben, (insbesondere auch an ihren Universitäten und

Forschungsstätten) am Platze wäre. Wie fühlt man sich, wenn man bei einer Kritik an der bundesdeutschen Gesellschaft stehen bleibt, die einige Ausbesserungsarbeiten, etwa in Gestalt von Reformen, aufs Korn nimmt, zu strukturellen Mängeln im Modernisierungswandel aber schweigt? In seinem letzten Memoiren-Band warf sich Kuczynski vor, ein System zwar kritisiert, aber grundsätzlich bejaht zu haben, anstatt das System in Frage zu stellen, ohne dessen „gute Punkte“ zu übersehen. Müsste man bei einem solchen Ansatz nicht auch heute über die systemische Realität z.B. von verdeckten Steuerungsmechanismen und Abhängigkeitsnetzen, über die stille Entfaltung neuer Formen von Vormundschaftlichkeit auf den dunklen Wegen der Gehaltsklassen und festen Stellen reflektieren? Und wäre man dann nicht auch rasch bei der Verantwortung für die junge Wissenschaftlergeneration angelangt, die ständig neue Strategien im Kampf um Universitätskarrieren entwickelt, mit dem Mut zur Wahrhaftigkeit aber womöglich weniger im Sinn hat, weil sie da eher ihren Lehrern folgt? Die Frage sei einem Kuczynski-Schüler erlaubt, der das Ringen seines Meisters um die Verknüpfung von wissenschaftlichem Anstand und parteilicher Treue zumindest verfolgen, wenn auch nicht immer durchschauen konnte.

Ein schwieriges Erbstück, *Nummer zwei*, bildet Kuczynskis *Umgang mit Gläubigkeit und Zweifeln*. JK trug die Fahne des mehrdeutigen Optimismus. „Ein linientreuer Dissident“, „Ein treuer Rebell“, „Ein realistischer Optimist“, oder vielleicht „Ein kritischer Gläubiger“ – alle solche Selbst- und Fremdzuschreibungen sind Merkmale seiner schwierigen Wahrhaftigkeit, seiner Konflikte zwischen dem „Glauben an die Sache“ und seiner wissenschaftlichen Redlichkeit. Sozialisiert im Geiste weltoffener Bildungsbürgerlichkeit, vollzog er, wie er in seinem ersten Büchlein schrieb, den Weg „Zurück zu Marx“, jedoch sah er im Unterschied zu so vielen anderen (und wohl erst im Verlaufe seiner Lebenserfahrungen) im Marxismus eine Wissenskultur, die sich unbedingt offen hielt für Vormarxistisches, aber auch für manches andere, das sich den Anschein von Nachmarxistischem oder Vielleicht-Marxistischem geben mochte. Je älter er wurde, so scheint es mir, hielt er Zweifel für ebenso zulässig wie pure Gläubigkeit für falsch. Mit dem bequemen Einfordern des „Glaubens an die Wahrheit des Marxismus“ gab er sich schließlich nicht mehr zufrieden, Parteitreu jedoch hielt er bis zum Schluss hoch. Diese Grundsatzhaltung ließ ihn mitunter recht schmerzhaft den Gegensatz zwischen bedingungsloser Parteiverbundenheit und Wissenschaftlichkeit spüren. Am Ende befähigten ihn seine Bildung und Lebenserfahrung dann doch, trotz aller Parteitreu und Empfänglichkeit für Lob der

DDR-Öffentlichkeit, zum produktiven Umgang mit dem genannten Gegensatz, der sich unentwegt in sein Leben drängte. Er hielt an fundamentalen Positionen seines „Glaubenswissens“ fest, artikulierte Zweifel an der Unterordnung des Marxismus unter politische Willkür, blieb aber zugleich tief in die Loyalität gegenüber seiner Partei verstrickt. Vielleicht hatte er auch zu viele nachträgliche Eingeständnisse pseudomarxistischer Fälschungen und theoretische Erschütterungen erfahren, um mitunter stärker glauben als wissen zu *wollen* – vermutlich ein schweres Problem von Kommunisten seiner Generation überhaupt.

Das Verhältnis zwischen Glauben und Zweifel bleibt mir, verdeutlicht durch Jürgen Kuczynskis Lebensweg, durchaus im Undeutlichen. Wenn Wissenschaft einige glaubensgeprägte Dimensionen nicht ausschließt, dann dürfe sie auch Selbstzweifel zulassen. Das aber gehört zu den Verhaltensweisen eines Wissenschaftlers, die ich in der BRD nicht weniger vermisse als in der DDR. JKs widerspruchsvolle Position ist mir in diesem Punkt lieber, in der ich ein nach wie vor gültiges Erbstück sehe. Und was ist seine Vorstellung, nur „intelligente Fehler und kleine Richtigkeiten“ produziert zu haben, anderes als die Legitimierung des Zweifels, jedenfalls auf dem Feld von Wissenschaft und Politik?

Erteil Nummer drei. Die moderne Wissenschaftsgeschichte könnte wohl mit Gewinn JKs Umgang mit der Materie „*Lehrer und Meister, Schüler und Nachwuchs*“ unter die Lupe nehmen. Eine genaue Prüfung seines Wirkens als Lehrer fällt überraschend aus. Denn im Umfeld dieses Geistesmächtigen erhob sich der so genannte Nachwuchs nur selten zu außergewöhnlicher Höhe. Des Meisters querlaufende Denkweise hat zwar viele angeregt, ließ sich aber nicht kopieren. Eine Erklärung dafür bildet sicher jener schwere Fehler, den Schüler immer dann machen, wenn sie sich am überragenden Lehrer messen – und bald danach resignieren. Kuczynskis vorbildlich disziplinierter Arbeitstag mag bedrückte Gewissen, bei den Mitarbeitern aber nicht unbedingt bedruckte Seiten evoziert haben. Ist der Schluss richtig, dass Geisteswissenschaftler sich im Schatten der Großen wohl fühlen, dort aber weniger als unter einigermaßen Gleichgroßen gedeihen? Oder hat ein Fach wie die Wirtschaftsgeschichte (nach JK ja der „empirische Zweig am Baum der Wirtschaftswissenschaften“) eher diejenigen angezogen, die sich mit solider Statistik wohler fühlten und deshalb ihrem Chef auf seiner Jagd nach neuen Theorien, zumal in fachfremden Revieren, nicht folgen mochten? Kuczynski ging eigentlich feinfühlig mit diesem Problem um, es hat ihn wahrscheinlich belastet, aber er war ihm gegenüber etwas hilflos. Ich sehe keine Antwort auf JKs höhere

Nachwuchspädagogik, eine Verhaltensempfehlung zu diesem Erbstück bedarf wohl doch des gründlichen Überdenkens.

Ein *viertes Erbteil*. Zum weiterhin gültigen Kuczynski-Erbe gehörte die *Elastizität seiner Arbeitsweise*. Er beherrschte selbst viele Arbeitsmethoden, wusste aber auch die unterschiedlichen Arbeitsarten von Kollegen und Mitarbeitern für seine Schriften nutzbar zu machen. Rechtswissenschaftler, Germanisten, Volkskundler, Soziologen, Demographen, manche Naturwissenschaftler und viele andere Fachkollegen gehörten zu seinen Austauschpartnern. „Kärner“ standen bei ihm hoch im Kurs, quellengestütztes statistisches Arbeiten war ihm bestens vertraut, aber zeitaufwendige Archivforschung entwickelte sich für JK naturgemäß zu einem Problem. (Darum mochte mancher, der die Quellen genauer kannte, sich gelegentlich zu Einzelergebnissen des Anregers JK kritisch verhalten.) Da nichts unter seinem Namen erschien, was er nicht selbst erarbeitet hatte und da er zugleich um die Berührung und Verbindung von Ökonomie und Geschichte mit so vielen anderen Disziplinen wusste, introduzierte er eine Kuczynski-spezifische Form von kooperativer Elastizität. In seinen Büchern erschienen öfters Zusatzkapitel von Kollegen, deren Expertenwissen er sinnvoll verwertete – eine anzuempfehlende Methode, die aber auch eine gewisse Gelassenheit des Souveräns voraussetzt. Ein anderes Kapitel bildete JKs Bindung an seinen „Glücksfall“, wie er Ehefrau Marguerite nannte. Sie könnte vielleicht auch damit zu erklären sein, dass er ihre Genauigkeit und Solidität (besonders bei editorischen Arbeiten), als Gegengewicht zu seinem mitunter überbordenden Ideenfluss dringend brauchte.

Solange JK über die Kraft verfügte, um solide Bodenhaftung mit zündenden Einfällen zu verbinden, hat er eben das getan, von der Gewerkschaftsstatistik in Amerika über die „Lage der Arbeiter“ bis zu späteren Beschreibungen von Krisenzyklen. Offenbar passte er rechtzeitig seine Arbeitsweisen an Lebensbedingungen und Lebensalter an: Kräftezehrende Kärnerarbeit mit gewagten Erprobungen seines theoretischen Könnens am Anfang, zunehmend Analytisches in den Reifejahren, retrospektive Selbstvergewisserung im Alter. Das wirft Fragen auf: Welche Rolle spielen Lebenszyklus, Herausforderungen der Gesellschaft, äußere Lebensumstände und Akkumulation von Weisheit in der Arbeit herausragender (oder auch weniger herausragender) Gelehrter? Auch das ist ein Erbteil zum Vergleichen und Bedenken.

Schließlich ein *fünftes Erbstück*, das nur scheinbar rein Äußerliches betrifft: *Die Kunst des Schreibens*. Ökonom, Historiker und Wirtschaftshistoriker, das war JK wohl hauptsächlich. Eine besondere Liebe verband ihn mit

der „schönen Literatur“, wie er zu sagen pflegte. JK schrieb eine flüssige Feder und vollzog scheinbar mühelos den Schritt von faktendichter Tabellenanalyse zu eher literarischen Alltagsbeschreibungen. Provozierend gab er schon in der frühen DDR zu verstehen, dass die Nachwelt dermaleinst, beim Studieren der Geschichte dieses Ländchens, mehr über dessen Wirklichkeit durch die „schöne Literatur“ denn durch die Zeithistoriker der DDR erfahren würde. Mancher Historiker, vielleicht auch Ökonom, mag sich über solche Provokationen geärgert haben, obwohl sie doch nichts anderes als die Einsicht darstellten, dass eine kultivierte sozialwissenschaftliche Feder der Realität näherrückt als ein hölzern-gestanzter Stil, auch wenn dieser scheinbar von totaler Richtigkeit handelt.

Hier tat sich dem eleganten Schreiber allerdings der alte Widerspruch auf, denn das Starre und Formgerechte war die Sprache der Partei, mit der er nie brechen wollte. Und ein kultivierter Schreibstil als Erkenntnismittel gehörte nun wirklich nicht zur geistigen Ausrüstung der DDR-Führung.

JK war souverän genug, um seinen Rang als Wissenschaftler nicht durch schriftliches oder mündliches Gelehrten-Gehabe auf sich aufmerksam machen zu müssen. Somit erweist sich auch der Schreibstil Kuczynskis als ein aktuelles Erbe-Problem. Sollten wir als Beobachter der Wissenschaftssprache uns nicht darauf besinnen können, dass verwickelte bis verworrene Ausdrucksweisen nicht unbedingt für Tiefe stehen, dass man zwar immer, auch auf neue Richtungen, neugierig, aber im Stil nicht unbedingt „modern“ sein muss? Eine hochgestochene Wissenschaftssprache will mir in den Sozial- und Geisteswissenschaften zunehmend verzichtbar erscheinen, nicht aber ein Schreibstil, der moderne oder Mode-Richtungen verständlich zu verarbeiten versteht. Ganz gewiss hätte JK einem meiner kürzlich in Potsdam emeritierten Kollegen zugestimmt, der unter dem Eindruck der vielen kurzlebigen Modetrends und „turns“, besonders in der Geschichtswissenschaft, in seine Abschiedsrede den Merksatz einfließen ließ: „Es muss einem alten Mann erlaubt sein, auch geradeaus zu gehen“.

So viel zu einigen Aspekten des Kuczynski-Erbes von, wie mir scheint, gegenwärtiger Relevanz. Zum Schluss noch die naheliegende Frage: Wie bewältigt ein 85jähriger, der als institutionelles Lebenswerk ein Akademie-Institut für Wirtschaftsgeschichte mit zeitweilig über fünfzig Mitarbeitern auf die Beine gestellt und der damit die DDR zum internationalen Vorzeigeland für wirtschaftshistorische Forschung gemacht hat, die kalte Vernichtung dieses Werks? Wohlgermerkt, eines positiv evaluierten Instituts, dessen Weiterbestehen in vielen Stellungnahmen aus dem Ausland gefordert oder emp-

fohlen worden war. Abgesehen vom fraglichen Wert des Evaluationsbefundes von 1991: Wie wird ein solcher Mann damit fertig, während zugleich über ihn jene Charakterhelden herfallen, deren Bekennermut zu DDR-Zeiten nicht in der Spitze des kleinen Fingers von Kuczynski Platz gefunden hätte? Wahrscheinlich hat die Unverwüstlichkeit des „treuen Rebellens“ mit der Erfahrung eines langen Lebens zu tun, das so manche Wenden schon erlebt hatte und deshalb, trotz allem, weiteren entgegensah.

Günter Krause

Ökonomisches Denken in den Vereinigten Staaten von Amerika – Anfänge und Grundlegung im 18. und 19. Jahrhundert

Vorbemerkung

Einen Tag vor dem 100. Geburtstag von Jürgen Kuczynski hielt ich vor der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät einen Vortrag zum obigen Thema. Dieses historische Datum und der Gegenstand meiner Präsentation paßten doch – obwohl von den Intentionen nicht derart angelegt – sinnfällig zueinander.

Bekanntermaßen hat Kuczynski in seinen wissenschaftlichen Arbeiten, besonders in den umfangreichen Studien zur Wirtschaftsgeschichte, den Facetten der Theoriegeschichte stets große Aufmerksamkeit und Bedeutung zuteil werden lassen. Dies galt gerade auch für jene Fragen und Personen, die mit der Geschichte der US-Wirtschaftstheorie verknüpft waren. Eine persönliche Erfahrung soll hiervon Zeugnis legen.

Kurz nachdem von mir ein Aufsatz über den Ökonomen und Soziologen Thorstein B. Veblen (1857/1929), der mit Wesley C. Mitchell (1874/1948) und John R. Commons (1862/1945) die Schule des Institutionalismus begründete, erschienen war (Krause 1988), erhielt ich einen Brief von Kuczynski. Darin schrieb er knapp: „Nur eine Zeile, um Dir zu sagen, mit welchem Interesse ich Deinen Artikel über Veblen gelesen habe. Mein Vater war mit Mitchell und Commons seit ihrer Jugend befreundet, und beide waren vor 60 Jahren ganz rührend nett zu mir“ (Kuczynski 1988). Mein Beitrag versteht sich insofern als Referenz an den Gelehrten JK.

1. Zur Relevanz des gewählten Betrachtungsgegenstandes

Die Relevanz meines Betrachtungsgegenstandes ergibt sich aus mehreren Gründen. *Erstens* verdient allgemein das generelle geistige Profil sowie seine historische Genesis der gegenwärtig einflußreichsten Gesellschaft des Kapitalismus nachhaltiges Interesse. Zu diesem Profil gehört auch das ökonom-

ische Denken, die unmittelbar mit ihm verbundenen Existenz- und Ausdrucksformen. Analysen und Darstellungen zur Entwicklung ökonomischer Ideen und Konzepte vermitteln aufschlußreiche Einblicke in die Produktion und Zirkulation von gesellschaftlich relevanten Leitbildern, Wertvorstellungen und Mythen in den Vereinigten Staaten. Speziell angesichts der unstrittig ausgeübten ideologischen Hegemonie der imperialen Weltmacht Nummer eins verlangen gerade die in diesem Kontext präsentierten Bewußtseinsformen, die dazugehörigen Traditionslinien, ihr Werden und Wachsen besondere Aufmerksamkeit.

Zweitens haben in der internationalen scientific community Ökonomen der Vereinigten Staaten auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaftswissenschaft seit längerem eine prägende Rolle inne. So sind wesentliche Theorieinnovationen des 20. Jahrhunderts mit dem Wirken US-amerikanischer Ökonomen verbunden, und in den USA editierte wissenschaftliche Zeitschriften wie etwa „American Economic Review“, „Journal of Political Economy“, „Journal of Economic Literature“, „Quarterly Journal of Economics“ oder „Journal of Economic History“ besitzen innerhalb der Wirtschaftswissenschaft einen erstrangigen Status. Zudem befindet sich mit der „American Economic Society“ die weltweit wichtigste Ökonomen-gesellschaft in den Vereinigten Staaten. Schließlich ist hier auch der Sitz der Mehrzahl der international renommiertesten ökonomischen Lehr- und Forschungsinstitutionen.

Drittens hatte sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts eine kontinentale Schwerpunktverlagerung im Rahmen der internationalen Theorieentwicklung vollzogen – vom „alten“ Europa hin zur „Neuen Welt“, vor allem den USA. Spielte sich zunächst die Entstehung und Entwicklung der politischen Ökonomie, der Nationalökonomie respektive der Economics zur selbständigen Wissenschaftsdisziplin etwa von der Mitte des 17. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts vor allem auf dem europäischen Kontinent ab, so setzte annähernd um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bzw. mit Beginn desselben eine Veränderung ein. Nun begannen Ökonomen aus den USA mit der Auswahl neuer Untersuchungsfelder und -objekte, dem Einbringen neuer Problemsichten sowie der Ausarbeitung und Anwendung neuer Methoden und Techniken der ökonomischen Analyse sukzessive prägenden Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaftstheorie auszuüben.

Viertens wird mit der Präsentation grundlegender Phänomene der Theorieentwicklung in den Vereinigten Staaten ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis wissenschaftlicher Prozesse *außerhalb* des anglo-amerikanischen Reviers geliefert, gerade auch für die Gegenwart. Hier sind die Stichworte etwa Globalisierung bzw. Amerikanisierung des ökonomischen Denkens als

markanter Ausdruck fortschreitender Uniformierung der Theorielandschaft gravierende Folgen für Platz und Chancen nationaler Theorietraditionen angesichts imperialer Tendenzen US-amerikanischer Wirtschaftslehre.

2. Der Hintergrund der Genesis des ökonomischen Denkens in den Vereinigten Staaten

Für die Entstehung und Entwicklung des ökonomischen Denkens auf nordamerikanischem Boden, die Entstehung der eigenständigen Wissenschaftsdisziplin Economics bildete die schrittweise Entfaltung der Strukturen des Kapitalismus, der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Fraktionen und Schichten den zentralen Hintergrund. Vor allem der Prozeß der Schaffung eines nationalen Marktes sowie der Prozeß der Bildung einer einheitlichen Nation stellte das entscheidende Fundament dar – insofern vollzog sich *einerseits* eine vergleichsweise analoge Entwicklung wie auf dem europäischen Kontinent.

Doch *andererseits* wurde die Herausbildung des ökonomischen Denkens in der „Neuen Welt“ durch eine Reihe von Faktoren geprägt, die eine Differenz zur Theorieentwicklung in Europa konstituierten. Dazu zählten vor allem

- die Spezifik der historischen Formierung des amerikanischen Kapitalismus,
- der starke Einfluß einer aus dem „alten“ Europa importierten politischen Ökonomie des Bürgertums,
- die im Vergleich zu Europa fehlenden theoretischen „Vorarbeiten“, d.h. nicht vorhandene eigenständige Traditions- und Entwicklungslinien im ökonomischen Denken.

Von großer Bedeutung war fraglos der spezielle Weg, den der Kapitalismus in Nordamerika nahm. So bedeuteten etwa die Abwesenheit einer feudalen Ökonomie mit ihren Fesseln und die Resultate zweier erfolgreicher bürgerlicher Revolutionen im 18. und 19. Jahrhundert (Unabhängigkeitskrieg von 1776/1783 und Bürgerkrieg von 1861/65) für die weitere Entwicklung, daß sich die bürgerliche Gesellschaft in der „Neuen Welt“ von vornherein ganz wesentlich auf ihren eigenen sozialökonomischen Grundlagen entfalten konnte.

Angesichts des weitgehenden Fehlens eines Bodenmonopols vollzog sich die kapitalistische Entwicklung unter Inbesitznahme riesiger Flächen „freien“ Landes – frei von feudalen Schranken und ausgestattet mit umfangreichen Naturressourcen konnte dieses Land einer ungehinderten kapitalistischen Nut-

zung unterworfen werden. Und mit der Vertreibung und Ausrottung der indianischen Urbevölkerung wurden nicht allein immense Quellen der Akkumulation erschlossen. Vielmehr waren mit der schrittweisen Verlagerung der „frontiers“ gen Westen beträchtliche ökonomische Potentiale mobilisierbar geworden.

Die Präsenz der Sklaverei – wenngleich nicht als eigene, historisch entwickelte Ordnung – erwies sich als beträchtliches Konfliktpotential innerhalb der sich etablierenden kapitalistischen Ökonomie.

Der ökonomische und politische Dualismus zwischen den nördlichen Bundesstaaten, für die eine rasche kapitalistische Entwicklung in Landwirtschaft, Industrie und Handel charakteristisch war, und den auf Sklavenarbeit beruhenden Plantagenökonomien der Südstaaten entlud sich schließlich im amerikanischen Bürgerkrieg. Im Gefolge dessen kam es nicht nur zur Aufhebung der Sklaverei, sondern auch im Mai 1862 zur Verabschiedung des Homestead Act. Dieses Gesetz leitete über eine äußerst günstige Landvergabe (160 acres zu 1,25 US-\$ pro acre) die umfassende Kapitalisierung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten ein.

Besondere Bedeutung besaß auch der Kolonialstatus von Nordamerika im 17. und 18. Jahrhundert. Dabei betrieb – neben Spanien, Holland und Frankreich – vor allem das kapitalistische England die Kolonisation des nordamerikanischen Kontinents. Und gerade die mit kapitalistischem Charakter versehene englische Kolonisation sollte ökonomisch, sozial und geistig tiefe Spuren hinterlassen.

All diese Faktoren und Prozesse beeinflussten auf spezifische Weise den Typus des entstehenden Kapitalismus in Nordamerika. Insofern war die Entstehung der Vereinigten Staaten dadurch gekennzeichnet, daß hier die neuere Geschichte im Grunde mit den im 17. Jahrhundert bereits vorhandenen Phänomenen und Strukturen der bürgerlichen Ökonomie und Gesellschaft beginnt.

3. Historische Entwicklungsstadien des ökonomischen Denkens in den Vereinigten Staaten

Fraglos zeichnet sich das wirtschaftstheoretische Denken in den USA – ähnlich wie das anderer Länder – durch recht unterschiedlich geprägte Stadien seiner Entwicklung aus. Detaillierte Darstellungen der Geschichte des ökonomischen Denkens in den Vereinigte Staaten enthalten daher folgerichtig zahlreiche Perioden, Abschnitte und Zäsuren (vgl. etwa Dorfman 1966/69,

Spiegel 1960, Normano 1943, Willhite 1958, Samuels 2002, Rutherford 1998, Conkin 1980). Doch jenseits von diversen Spezifika in der Genesis der US-amerikanischen Wirtschaftstheorie können im allgemeinen drei große Stadien identifiziert werden: das Anfangs-, das Grundlegungs- sowie schließlich das Profilierungsstadium.

Das *Anfangsstadium* der Theorieentwicklung auf nordamerikanischem Boden datiert etwa vom Ende des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. In diesem Zeitabschnitt finden sich nicht allein beachtenswerte Anfänge auf dem Gebiet ökonomischer Ideen, vielmehr zeigen sich hier die ersten Formen *bürgerlichen* ökonomischen Denkens.

Das *Grundlegungsstadium* umfaßt annähernd den Zeitraum vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis etwa zur Mitte der achtziger Jahre desselben. Charakteristisch für diese Periode sind vor allem ein wachsendes Interesse an politischer Ökonomie bzw. Economics sowie ein nun stärker hervortretendes Bedürfnis an *systematischer* wissenschaftlicher Bearbeitung und Diskussion ökonomischer Problemlagen sowie die einsetzende Institutionalisierung und Professionalisierung von akademischer Forschung und Lehre.

Das *Profilierungsstadium* der Wirtschaftstheorie in den Vereinigten Staaten beginnt etwa Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts. Sein historischer Hintergrund ist ein erheblicher Wandel innerhalb des US-amerikanischen Kapitalismus, der gerade für die ökonomische Wissenschaft mit vielfältigen neuen Anforderungen in ideologischer wie praktischer Hinsicht verbunden ist. Mit dem sich relativ rasch vollziehenden Übergang zum Imperialismus, der Entfaltung von Monopol und monopolistischer Konkurrenz, der Entstehung neuer Dimensionen von Produktion und Markt, dem Aufkommen neuer ökonomischer und sozialer Strukturen, den Modifikationen im Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft sowie der wesentlich veränderten Rolle des bürgerlichen Staates in Ökonomie und Politik schält sich – im Vergleich zu den vorangegangenen Stadien – ein neuer Fakt heraus: im Rahmen der internationalen Theorieentwicklung übernimmt die Wirtschaftstheorie der Vereinigten Staaten sukzessive die Rolle des „leader“, werden US-amerikanische Ökonomen zu den weltweit führenden Ideen-, Theorien- und Methodenproduzenten.

3.1. Die Anfänge

Im Gefolge der mit kapitalistischem Charakter versehenen englischen Kolonisation sowie der schrittweisen Verankerung von Strukturen und Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Ökonomie lassen sich in Nordamerika vor allem in

der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Reihe von bemerkenswerten theoretischen Debatten und ökonomischen Texten mit „nationalem“ Kolorit ausmachen.

Kennzeichnendes Merkmal dieser Anfänge ökonomischen Denkens war, daß es im Prinzip noch *außerhalb* einer eigenständigen ökonomischen Wissenschaft auftrat. Vielmehr wurden theoretische Fragen der Ökonomie meist – und insofern treten hier Ähnlichkeiten zur Theorieentwicklung England zutage – als integraler Bestandteil der Moralphilosophie betrachtet und in einem erheblichen Maße im unmittelbaren Kontext von Staats- und Regierungsangelegenheiten als Teil dieser selbst behandelt.

Welche Themen standen im Mittelpunkt dieses frühen Stadiums ökonomischen Denkens, welche Untersuchungen und Reflexionen waren vorherrschend? Im Zentrum der Debatten, gerade in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, standen beispielsweise

- die Rolle von Geld, Kredit und Bankwesen, die Gesetze der Waren- und Geldzirkulation sowie der Geldwert,
- die Fragen der Staatsschuld, der öffentlichen Ausgaben und Besteuerung,
- ökonomische Aspekte der Landverteilung und Bodenqualität, Bodenpreise und Rente,
- der Freihandel, Zölle und Zollpolitik sowie ein effizientes Transportwesen,
- Probleme der Bevölkerungsentwicklung,
- die Bestimmung von produktiver und unproduktiver Arbeit, von Reichtum und Armut sowie ökonomische Gesichtspunkte der Sklaverei.

Dieser Typus von Denken sowie die Debatten und Mehrzahl von Veröffentlichungen zeichneten sich durch Reflexionen über gewichtige ökonomische Fragen des Tages aus. Es ging wesentlich um Problemlagen einer angewandten Ökonomie. Schließlich standen doch auch mit der bürgerlich-antikolonialen Revolution von 1776/83 (Unabhängigkeitskrieg), die im Grunde den Rahmen für die Entfaltung einer bürgerlichen Nation setzte und recht maßgeblich den Weg für die Entwicklung des Kapitalismus freimachte, mehr die Bewältigung *praktischer* Aufgaben im Vordergrund. Treffend bemerkt daher J. F. Bell, daß die Amerikaner in jener Zeit „mehr in Anspruch genommen wurden ... durch dynamisches Wachstum und Ausdehnung der neuen Nation denn durch das Schreiben umfangreicher Bücher“ (1977, 484).

Auffällig war in diesem Zusammenhang, daß sich gerade in den britischen Kolonien von Nordamerika häufig aus dem Mutterland eingeführtes Ideengut der politischen Ökonomie fand. Dieses suchte man nun auf die nordamerika-

nischen Verhältnisse zu übertragen oder anzuwenden bzw. paßte es angesichts einer veränderten politischen, ökonomischen, sozialen, ideologischen und kulturellen Landschaft in der „Neuen Welt“ den gegebenen Bedingungen an.

Als bemerkenswerte Denker im hier behandelten Anfangsstadium erwiesen sich – neben einigen Geschäftsleuten – insbesondere eine Reihe von Staatsmännern. Mit ihren ökonomischen Analysen, ihren Reden und Schriften zu verschiedenen wirtschaftlichen Aspekten von Regierungs- und Staatstätigkeit haben sie sich als für das ökonomische Denken jener Zeit relevante Persönlichkeiten hervorgetan. Zu diesem Kreis gehörten etwa Benjamin Franklin (1706–1790), Alexander Hamilton (1755–1804), John Adams (1735–1826) und auch Thomas Jefferson (1743–1826).

So entwickelte beispielsweise der als Staatsmann, Diplomat und Gelehrter vielseitig befähigte und ausgewiesene Franklin in Schriften wie „A modest inquiry into the nature and necessity of a paper currency“ (1728), „Observations concerning the increase of mankind and the peopling of countries“ (1755), „The way to wealth“ (1757), „Positions to be examined concerning national wealth“ (1769) und „On the slave trade“ (1790) respektable Einsichten in Fragen des Geldes, Warenwertes und Reichtums. In „Modest inquiry“ arbeitete er u.a. heraus, wenn sich eine bestimmte Menge von Silber gegen eine bestimmte Menge von Korn tausche, dann geschehe dies auf der Grundlage der für die Produktion beider Waren aufgewandten Menge an Arbeit. Kurz: Franklin brachte den Tauschwert der Waren in einen direkten Zusammenhang mit der verausgabten Arbeitsmenge – und präsentierte sich damit als früher Theoretiker des Arbeitswerts. Diesem Ansatz blieb er auch bei der Behandlung des Geldes, vor allem des Geldwertes und der Begründung der Emission von Papiergeld an Stelle von Metallgeld treu und bestimmte – durchaus zwingend – das Papiergeld als Substitut von klingender Münze und als Repräsentanten von Arbeit.

Alexander Hamilton – u.a. erster Finanzminister der Bundesregierung unter George Washington (1789/97), einer der Architekten der Verfassung und eines amerikanischen Industriestaates sowie Initiator der Errichtung der ersten Nationalbank – entwickelte als Kabinettsmitglied seine ökonomischen Anschauungen in einer Serie berühmter, teils dem Kongreß präsentierte Staatschriften, von denen besonders „Report on public credit“ (1790/1885) sowie „Report on manufactures“ (1791/1885) zu nennen wären. Letztgenannter „Report“ gilt in der US-amerikanischen Dogmengeschichte auch als die „bedeutendste Schrift vor 1800“ (Bell 1977, 485). Hamilton sah recht klar voraus, daß mit der raschen Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie auch bald tie-

fe soziale Konflikte verstärkt aufbrechen würden. Daher maß er einer starken zentralen Exekutivgewalt wie einem gut entwickelten Staat große Bedeutung bei, beschäftigte sich intensiv mit theoretischen wie praktischen Fragen eines modernen Staatswesens. Bemerkenswert ist weiterhin, daß er die „Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Interessengruppen und Parteien“ aus der Existenz und unterschiedlicher Verteilung des Eigentums herleitet und dabei zu der Einschätzung gelangt: „Hauptquelle aller Spaltungen bildete stets die ungleiche Verteilung des Eigentums“ (Hamilton/Madison/Jay 1958, 74).

3.2. Die Grundlegung

Die weitere Genesis des ökonomischen Denkens, d.h. die Grundlegung der politischen Ökonomie des Bürgertums in den Vereinigten Staaten sollte im 19. Jahrhundert ganz wesentlich durch die forcierte Herausbildung und Durchsetzung des Kapitalismus der freien Konkurrenz beeinflußt werden.

Die „normale“ Kapitalisierung hatte durch den zweiten Krieg mit England von 1812/14 insofern wichtige Impulse erhalten, als daß durch den Abbruch eines nicht unerheblichen Teils der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Europa vor allem die *eigene* ökonomische, gerade auch industrielle, Entwicklung gefördert wurde – und damit auch die stärkere Ausbildung eines Binnenmarktes. Eine große Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch der Eisenbahnbau. Mit ihm veränderten sich überkommene ökonomische, soziale und regionale Bedingungen und Beziehungen auf nordamerikanischem Boden.

Schließlich hatte der Bürgerkrieg auf die Entwicklung des Kapitalismus große Auswirkungen. Die hiermit verbundenen Prozesse brachten nicht nur schlechthin den Sieg der wirtschaftlich entwickelten nördlichen Bundesstaaten. Vielmehr schufen sie generell entscheidende Voraussetzungen zum weiteren Aufschwung des Kapitals. Im Ergebnis des Bürgerkrieges wurde die Wende zur vollen Entfaltung des Industriekapitalismus sowie der Durchsetzung des „amerikanischen Weges“ in der Landwirtschaft eingeleitet. Zugleich wurden noch existente Schranken in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den verschiedenen Staaten abgebaut. Dies führte nicht nur zu einer Zurückdrängung des Sectionalismus, sondern auch zu weiteren Siedlungsaktivitäten. Durch die Aufhebung der Sklaverei wurden schließlich in weiten Teilen des Landes ein an seine Grenzen ökonomischer Produktivität gelangtes System sowie damit verbundene patriarchalische Strukturen der Gesellschaft untergraben.

In dem Maße, in dem sich in Wirtschaft und Gesellschaft der USA die materiellen Triebkräfte und Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, seine Strukturen und Konflikte voll entfalteteten, waren dann auch die Bedingungen für eine nun sehr nachhaltige Entfaltung des adäquaten ökonomischen und politischen Bewußtseins des Bürgertums gegeben.

Auf diesem Hintergrund erfolgte schließlich die Formierung des US-amerikanischen ökonomischen Denkens. Dies geschah zunächst als schrittweise Verankerung der politischen Ökonomie an den wissenschaftlichen Institutionen des Landes. Als Fakten stehen hierfür vor allem, daß zwischen 1818 und 1828 das Fach „Politische Ökonomie“ als regulärer Teil des Lehr- und Studienplanes an einer größeren Zahl von akademischen Einrichtungen eingeführt wird und 1818 an der Columbia University der erste Lehrstuhl für politische Ökonomie eingerichtet und von John McVickar (1778/1868) besetzt wurde. 1820 veröffentlichte Daniel Raymond (1786/1849) seine „Thoughts on political economy“, die erste umfassende und systematische Abhandlung zu Fragen der politischen Ökonomie, die von einem Amerikaner in den Vereinigten Staaten erschien. Weiterhin wurden in den Vereinigten Staaten zwischen 1817 und 1825 wichtige Schriften der politischen Ökonomie aus der „Alten Welt“ verlegt, so u.a. von A. Smith, D. Ricardo, J.B. Say und J.R. McCulloch.

Doch vor allem ist bedeutsam, daß sich etwa seit der Mitte der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts diverse US-amerikanische Autoren mit einer größeren Anzahl von Schriften zu wirtschaftlichen Fragen und zur politischen Ökonomie selbst zu Wort meldeten. So etwa – um nur einige Beispiele anzuführen – schrieb Alexander Everett „New ideas on population“ (1823), Jacob Newton Cardozo „Notes on political economy“ (1826), William Philipps „A manual of political economy“ (1828), John McVickar „First lessons in political economy for the use in primary and common schools“ (1837), Samuel P. Newman „Elements of political economy“ (1835), George Tucker „The laws of wages, profits and rent investigated“ (1837), „The theory of money and bank investigated“ (1839) und „Political economy for the people“ (1859) sowie Henry C. Carey „The principles of political economy“ (1837/40), „The past, the present and the future“ (1848) und „The harmony of interests, agricultural, manufacturing, and commercial“ (1851). Erstmals kam es dann auch zur Edition originärer US-amerikanischer Lehrbücher, etwa von Thomas Cooper („Lectures on the elements of political economy“, 1826), Francis Wayland („Elements of political economy“, 1837), Francis Bowen („The principles of political economy“, 1856) und Amasa Walker („The science of wealth“, 1866). Und ab Anfang der siebziger Jahre erfolgte an bedeutenden

Universitäten des Landes schließlich die on-campus Verankerung professionell betriebener Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie, so zum Beispiel bei Harvard (1871), Yale (1872) und Johns Hopkins (1876). Mit der im Jahre 1885 erfolgenden Gründung der American Economic Association findet dieses Stadium dann seinen Abschluß.

Wie stand es nun um den Theorie- und Erkenntnisfortschritt der US-amerikanischen Ökonomie damaliger Zeit? Ungeachtet eines ohne Frage gestiegenen Interesses an der wissenschaftlichen Behandlung ökonomischer Probleme, der anhaltenden Verbreitung von theoretischem Gedankengut, einer erheblich gewachsenen Bedeutung ökonomischer Theorie als Reflex kapitalistischen Selbstverständnisses und pragmatischer Beherrschung diverser Sachfragen, gab es in dieser Periode US-amerikanischer Dogmengeschichte jedoch *keinen* klar erkennbaren Zuwachs an wissenschaftlicher Erkenntnis von wirklich internationalem Rang. Ein Sprung in der Entwicklung der ökonomischen Theorie, ein eigenständiger Beitrag zur Profilierung der politischen Ökonomie des Bürgertums war also auf amerikanischem Boden nicht auszumachen.

Und dort, wo Positionen klassischer politischer Ökonomie teilweise erkennbar wurden – etwa bei der Betonung des Primats der Produktion im Reproduktionsprozeß, beim Versuch des Aufspürens ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, bei der Wertbestimmung durch die Menge an bei der Warenherstellung verwandter Arbeitszeit oder der Forderung nach ungehinderter freier Konkurrenz – handelte es sich im Wesen um die *Reproduktion importierter Ideen* aus dem Lager der klassischen Ökonomie in England oder Frankreich.

Interessant ist im übrigen, daß im Zuge der Grundlegung der Wirtschaftstheorie in den USA vor allem David Ricardo und Jean Baptiste Say relativ große Bedeutung zukam. Von allen europäischen Ökonomen des 19. Jahrhunderts hatte gerade Ricardo den nachhaltigsten Einfluß auf das Denken US-amerikanischer Ökonomen, obwohl es auch Kritiker des Briten gab (wie etwa G. Tucker, J. Newton Cardozo oder H.C. Carey). Die starke Rezeption der ökonomischen Ideen Ricardos erklärt sich vor allem aus drei Aspekten. *Erstens* entsprach Ricardos konsequente Orientierung auf die Nutzung aller produktiven Ressourcen zur Entfaltung von Kapitalverhältnissen bestens einem jungen, aufstrebenden und expandierenden US-Kapitalismus. *Zweitens* reflektierte speziell sein wirtschafts- und handelspolitisches Credo – ökonomischer Liberalismus nach innen und außen – die Interessen und den Optimismus eines von seinem ehemaligen kolonialen Mutterland unabhängig gewordenen und nun erstarkenden Konkurrenten. Und *drittens* erwies sich

Ricardos Rententheorie (in der bei Ableitung der Differentialrente betont wurde, daß bei verschiedener Bodenqualität immer der beste Boden eines Landes vorzugsweise besetzt, kultiviert und bewirtschaftet werde, dann folge der zweit- und schließlich der drittbeste Boden und deshalb werden unterschiedliche Renten realisiert) angesichts der konkreten historischen Situation und Erfahrung Amerikas bei der Landnahme und Bodenbewirtschaftung – eben in den nicht so fruchtbaren Neu-England Staaten an der Ostküste beginnend, also im Unterschied zu Europa *nicht* mit dem besten Boden, dafür aber mit den Siedlern am ehesten zugänglichem Land, mit der Nähe zu Meer und Schifffahrt sowie günstigen Verkehrsbedingungen – als eine interessante Herausforderung.

Daß sich Say solcher Beliebtheit erfreute, lag nicht allein an seiner Freundschaft mit Thomas Jefferson oder der Übersetzung und dem Vertrieb von Benjamin Franklins Almanach „Poor Richard“ (1733/58), die er beide aus der Zeit ihrer Tätigkeit als amerikanische Botschafter in Paris kannte. Seine politische Ökonomie und gerade seine 1821 in Amerika edierte „Treatise on political economy“ wurde vor allem deshalb geschätzt, weil über die sogenannte Angebotslehre der Unternehmer in die historische Rolle als Schöpfer der Industrie und des Reichtums gesetzt sowie sehr anschaulich und eingehend die Lehre vom „Get rich“ der Individuen und der Nation verkündet wurde. Say`s Sicht auf die Ökonomie, seine allseits optimistische Note verlieh zudem dem Zeitgeist sowie dem Nerv eines US-amerikanischen „Aufsteiger“-Kapitalismus einen recht adäquaten theoretischen Ausdruck.

Als bevorzugte Gegenstände des ökonomischen Denkens erwiesen sich in jenem Stadium der Theorieentwicklung

- Fragen nach dem Inhalt und der Aufgabe der politischen Ökonomie,
- das Problem des Wertes der Waren sowie des Maßstabs der Werte,
- verschiedenste Aspekte von Geld und Währung,
- die Bestimmungsfaktoren des Lohnes,
- die Rente sowie die Erfassung ihrer der zentralen Komponenten,
- die Maxime von Wirtschafts-, Handels- und Zollpolitik.

In den Debatten zu den Fragen des Geldes ging es vor allem darum, ob Gold und Silber oder das Papiergeld das „bessere“ Geld seien, ob Privatbanken und/oder eine Nationalbank das Recht zur Emission von Papiergeld besitzen sollten sowie ob Bankdepósitos als gesetzliche Zahlungsmittel zu betrachten seien. Hintergrund dieser Diskurse waren vor allem Erfahrungen und Einflüsse, die mit den amerikanischen Goldfunden und der Entwertung des Greenback der Bürgerkriegsära verbunden waren.

In den Erörterungen zu den Grundsätzen der Wirtschaftspolitik folgten die US-Ökonomen einhellig den Prinzipien des laissez-faire, d.h. der Durchsetzung der freien Konkurrenz der Kapitale und der Beschränkung der staatlichen Intervention in den unmittelbaren Wirtschaftsprozeß. Dabei wurde – insbesondere auch unter dem Einfluß der verbreiteten Moralphilosophie – die Harmonie der Beziehungen des Konkurrenzsystems betont. Es würde deutlich signalisieren, wie der Mensch das erhält, was er verdiene und wie die Institutionen des Privateigentums zum Allgemeinwohl beitragen. Recht unterschiedliche Standpunkte existierten unter den Ökonomen in Zoll- und Handelsfragen. Hier wirkte sich doch jeweils die territoriale Lage ansässiger Industrien, ihre Abhängigkeit vom Im- und Export differenzierend aus. Das Für und Wider, das sich vor allem um die Austragung der aufbrechenden Konkurrenz zwischen den sich kapitalistisch entwickelnden Vereinigten Staaten und der seit langem dominierenden kapitalistischen Industrie- und Handelsmacht England gruppierte, brachte hierbei das Lager der „Protektionisten“ (u.a. Raymond, Carey und Bowen) und der „Freihändler“ (u.a. McVickar, Walker) hervor.

In diesem Stadium der Theorieentwicklung avancierte im übrigen Henry C. Carey (1793/1879), ursprünglich ein Verleger aus Philadelphia, der zugleich großes Interesse an soziologischen und ökonomischen Problemstellungen hatte und auf Grund seiner beruflichen Möglichkeiten genug eigene Werke publizieren konnte, zum Denker mit der größten nationalen wie internationalen Resonanz. Dies war allerdings weniger auf ein etwa besonders originäres Theoriekonzept in seinem Hauptwerk, den dreibändigen „Principles of political economy“ zurückzuführen, sondern mehr auf seine kritische Beschäftigung mit zentralen Dogmen der politischen Ökonomie von David Ricardo. Für Carey war Ricardo der „Vater des Kommunismus“, da dieser mit seiner objektiven Darlegung des ökonomischen Antagonismus in den materiellen Interessen zwischen Kapital und Arbeit ein „System der Zwietracht“ entwickelt habe. Ricardos Darstellung sozialer und ökonomischer Konflikte in der kapitalistischen Ökonomie setzte Carey dann eine Ökonomie der sozialen Harmonie entgegen.

Literatur

Bell, J.F., 1977: A history of economic thought, New York.

Conkin, P.K., 1980: Prophets of prosperity. America's first political economists, Bloomington.

- Dorfman, J., 1966/69: *The economic mind in American civilization*, Vol. 1–5, New York.
- Hamilton, A., 1790/1885: Report on public credit, in: *The works of Alexander Hamilton*, edited by H.C. Lodge, New York-London.
- Hamilton, A., 1791/1885: Report on manufacturers, in: *The works of Alexander Hamilton*, edited by H.C. Lodge, New York-London.
- Hamilton, A./Madison, J./Jay, J., 1958: *Der Förderalist*, Wien.
- Krause, G., 1988: Zum Beitrag Thorstein B. Veblens im US-amerikanischen Institutionalismus, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 36. Jg., Heft 10 (1988), S. 1492–1511.
- Kuczynski, J., 1988: Brief an Günter Krause vom 24. Oktober 1988, im Besitz des Autors.
- Normano, J.F., 1943: *The spirit of American economics*, New York.
- Rutherford, M.C. (ed.), 1998: *The economic mind in America: Essays in the history of American economics*, London-New York.
- Samuels, W.J. (ed.), 2002: Richard T. Ely's „The story of economics in the United States“, Amsterdam-London-New York.
- Spiegel, H.W., 1960: *The rise of American economic thought*, Philadelphia-New York.
- Wilhite, V.G., 1958: *Founders of American economic thought and policy*, New York.

Rose-Luise Winkler

Nachtrag zu JK

Es mag etwas verwundern und vielleicht vermessen erscheinen, wenn ich heute hier anlässlich einer Ehrung zum 100. Geburtstag von Jürgen Kuczynski das Wort ergreife. Ich gehöre jener Generation an, die ihn im späten Alter persönlich kennen lernen konnte, und dieses Kennenlernen ist bei mir auch nur auf einige wenige persönliche Begegnungen beschränkt geblieben. Aber diese wenigen Male waren ausreichend, um ihn als Menschen achten und als Wissenschaftler akzeptieren zu lernen, unabhängig von seinem umfangreichen Schrifttum, das ich bis heute nur bruchstückhaft kenne. Kuczynski hatte eine wundervolle Art und Weise im Umgang, bei der einem jede Scheu genommen wurde, mit ihm zu diskutieren und auch „heikle“ fachliche Fragen ebenso wie Fragen im Alltagsbetrieb der Akademie anzusprechen. Er machte keinen Hehl daraus, daß er gleichzeitig auch immer Ideologe war, Partei ergriff für die Sache des „Sozialismus“.

An den Anfang möchte ich zwei Zitate von J. W. Goethe aus seinen „Schriften zur Naturwissenschaft“ stellen, deren Inhalt etwas mit dem Gegenstand unseres Gesprächs zu tun hat und die es verdienen, in die aktuelle Debatte über die Rolle von Akademien einbezogen zu werden:

„Gelehrte Gesellschaften, sobald sie, vom Gouvernement bestätigt, einen Körper ausmachen, befinden sich in Absicht der reinen Wahrheit in einer mißlichen Lage. Sie haben einen Rang und können ihn mitteilen; sie haben Rechte, und können sie übertragen; sie stehen gegen ihre Glieder, sie stehen gegen gleiche Korporationen, gegen die übrigen Staatszweige, gegen die Nation, gegen die Welt in einer gewissen Beziehung. *Im einzelnen verdient nicht jeder, den sie aufnehmen, seine Stelle; im einzelnen kann nicht alles, was sie billigen, recht, nicht alles, was sie tadeln, falsch sein* (Hervorhebung – R.W.); denn wie sollten sie vor allen andern Menschen und ihren Versammlungen das Privilegium haben, das Vergangene ohne hergebrachtes Urteil, das Gegenwärtige ohne leidenschaftliches Vorurteil, das Neuauftretende ohne miß-

trauische Gesinnung, und das Künftige ohne übertriebene Hoffnung oder Apprehension zu kennen, zu beschauen, zu betrachten und zu erwarten?

So wie bei einzelnen Menschen, um so mehr bei solchen Gesellschaften kann nicht alles um der Wahrheit willen geschehen, welche eigentlich ein überirdisches Gut, selbstständig und über alle menschliche Hilfe erhaben ist. Wer aber in diesem irdischen Wesen Existenz, Würde, Verhältnisse jeder Art erhalten will, bei dem kommt manches in Betracht, was vor einer höheren Ansicht sogleich verschwinden müßte“.¹

Goethe, der selbst Mitglied einer Vielzahl von Gelehrten-Gesellschaften war, darunter der Königlich Preußischen und Baiерischen Akademie, der Leopoldinischen-Carolinischen (Deutschen) Akademie der Naturforscher, der Kaiserlichen Akademie Sankt Petersburg, verfügte über die nötige Erfahrung und den historischen Weitblick, um solche Weisheiten aussprechen zu können. Überhaupt lassen sich erstaunlich viele, interessante Gedanken für Wissenschaftssoziologen in seinen naturwissenschaftlichen Schriften zu Fragen der Entwicklung von Wissenschaft, zum Verhältnis von Wissenschaftsdisziplinen zueinander, zur Bedeutung von Laien in der Wissenschaft, zur Art und Weise von Kooperation in der wissenschaftlichen Arbeit und vieles andere mehr finden. Dazu gehört auch die nachfolgende Bemerkung:

„Die außerordentlichen Männer des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts waren selbst Akademien, wie *Humboldt* (Hervorhebung – R.W.) zu unserer Zeit. Als nun das Wissen so ungeheuer überhand nahm, taten sich Privatleute zusammen, um, was den einzelnen unmöglich wird, vereinigt zu leisten. Von Ministern, Fürsten und Königen hielten sie sich fern. Wie suchte nicht das französische stille Konventikel die Herrschaft Richelieu abzulehnen! Wie verhinderte der englische Oxforder und Londner-Verein den Einfluß der Lieblinge Karls des Zweiten!

Da es aber einmal geschehen war und die Wissenschaften sich als ein Staatsglied im Staatskörper fühlten, einen Rang bei Prozessionen und andern Feierlichkeiten erhielten, war bald der höhere Zweck aus den Augen verloren; man stellte seine Person vor und die Wissenschaften hatten auch Mäntelchen um und Käppchen auf“.²

Unmittelbarer Anlaß für ein Gespräch, zu dem Jürgen Kuczynski mich zum Mittagessen in den Johannishof einlud – auch dies gehörte zu seinem Stil –,

1 J.W. Goethe, Sämtliche Werke. Jubiläumsausgabe in 40 Bänden. J.G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. Stuttgart und Berlin 1902–1907. Naturwissenschaftliche Schriften II, Bd.40, S. 272 (Zur Farbenlehre. Jean Jaques d'Ortous de Mairan).

2 Ebenda. Schriften zur Naturwissenschaft I, Bd.39, S. 66 (Maximen und Reflexionen).

war eine Rezension, die ich 1988 zu einem Buch von ihm „Die Intelligenz. Studien zur Soziologie und Geschichte ihrer Großen“, erschienen im Akademie-Verlag Berlin 1987³, im Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik veröffentlicht hatte.⁴

Als Wissenschaftssoziologin interessierte mich diese Veröffentlichung in besonderem Maße, weil in ihr viele Fragen nach der Spezifik der geistigen Arbeit und vor allem der Arbeit von Wissenschaftlern gestellt wurden. Jürgen Kuczynski hatte darin auch auf das Schöpferium der russischen und sowjetischen wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts hingewiesen und auf die mangelnde historische Aufarbeitung dieser Zeitperiode durch Marxisten selbst aufmerksam gemacht. Damit waren Fragen angesprochen, denen seit Beginn meiner Tätigkeit am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (1970)⁵ mein Interesse galt, zumal ich an der Lomonosow-Universität promoviert hatte und viele Impulse aus eigener Erfahrung aus dem Wissenschaftsbetrieb zwischen der Moskauer Universität und der Russischen Akademie empfangen hatte.

1984 war ich vom Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft ans Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR gewechselt. Hier war ich als Leiterin der Abteilung Edition tätig und für das Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik sowie für die gleichnamige Schriftenreihe des Instituts zuständig. Der empirischen Arbeit entrissen, wandte ich mich zunehmend Entwicklungsfragen der Wissenschaftssoziologie als Disziplin zu. Die Tätigkeit in der Edition erlaubte mir von 1986-1989 jährliche Gastaufenthalte an der Russischen Akademie, wo ich Literatur- und Archivstudien zu eben dieser Themenstellung – der Herausbildung der Wissenschaftsforschung und -soziologie in Rußland und in der Sowjetunion im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – durchführen konnte.⁶ Von dem in dieser Zeit gesammelten Fundus an Archivmaterialien profitiere ich noch heute.

3 Eine gleichnamige Lizenzausgabe erschien 1987 auch im Pahl-Rugenstein-Verlag.

4 Vgl. Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Akademie-Verlag Berlin 1988, S. 275–278.

5 Bereich Vergesellschaftung der Wissenschaft und wissenschaftliches Schöpferium (H.Steiner).

6 Ein Ergebnis dieser Arbeiten sind zwei russische Publikationen (Textsammlungen): Из истории социологии науки: Советский период 1917–1935 гг., Тюмень 1992. und У истоков формирования социологии науки (Россия и Советский союз – первая треть XX. в.), Тюмень 1998.

In unserem Gespräch bestärkte Jürgen Kuczynski mich in meinen Bemühungen um die Durchführung dieser Arbeiten. Natürlich fragte ich ihn auch nach seinen eigenen Erinnerungen an diese Zeit. Dabei spielte der Zweite Internationale Kongreß für Wissenschaftsgeschichte 1931 in London eine herausragende Rolle, auf dem, wie bekannt, erstmals eine repräsentative Delegation der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit Nikolai Bucharin teilnahm: „Wir waren alle begeistert“! – so Jürgen Kuczynski über John Desmond Bernal und die englische Wissenschaftler-Linke. Nach Boris Hessen befragt, sagte er: „Er war ein Held!“ Aber er erklärte mir auch freimütig, kein Russisch lesen zu können, was ich nicht vermutet hatte (ich hatte „Sonjas Rapport“ gelesen und daher angenommen, er müßte über eben solche Sprachkenntnisse verfügen). Erstaunlich war, wie er sich dennoch über vieles ein gutes und begründetes Urteil bilden konnte. Hinsichtlich der in der Stalinzeit begangenen Verbrechen, denen vor allem auch viele herausragende Wissenschaftler zum Opfer fielen, erklärte auch er mir, in jener Zeit davon kaum etwas gewußt zu haben – ein Phänomen, das für meine Generation nach wie vor schwer zu verstehen ist. Vielleicht muß man in dieser Zeit gelebt haben, um dies zu begreifen. Als wir unser Gespräch führten, stand mir die Entdeckung Nikolai Bucharins als Wissenschaftstheoretiker⁷ und vieler anderer russischer Natur- und Gesellschaftswissenschaftler noch bevor. Die von Bucharin herausgegebene Zeitschrift für Wissenschaftsforschung SORENA (und viele andere Zeitschriften und Publikationen) konnte man damals nur in Moskau am INION der (heute) Russischen Akademie gründlich durcharbeiten, wobei die Beiträge von Bucharin häufig entfernt worden waren, doch aus dem Inhaltsverzeichnis ließ sich manchmal auf ihr einstiges Vorhandensein schließen. Der Name Nikolai Bucharin spielte im Gespräch mit Jürgen Kuczynski keine Rolle.

Bevor ich auf einen weiteren Aspekt des Gesprächs zu meiner Rezension eingehe, möchte ich auf den engen Zusammenhang der obengenannten Fragestellung zum Charakter und zur Funktionsweise von Forschungsakademien hinweisen. Ein charakteristisches Merkmal der von mir untersuchten russischen und sowjetrussischen Arbeiten, die als Frühphase im Formierungsprozeß der Wissenschaftsforschung und -soziologie gelten können, ist ihre Einbindung in die akademische Grundlagenforschung. Sie reflektieren daher den Zusammenhang dieser Forschung zum Wissenschaftssystem insgesamt

7 Vgl. meine Rezension N.I.Bucharin. Wissenschaftstheoretische und -soziologische Arbeiten, *Sonderheft zum Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik*, Berlin 1990, S. 374–376.

in besonderem Maße. Die politischen Veränderungen in Europa und in Deutschland von 1989-1990 trugen bedeutend zur Aufarbeitung historischer Kenntnisse über die Entstehung und Entwicklung von Forschung und Wissenschaft, über unterschiedliche Arbeitsweisen und Arbeitskontexte im Wissenschaftssystem in beiden Teilen Deutschlands bei. Insbesondere mit der (staatlich verordneten) Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR begann eine Intensivierung dieser Aufarbeitung – in erster Linie von seiten der Betroffenen. Für die akademische Forschung greift sie tief in die Geschichte der Forschungsakademien im europäischen Kontext ein. Für das Verständnis der deutsch-deutschen Entwicklung in der Forschung sind die Untersuchung und Einbeziehung der osteuropäischen Länder, insbesondere der Forschungen an der Russischen Akademie in ihren historischen Beziehungen zu beiden Teilen Deutschlands unverzichtbar.

Es ist gegenwärtig eine paradoxe Situation entstanden. War es zum Ende der DDR gerade erst möglich geworden, Arbeiten zur Geschichte der Wissenschaftsforschung in Rußland und in der Sowjetunion auf der Grundlage von fundierten archivarischen Quellen durchzuführen, so wurde diesen Forschungen als Folge der staatlich verordneten Auflösung der DDR-Akademie die personelle und materielle Grundlage entzogen. Den universitären Bereichen der Osteuropaforschung waren und blieben diese Fragestellungen fremd und die bundesdeutsche Reflexion über die Rolle von Akademien blieb Vorstellungen über die Organisationsstrukturen von deutschen Akademien verhaftet, die aus der erhalten gebliebenen Struktur dieser Einrichtungen aus der Vorkriegszeit herrührten. Ein Ergebnis der Konfrontation mit der andersartigen Struktur der DDR-Akademie war die Debatte um die Frage nach Forschungsakademien vom Typus Gelehrtenengesellschaft im Verbund mit Forschungsinstituten. Dieser Typus von Akademien wurde im 20. Jahrhundert geschaffen. Die Debatte um diese Organisationsstruktur ist noch kaum begonnen, geschweige denn ernsthaft geführt worden. Politische Entscheidungen setzten bereits im Vorfeld unumkehrbare Bedingungen für die soziale und berufliche Existenz der Mehrzahl der an der DDR-Akademie Tätigen.

In dem von mir geleiteten ABM-Projekt „Sozialer und politischer Wandel in der europäischen Wissenschaftsintegration“ (bei KAI-AdW) wurde eine empirische Begleitforschung zur Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen von an der Akademie der Wissenschaften der DDR tätigen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen im Zeitraum von 1991-1993 durchgeführt. Sie war verbunden mit dem Versuch, eine Verallgemeinerung dieser Prozesse aus wissenschaftstheoretischer und -soziologischer Sicht vor-

zunehmen.⁸ Aus dieser Zeit stammt auch der unten wiedergegebene Text eines Interviews, das Jürgen Kuczynski schriftlich beantwortete und mir zuschickte. Die Fragen waren als Rahmen für ein mündliches Interview gedacht. Dazu ist es leider nicht mehr gekommen. Ich war ab September 1993 arbeitslos und später nahm ich eine Gasteinladung an die Universität Tjumen an, um meine Arbeiten zur Wissenschaftssoziologie weiterführen zu können und mich nicht genötigt zu sehen, weiterhin Arbeitslosenhilfe in Anspruch zu nehmen. So müssen wir uns mit diesen knapp gehaltenen Antworten begnügen. Ich denke aber, dass es im Sinn von Jürgen Kuczynski ist, dieses Interview hier öffentlich zu machen.

Ich möchte zwei Antworten besonders herausgreifen: Erstens. Es gibt eine Weltkrise der Forschung – im Gegensatz etwa zum 1. Drittel des 20. Jahrhunderts (Frage 8). Zweitens. Ich habe lange und seit den achtziger Jahren mit Erfolg für wissenschaftliche Schulen in der DDR gekämpft (Zusatzfrage).

Zur ersten Frage: Kann man wirklich von einer Weltkrise der Forschung sprechen und worin kommt diese zu Ausdruck? Stehen wir gegenwärtig tatsächlich an der Schwelle erheblicher Veränderungen in den sozialen Bedingungen der Organisationsweise in der wissenschaftlichen Arbeit? Oder sind diese Veränderungen, die wir auch in den osteuropäischen Ländern beobachten können, nicht vielmehr durch die Setzung politischer Rahmenbedingungen bewirkt worden? Die Entwicklung in der Bundesrepublik, vor allem in den neuen Bundesländern kann dafür nur sehr bedingt herangezogen werden.

In der Frage nach wissenschaftlichen Schulen zeigen sich die gravierenden Unterschiede im Wissenschaftsverständnis von Ost und West. Der Begriff der wissenschaftlichen Schule selbst ist der Mehrzahl bundesdeutscher Forscher fremd, für die amerikanische Wissenschaftsforschung existiert er nicht und nur allmählich dringt eine Vorstellung darüber in das Bewußtsein einzelner Wissenschaftler. Es war mir eine besondere Freude, heute hier einen Angehörigen der zweiten Schülergeneration von Jürgen Kuczynski mit einer sehr persönlichen Rede hören zu können.

Ein Ergebnis meiner Untersuchungen zeigt, dass ein nicht unbedeutender Anteil der im Auswahlsample befragten Akademieforscher sich zu wissenschaftlichen Schulen zugehörig fühlte – überwiegend im osteuropäischen

8 Vgl. R.-L.Winkler, Sozialer und politischer Wandel in der europäischen Wissenschaftsintegration – wissenschaftstheoretische und -soziologische Aspekte, in: Kolloquium Innovative Forschung in der WIP-Nachfolge. Hrsg. WIP-Rat Berlin, GEW Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2000, S. 187–190.

Wissenschaftsraum. Mit der Liquidierung der DDR-Akademie wurden diese historisch gewachsenen Bindungen zerstört.

Überhaupt kann man eine Unterschätzung der wissenschaftlichen Ergebnisse und Erfahrungen der Akademien der osteuropäischen Länder konstatieren, was nicht nur auf mangelnde Sprachkenntnisse zurückzuführen ist. Die Kenntnis der russischen Sprache gilt mittlerweile als Attribut für Exoten. Auch deswegen ist mir die Veröffentlichung meiner Arbeiten zur russisch-sowjetischen Wissenschaftsforschung und -soziologie so wichtig.

Damit komme ich nochmals auf die oben genannte Rezension zurück: Im Buch ist anstelle eines Nachwortes ein Brief von John Knight abgedruckt. Darin heißt es: „Lieber Genosse Kuczynski: Vielen Dank für die Möglichkeit, Ihr Manuskript zu lesen, und auch Ihre Bitte, es kritisch, sehr kritisch zu behandeln. Ganz offen gesagt, ich habe es zweimal lesen müssen, um eine kritische Distanz zu gewinnen.“⁹ Und dann folgen eine Reihe ernster Einwände zum vorliegenden Buch, anregend und einschränkend in der Gesamtaussage zugleich.

Ich muß gestehen, mich hatte das Buch seinerzeit sehr gefesselt (es fesselt mich auch heute noch), und man wird beim Lesen dazu verführt, die kritische Distanz zu vergessen. Zu den Grundaussagen meiner Rezension habe ich nichts hinzuzufügen, auch wenn ich heute einiges anders sehen würde. Aber Jürgen Kuczynski machte mich explizit auf das kritische (von ihm unter dem Pseudonym John Knight verfaßte) Nachwort aufmerksam. Und er gab mir noch eine Empfehlung: Wenn wissenschaftliche Arbeiten nicht die notwendige Resonanz finden, aus welchen Gründen auch immer, dann ist es legitim, diese Arbeiten gegebenenfalls auch unter Pseudonymen im In- und Ausland in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Jürgen Kuczynski war ein Meister in diesem Metier. Ich habe erst viel später den tiefen Sinn dieser Empfehlung verstanden. Von ihm können wir heute noch viel lernen.

9 J. Kuczynski, *Die Intelligenz. Studien zur Soziologie und Geschichte ihrer Großen*. Akademie-Verlag Berlin 1987, S. 336.

Dokumentation

Text eines Interviews, das Rose-Luise Winkler mit Jürgen Kuczynski führte.

<i>Interviewfragen</i>	<i>Antwort von J.K. vom 4. Oktober 1993</i>
1. Waren Sie von der Auflösung der Akademie der Wissenschaften überrascht? Wären andere Lösungen für Sie denkbar gewesen? Wann haben Sie von der Auflösung der Akademie erfahren? Durch wen haben Sie von der Auflösung erfahren?	1. Ja, ich war von der Auflösung der Akademie überrascht. Ich hatte an verschiedene, für die deutsche Wissenschaft weniger katastrophale, Lösungen gedacht
2. Wie beurteilen Sie das Forschungsprofil und die Forschungserfahrung der Mitarbeiter der ehemaligen Akademie der Wissenschaften? Bitte nehmen Sie nur zu der Ebene Stellung, die Sie persönlich beurteilen können!	2. Was die Gesellschaftswissenschaften betrifft, so hat die Akademie, zu ihren Mitgliedern leider, genau wie die Akademien in der alten BRD, zahlreiche mittelmäßige, aber als Karrieristen begabte, Forscher gezählt. Ihr Niveau war nicht höher und nicht niedriger als das der Akademien in der alten BRD.
3. Kannten Sie die Forschungsorganisation und Forschungsfinanzierung bundesdeutscher Institute vor der Vereinigung? Wenn Sie einen Vergleich zu Ihrer Forschungstätigkeit vor und nach der Wende/ sprich Vereinigung/ ziehen würden, worin unterscheiden sich Ihrer Meinung nach beide voneinander?	3. Meine Kenntnisse reichen nicht zu einer sachgemäßen Äußerung aus.
4. Was empfinden Sie besonders positiv in Ihrer jetzigen Arbeitssituation? Wie hat sich die Qualität der Forschungsbedingungen im Vergleich zur Zeit vor 1990 verändert? materiell-technische Ausstattung finanzielle Mittel personelle Möglichkeiten inhaltliche Rahmenbedingungen zeitliche Rahmenbedingungen Was hat sich gegenüber vorher verbessert?	4. Meine jetzige Arbeitssituation als Rentner ist ausgezeichnet. Ich veröffentliche 2 Bücher pro Jahr und etwa 100 Artikel, die im Inland wie im Ausland veröffentlicht werden.

5. Was empfinden Sie als besonders negativ in Ihrer jetzigen Arbeitssituation? Was hat sich gegenüber vorher verschlechtert?	5.u.6. Die schlimme Situation so vieler Kollegen, denen ich nur selten wirklich helfen kann.
6. Was belastet Sie am meisten?	
7. Haben Sie die Vereinigung beider deutscher Staaten begrüßt?	7. Ich war 1990 für eine Konföderation der beiden deutschen Staaten.
8. Worin besteht Ihrer Meinung nach die Spezifik akademischer Forschung gegenüber universitärer Forschung und Lehre in der Gegenwart? Kann man von einer Krise der Wissenschaft in der heutigen Gesellschaft sprechen? Sind Forschungsakademien vom Typus Gelehrtengesellschaft – im Verbund mit Forschungsinstituten heute überholt?	8. Es gibt eine Weltkrise der Forschung – im Gegensatz etwa zum 1. Drittel dieses Jahrhunderts
9. Würden Sie den wissenschaftlichen Entwicklungsweg, den Sie gegangen sind als positiv für sich selbst ansehen oder würden Sie sich andere Möglichkeiten wünschen, wenn Sie noch einmal vor der Wahl stünden?	9. Ich hatte einzigartiges Glück mit meinem Entwicklungsweg, beginnend mit meinem Studium an der deutschen Glanzuniversität für Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, Heidelberg, fortgesetzt im Alter von 22 Jahren als Gründer und Leiter des Forschungsinstituts der amerikanischen Gewerkschaftszentrale
10. Wie hoch ist Ihrer Meinung nach der Einfluß politischer Faktoren im gegenwärtigen Integrationsprozeß der Wissenschaft von Ost und West und worin würden Sie diese sehen?	10. Ist für mich schwer zu übersehen.
Vielleicht noch eine abschließende Frage: Fühlen Sie sich einer wissenschaftlichen Schule zugehörig? Für wie wichtig halten Sie wissenschaftliche Schulen?	Ich habe lange und seit den achtziger Jahren mit Erfolg für wissenschaftliche Schulen in der DDR gekämpft.

Peter H. Feist

Richard Hamann. Zum 125. Geburtstag des wirkungsreichen Kunsthistorikers

Kurzvortrag vor der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 13. 5. 2004, erweiterte und mit Anmerkungen versehene Fassung

Richard Hamann (29.5.1879–9.1.1961) zählte zweifellos zu den wirkungsreichsten und eigensinnigsten, darum auch heftig umstrittenen deutschen Kunsthistorikern.¹ 1949 wählte die Deutsche Akademie der Wissenschaften den Siebzigjährigen zu ihrem Ordentlichen Mitglied. Im gleichen Jahr gehörte er zu den Ersten, die den Nationalpreis erhielten. Beide Auszeichnungen würdigten jahrzehntelange fachliche Leistungen einer achtunggebietenden Persönlichkeit, aber ebenso ein in der damaligen Zeit außergewöhnliches Eintreten für die Bewahrung des Zusammenhalts der Wissenschaft in Deutschland, das in eben diesem Jahr in zwei Staaten geteilt wurde. Hamann war seit 1913 Ordinarius in Marburg, nahm aber im April 1947 zusätzlich eine Gastprofessur an der Humboldt-Universität in Berlin an. Die Bitte der Fakultät hatte ihm der junge Philosoph Wolfgang Heise überbracht. In Berlin hatte Hamann 1902 nach nur sechs Semestern Studium der Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte bei Wilhelm Dilthey mit einer über ein Wochenende geschriebenen Dissertation zum Thema *Das Symbol* als Philosoph promoviert und sich 1911 als Kunsthistoriker bei Heinrich Wölfflin habilitiert. Jetzt pendelte er im wochenweisen Wechsel unermüdlich mit den gleichen Vorlesungen und Übungen zwischen Marburg und Ostberlin,

1 Vgl. zuletzt Peter H. Feist: Hamann, Richard, in: Metzler Kunsthistoriker Lexikon. Zweihundert Porträts deutschsprachiger Autoren aus vier Jahrhunderten. Von Peter Bethausen, Peter H. Feist und Christiane Fork unter Mitarbeit von Karin Rührdanz und Jürgen Zimmer, Stuttgart/Weimar 1999, S. 146–149 (Bibliogr.); Ernst Badstübner: Richard Hamann – ein fast vergessener Kunsthistoriker des 20. Jahrhunderts, in: Kunst. Kontext. Geschichte. Festgabe für Hubert Faensen zum 75. Geburtstag, hsg. von Tatjana Bartsch und Jörg Meiner, Berlin 2003, S. 267–284. – Mit Dank benutze ich Informationen aus dem Vortrag von Jost Hermand über Naturalismus oder Repräsentation in der Kunst der frühen Neuzeit in der Sicht Richard Hamanns, gehalten am 27. 6. 1994 an der Technischen Universität Berlin und am 28. 6. 1994 an der Humboldt-Universität Berlin.

leitete ab Mai 1948 kommissarisch das Kunsthistorische Institut der Humboldt-Universität und seit Ende 1952 auch den Wissenschaftlichen Beirat für die Fachrichtung Kunstgeschichte beim Staatssekretariat für das Hochschulwesen der DDR. Das verziehen ihm die Konservativen im Westen nicht.

Seine Mitgliedschaft in der Akademie nutzte der mittlerweile in Marburg Emeritierte 1954 dazu, an der Akademie eine Arbeitsstelle für Kunstgeschichte zu gründen. In ihr entstanden verschiedene Corpusprojekte zu mittelalterlicher Kunst, einem bevorzugten Forschungsgebiet Hamanns, sowie Bibliographien zur Kunstgeschichte und die Neubearbeitung von Georg Dehios unersetzlichem *Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler*, beides für das Gebiet der DDR.² Hamann leitete die Arbeitsstelle, unterstützt durch seinen Stellvertreter Prof. Dr. Edgar Lehmann und zuletzt gegen Erschöpfung seiner Kräfte ankämpfend, bis zu seinem Tode, der ihn während einer Urlaubsreise im Allgäu ereilte.³

Richard Hamann war schon durch seine Herkunft als kunstfern aufgewachsener Sohn eines Landbriefträgers in der Altmark eine Ausnahmefigur unter seinen bildungsbürgerlichen Zunftgefährten. Martin Warnke, heute Professor in Hamburg und bislang einziger Kunsthistoriker, dessen Forschungen durch den Leibniz-Preis gewürdigt und gefördert wurden, schrieb 1981: „Richard Hamann ist wohl einer der ersten Repräsentanten der Unterschichten im Arcanum der Kunstwissenschaft, und gewiss der einzige, der diese Provenienz theoretisch und praktisch in das Fach eingebracht hat“.⁴ Will sagen: In das Fach in Deutschland vor 1945. Hamann war kein Marxist, aber, wie sein Marburger Schüler und späterer Mitarbeiter, der Germanist Jost Hermand, 1994 in einem Vortrag sagte, ein Linksaktivist, der beispielsweise einst neben Rosa Luxemburg und Franz Mehring im Berliner Arbeiterbildungswerk unterrichtete. Vieles in seiner Denkart und Lebenshaltung, für die der Begriff „Leistung“ im Mittelpunkt stand, und in seiner Einstellung zu den Kunstrichtungen des 19. und 20. Jahrhunderts, dazu sein humanistischer Antifaschismus prädestinierten ihn für sein Verhalten beim demokratischen Neuaufbau der Nachkriegsjahre. Dass er 1950 vehement gegen die Sprengung des Berliner Stadtschlusses protestierte, wurde ihm von der Obrigkeit

- 2 Vgl. Ernst Schubert: Edgar Lehmann: Forscher, Wissenschaftsorganisator und Universitätslehrer zum 20. September 1989, in: Bau- und Bildkunst im Spiegel internationaler Forschung (Festschrift zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Edgar Lehmann), Berlin 1989, S. 9–13.
- 3 Richard Hamann in memoriam. Mit zwei nachgelassenen Aufsätzen und einer Bibliographie der Werke Richard Hamanns (Schriften zur Kunstgeschichte, hsg. von Richard Hamann+ und Edgar Lehmann, Heft 1), Berlin 1963.
- 4 Martin Warnke: Richard Hamann, in: Marburger Jahrbuch für Kunstwissenschaft 20, 1981, S. 11–20, S. 11.

der DDR stillschweigend nachgesehen. Dann aber entließ ihn, der allerdings schon 78 Jahre alt war, Staatssekretär Wilhelm Girus 1957 auf ziemlich entwürdigende Art aus dem Lehramt an der Humboldt-Universität und damit aus der Funktion als Beiratsvorsitzender. Er sollte nicht länger ein Hindernis bei der Festigung der politischen Führung durch die SED auch im Fach Kunstgeschichte sein können. In der Akademie blieben Hamann noch drei Arbeitsjahre vergönnt. Dass die Akademie nach ihrer Reform die Arbeitsstelle für Kunstgeschichte 1971 abschaffte und nur die Bearbeitung des Dehio-Handbuches im Institut für Denkmalpflege fortgesetzt wurde, war dann ein ernster Schaden für die Leistungsfähigkeit des Faches in der DDR.

Es kann hier nicht darum gehen, alle Erträge von Hamanns Forschungen zu nennen oder gar zu bewerten. In aller Kürze sei nur darauf hingewiesen, dass er als junger Doktor, abgesehen von allgemeinen kunstphilosophischen und methodologischen Grundsatzfragen, die ihn durchgängig beschäftigten,⁵ gleichzeitig auf drei weit auseinander liegenden Feldern der Kunstgeschichte zu arbeiten begann, die ihn lebenslang anzogen: romanische Architektur und Plastik, die Kunst Rembrandts, die deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts. Mit „Die Kapitelle im Magdeburger Dom“⁶ habilitierte er sich. Zum Anteil südfranzösischer Bauten und Skulpturen am Übergang vom romanischen zum gotischen Stil vertrat er von „Deutsche und französische Kunst im Mittelalter, I“⁷ bis zu der im Akademieverlag herausgegeben „Summa“ seiner Bemühungen „Die Abteikirche von St. Gilles und ihre künstlerische Nachfolge“⁸ eine von den meisten Forschern abweichende Ansicht. Der eigenwillige Protestant Rembrandt, über dessen Radierungen er 1906 erstmals publizierte, war der einzige Künstler, dem er nach einem methodisch wichtigen Aufsatz eine ausführliche Monographie widmete, deren erste Auflage 1944 noch vor der Auslieferung durch einen Bombenangriff verbrannte.⁹ Seine neue Auffassung von der deutschen Malerei im 19. Jahrhundert schrieb Hamann zuerst angesichts der von ihm kritisch gesehenen sog. „Jahrhundertausstellung“ in der Berliner Nationalgalerie nieder (die drei Bändchen erschienen noch während deren

-
- 5 Z.B. Richard Hamann: Zur Begründung der Ästhetik, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft 10, 1915, S. 113–160; ders., Die Methode der Kunstgeschichte und die allgemeine Kunstwissenschaft, in: Monatshefte für Kunstwissenschaft 9, 1916, S. 64–78, 103–114, 141–154.
 - 6 in: Jahrbuch der Preußischen Kunstsammlungen 30, 1909, S. 56–80, 108–138, 193–218.236–270.
 - 7 Marburg 1922.
 - 8 3 Bde., Berlin 1955.
 - 9 Hagars Abschied bei Rembrandt und im Rembrandt-Kreise, in: Marburger Jahrbuch für Kunstwissenschaft 1936, S. 471–578; Rembrandt, Leben und Werke, Berlin 1948.

Laufzeit!)¹⁰, und anschließend in einem Buch, das einen zeitgenössischen Stil mehrerer Künste in übergreifende kulturelle und lebenspraktische Tendenzen einbettete und kritisierte.¹¹ Nach mehreren weiteren Arbeiten griff er diesen Stoff gegen Lebensende noch einmal in weit ausgreifender Weise auf, musste die Formulierung seiner Gedanken aber einem jüngeren Mitarbeiter überlassen.¹²

Hamanns Verständnis der Kunst und ihrer Geschichte kann hier nicht so eingehend beleuchtet werden, wie ich es vor 25 Jahren in einem Vortrag in der Akademieklasse versuchte.¹³ Ich kann auch seine großartigen wissenschaftsfördernden Leistungen an seiner Marburger Wirkungsstätte nur erwähnen: Gründung eines eigenen Verlages des kunsthistorischen Institutes, des „Marburger Jahrbuchs für Kunstwissenschaft“, eines Universitätsmuseums, eines Forschungsinstitutes, in erster Linie aber des Bildarchivs „Photo Marburg“, aus dem auch Bildpostkarten verbreitet wurden. Dafür fertigte Hamann selbst als „Kuli der Kunstgeschichte“, Assistenten und Studenten gnadenlos mit einspannend, in vielen Ländern tausende Fotos an.

Ich will nur Einiges an seinem Wissenschaftskonzept hervorheben, das nach meiner Meinung auch in der künftigen Entwicklung des Faches Kunstgeschichte beachtet werden sollte. Hamann verband sein starkes volksbildnerisches Anliegen, über die Besonderheit und den Lebenswert *aller* künstlerischen, bildschaffenden Weltaneignung aufzuklären, mit einer entschiedenen persönlichen Bewertung ihrer verschiedenartigen Ausprägungen. Seine ganze Sympathie galt allem, womit bisher Benachteiligte gegen herrschende Mächte rebellierten, und er verabscheute Herrschaftsrepräsentation, Unterdrückendes und konservative Konventionen.

Er suchte beharrlich nach einer Lösung des Problems, wie die spezielle Entwicklung der Kunst, die sich durch die schöpferischen Leistungen der Kunstschaffenden vollzieht, zu den allgemeinen Entwicklungen der geistigen Kultur, der Lebensweise, der ökonomischen, sozialen und politischen Geschichte in Beziehung zu setzen sei. Bei aller Hochachtung vor individueller

10 Ein Gang durch die Jahrhundert-Ausstellung (1775-1875). Betrachtungen über Entwicklung und Zusammenhänge in der deutschen Malerei, 3 Bde., Berlin 1906.

11 Der Impressionismus in Leben und Kunst, Köln 1907.

12 Richard Hamann/ Jost Hermand: Deutsche Kunst und Kultur von der Gründerzeit bis zum Expressionismus, 5 Bde., Berlin: I. Gründerzeit, 1965, II. Naturalismus, 1959, III. Impressionismus, 1960, IV: Stilkunst um 1900, 1967, V: Expressionismus, 1975. (Abfolge und Zeitpunkte des Erscheinens sind auch Indizien für die Kulturpolitik in der DDR).

13 Peter H. Feist: Beiträge Richard Hamanns zur Methodik der Kunstgeschichtsschreibung (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gesellschaftswissenschaften) Jahrg. 1980, 1 G, Berlin 1980.

Leistung und mit einer ausgeprägten Fähigkeit, die Eigenart eines Künstlers wie eines einzelnen Werks zu erkennen und in knappen, eindringlichen, oft provokant zuspitzenden Formulierungen zu kennzeichnen, sah er in allem Einzelnen doch vor allem Beispiele für übergreifende Tendenzen.

Es ging ihm um eine Gesamtvorstellung von der Kunstgeschichte als einem als gesetzmäßig angesehenen „sinnvollen Verlauf geistigen Lebens“¹⁴, als einem Zusammenhang unlöslich miteinander verketteter Ereignisse, die immer Voraufgegangenes als Voraussetzung in sich aufgenommen und verarbeitet haben. Deshalb habe jede Zeit *ihre* Kunst, und jeder „Stil“, worunter er „Vollkommenheit der anschaulichen Beziehungen“ verstand, sei Ausdruck des Kunstbedürfnisses einer bestimmten Zeit bzw. eines produktiven Künstlers und werde nur von ihr bzw. ihm „gekonnt“.¹⁵ Historisierende Wiederholung älterer Formen sah er darum als minderwertig an.

Dabei würden „alle Formen aus dem Lebensgehalt einer Zeit heraus geboren“¹⁶, und nahm Hamann wegen dieser Verquickung der Kunst mit dem Leben auch alles Dargestellte, sowie die lebenspraktischen Funktionen von Bild- und Bauwerken wichtiger, als es die „formalistische“ Kunstauffassung tat, die bei seinen Vorgängern und vielen Zeitgenossen herrschte. Hamann hielt zwar an der Konzeption von jeweils einheitlichen „Zeitstilen“ fest, die leider bis heute populär ist, stieß aber dabei auch zu Einsichten in das gleichzeitige Neben- und Gegeneinander ganz verschiedener Tendenzen, Welthaltungen und Wertsetzungen vor, die er freilich nur ansatzweise auf Existenz und Auseinandersetzungen gegensätzlicher sozialer Kräfte zurückführte.

Ähnlich der später aufgekommenen rezeptionsgeschichtlichen Methodik unterschied Hamann auf eine sehr anregende Weise zwischen verschiedenen, in geschichtlichen Phasen jeweils vorherrschenden Einstellungen sowohl der Betrachter, als auch der Produzenten zu Bildern und dem in ihnen Dargestellten. Er nannte diese Einstellungen An-Sehen, Zu-Sehen, Ein-Sehen und Schau.¹⁷

Richard Hamann hinterließ ein hart erarbeitetes, beeindruckendes Lebenswerk. Seine „Geschichte der Kunst von der altchristlichen Kunst bis zur Gegenwart“ erschien von 1933 bis 1965 in über 400 000 Exemplaren, darunter in Lizenzausgaben des Akademie-Verlags ab 1955.¹⁸ Nachdem er als Pro-

14 Richard Hamann: *Geschichte der Kunst*, Berlin 1933, S. 7.

15 ebda., S. 22.

16 ebda.

17 Richard Hamann: *Theorie der bildenden Künste*, Berlin 1980 (Mit einem Vorwort des Herausgebers Richard Hamann-Mac Lean und einem Nachwort von Peter H. Feist).

18 Berlin 1933, neue erweiterte Ausg. Berlin(W)/Darmstadt 1951, Berlin 1955, 1959, 1965.

fessor noch ein Archäologiestudium nachgeholt hatte, legte er 1952 noch die „Geschichte der Kunst von der Vorgeschichte bis zur Spätantike“ nach, ebenfalls in West und Ost und in über 100 000 Exemplaren.¹⁹ Er hatte sich schon zuvor mit eigenen Büchern auf Gebiete gewagt, die gemeinhin nur die Spezialisten der Archäologie für sich beanspruchen.²⁰ Hamann war stolz, fast alle rund 2000 in der „Geschichte der Kunst“ abgebildeten Objekte selbst gesehen und die meisten selbst fotografiert zu haben.

Besonders vorbildlich erscheint mir, wie Hamann jedesmal seinen wissenschaftlichen Standpunkt, seinen Kunstbegriff und sein Geschichtsbild und damit die Prämissen seiner Vorgehensweise offen darlegte, so dass die Leser seinen Überlegungen und Argumenten kritisch folgen können. Auch wenn man sich von der „Geschichte der Kunst“, der nachgereichten „Theorie der bildenden Künste“ und den 5 Bänden „Deutsche Kunst und Kultur von der Gründerzeit bis zum Expressionismus“, die Jost Hermand bis 1975 vollendete, immer wieder zu Einwänden gegen einzelne Meinungen herausgefordert findet, überwiegt doch die Fülle von Anregungen durch Hamanns hellsichtige und temperamentvolle Deutungsvorschläge.

Zum Abschluss möchte ich zustimmend zwei gewichtige Urteile über ihn zitieren. 1933 schrieb der 70-jährige Adolph Goldschmidt, bald darauf von den Nazis verfolgte Mitglied der Berliner Akademie, in einer Rezension der „Geschichte der Kunst“: „Das Ganze ist doch etwas Einheitliches, von Anfang bis zu Ende selbständig Durchdachtes, ... ob jeder Leser damit auf die richtige Fährte geleitet wird, bleibt eine offene Frage“.²¹ 1983 schrieb Rudolf Zeitler, der vor 1933 bei Hamann studiert hatte, bevor er nach Schweden emigrierte, wo er einer der führenden, international hoch geachteten Kunsthistoriker dieses Landes wurde, nach methodenkritischen Einwänden gegen Hamanns programmatische Frühschrift „Der Impressionismus in Leben und Kunst“: „Was er [d. h. Richard Hamann] im Beschreiben von Kunstwerken geleistet hat, ist nicht lehrbar, aber es setzt ein Maß, das hoffentlich vorbildlich bleibt“.²²

19 München 1952, Berlin(W)/Darmstadt 1952, Berlin 1955, 1957, 1959, 1962, 1963.

20 Richard Hamann: *Olympische Kunst*, Marburg 1923; *Ägyptische Kunst, Wesen und Geschichte*, Berlin 1944.

21 Adolph Goldschmidt in: *Zeitschrift für Kunstgeschichte* 2, 1933, S. 221–222.

22 Rudolf Zeitler: Richard Hamanns Buch „Der Impressionismus in Leben und Kunst“, 1907. Notizen zur Ideengeschichte, in: Ekkehard Mai, Stephan Waetzoldt, Gert Wolandt, hsg.: *Kunst, Kultur und Politik im Deutschen Kaiserreich*, Bd. 3: *Ideengeschichte und Kunstwissenschaft*, Berlin 1983, S. 293–311, Zitat S. 310.

Dejan Medaković

Anton Springer und die Serben

Zum Abschluss meiner Abhandlung über die deutsch-serbischen Verbindungen in der Kunstgeschichte schrieb ich: „Und dennoch muss man annehmen, dass trotz ihres zweifelsfreien Rückgangs die deutsch-serbischen Verbindungen auf dem Gebiet der Kunstgeschichte noch nicht bis zum Ende ausgeschöpft sind.“¹ Und tatsächlich stoßen wir auf neue Fakten derartiger Verbindungen, wobei jene besonders interessant sind, die sich auf die sogenannte Zeit der Konstitutionalisten in Serbien zwischen 1842 und 1858 beziehen. Im Rahmen der europäischen Politik war das die Periode, in der die damaligen Großmächte mit Problemen konfrontiert waren, die an Schärfe zunahmen und durch die sogenannte Orientalische Frage ausgelöst wurden, durch die die Suche nach Wegen, um die Krise des Osmanischen Reiches² zu lösen, das sich als betagter Staat im politischen Niedergang befand. Der Zustand des „kranken Mannes vom Bosphorus“ entfachte unweigerlich das Bestreben der europäischen Mächte, politischen Einfluss auf den Balkan zu nehmen, wo sich der Konstituierungsprozess unabhängiger Balkanstaaten deutlich verstärkte, die damals noch die Oberherrschaft des Sultans, dessen Vasallen sie waren, anerkannten. Daher überrascht auch die Tatsache nicht, dass eben zu dieser Zeit programmatische Schriften verfasst wurden, die Wege zur völligen Befreiung und zur staatlichen Eigenständigkeit wiesen. Ein solches Programm stellte für die Serben der serbische Politiker Ilija Garašanin³ auf, wobei über die Entstehung dieses Programms, über die Autorenschaft und über mögliche ausländische Einflüsse bis in die Gegenwart eine lange und umfangliche Polemik geführt wurde.⁴ In Garašanins Schrift wurde klar die Richtung motiviert, in die sich der neue serbische Staat entwickeln

- 1 Deutsch-serbische Verbindungen in der Kunstgeschichte. In: Südost-Forschungen (München), Bd. XLVIII 1989, S. 175. Serbische Fassung in: Izabrane srpske teme. Beograd 1996, S. 178.
- 2 Vasilj Popović: Istočno pitanje. Beograd 1928.
- 3 Vgl. D. Strajanković: Kako je postalo Garašaninovo „Načertanije“. Spomenik SKA, XCI, Beograd 1939, S. 76–102; Radoš Ljušić: Knjiga o Načertaniju. BIGZ, 1993, S. 151–165.
- 4 Vgl. Vorwort von Vasilije Krestić zu: Ilija Garašanin. Načertanije. Beograd 2003, S. 5–29,

sollte. Es wurden die Fundamente begründet, von denen diese Entwicklung ausgehen sollte. Garašanin schrieb: „Diese Basis und diese Grundmauern des serbischen Reiches müssen also jetzt immer mehr von Ruinen und Schutt gereinigt werden, sie müssen ans Tageslicht befördert werden, damit auf diesen festen und dauerhaften Grundmauern ein neues Gebäude errichtet und weiter ausgebaut wird. Dadurch wird dieses Unternehmen in den Augen aller Völker und Regierungen größte Wichtigkeit und höchste Bedeutung gewinnen, denn wir Serben werden uns dann vor der Welt als die wahren Erben unserer großen Vorfahren erweisen. Die Serben beginnen nichts Neues, sie erneuern ihr Vaterland. Wir haben keine Gegenwart ohne Bündnis mit der Vergangenheit, beides bildet ein untrennbares Ganzes, und daher stehen das Serbentum, seine Nationalität und sein staatliches Leben unter dem Schutz des heiligen historischen Rechts.“⁵ Wenn auch diese gut begründeten Vorhaben im politischen Leben Serbiens Fuß fassten und dem jungen Staat Impulse zur Verwirklichung seiner grundlegenden politischen Ziele gaben, so spielten doch die europäischen Großmächte Frankreich, England, Österreich, Russland und bald auch Preußen in der Frage der Festigung und Entwicklung des serbischen Fürstentums eine bedeutende Rolle.⁶ Interessant ist, dass Preußen am 7. September 1853 in Belgrad eine evangelische Brüdergemeinde unter der Schirmherrschaft seines Konsuls gründete.⁷ Ihr Pastor wurde am 21. Mai 1859 Dr. Daniel V. Coelen, ein Freund des serbischen Volkes und Autor des Buches „Serbien und die Serben“ (Berlin 1865). Ohne Übertreibung kann man sagen, dass damals in ganz Europa zahlreiche verschiedenartige Publikationen zur Balkanfrage erschienen, darunter Reisebeschreibungen, politische Broschüren und polemische Schriften, wobei die Autoren – genauer ihre Wertungen und Einschätzungen – oft von den Interessen ihrer Staaten abhängig waren. Besonders interessant ist der Standpunkt, den die sogenannten Jungdeutschen, Teilnehmer an der Revolution von 1848, die ihren liberalen und demokratischen Prinzipien treu blieben, anlässlich der Orientalischen Krise einnahmen.⁸ Besonders Eduard Rüffer, Wilhelm Rüstow und Gustav Rasch erwarben sich große Verdienste um die Serben. Unter ihnen ragt der Dramatiker Eduard Rüffer hervor, der in seinen politischen Schriften, vor allem in dem Buch „Die Balkanhalbinsel und ihre Völker vor der Lösung der Orientalischen Frage“ (Prag 1869) energisch die serbischen Interessen verteidigte.⁹

5 Ilija Garašanin: Načertanije....S.34.

6 I. A. von Reiswitz: Berlin-Belgrad, Belgrad-Berlin. München, Berlin 1936. Hier behandelt der Autor auch den wachsenden Einfluss Preußens auf die Orientalische Krise.

7 Vgl. Gedenkschrift an die Gründung und an die Entwicklung der Evangelischen Kirchen und Schulgemeinde zu Belgrad (Serbien). Belgrad 1905, S. 7.

8 Vgl. Zoran Konstantinović: Deutsch-serbische Begegnungen. Berlin 1997, S. 97.

9 a.a.O.

Im Gegensatz zu Karl Marx und Friedrich Engels beurteilten alle diese Schriftsteller mit größter Sympathie die Freiheitsbestrebungen der Balkanvölker und besonders der Serben, wobei sie bewusst auch deutsche Staatsinteressen ignorierten.¹⁰ Einige von ihnen bereisten persönlich Serbien und Montenegro, so der Jurist Gustav Rasch, der seine Ansichten und Eindrücke in dem Buch „Die Frage an der unteren Donau und die Orientalische Frage“ (Breslau 1867) darlegte, dem er noch zwei Bücher folgen ließ: „Die Türken in Europa“ (Prag 1873) und „Der Leuchtturm des Ostens. Serbien und die Serben“ (Prag 1873).¹¹

Diesen aufgeklärten und von humanistischen Idealen erfüllten Deutschen muss auch der große Kunsthistoriker Anton Springer zugesellt werden, dessen Überlegungen zur Orientalischen Krise größte Aufmerksamkeit verdienen. Sie weisen diesen Gelehrten als trefflichen Polemiker und politischen Schriftsteller aus. In seinem Erinnerungsbuch „Aus meinem Leben“ (Berlin 1892) zeichnet er die bewegte Biographie eines europäischen Intellektuellen. Als Springer aus Prag nach Bonn ging, war er bereits als Journalist, Politiker und Historiker bekannt.¹² Im November 1848 hielt er an der Prager Universität Vorlesungen zur Geschichte der Revolutionszeit. Diese Vorlesungen, in freiheitsliebendem Geist gehalten, waren die ersten freien Worte, die in Österreich vom Katheder gesprochen wurden.¹³ Nach Studienreisen durch Belgien, Frankreich und England kehrte Springer nach Prag zurück, um dort die Redaktion der föderalistisch orientierten „Union“ zu übernehmen, die aber bald verboten wurde.¹⁴ In Bonn entfaltete Springer sein journalistisches Können, wobei er als Mitarbeiter von Kölner Zeitungen und später der Zeitschriften „Der Grenzbote“ und „Im neuen Reich“ auf seine Unabhängigkeit Wert legte. In allen wichtigeren Arbeiten Springers wird stets sein Eintreten für die Interessen des jungen serbischen Fürstentums deutlich, dessen politische Bemühungen er mit Sympathie verfolgte.¹⁵

Allein auf der Grundlage seiner zahlreichen Publikationen kann man ersehen, in welchem Maße Springer für die Serben gewirkt hat. In unserer Literatur gibt es keine direkten Belege für diese Verbindungen. Nur in der

10 a.a.O.

11 a.a.O.

12 Wilhelm Waetzold: Deutsche Kunsthistoriker. Bd. 2; von Passavant bis Justi, 3. Aufl., Berlin 1986, S. 107.

13 Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 35. Leipzig 1893, S. 315. Über Springer in Prag vgl. auch: AnĚela Horová: Anton Springer in Prag. In: 100 Jahre Kunstwissenschaft in Leipzig. Leipzig 1975.

14 a.a.O.

15 Vgl. Paul Clemen: Springer Anton. In Allgemeine Deutsche Biographie. XXXV, Leipzig 1893, S. 315–317.

Korrespondenz zwischen Ilija Garašanin und Jovan Marinović wird Anton Springer an einer Stelle erwähnt. Garašanin weilte damals in Paris, von wo aus er im Brief vom 19. Juni 1852¹⁶ an Jovan Marinović die Frage stellt: „Was wurde in Bezug auf Springer festgelegt und wie wurde Ihre Vereinbarung mit der Redaktion des ‚Journal des Debat‘ aufgenommen? Dass Ihr Euch nicht zufrieden gebt damit, dass man nur miteinander gesprochen hat! Das wäre eine große Sünde, man darf sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die für uns sehr wichtig ist.“¹⁷ Dieser Brief bezeugt deutlich das politische Engagement Springers für das Fürstentum Serbien¹⁸ und darum war es zweifelsohne Garašanin und Jovan Marinović zu tun, als sie in Köln den persönlichen Kontakt mit Springer aufnahmen. Über die Zusammenarbeit mit den Serben berichtet auch Springer selber, ebenso lässt sich darüber anhand der Texte urteilen, die Springer in der deutschen Presse veröffentlichte. Die Zusammenarbeit kam zustande, nachdem Springer einige Artikel in tschechischen konstitutionellen Zeitungen veröffentlicht hatte, in denen er das Recht der Serben auf ihre Unabhängigkeit betonte.¹⁹ Das brachte die serbischen Politiker Garašanin und Marinović zu der Einsicht, dass es besser wäre, einen Vermittler zu engagieren, der die Welt über die serbischen Bestrebungen unterrichtet, statt um die Gewogenheit einzelner Zeitungen zu werben. Dafür wollten sie Springer gewinnen, mit dem sie in Köln im persönlichen Kontakt die Modi der künftigen Zusammenarbeit absprachen. Neben anderem übernahm Springer die Verpflichtung, alle für Serbien relevanten Nachrichten zu sammeln, die in der westeuropäischen Presse erschienen, um auf der Grundlage von Instruktionen die öffentliche Meinung über die Verhältnisse in Serbien und die Rechtmäßigkeit der serbischen Forderungen zu unterrichten.²⁰ Für diese Dienste erhielt Springer von der serbischen Regierung ein jährliches Salär von 2000 österreichischen Gulden (ca. 1000 Taler), eine Summe, die seine Erwartungen weit übertraf.²¹

In seiner Autobiographie beschreibt Springer seine Verbindungen mit Serbien und den Politikern Ilija Garašanin und Jovan Marinović noch genauer. In einem Moment finanzieller Schwierigkeiten trat Springer in Kontakt mit Serbien, wobei er in seiner Autobiographie die Genugtuung betont, die Jovan Marinović anlässlich der positiven Berichterstattung über Serbien

16 Pisma Ilije Garašanina Jovanu Marinoviću, Bd. I, Beograd 1931, S. 27.

17 a.a.O.

18 Vgl. Dr. Konstant von Wurzbach: Biographisches Lexicon. XXXVI. Theil, Wien 1878, S. 270.

19 Anton Springer: Aus meinem Leben. Berlin 1892, S. 197.

20 Anton Springer: Aus meinem Leben. S. 199.

21 a.a.O.

in der westlichen Presse empfand.²² Wöchentlich erreichten ihn nun aus Belgrad ausführliche Instruktionen, die ihm teilweise auch das politische Material lieferten und zugleich darauf verwiesen, was nicht genutzt werden sollte.²³ Diese Instruktionen, so berichtet Springer, sollten so schnell wie möglich verwendet werden, bald in deutscher, bald in französischer, bald in englischer Sprache.²⁴ „Ich war angehalten, die Gewogenheit des Wiener Kabinetts für die Serben und die Balkanvölker zu gewinnen, dann aber sollte ich solche Bemühungen unterlassen, denn Wien wies die Annäherungsversuche grob zurück.“ Das veranlasste ihn dann zu der Feststellung, dass die üble Borniertheit der österreichischen Staatskunst ihren Höhepunkt im Umgang mit der Orientalischen Frage gefunden habe.²⁵ In Übereinstimmung mit den Aufgaben, die Springer aus Belgrad erhielt, verfasste er auf Französisch ein Promemoria für die Wiener Konferenz im Jahre 1854, das er auch in Deutsch unter der Überschrift „Zur Orientalischen Frage“ in Leipzig herausgab. Diese Broschüre fand seitens der serbischen Regierung ungeteilte Zustimmung. Die russische zaristische Regierung zog aus dieser Broschüre andere Schlussfolgerungen, indem sie den Druck auf ihre Anhänger in Serbien verstärkte. Das Ministerium Garašanins musste zurücktreten, und Marinović musste Springer den Abbruch der Zusammenarbeit mitteilen. Springer wertete das als harten Schlag.²⁶

Die große Bedeutung der Broschüre „Südslavische Denkschrift. Zur Orientalischen Frage“ (Leipzig 1854) für das Verständnis der serbischen politischen Ziele wurde bereits erwähnt. Schon im Vorwort bringt Springer seinen Grundgedanken mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Das Recht der Südslaven, ihre Stimme laut zu erheben, bedarf keiner Begründung. Es ist ihr Schicksal, dass sie gemeinsam in den gegenwärtigen Kämpfen entscheiden, es ist ihre Zukunft – selbständige Entwicklung oder dauerhafte Unterjochung, das ist es auch, worüber im gegenwärtigen Krieg die Würfel fallen. Und damit die Südslaven nicht demnächst die Stimme nach Waffen erheben müssen, versuchen sie es jetzt mit Worten der Verständigung, worüber Westeuropa, so glauben wir, nicht unzufrieden ist.“ Bei der Analyse der Ursachen für die Orientalische Krise verweist Springer zutreffend einerseits auf die Kriege zwischen Russland und der Türkei und andererseits auf den Konflikt zwischen den westlichen Großmächten und Russland. Er betont, dass die christ-

22 a.a.O., S. 226.

23 a.a.O.

24 a.a.O.

25 a.a.O., S. 227.

26 a.a.O., S. 229.

lichen Staaten auf der Balkanhalbinsel diese Entwicklung mit Sorge verfolgen, befinden sie sich doch in einer Situation, in der sie eigentlich eine endgültige Lösung erwarten könnten. Dabei sind sie sich der Unsicherheit ihres Schicksals bewusst, und diese Unsicherheit stellen sie auch bei den westlichen Mächten fest. Bestünden noch die Grundlagen, nach denen einst die Heilige Allianz handelte, würde sofort in der diplomatischen Welt ein christlich-religiöser Standpunkt gelten, der im Konflikt zwischen Christen und Ungläubigen unzweifelhaft den ersteren Recht gäbe und ihre Befreiung über alle anderen politischen Rücksichten stellte. Zugunsten der christlichen Völker würde auch auf Kritik an den revolutionären Bewegungen verzichtet werden. Gegenwärtig jedoch, so stellte Springer fest, herrsche in der westeuropäischen Öffentlichkeit sogar Sympathie für die türkische Seite, die Tugenden und die religiöse Toleranz der Türken würden überschwenglich gelobt. Man bestreite, dass die christliche Bevölkerung Grund zur Unzufriedenheit hätte, die türkische Herrschaft sei sogar ein beneidenswerter Glücksumstand für sie, die religiösen Bestrebungen dagegen würden als russische Intrige hingestellt und Aufstandsversuche einzelner Völkerschaften würden in seltener Einmütigkeit verurteilt. Allerdings wäre für diese Kehrtwendung in der öffentlichen Meinung auch das Verhalten der türkischen Regierung zur ungarischen Revolution wesentlich, besonders in England, wo sie dadurch die Stimme einer liberalen und toleranten Regierung gewann. Selbstverständlich, so Springer, sei all diesen Vorgängen in der westeuropäischen Geschichte auch die Furcht vor Russland gegenwärtig, die Sorge, dass es nach russischen Siegen zu einer Störung des Gleichgewichts zwischen den europäischen Mächten kommen könnte. Im Endergebnis können derartige Positionen nach Einschätzung Springers nur dazu führen, den türkischen Staat mit bedingungsloser Notwendigkeit weiterhin aufrechtzuerhalten. Sofern keine russische Gefahr drohe, würde die Türkei ohnehin vergeblich die Großmächte um Hilfe ersuchen. Die Unterstützung des türkischen Staates sei ein Mittel, um Russland vom Mittelmeer fernzuhalten, was den Interessen des westeuropäischen Bündnisses entspräche. Eines sei sicher: Die Zurückdrängung der russischen Macht in ihre engeren und zugleich natürlichen Grenzen sei das Hauptziel Europas, dem alle anderen Erwägungen untergeordnet sind. Nach dieser These stellt Springer die Frage, ob die Beibehaltung des status quo ante wirklich eine gültige Grundlage für einen dauerhaften Frieden und eine ausreichende Garantie gegen die weitere Einkreisung durch Russland sei.

Im Teil IV seiner Schrift stellt Anton Springer schließlich die Frage: Wenn das europäische Gleichgewicht kein weiteres Vordringen Russlands über die Donau hinweg duldet, andererseits aber die Hohe Pforte nicht in der

Lage ist, ihre Souveränität über die Donauvölker zu bewahren, wer wird dann als dritte Kraft in Erscheinung treten? Er gibt selbst eine erste Antwort dahingehend, dass Österreich diese dritte Kraft sein könnte. Österreich könnte das Protektorat über die Donauländer errichten, sofern diese nicht faktisch in österreichischen Besitz genommen werden. Springer polemisiert allerdings sofort mit dieser Auffassung, wobei er auf die gesellschaftlichen Unterschiede hinweist, die zwischen Österreich und den Donauländern mit ihrer vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung bestehen. Nach Springers Meinung wüssten die Kenner der österreichischen Verhältnisse, dass die österreichische Regierung nicht die Absicht hat, die slawische Bevölkerung als Eckpfeiler ihrer Macht zu nutzen. Auf der Grundlage der Selbstbestimmung hat sich Österreich für ein deutsches Profil seines Staates entschieden, wobei es seinen Namen und sein Recht als erste deutsche Großmacht berücksichtigt. Daher wird Österreich niemals erlauben, dass eine nichtdeutsche Bevölkerung, an deren Unfähigkeit zur Germanisierung kein Zweifel besteht, ein solches Gewicht und eine solche Bedeutung erhält. Auch wäre es unwahrscheinlich, dass diese erste deutsche Großmacht das Schwergewicht ihrer Interessen in nicht-deutsches Gebiet verlagerte, ohne sich der Gefahr innerer Widersprüche auszusetzen. In seinen weiteren Erörterungen berührt Springer das Problem, inwieweit ein katholischer Staat Verteidiger einer griechisch-orthodoxen Einwohnerschaft sein kann. Er gelangt zu dem Schluss, dass nach einem gewissen Vertrauensverlust die Agitationsmöglichkeit der Großmächte im orthodoxen Osten zunehmen wird.“

Nach einer gründlichen Analyse der politischen Bedingungen während der Orientalischen Krise entschloss sich Springer, seinen Standpunkt zur Lösung dieser großen europäischen Krise darzulegen. Der Zustand, bei dem die Donaufürstentümer unter dem ausdrücklichen Schutz der Hohen Pforte und Russlands stehen, müsse beendet werden, vielmehr sollten Donaufürstentümer unter den gemeinsamen Schutz aller europäischen Großmächte gestellt werden, die auf einer europäischen Konferenz die Rechte und Freiheiten sowie die Integrität der Donauländer garantieren. Es sei die unnatürlichste Lösung, den Schutz der Entwicklung der genannten Halbstaaen zwei rivalisierenden Mächten zu übertragen. In ihren Rivalitäten und Kämpfen untereinander vernachlässigten sie die Interessen der Halbvasallenstaaten. Und wengleich Serbien eine politische Gesellschaft ausbildete, die sich von der anderer Staaten unter gleichen Bedingungen unterscheidet, so sei doch bekannt, dass die materielle Kultur sich deutlich schneller entwickelt hätte, wenn die Serben weniger Schutz erfahren und mehr Bewegungsfreiheit gehabt hätten. Je fortgeschrittener die materielle Kultur in den Donauländern war, umso leidenschaftlicher entwickelte sich ein gesunder Patriotismus, die selbst

abgesteckten Staatsinteressen wurden wichtig, und umso schwächer wirken die russischen Herausforderungen. Nur eine Schutzgarantie durch alle Großmächte vermochte den Polizeischutz durch einzelne Mächte zu überwinden und den Donauländern eine zufriedenstellende und unabhängige Stellung sichern. Schließlich folgte Springer, dass im halbunabhängigen Serbien die fruchtbare Saat für die Entstehung eines starken politischen Organismus gelegt worden sei, die Stellung zwischen den russischen und den osmanischen Interessen habe jedoch die Kraft Serbiens paralyisiert. Ein Land – und Springer hatte Serbien vor Augen –, dem seine geographische Lage und seine Geschichte eine einflussreiche Position sichern können, ein Land, dem die Rolle zufällt, den Frieden zwischen den Donaustaaten zu bewahren und weniger privilegierte, aber religiös und ethnisch verwandte Brüder von allen gewaltsamen Aktionen und Leidenschaften zurückzuhalten, davon, dass sie ihre Schritte lediglich von heute auf morgen berechnen, ein solches Land müsse stabile Institutionen besitzen und die Mittel, um seine Stellung zu behaupten. Mehr noch, Springer geht auch auf die Schaffung einer Art Militärgrenze ein, die von den Staaten dieses Raumes angelegt werden sollte. Seine Betrachtungen schließt Springer mit den Worten: „In der vollen und aufrichtigen Gerechtigkeit gegenüber den türkischen Christen, in der festen Unterstützung der Donauländer, die bereits auf dem halben Wege zu einem eigenständigen politischen Organismus sind, liegt nicht nur das sicherste Mittel für ein schnelles Ende des Krieges, sondern auch die beste Verteidigung des darauf folgenden Friedens.“

Zugleich mit seinen Überlegungen und Urteilen zur europäischen Politik und zur Orientalischen Krise bekundete Anton Springer seine Sympathie für die unterdrückten Christen in der Türkei. Er sah die Gefährlichkeit der russischen Politik und erkannte die Gefahren, die von der Aneignung der Protektorenrolle gegenüber den Christen der Balkanhalbinsel und von den russischen Staatsinteressen ausgingen. Er setzte sich für eine gerechtere Lösung ein, die die Orientalische Frage in eine gesamteuropäische politische Frage verwandeln sollte. Springer wies dabei auf die führende Rolle des serbischen Fürstentums in diesem Prozess hin, wobei besonders interessant ist, wie er die serbische Neutralitätspolitik bewertet, der er Anerkennung zollte. Mit seinem analytischen Herangehen war Springer dem weitsichtigen serbischen Politiker Ilija Garašanin verwandt, mit dem dieser hochgebildete Deutsche in persönlichem Kontakt stand. In die große Zahl der Politiker und Denker, die mit ihrem Wirken die öffentliche Meinung in Europa geprägt haben, muss man auch diesen Mann, einen der größten Kunsthistoriker des XIX. Jahrhunderts, einreihen, einen Gelehrten, der auch Gleichrangiges auf dem Gebiet der historischen Wissenschaften geleistet hat.

Friedhilde Krause

Eine bedeutsame Tagung der internationalen Slawistik vor fünfzig Jahren in Berlin

Vom 11. bis 13. November 1954 fand in der jungen DDR, in Berlin, eine bedeutsame Tagung der internationalen Slawistik statt. Sie ist heute fast vergessen.¹ Ihre aktenmäßige Dokumentation ist außerordentlich dürftig; ein gedrucktes Programm ließ sich nicht mehr finden. Da die Autorin dieses Beitrages Mitorganisatorin der Berliner Konferenz war, zusammen mit Helmut Grasshoff (1925–1983), damals Assistent am Slawischen Institut, und diese Tagung als eine mutige Tat der jungen DDR-Slawistik zu werten ist, möchte sie darüber berichten.

Die Slawisten blicken auf eine lange Tradition der Internationalen Slawistenkongresse zurück, die bis in die Gegenwart alle fünf Jahre in einem slawischen Land veranstaltet werden. Der II. Internationale Slawistenkongreß hatte 1934 in Warschau stattgefunden, und es waren bereits die Vorbereitungen für den III. abgeschlossen, der 1939 in Belgrad stattfinden sollte. Der Zweite Weltkrieg hat dieses Vorhaben jedoch verhindert. Die Berliner Tagung der Slawisten im November 1954 gestaltete sich somit zum ersten internationalen Treffen vieler Länder nach zwanzig Jahren der Unterbrechung; sie fand dazu noch in einem nichtslawischen Land statt, der Deutschen Demokra-

1 Hans-Holm Bielfeldt: Bedeutsame Tagung der internationalen Slawistik. In: *Das Hochschulwesen* 2 (1954) 12, S. 28; G. D.: Eine internationale Slawistentagung in Berlin. In: *Russischunterricht* 8 (1955) 1, S. 38–39; Heinz Sewc: Wopyt ewropejskich slawistow w Budyšinje [Besuch der europäischen Slawisten in Bautzen]. In: *Nowa doba (Budyšin)* v. 23. November 1954, Nr. 139, S. 1 [Obersorbisch]; Friedhilde Krause: Zur Berliner Slawistik in den Jahren 1946 bis 1950. M. Vasmer und M. Woltner. In: *Wiss. Zeitschrift d. Humboldt-Universität zu Berlin, R. Ges. Wiss.* 38 (1989)2, S. 163; Rolf Triesch: Grundlinien der Geschichte der Slawistik in Berlin – inhaltliche und [Obersorbisch]; Friedhilde Krause: Zur Berliner Slawistik in den Jahren 1946 bis 1950. M. Vasmer und M. Woltner. In: *Wiss. Zeitschrift d. Humboldt-Universität zu Berlin, R. Ges. Wiss.* 38 (1989)2, S. 163; Rolf Triesch: Grundlinien der Geschichte der Slawistik in Berlin – inhaltliche und funktionale Neubestimmung der Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und ihre Umsetzung 1945/46 bis 1968. – Ebenda, S. 140–141; In memoriam Helmut Grasshoff. In: *Zeitschrift für Slawistik* 29(1984)2, S. 328; Rudolf Ružička: Licht und Schatten der „Ost“-Slawistik: Versuch einer Rechenschaft. – Ebenda, 40 (1995)1, S. 6.

tischen Republik. Die Konferenz stand außerhalb der gezählten großen Internationalen Slawistenkongresse, erhielt aber 1954 eine ganz besondere Bedeutung und internationale Anerkennung.

Initiiert wurde die Berliner Tagung vom damaligen Staatssekretariat für Hochschulwesen der DDR und veranstaltet vom Institut für Slawistik der Deutschen Akademie der Wissenschaften und dem Slawischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Akademiemitglied Prof. Dr. Hans-Holm Bielfeldt war seit 1950 Direktor beider Institute. Als einziges Dokument fanden wir im Akademiearchiv folgenden Antrag von Prof. Bielfeldt an das Büro des Präsidenten der Akademie:

„Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin
Forschungsinstitut für Slavistik

Berlin, NW 7, Unter den Linden 8
5.11.1954

an das Büro des Präsidenten
im Hause

Betr.: Slavisten-Tagung, veranstaltet vom Institut für Slavistik der Deutschen Akademie der Wissenschaften und dem Slavischen Institut der Humboldt-Universität

Ich bitte das Präsidium ergebenst, sich auf der Slavisten-Tagung vertreten zu lassen. Das im Druck befindliche Programm sieht folgendes vor:

Mittwoch ab 19 Uhr: zwangloser Empfang der auswärtigen Gäste im Hotel Adria [alle auswärtigen Teilnehmer waren untergebracht im Hotel „Adria“ in der Friedrichstraße, F.K].

Donnerstag, 10 Uhr, Eröffnung der Tagung. Begrüßung der Teilnehmer durch Professor Dr. Bielfeldt.

Donnerstag, Freitag und Sonnabend ab 10 Uhr: Vorträge im Slavischen Institut der Humboldt-Universität.

Sonnabend, 20 Uhr: Empfang im Plenarsaal der Akademie. Es wäre wünschenswert, daß zu diesem Empfang die Einladung vom Herrn Präsidenten oder einem der Herren Vizepräsidenten ausgeht.

(gez.) Bielfeldt
(Prof. Dr. Bielfeldt).“²

2 Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Akademiearchiv. – Akte Akademieleitung Nr 1651/1.

Über die Botschaften waren Slawisten aus dem Ausland und über direkte Kontakte Gelehrte aus der BRD eingeladen worden. Nach den Worten von Prof. Bielfeldt wollten die Veranstalter „Einblick geben in die nach 1945 begonnene neue Entwicklung der Slawistik in der Deutschen Demokratischen Republik und zugleich den jungen Slawisten den Blick in die ausländische Slawistik weiten helfen.“³

Die Berliner Tagung fand in den neuen Räumen des Slawischen Instituts der Humboldt-Universität statt, die dieses erst nach dem Wiederaufbau des Westflügels des Universitäts-Hauptgebäudes im WS 1951/52 im zweiten Stock bezogen hatte. Gegenüber den sehr begrenzten räumlichen Möglichkeiten im früheren Domizil Am Kupfergraben Nr. 1 standen dem Institut nun ein großer Hörsaal und sieben kleinere Seminarräume zur Verfügung.

Das Echo auf die Einladungen zur Berliner Tagung 1954 war seitens der ausländischen Slawisten so groß, daß es Prof. Bielfeldt sehr überraschte. Die Freude war groß, als die bedeutendsten Koryphäen auch tatsächlich anreisten. Die Autorin dieses Beitrages, damals Fachreferentin für Slawistik im Staatssekretariat für Hochschulwesen, erinnert sich, wie sie mit Prof. Bielfeldt zum Flugplatz Schönefeld fuhr, um die sowjetische Delegation zu empfangen. Sie bestand tatsächlich aus den führenden russischen Sprachwissenschaftlern und Akademiemitgliedern, den Professoren Viktor Vladimirovič Vinogradov,⁴ Viktor Ivanovič Borkovskij und Nikolaj Semenovič Pospelov. An der Tagung nahmen ferner teil die Universitäten Lwow, Warschau, Krakau, Poznań, Wrocław, Prag, Olomouc, Bratislava, Cluj, Sofia, Aarhus, Straßburg, Graz, München, Münster und Kiel sowie jüngere Slawisten verschiedener Länder. Mit den beiden deutschen Staaten waren insgesamt elf Länder auf der Berliner Tagung vertreten. Offensichtlich war nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg überall unter den Slawisten das Bedürfnis nach einem friedlichen wissenschaftlichen Dialog, nach einer Verständigung auf gleichberechtigter Basis und nach erneuter persönlicher Begegnung so groß, dass diese Gelehrten die Initiative der DDR zur Organisation eines ersten Slawisten-Treffens dankbar aufgenommen haben.

Viele mag auch der Tagungsort Berlin besonders angezogen haben. Hier war seit 1925 der zu seiner Zeit bedeutendste Slawist, Max Vasmer (1886–

3 Hans-Holm Bielfeldt: Vorwort. In: Vorträge auf der Berliner Slawistentagung (11.–13. November 1954). Berlin 1956. (Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Veröffentlichungen des Instituts für Slawistik; 8).

4 Prof. Viktor Vladimirovič Vinogradov war in Begleitung seiner Gattin, einer Pianistin.

1962), sowohl an der Universität als auch an der Akademie, tätig gewesen.⁵ Die erste Frage von Prof. Vinogradov noch auf dem Flugplatz an Prof. Biel-feldt war, ob Prof. Vasmer auch an der Tagung teilnehmen werde. „Wir sind alle seine Schüler“, erklärte Vinogradov. Ob er damit die russischen Slawisten und Vasmers einstige Vorlesungstätigkeit an der Petersburger Universität gemeint hat oder Vasmers eigentliches Forschungsgebiet, die Etymologie, führte Vinogradov nicht näher aus. Bezeichnend war jedenfalls, dass der sowjetischen Delegation nur Sprachwissenschaftler angehörten. Als erster Wissenschaftler in seiner Disziplin war Prof. Vasmer im Februar 1931 zum Ordentlichen Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften gewählt worden.⁶ Vasmers Autorität in internationalen Gelehrtenkreisen war sehr groß.

Seine wissenschaftlichen Verdienste um eine humanistische, völkerverbindende Slawistik, namentlich in den Jahren nach 1933, seine ideologische Unabhängigkeit vom Naziregime und seine inhaltlichen Konflikte mit der offiziellen NS-Parteilinie waren auch den ausländischen Slawisten bekannt. So wußte man von Vasmers mutigem und energischem Engagement für polnische Wissenschaftler, insbesondere für die Freilassung der am 6. Oktober 1939 im Rahmen der sogenannten „Sonderaktion Krakau“ von den Nazis verhafteten 189 Angehörigen der Krakauer Universität und der Krakauer Bergakademie mit anschließender Deportation in das Konzentrationslager Sachsenhausen.⁷

Der damalige amtierende Rektor der Krakauer Universität war der bedeutende Slawist Prof. Tadeusz Lehr-Spławiński, der nun 1954 als Leiter der polnischen Delegation an der Berliner Tagung teilnahm. Seine Befreiung aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen war dank der von Vasmer und weiteren ausländischen Gelehrten geführten Protestaktion im Februar 1940 gelungen. Im Dezember 1944 hatte Vasmer es erreicht, für einige Monate den in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen französisch-jüdischen Slawisten, den bekannten Sprachwissenschaftler Prof. Boris Unbegaun von der

5 Liane Zeil: Vasmers Wirken als Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften. In: Zeitschrift für Slawistik 31 (1986)5, S. 672–692; ; Marie-Luise Bott: „Die vorhandene philologische Grundlage bewahren“. Zur Resistenz des Berliner Slavischen Instituts gegen einen semantischen Umbau des Faches 1933–1945. In: Resonanzkonstellation. Die illusionäre Autonomie der Kulturwissenschaften. Hrsg. v. Georg Bollenbeck u. Clemens Knobloch unter Mitarb. v. Katarina Funke. Heidelberg 2004, S. 135 ff.

6 Max Vasmer blieb auch nach seinem Weggang von der Berliner Universität in Westberlin bis zu seinem Tode 1962 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Er war u. a. Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

7 Liane Zeil: Slawisten gegen faschistische Willkür. In: Zeitschrift für Slawistik 27 (1982)5, S. 711–724.

Universität Straßburg, gegen Stundenvergütung mit wissenschaftlichen Arbeiten bei der seit 1932 existierenden Slavischen Kommission an der Akademie der Wissenschaften zu beschäftigen. Vasmer hatte sich zuvor bereits für Unbegauns Haftentlassung aus dem Konzentrationslager Buchenwald erfolgreich eingesetzt. Die französischen Slawisten haben Vasmer dieses mutige Eintreten für Unbegaun nie vergessen.⁸ An der Berliner Tagung 1954 nahm sein Schüler, der Lehrstuhlinhaber für Slawistik an der Universität Straßburg, Prof. Robert Triomphe, teil. Die ungarische Slawistik wurde durch Prof. István Kniezsa vertreten, der vor 1925 Hörer von Vasmers Vorlesungen an der Universität Leipzig gewesen war und mit dem Vasmer auf seiner Vortragsreise am 3. November 1937 in Budapest zusammengekommen war.⁹ Auch der bekannte Sprachwissenschaftler Prof. Alexander Isačenko, Universität Olomouc (ČSSR), hoffte in Berlin auf eine Begegnung mit Max Vasmer. Vasmer hatte sich zur Zeit des Protektorats Böhmen und Mähren in einem Schreiben an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Dr. Bernhard Rust, für die Berufung des früheren Lektors für Russisch Alexander Isačenko an der Universität Wien zum „Professor in Preßburg“ eingesetzt und dabei „die wissenschaftliche Qualität des Herrn Isačenko“ hervorgehoben.¹⁰

Die seitens der Akademie der Wissenschaften an Vasmer schriftlich ergangene Einladung zur Tagung blieb unbeantwortet. Auch ein persönliches Vorsprechen von Prof. Bielfeldt bei Vasmer in Westberlin hatte keinen Erfolg. Als am Abend des letzten Konferenztages Prof. Wolfgang Steinitz als Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Vertretung des verhinderten Präsidenten im Plenarsaal der Akademie einen Empfang gab, hofften immer noch einige Kongreßteilnehmer auf Vasmers Erscheinen. Er blieb der Konferenz bis zum Schluß fern. Durch seinen Weggang im Sommer 1949 an die neugegründete Freie Universität in Westberlin war er in den Sog des Kalten Kriegs geraten, der seit 1948 besonders scharf im geteilten Berlin geführt wurde. Zwar blieb Vasmer weiterhin in Verbindung mit seinen slawistischen Kollegen in den slawischen Ländern, zu den Slawisten der DDR hatte er aber rigoros alle Kontakte abgebrochen. Im Hinblick auf die

8 Liane Zeil: Vasmers Wirken als Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, S. 685–686.

9 Humboldt-Universität. Archiv. Personalakte Max Vasmer, Akte V, Bd. 7–3, Bl. 22 (Reisebericht über Vorlesungen in Sofia und Budapest).

10 Ebenda, Bl. 91.

Begegnung mit den ihn verehrenden und erwartenden Slawisten der Berliner Tagung entbehrte diese Haltung jedoch nicht der Tragik.

Trotz dieses Wermuttropfens wurde die Berliner Slawistentagung zu einem vollen wissenschaftlichen Erfolg. Einen Eindruck von der Vielzahl klangvoller Namen, die hier vertreten waren, vermittelt bereits der Blick auf das Präsidium der Tagung, das bei der Eröffnung der Veranstaltung gewählt wurde: Viktor Vladimirovič Vinogradov (Moskau), Adolf Stender-Petersen (Aarhus), Tadeusz Lehr-Spławiński (Krakau), Emil Petrovici (Bukarest), Bohuslav Havránek (Prag), Emil Georgiev (Sofia), Michail Parchomenko (Lwow), Viktor Ivanovič Borkovskij (Moskau), Josef Matl (Graz), Erwin Koschmieder (München), Edmund Schneeweis (Berlin) und Hans-Holm Bielfeldt (Berlin).



Abb.1: Prof. Hans-Holm Bielfeldt (Berlin) und Prof. Erich Koschmieder (München)

Nach der Eröffnung der Tagung durch Prof. Bielfeldt und den Staatssekretär für Hochschulwesen, Prof. Gerhard Harig, der die Grüße der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik überbrachte, begann die umfangreiche Reihe der Fachvorträge. In etwa 40 Vorträgen und den sich anschließenden Diskussionen kam das hohe wissenschaftliche Niveau der Tagung zum Ausdruck. Die Vorträge des ersten Tages wurden vor dem Plenum gehalten, während an den beiden folgenden Tagen die drei Sektionen Literaturwissenschaft, Sprachwissenschaft sowie Volkskunde und Geschichte getrennt tagten. Der 1956 vorgelegte Sammelband „Vorträge auf der Berliner Slawistentagung (11.–13. November 1954)“¹¹ bietet leider kein vollständiges Bild der Konfe-

11 Vorträge auf der Berliner Slawistentagung. Berlin 1956. 332 S.; Günther Jarosch: Volkskundliche Vorträge auf der Berliner Slawistentagung November 1954 in Berlin. In: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde 2 (1956) S. 257.

renz. Er enthält nur die Texte von 28 Vorträgen, da nicht alle Referenten ihre Manuskripte rechtzeitig oder überhaupt zur Veröffentlichung eingesandt haben. Es kann hier nur auf einige behandelte Themen, ohne eine kritische Wertung, kurz eingegangen werden.

Den Eröffnungsvortrag hielt Prof. Dr. Adolf Stender-Petersen (Aarhus) über das Thema „Die Problematik der russischen Literatur vom Byzantinismus zum Europäismus“,¹² wobei der Referent eine Theorie über die genremäßige Entwicklung der altrussischen Literatur aufstellte. Anschließend übergab Prof. V.V. Vinogradov dem durch Prof. Bielfeldt vertretenen Veranstalter die soeben fertiggestellte dreibändige Ausgabe der Moskauer Akademie-Grammatik „Grammatika russkogo jazyka“ (der 1. Band war bereits 1953 erschienen); in seinem Vortrag erläuterte er die Grundsätze, nach denen der lang erwartete Teil „Syntax“ dieser Grammatik zusammengestellt wurde.¹³

Prof. Rudolf Fischer (Leipzig) sprach über das Thema „Die Auswertung der slawischen Ortsnamen in Deutschland“,¹⁴ das er auf Grund seiner Forschungsergebnisse in den Gebieten westlich der Saale über die Frage des slawisch-deutschen Zusammenwirkens behandelte. Prof. Bohuslaw Havránek (Prag) beleuchtete in seinem Referat ein sprachwissenschaftliches Problem, nämlich die Aspektfrage, und erläuterte seine Auffassung über den Zusammenhang der Aspektkorrelation mit dem temporalen Verhältnis zwischen Aorist und Imperfekt.

Von den Sitzungen der drei Sektionen sei zunächst auf die Sektion Literaturwissenschaft eingegangen. Hier sprach als erster Prof. Robert Triomphe (Straßburg) über das Thema „Gogol und die russische Kritik über den ‚Revisor‘“.¹⁵ Er legte seine Auffassung von den zwei Tendenzen im Schaffen Nikolaj Gogols, der satirischen und der lyrischen, dar und erläuterte Gogols Haltung zur Kritik am „Revisor“. Über die Entstehung des berühmten Gedichtes von Alexander Puschkin „Prorok“ (Prophet) sprach an Hand einer textkritischen Untersuchung Prof. Dietrich Gerhardt (Münster) und über „Die Urform der altrussischen Erzählung über Boris und Gleb“ Prof. Ludolf Müller (Kiel).¹⁶

12 In: Vorträge, S. 130–139.

13 Ebenda, S. 12–28.

14 Ebenda, S. 218–232.

15 Ebenda, S. 140–161.

16 Ebenda, S. 190–194.



Abb. 2: Erste Reihe von rechts nach links: Prof. V. V. Vinogradov, Prof. V. I. Borkovskij und Prof. N. S. Pospelov (alle Moskau), Prof. Zdzisław Stieber (Warschau). Hinter Prof. Vinogradov stehend Frau Ludmila Chamradová (Brünn), Fachlektorin für Tschechisch am Slawischen Institut Berlin von 1953 bis 1958

In der sprachwissenschaftlichen Sektion traten u. a. mit Vorträgen hervor: Prof. Nikolaj S. Pospelov (Moskau) über „Probleme der Wortarten („Časti reči“) in der russischen Sprache“,¹⁷ Prof. Tadeusz Lehr-Spławiński (Krakau) „Das Problem der Zusammenfassung der slawischen Sprachen zu Gruppen“,¹⁸ und Prof. Zdzisław Stieber (Warschau) „Die Beziehungen des Kaschubischen zu den Dialekten Volkspolens“,¹⁹ ferner von Prof. Ferdinand Liewehr (Greifswald) „Zur Negation im Slawischen“,²⁰ von Prof. Ivan Lekov (Sofia) „Besonderheiten des Grundwortschatzes der bulgarischen Sprache“,²¹ und von Dr. Johann Knobloch (Innsbruck) über das Thema „Der Ausdruck des partitiven Verhältnisses im Slawischen und in einigen verwandten Sprachen“. ²²

Bedeutungsvoll waren in gleicher Weise die Vorträge, die in der Sektion Volkskunde und Geschichte gehalten wurden. Hier untersuchte zunächst Prof. Josef Matl (Graz) das Problem „Hölle und Höllenstrafen in der volksreligiösen Überlieferung der Serben und Bulgaren“. ²³ Er unterstrich, dass in der volks-

17 Ebenda, S. 29–40.

18 Ebenda, S. 46–56.

19 Ebenda, S. 57–67.

20 Ebenda, S. 243–250.

21 Ebenda, S. 80–83.

22 Ebenda, S. 233–242.

23 Ebenda, S. 162–175.

religiösen Vorstellung von der Hölle und den Höllenstrafen besonders die sozialen Sünden auffallen, das Vergehen gegen das sittliche Ethos der patriarchalischen Lebensgemeinschaft. Prof. Edmund Schneeweis (Berlin) beschäftigte sich in seinem Referat „Vergleichende Betrachtung der slawischen Frühlingsbräuche“²⁴ mit der Frage nach Alter und Herkunft der Bräuche. Dr. Friedrich Repp (Wien) behandelte die „Deutsch-slawischen Kulturbeziehungen auf dem Raume Österreich vor Kyrill und Method“²⁵ und Dr. Günther Jarosch (Berlin) untersuchte „Die sozialkritische Akzentuierung der Märchen der tschechischen Schriftstellerin Božena Němcová“. Zu sorabistischen Themen sprachen in dieser Sektion Ernst Tschernik (Bautzen) über „Volkskundliche Forschungsarbeiten in der zweisprachigen Lausitz“²⁶ und Paul Nedo (Leipzig) mit seiner Untersuchung „Der Zauberer Krabat. Zur Entstehung einer demokratischen Volkserzählung“.²⁷ Hermann Schell (Berlin) referierte bei den Sprachwissenschaftlern über das Thema „Die niedersorbischen Sprachaufnahmen.“²⁸

Zur Arbeit in den Sektionen muß auch erwähnt werden, dass sich auf der Berliner Tagung die jungen Slawisten der DDR ihre ersten Sporen auf internationalem Parkett verdienten. So traten mit Vorträgen die Literaturwissenschaftler auf: Wolf Düwel (Berlin) zum Thema „Borkheim als Vermittler zwischen den russischen revolutionären Demokraten und Karl Marx“,²⁹ Dietrich Lokys (Potsdam) mit „Alexander Herzen in den dreißiger Jahren“³⁰ und Gerhard Ziegengeist (Berlin) mit „Die Erstfassung von Alexander Herzens Schrift ‚Von der Entwicklung der revolutionären Ideen in Rußland‘ in der ‚Deutschen Monatsschrift‘“.³¹ Auch an der lebhaften Diskussion zu den Vorträgen beteiligten sich junge DDR-Slawisten, so u. a. die Leipziger Sprachwissenschaftler Rudolf Ružička und Joseph Schütz sowie der Sorabist Heinz Schuster-Šewc (Bautzen).

Vor dem Abschluß der Tagung vereinte der Vortrag von Prof. Emil Georgiev (Sofia) „Das Aufblühen des slawischen Schrifttums in Bulgarien im 9. Jahrhundert“³² noch einmal die Gesamtheit der Teilnehmer. Der Referent

24 Ebenda, S. 291–302.

25 Ebenda, S. 176–189.

26 Ebenda, S. 303–305.

27 Ebenda, S. 271–283.

28 Ebenda, S. 284–290.

29 Ebenda, S. 195–217.

30 Ebenda, S. 251–270.

31 Ebenda, S. 312–330.

32 Ebenda, S. 68–79.

entwickelte u. a. neueste Erkenntnisse über das Verhältnis zwischen dem glagolitischen und dem kyrillischen Alphabet.



Abb. 3: Prof. Emil Georgiev (Sofia)

Ein besonderes Interesse fand unter den ausländischen Slawisten die Entwicklung der jungen Sorabistik der DDR. Es war ein deutlich geäußertes Erstaunen, eine ehrliche Bewunderung und Anerkennung darüber festzustellen, dass sorbische Slawisten als Teilnehmer der Berliner Tagung ihre gelehrten Themen in ihrer Muttersprache und mit einem wissenschaftlichen Vokabular vortragen konnten. Schließlich war doch bekannt, daß die Sorben unter dem NS-Regime mit dem „Wendenerlaß“ Anfang 1937 ein striktes Verbot erhalten hatten, ihre Muttersprache zu benutzen,³³ und seit der Befreiung Deutschlands vom Faschismus war noch keine lange Zeit vergangen. Auch in den ersten Jahren nach 1945 waren Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. So war erst im „Sorbengesetz“ von 1948 verankert worden, daß Sorbisch in der Lausitz gleichberechtigte Unterrichtssprache werden sollte, und dafür waren die wissenschaftlichen Voraussetzungen mit der Gründung des Instituts für sorbische Volkskunde in Bautzen erst 1951 geschaffen worden.

33 Wilhelm Zeil: Sorabistik in Deutschland. Eine wissenschaftsgeschichtliche Bilanz aus fünf Jahrhunderten. Bautzen 1996, S. 144ff., 138ff.

Die Berliner Slawistentagung war ein ermutigender neuer Beginn der Zusammenarbeit der Slawisten vieler Länder. Die Tagung hatte große Erfolge, die sich auch in den anschließenden Jahren fruchtbar ausgewirkt haben. Prof. Bielfeldt hat auf den Gewinn der Berliner Tagung nicht zuletzt für die jungen Slawisten der DDR hingewiesen, der nach seinen Worten „in dem Erlebnis der Weltweite der Wissenschaft von den slawischen Völkern“ lag. Er führte aus: „Das Bewußtsein von der Größe der Aufgabe, in dieser Wissenschaft zu Hause zu sein, ist für unseren Nachwuchs auf der Tagung verstärkt worden. Unsere jungen Slawisten bekamen tiefe Eindrücke von den Aufgaben und Möglichkeiten ihrer Wissenschaft: dem eigenen Volk die Kenntnisse zu vermitteln, die es zum Leben braucht; dem Sichverstehen und Zusammenwirken der Völker den Weg bereiten; als humanistische Wissenschaft den Menschen zum Bewußtsein seiner selbst zu führen“.³⁴ Die Berliner Tagung brachte den Slawisten der DDR insgesamt eine hohe gesellschaftliche Anerkennung ihrer bisherigen Leistungen für die Wissenschaft und den demokratischen Staat. So konnte an dem IV. Internationalen Slawistenkongreß in Moskau im September 1958 aus der DDR eine Delegation von über fünfzig Slawisten teilnehmen, damals die im Vergleich stärkste deutsche Vertretung.

Im Anschluß an die Berliner Tagung lud das Staatssekretariat für Hochschulwesen der DDR die Gäste des Kongresses zu einem Besuch in der Oberlausitz ein.³⁵ Empfangen von dem Vorsitzenden der Domowina, Kurt Krenz (Krjeńc), in Bautzen, konnten sie sich hier am 14. und 15. November von den wissenschaftlichen Leistungen des Instituts für sorbische Volkskunde über seinen Direktor Paul Nowotny und durch eine Sonderausstellung informieren. Sie erlebten ein sehr beeindruckendes Kulturprogramm des neugegründeten Sorbischen Volkskunstensembles, und sie hatten Gelegenheit, die Sorbische Oberschule in Bautzen zu besuchen sowie die schöne alte Stadt zu besichtigen.

Das gemeinsame Bemühen der Sorben und der Deutschen um die Wiedergeburt des sorbischen Volkes und seiner Kultur hinterließ bei den ausländischen Slawisten einen sehr nachhaltigen Eindruck.

34 Hans-Holm Bielfeldt: *Bedeutsame Tagung der internationalen Slawistik*. In: *Das Hochschulwesen* 2(1954)12, S. 28.

35 H.[inc] Šewc [Heinz Schuster-Šewc]: *Wopyt ewropskich slawistow w Budyšinje*. In: *Nowa doba* (Budyšin) v. 23. Nov. 1954, Nr. 139, S. 1. [Besuch der europäischen Slawisten in Bautzen].

France Bernik

„Wissenschaft und Glaube“ vor zwanzig Jahren

Einführungsrede zu dem Kolloquium „Wissenschaft und Glaube. Ethische Verantwortung, die sich ändert“ 3.-5. Juni 2004 in Ljubljana

Das Ereignis vor zwanzig Jahren steht in engster Verbindung mit unserem wissenschaftlichen Treffen. Ich denke an das internationale und interdisziplinäre Kolloquium „Wissenschaft und Glaube“, veranstaltet von der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Ljubljana und dem Sekretariat für Ungläubige im Vatikan vom 10. bis 12. Mai 1984. Es gibt überhaupt sehr viele Ähnlichkeiten, wenn nicht sogar Übereinstimmungen zwischen der damaligen und heutiger Veranstaltung. Wesentlich unterscheiden sich jedoch beide Treffen in Zeit und Verhältnissen. Vor zwanzig Jahren war Slowenien noch ein Teil des sozialistischen Jugoslawiens, Bestandteil eines undemokratischen politischen Systems mit offizieller marxistischer Ideologie. Deshalb wirkte das internationale Kolloquium über Wissenschaft und Glaube vor zwanzig Jahren nicht nur in der slowenischen Öffentlichkeit, sondern auch in der Akademie selbst als eine Überraschung, obwohl man die Achtzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts bereits als liberale Zeit des politischen Einparteiensystems in Jugoslawien und einigen anderen kommunistischen Ländern bezeichnet.

Man muss auch wissen, dass das internationale Kolloquium in Ljubljana vor zwanzig Jahren mit vollem Wissen und Einverständnis des damaligen politischen Systems, vielleicht sogar auf seine Anregung hin, organisiert wurde. Im Ehrenausschuss des Kolloquiums befanden sich auf slowenischer Seite neben dem Präsidenten der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste Janez Milčinski hohe bzw. höchste Vertreter des Bundes der Kommunisten, der Sozialistischen Allianz der Werktätigen und der Slowenischen Regierung wie Mitja Ribičič, Franc Šetinc und Dušan Šinigoj, und seitens des Vatikans bzw. des Sekretariats für Ungläubige Msgr. Paul Poupard, der Vorsitzende des päpstlichen Rates für Kultur, Msgr. Michele Cecchini, der päpstliche Nuntius in Belgrad, der Erzbischof von Ljubljana Alojzij Šuštar, der Kardinal von Wien Franz König und der Philosoph Nikolaj Lobkowicz. Auf

dem Kolloquium traten nach dem Grundsatz der Reziprozität einundzwanzig Vortragende auf, davon auf der slowenischen bzw. jugoslawischen Seite elf, also gut die Hälfte, darunter acht slowenische Wissenschaftler und Theologen.

Die Slowenische Akademie der Wissenschaften und Künste befand sich bezüglich der Vortragenden auf dem Kolloquium vor zwei Jahrzehnten in einer gewissen Verlegenheit. Von zwei Mitgliedern/Philosophen trat als Vortragender nur einer auf, der katholische Theologe Anton Trstenjak, der zudem noch seiner wissenschaftlichen Praxis nach vor allem Psychologe war. Deshalb war die Akademie gezwungen, sich an die Fakultät für Soziologie, politische Wissenschaften und Journalismus in Ljubljana zu wenden, die ehemalige Hochschule für politische Wissenschaften also, die mit der Absicht gegründet worden war, hohe und ideologisch bewährte leitende Mitarbeiter des Bundes der Kommunisten auszubilden, und die sich später natürlich intensiv um eine größere Glaubwürdigkeit des Universitäts-Programms bemüht hatte. Von dieser Fakultät kamen zum Kolloquium sogar vier Vortragende, davon hatten mindestens zwei als Begründer der marxistischen Soziologie der Religion in Slowenien einen stärkeren Einfluss auf die Diskussion über die gestellte Thematik. Die Tatsache, dass auf dem Kolloquium neben Trstenjak noch zwei slowenische katholische Theologen sprachen, beide aus Kreisen außerhalb der Akademie, ändert wenig am Allgemeinbild der Vortragenden.

Als Ganzes gesehen wurde die Problematik der Wissenschaft und Religion vor zwanzig Jahren ganzheitlich, holistisch aufgefasst und aus verschiedenen Blickwinkeln behandelt. Neben den stark vertretenen Theologen, von ihnen war einer orthodoxen Glaubens, sprachen Soziologen, Philosophen, Anthropologen und Rechtswissenschaftler, aber auch Physiker, Chemiker und Astronomen. Sie begaben sich in Grenzbereiche zwischen Wissenschaft und Religion, wichen den Zentralfragen jedoch nicht aus. Neben der Tradition der Offenbarung dachten sie nach über die Entstehung der Welt und über Kosmologie, beleuchteten das Christentum durch die Theorie der Evolution, zogen Parallelen zur Experimentalwissenschaft, Bioenergetik und Technik. Der Ethik in expliziter Form wurde relativ weniger Aufmerksamkeit gewidmet, so dass unser jetziges wissenschaftliches Treffen in dieser Hinsicht dazu eine Gelegenheit hat. Wenn man die Hauptbotschaft bzw. den Hauptberührungspunkt beider weltanschaulich völlig unterschiedlichen Veranstalter des Kolloquiums vor zwanzig Jahren sucht, scheinen ihre Erwartungen, Erwartungen der Akademie der Wissenschaften und des Sekretariats für Ungläubige, im einleitenden Vortrag übereinzustimmen. Der Vortrag von Anton

Trstenjak entsprach beiden Veranstaltern des wissenschaftlichen Treffens am besten, deshalb wurde er in den Anfangsteil eingereiht, gewählt zum Auftakt der Überlegungen. Die These von Anton Trstenjak, dass sich Wissenschaft und Religion auf zwei unterschiedlichen erkenntnistheoretischen Ebenen bewegen, die sich nicht überschneiden und nicht um eine einzige Wahrheit ringen, entsprach dem politischen Augenblick der Zeit. Sie fiel zusammen mit der Idee der Koexistenz unterschiedlicher Weltanschauungen und Ideologien, mit dem Bedürfnis nach Dialog, der von beiden Seiten befürwortet wurde – von der sozialistischen Gesellschaft in den osteuropäischen Staaten und der katholischen Kirche. In dieser Hinsicht benötigten beide das Kolloquium – das Einparteiensystem bei uns, das der Welt sein demokratisches Antlitz zeigen wollte, und der Vatikan, der unter der Leitung von Papst Johannes Paulus II. bemüht war, den Glauben in der kommunistischen Welt erneut als Wert durchzusetzen. Das Kolloquium in Ljubljana war ein Teil einer breiter angelegten Aktivität des Heiligen Stuhls. Einige ähnliche Beratungen hat es in jener Zeit auch in anderen Ländern Osteuropas gegeben, unter anderem in Budapest und Leningrad, dem heutigen St. Petersburg.

Das Kolloquium wurde in Slowenien positiv aufgenommen, was natürlich nicht verwundert, denn unsere Öffentlichkeit stand in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter völliger Kontrolle des damaligen Systems und der indoktrinierten Medien. Der Widerstand meldete sich in der Akademie, wo Josip Vidmar, Ehrenmitglied und bedeutender Literaturkritiker, dem Kolloquium widersprach. Er vertrat die Überzeugung, das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Religion könne nicht Gegenstand einer wissenschaftlichen Diskussion, eines Symposions in der Akademie der Wissenschaften sein. Doch die überwiegende Mehrheit der Mitglieder folgte Vidmar nicht und unterstützte im Konsens Janez Milčinski, der im Herbst desselben Jahres und damit zum dritten Mal zum Präsidenten der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und Künste gewählt wurde.

Das jetzige bzw. zweite internationale und interdisziplinäre Kolloquium über Wissenschaft und Glaube findet nach zwanzig Jahren in einer anderen, aber ebenso dynamischen Zeit der europäischen und globalen Geschichte statt. Zweifellos wird es in einer Form die Frage beantworten, wie viel sich unterdessen einerseits die Welt gewandelt hat, und andererseits unsere Betrachtung der Welt, und es wird uns gewiss noch andere bedeutende Ergebnisse bringen.

Erich Hahn

Angelika Timm, Israel – Gesellschaft im Wandel. Leske und Budrich, Opladen 2003, 327 S. ISBN 3-8100-4032-0. 19.90 €

„Soziale Strukturen menschlichen Zusammenlebens sind nie statische Gebilde. Inneren Triebkräften folgend und auf äußere Gestaltungsimpulse reagierend, unterliegen sie einem steten Wandel, wobei sich Zeiten relativen Kontinuums mit Phasen gravierender Umschwünge abwechseln und mitunter abrupte Brüche entstehen“ (S.273).

Diese Zeilen am Beginn des letzten, zusammenfassenden Kapitels können als Leitmotiv der jüngsten Publikation von Angelika Timm, Mitglied der Leibniz-Sozietät und zur Zeit Gastdozentin an der Bar-Ilan-Universität in Tel Aviv gelten. Die Autorin, die sich bereits mit ihrer 1998 in 3. Auflage erschienenen Geschichte des Staates Israel seit seiner Gründung und zahlreichen weiteren Veröffentlichungen als Kennerin der Region ausgewiesen hat, zeichnet ein eindrucksvolles Bild jener grundlegenden Wandlungen, die die israelische Gesellschaft insbesondere im letzten Vierteljahrhundert geprägt haben. Sie beschreitet nicht den normalen Weg einer im engeren Sinne historischen Darstellung, die mehr oder weniger chronologische Vollständigkeit des gewählten Gegenstandes anzustreben hat. Vielmehr erfolgt eine Konzentration auf bestimmte Prozesse, denen für die aktuelle Entwicklung und das derzeitige Profil Israels – das Buch wurde im Juli 2003 abgeschlossen – wie für deren Wahrnehmung und Rezeption „von außen“ besondere Bedeutung zukommt. Der Reiz der Lektüre wird dadurch erhöht, dass die hier ins Auge gefassten Wandlungen zwar in vieler Hinsicht irreversible Tatsachen geschaffen haben, zugleich aber nicht abgeschlossen sind – sie bergen brisante Probleme für die Zukunft in sich. Die Auswahl der Schwerpunkte geschieht nicht deduktiv, ist nicht an einem theoretischen Schema orientiert sondern folgt der realen Entwicklung, der Logik der Ereignisse – und stellt sich damit natürlich auch der wissenschaftlichen Diskussion.

Von großem Gewicht für eine Vielzahl sozialer, politischer und geistig-kultureller Prozesse der israelischen Gesellschaft war und ist die ethnische

Dynamik der Bevölkerungsstruktur. Skizziert werden im ersten Kapitel zwei „demographische Revolutionen“. In den ersten anderthalb Jahrzehnten nach der Staatsgründung verdoppelte sich die Bevölkerung von 1,2 auf 2,6 Millionen. Neben ca. 530 000 Einwanderern aus Europa – in der Mehrzahl Überlebende der Shoa – hatten nahezu 650 000 Immigranten aus Asien und Afrika eine neue Heimat gefunden, die mithin ein Viertel der Bevölkerung ausmachten – eine bemerkenswerte Zäsur in der bis dahin von ehemals europäischen und amerikanischen Juden dominierten Gesellschaft. Ein drittes Segment neben Ashkenasim und Misrachim (Juden aus islamischen Ländern) entstand dann vor allem zwischen 1989 und 2000 durch den Zustrom von 900 000 Zuwanderern aus der ehemaligen UdSSR, die zusammen mit den bereits in den siebziger Jahren Eingewanderten ein Fünftel der Gesamtbevölkerung darstellten – die zweite demographische Revolution in einem überaus kurzen historischen Zeitraum. Und dazu kommen noch knapp 140 000 Immigranten aus angelsächsischen Ländern (zwischen 1949 und 2001) und 50 000 aus Äthiopien in den achtziger Jahren. Anschaulich wird belegt, welche enormen Eingliederungsprobleme für den kaum 21 000 qkm großen Staat auf diese Weise entstanden und welche konfliktreichen Konsequenzen für das Sozialgefüge, die politischen Konstellationen, die religiösen Beziehungen und die Lebensweise erwachsen mussten.

Das folgende Kapitel ist dem für Israel existentiellen Problem der Beziehung zwischen Staat und Religion gewidmet (zu dieser Thematik hat die Autorin im März 2001 vor der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften einen Vortrag gehalten, der in Band 44 der Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät abgedruckt wurde). Wenn Israel auch noch in seinem sechsten Jahrzehnt über keine Verfassung verfügt, so wegen der Fortexistenz jener Spaltung zwischen säkularen und religiösen Positionen im Zionismus über den Charakter dieses Staates und die Rolle der Religion in ihm, die 1948 durch einen Kompromiss zwar mehr oder weniger geregelt wurde, der seinerseits aber aufgrund der gesellschaftlichen Dynamik immer wieder fundamentalen Belastungen bis hin zu einem „Kampf um den Staat“ in den neunziger Jahren (S. 74) ausgesetzt ist. Der von religiösen Kräften als Zeichen Gottes gedeutete und als Ermunterung zur weiteren Inbesitznahme von palästinensischem Land verstandene Sieg im Sechstagekrieg 1967, Widersprüche im Demokratieverständnis aber auch religiöse Differenzen („sephardische Revolution“ – S. 98) markieren Triebkräfte dieser dramatischen Entwicklung. Einen Beitrag zu ihrem Verständnis bieten durch soziologische Daten untermauerte Ausführungen zum Charakter der maßgebenden religiösen Gruppierungen (insbesondere der Ul-

traorthodoxen) sowie zum Profil und der Rolle religiöser Parteien. Detailliert nachgezeichnet werden die Ebenen, Positionen, Fronten und Wirkungsfelder der Zuspitzung dieser Auseinandersetzung in den neunziger Jahren, die als „Kulturkampf“ firmiert wurden (S. 104ff.).

Auch das politische System unterlag bedeutsamen Veränderungen (drittes Kapitel). Das Auf und Ab der Sicherheitslage und der damit verbundenen außenpolitischen Konflikte sind als Einflussfaktoren ebenso in Betracht zu ziehen wie innere Wandlungen, die mit den wechselnden äußeren Bedingungen verwoben und nur schwer auf einen Nenner zu bringen sind. Der im Vergleich zu anderen heutigen Gesellschaften auffällig hohe Politisierungsgrad erhielt einen kräftigen Schub durch zunehmende Aktivitäten ultraorthodoxer Gruppen und die Vergrößerung der Wählerschaft religiöser Parteien. Widersprüchliche Reformen demokratischer Verfahrensregelungen, die gesetzliche Ausweitung individueller Rechte auf dem Hintergrund eines zerbröckelnden nationalen Konsenses und erheblicher Störungen der sozialen Solidarität erschwerten die gesamtgesellschaftliche Kompromissuche und Entscheidungsfindung. Die weitere Fragmentierung des Parteiensystems (aufgrund einer niedrigen Sperrklausel gab es in der Knesseth niemals weniger als zehn Parteien bzw. Parteiblöcke) und der Einflussverlust der großen Parteien bildeten zwei Seiten einer Medaille. Hoffnungen auf mehr parlamentarische Stabilität haben sich nicht erfüllt. Zugleich vermochte sich auch Israel nicht gegen eine zunehmende Amerikanisierung des Wahlkampfes abzuschotten. Die Machtfülle des Ministerpräsidenten, der parallel zur Wahl des Parlaments mit direktem Votum durch das Volk bestimmte werden sollte, wurde erweitert. Zusammenfassend wird eine gravierende Veränderung des Parteiensystems innerhalb eines Jahrzehnts konstatiert: „Der Wandel verdeutlichte den Übergang von einer relativ geschlossenen politischen Gemeinschaft mit tradierter Parteienstruktur zu einer offenen, fragmentierten und dynamischeren postmodernen Gesellschaft, in der jedes gesellschaftliche Segment über eine eigene politische Prioritätenfolge und Agenda verfügte. An die Stelle des zionistischen Konsens, auf den sich zuvor jede Regierung in Grundsatzentscheidungen stützen konnte, trat eine israelspezifische Mehrheitsdemokratie, die sich für die Exekutive als schwer regierbar erwies“ (S. 139).

Normalerweise bietet es sich an, die letzten Triebkräfte der Wandlungen einer Gesellschaft in deren wirtschaftlichen Grundlagen aufzuspüren. Angelika Timm ist dennoch gut beraten, dieser Regel zunächst nicht zu folgen und die Probleme der israelischen Wirtschaft erst im vierten Kapitel zur Sprache zu bringen. Nicht, dass dieser Bereich in dem interessierenden Zeit-

raum keine Entwicklung aufzuweisen hätte. Nur werden die von ihm ausgehenden gesamtgesellschaftlichen Impulse erst im Kontext einer Reihe internationaler, historischer bzw. außerökonomischer Faktoren wirksam. Die Liberalisierungs- und Privatisierungswelle der neunziger Jahre beispielsweise ist gewiss ein Moment weltweiter Dominanz des Neoliberalismus und der Globalisierung. Sie erfasst jedoch in Israel ökonomische Strukturen und Institutionen, deren historische Genese, Entfaltung und Rolle untrennbar mit Grundprinzipien des Zionismus verbunden sind und die insofern in starkem Maße Symbolcharakter tragen. Das betrifft vor allem die wirtschaftsorganisatorische und soziale Funktion der Gewerkschaft Histadrut und das Schicksal der Kibbuzbewegung. Die negativen sozialen Auswirkungen dieser Brüche, die an und für sich ein beträchtliches Widerspruchspotenzial darstellen, erhielten zusätzliche Sprengkraft und ein bemerkenswertes öffentliches Forum durch den Protest orthodoxer Positionen, der sich seinerseits mit der militanten Ablehnung allgemeiner Modernisierungstrends in den Bereichen Kultur und Bildung verband.

Es ist eine Frage von größter und allgemeiner Bedeutung, ob diese generellen Tendenzen des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts die sozial, moralisch und religiös motivierten Widerstände – die zweifellos historisch widersprüchlichen Charakter tragen – niederwalzen und ins historische Abseits verbannen oder ob auf diesem spezifischen gesellschaftlichen Boden eine gewisse Modifizierung, eine humanere Form dieser Trends möglich erscheint.

Eine verhängnisvolle Dialektik israelischer Gesellschaftsentwicklung muss darin gesehen werden, dass ihre spezifischen inneren Polarisierungen sich immer dann Geltung verschaffen, wenn die äußeren Existenzbedingungen sich tendenziell friedlich gestalten, während bestimmte, mit der Zunahme von Gewalt und kriegerischer Auseinandersetzung verbundene äußere Bedrohungen die innergesellschaftlichen Konfliktpotenziale in der Regel mit einem erzwungenen, zeitweisen und oberflächlichen Konsens überlagern. Andererseits hing die Rolle Israels bei der Gestaltung des Nah-Ost-Konflikts gerade in den neunziger Jahren in starkem Maße von innergesellschaftlichen Transformationsprozessen ab: „Die Friedenssuche erfolgte parallel zur Öffnung der Gesellschaft, zu Liberalisierungstendenzen in der Wirtschaft und zu einem Reformschub im politischen System“ (S. 185).

Einen Vorzug des der Entfaltung dieser These gewidmeten Kapitels sehe ich darin, dass die jeweiligen Geschehnisse stets konkret in ihren historischen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen dargestellt werden. Hiesige Medien konfrontieren den Beobachter nur allzu oft mit isolierten aktuellen

Aktionen oder Äußerungen der Konfliktparteien, aus deren Wechselhaftigkeit nur schwer eine Gesamtvorstellung zu gewinnen ist. Solche Schlüsselergebnisse wie das bis heute umstrittene Verhalten Ehud Baraks und Yassir Arafats in den erfolglos gebliebenen Camp-David II-Verhandlungen, das Auf und Ab der israelischen Friedensbewegung oder der Wechsel von abenteuerlichen Aktionen und Inkonsequenzen bei Bemühungen um Entspannung seitens der Regierungspolitik finden aber nur dann eine gewisse Erklärung, wenn sie auf ihre zahlreichen und widersprüchlichen Bestimmungsfaktoren bezogen werden. Begrüßenswert ist auch der hier praktizierte schwierige Spagat jeglicher Israel-Reflexion, eine eigene Position zur israelischen Politik nicht zu verleugnen und sich der eigenen Wertung nicht zu enthalten, andererseits aber nicht der Unsitte zu folgen, wohlfeile Ratschläge oder Ermahnungen zu erteilen. Die Autorin spart nicht mit Kritik, aber sie weiß um die Probleme derer, über die sie schreibt. Sie erörtert Positionen und deren mutmaßliche Konsequenzen, verschweigt aber auch nicht, wo Probleme unter den gegebenen Bedingungen kaum eine Lösung finden werden.

Es leuchtet ein, dass die Wandlungen der letzten Jahrzehnte die geistigen Grundlagen, die Werte und das Selbstverständnis der israelischen Gesellschaft, die im Zionismus konzentrierten Ausdruck finden, nicht unberührt gelassen haben. Es geht nicht nur darum, dass diese Ideologie wie jede andere mit der praktischen Realisierung der von ihr proklamierten historischen Ziele harten Bewährungen ausgesetzt war und ist. Vielmehr gestalteten die sich hier ergebenden Umstände, die hier stattfindende Begegnung von Ideal und Wirklichkeit besonders konfliktreich. Hinzu kommt, dass der Zionismus zwar über einen Kanon grundlegender Auffassungen, Ziele und Prinzipien verfügt, aber „nie eine monolithische Bewegung“ (S. 265) war. Der generelle Konsens war stets von einem Mit-, Neben- und Gegeneinander unterschiedlicher Strömungen und vom Zwiespalt zwischen religiösen und nicht-religiösen Begründungen begleitet. Und er existiert in der – bisweilen militanten – Differenz zu nicht-zionistischen Positionen im Judentum.

Der Versuch der Autorin ist verdienstvoll, ein verallgemeinertes Bild der überaus facettenreichen innerisraelischen bzw. innerzionistischen Auseinandersetzungen zu bieten: die Stärkung eines „national-religiösen“ Zionismus nach 1967 bzw. nach 1977 (der Regierungsübernahme durch den Likud); die „postzionistischen“ Attacken auf den traditionellen, den klassischen Zionismus seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre, die sich insbesondere auf das Geschichtsbild, die Rolle Israels im jüdisch-arabischen Verhältnis und den Umgang mit der Schoah konzentrierten; die Ausformung religiöser ebenso

wie nicht-religiöser „neozionistischer“ Konzepte als Reaktion auf den innenpolitischen Rechtstrend und die zweite Intifada.

Eine Grundlinie dieser – nicht zuletzt um Bildungsinhalte und -prinzipien – geführten Auseinandersetzungen sieht Angelika Timm in der Polarisierung von stärker universalistische Ideale betonenden und sich strikt an überkommenen Grundwerten orientierenden zionistischen Positionen. Die Heftigkeit des Streits dürfe allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie „die Gesellschaft insgesamt weitgehend unberührt und unverändert ließen“. Der Zionismus sei in seinen Grundfesten und seinem Ideengebäude nicht wesentlich erschüttert worden. Zu erwarten sei daher auch weiterhin das Auftreten mehrerer „Zionismen“, die um das Primat in der Gesellschaft ringen (S. 271f.).

In einem abschließenden Ausblick auf Konfliktfelder, Entwicklungstrends und Zukunftsdebatten werden nochmals jene Trennlinien und Widerspruchsachsen benannt, die bewirken, dass trotz „deutlicher Zunahme“ eines auf Israel bezogenen Nationalgefühls und unter dem Schirm einer übergreifenden jüdisch-israelischen Identität unterschiedliche Wertesysteme und Gruppenidentitäten erhalten bleiben werden (S. 282, 285). Die Zukunft werde in bedeutsamem Maße von der Entscheidung bestimmt sein, ob Israel, dem nicht zuletzt aus der Holocaust-Erfahrung resultierenden zionistischen Konsens folgend, sich als jüdischer Staat mit demokratisch-parlamentarischen Strukturen und Regeln profilieren könne. Auf Positionen wie die des Historikers Amnon Rubinstein und des Politologen Shlomo Avineri bezugnehmend, meint Angelika Timm, der „Beobachter“ komme nicht umhin, Toleranz und Demokratie als unverzichtbar für die israelische Gesellschaft anzusehen (S. 270).

Die hier vorgestellte Sicht auf die israelische Gesellschaft ermöglicht es dem Leser, zwingt ihn aber auch dazu, Informationen und Kenntnisse über die tragische Entwicklung dieser Region in die ihnen eigenen genetischen und systematischen Zusammenhänge einzuordnen. Ihre Berücksichtigung und kritische Verarbeitung könnte dazu beitragen, die Urteilsfindung und den Meinungsstreit zu objektivieren. Der theoretische Diskurs wird unter anderem durch Fragen wie die nach einem weitergehenden Vergleich dieser israelischen mit anderen Gesellschaften, nach ihren unverwechselbaren Eigentümlichkeiten, aber auch Ähnlichkeiten oder Übereinstimmungen herausgefordert. Kritisch zu hinterfragen wären bestimmte Begrifflichkeiten und ihre hier praktizierte Verwendung (z.B. „politische Correctness“).

Bärbel Holtz

Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.), Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Berlin 2003, 1010 S., ISBN 3-931363-11-2, 69,80 €

Bekanntlich hatte das 150. Jubiläum der deutschen Revolution von 1848/49 eine Flut an Publikationen ausgelöst. Der hier anzuzeigende Band darf in der seit 1998 noch dichter bestellten Forschungslandschaft zur deutschen Märzrevolution in mehrfacher Hinsicht einen auffälligen Platz für sich beanspruchen: Er vereinigt erstens in sich 23 biografische Porträts aus den wichtigsten politischen Lagern dieser revolutionsbewegten Zeit und wagt dabei die Kombination, neben längst bekannten auch bislang unbeachtete oder bereits wieder vergessene Akteure vorzustellen. In der Auswahl seiner regionalen „Tatorte“ erfasst der Band weit mehr als nur die preußische Hauptstadt Berlin – die als Brennpunkt der Ereignisse naturgemäß einen lokalen Schwerpunkt ausmacht –, sondern setzt zweitens Schlaglichter auf die beiden preussischen Flügelprovinzen am Pregel und am Rhein, er führt den Leser nach Halle und ins Schlesische sowie über Preußen hinaus ins benachbarte Königreich Sachsen, nach Braunschweig und Lippe, nach Detmold, in die Herzogtümer Sachsen-Coburg und Gotha bis nach Österreich. Das Buch widmet sich drittens den Lebensgeschichten von Frauen und Männern, die nicht nur unterschiedlichen sozialen Schichten entstammten, sondern in verschiedensten beruflich-gesellschaftlichen Kontexten am Revolutionsgeschehen teilhatten: Da geht es um Staatsmänner und Parlamentarier, um Schriftsteller und Journalisten, um Handwerker und Handwerkerinnen. Und so begegnen dem Leser beispielsweise die Staatsmänner Ernst von Pfüel und Felix Fürst zu Schwarzenberg, die Parlamentarier Karl Heinrich Jürgens und Karl Nauwerck, neben der prominenten Bettina von Arnim auch Marie Norden und Louise Otto(-Peters) sowie die journalistisch tätigen Robert Schweichel und Heinrich Bürgers. Den Band um den Stand des Adels bereichernd, sei auch auf die sorgfältig entworfenen Studien über die „aristokratische Demokratin“ Malwida von Meysenbug sowie über den „Schirmherrn der Liberalen“ Ernst II Herzog von

Sachsen-Coburg und Gotha hingewiesen. Und der Band ist viertens nicht zuletzt auch deshalb beachtenswert, weil allen biographischen Studien umfangreiche Quellenrecherchen zugrunde liegen, die den hohen Kenntniszuwachs und Aussagewert der Beiträge ermöglichten.

Die Herausgeber möchten den Sammelband als Fortsetzung der 1970 und 1987 im Akademie Verlag Berlin erschienenen Bände „Männer der Revolution von 1848“ verstanden wissen, der, anders als seine Vorgänger, nunmehr ost- und westdeutsche Autoren gefunden hat und in seinem insgesamt ausgewogenen Profil die Vertreter der demokratischen Linken wegen eines immer noch bestehenden Forschungsdefizits leicht bevorzugt. Aber diese namhaften Persönlichkeiten, wie eben der allgemein bekannte Michail Bakunin, Julius Berends, Adolf Glaßbrenner, Karl Nauwerck oder Arnold Ruge, oder ebenso die eher weniger bekannten Personen, wie der Vater von Gustav Adolf Schlöffel, Friedrich Wilhelm Schlöffel, wie Franz Schmidt (beide Schlesier) oder die beiden Berliner Gustav Julius und Friedrich Ludwig Urban, haben wiederum so voneinander verschiedene Lebenswege genommen, dass selbst innerhalb dieser Gruppe die unterschiedlichsten Facetten der Geschichte des 19. Jahrhunderts am „gelebten Beispiel“ zum Tragen kommen.

Der Band leistet aber nicht nur die allgemein erwartete Vertiefung unserer Kenntnisse von ausgewählten Lebensskizzen, sondern vermag auf Grund der investierten Forschungsarbeit auch manche bislang bestehende Einschätzung zu relativieren oder, wenn erforderlich, sogar zu korrigieren (Arnold Ruge und Michail Bakunin). Schon allein quantitativ sprengen die 23 Aufsätze mit ihren insgesamt tausend Buchseiten den Rahmen einer auch auf Einzelstücke eingehenden Besprechung. Hervorhebenswert sind sie alle, so dass die folgende Auswahl sich vor allem den wissenschaftlichen Neuzugängen an Personen und Spezialthemen zum Revolutionsgeschehen widmet. Da wäre zum einen die umfangreiche Studie über den Berliner Julius Berends, der mit seinem parlamentarischen Antrag auf Anerkennung der Märzrevolution eine Grundsatzdiskussion in der preußischen Konstituante sowie eine Positionierung des Staatsministeriums eingefordert hatte. Der weitere Lebensweg von Berends – nach polizeilicher Verfolgung 1853 Emigration nach Amerika, Bismarck-Befürworter und Jubelnder über die Errichtung des Kaiserreiches, wobei seine Euphorie nach der 1874 erfolgten Rückkehr nach Deutschland bald einer Resignation weichen musste – darf als exemplarisch für viele Achtundvierziger gelten. Namentlich zu erwähnen wäre auch die vielschichtige Porträtskizze zu dem Braunschweiger Johannes Jacob Selenka, die sich am Wirken von Selenka auch zu solchen markanten Themen, wie den deutsch-katholischen Ge-

meinden im Vormärz und vor allem zur Handwerkerbewegung in der Revolution äußert. Hier erfährt man eingebettet in den lokal- und nationalhistorischen Kontext viele Details zur Vereinsbewegung dieser Berufsgruppe. Dieser gewerbliche Sektor steht auch im Zentrum des Gruppenporträts sächsischer Schneiderinnen, das ein bislang unbekanntes Beispiel für selbstbewusstes und couragiertes Eintreten von Frauen für ihre eigenen Interessen zum Vorschein bringt, nämlich die geplante und bewusst umgesetzte kollektive politische Aktion von Frauen, die sich gegen das von Schneidermeistern geforderte Verbot der Frauenarbeit wehrten. Um das öffentliche Auftreten und Wirken von Frauen geht es auch in dem Beitrag über Amalie Krüger, die sich als Mitstreiterin des Reformpädagogen Friedrich Fröbel nachhaltig für die Einrichtung von Kindergärten einsetzte, was im Vormärz einem demokratischen Bekenntnis gleichkam. Nach verschiedenen Lebensstationen in Deutschland und der Schweiz leitete sie seit 1850 in Hamburg einen Kindergarten, der der dortigen Hochschule für Frauen angeschlossen war und explizit den Zusammenhang zwischen Frauenbildung und Kleinkinderbetreuung problematisierte. In eine gänzlich andere, nicht minder interessante Lebenswelt führt uns die Biographie über den „alten Schöffel“, den sein Zeitgenosse Hugo Wesendonck als den radikalsten Mann der Frankfurter Paulskirche bezeichnet, der von der akademischen Historiographie durchaus auch beachtet wurde, aber bisher noch keine durchgängige biographische Beleuchtung erfahren hatte. Allein seine Entwicklung vom schlesischen Handwerkersohn zum Apothekenbesitzer und schließlich erfolgreichen Papierfabrikanten einerseits und seine Zuarbeit für Bettina von Arnims Armenbuch andererseits heben ihn aus dem damaligen Kreis der Unternehmer heraus. Sein Auflehnen gegen die Obrigkeit und seine mehrfachen Konfrontationen mit der preußischen Polizei und Strafjustiz ließen ihn im Vormärz zu einem national geschätzten Repräsentanten der bürgerlichen Oppositionsbewegung werden. Gleichfalls aus Schlesien stammte der Prediger Franz Schmidt, der bei seiner Wahl in das Frankfurter Parlament noch nicht einmal dreißig Jahre alt war und somit einer der jüngsten Abgeordneten gewesen sein dürfte. Sein Lebensweg begann auf dem väterlichen Bauerngut, führte ihn als Theologiestudent und Burschenschafter nach Breslau und Halle, als deutschkatholischen Prediger zurück ins schlesische Löwenberg, als radikaldemokratischen Parlamentarier in die Paulskirche und als Emissär der provisorischen Regierung in die Pfalz, dem sich folgerichtig nur noch die Flucht in die Schweiz und die Emigration in die USA anschließen konnte. Dass sich die Lebenswege der beiden hier vorgestellten Schlesier auch auf ganz eigene Weise berührten, illustriert die Tat-

sache, dass die Ehefrau von Franz Schmidt eine Schwester hatte, die wiederum die Braut des im Juni 1849 im Gefecht bei Waghäusel gefallenen Gustav Adolf Schlöffels, dem Sohn des „alten Schlöffel“, gewesen war.

Das weist darauf hin, dass die Studien nicht allein von ihren Hauptakteuren leben, sondern ebenso durch die Einbeziehung enger Weggefährten und Freunde, bekannter oder inoffizieller Protagonisten oder auch durch die Wahrnehmung ihrer direkten Widersacher oder gegen sie agierender Mittelsmänner. So erfährt man eben auch einiges über kurzzeitige oder andauernde, direkte oder nur mittelbare Querverbindungen der porträtierten Akteure untereinander und vor allem zu Zeitgenossen wie Georg Herwegh, Gustav Freytag und Theodor Fontane, Gustav Schurz, Alexander Herzen, Gottfried Kinkel oder Wilhelm Wolff, zu Richard Wagner und August Röckel, zu Wilhelm Stieber oder Karl Ludwig von Hinckeldey. Diese ebenfalls sehr aufschlussreiche Palette all jener „Nebendarsteller“ hätte ein Personenregister schnell sichtbar gemacht.

Sammelbände, die biographische Porträts in sich vereinen, zeichnen die betreffende Person nicht selten im Handbuch-Charakter. Die „Akteure eines Umbruchs“ haben ihre heutigen Biographen zur Aktion, nämlich zu tiefgründiger Erforschung und umfassender Darstellung bewegt. Anschaulich werden die Hauptpersonen in ihrer jeweiligen Lebens- und Erfahrungswelt porträtiert. Der wissenschaftliche Respekt vor dem (alltags-)historischen Detail erfasst die Akteure in ihrer Individualität. Ihre kenntnisreiche Verortung in die allgemeinen historischen Abläufe verleiht ihnen unaufdringliche Exemplarität. Hier wurde ein Sammelband herausgegeben, nicht weil ein Jubiläum anstand, sondern weil durch quellengesättigte Forscherneugier äußerst mitteilenswerte Lebensskizzen über bekannte und bislang unbekannt gewesene Akteure der ersten deutschen Revolution entstanden sind.

Friedbert Ficker

**Katalog „Die Thraker“. Das goldene Buch des Orpheus.
Ausstellung 23. 07.–28.11.2004, Kunst- und Ausstellungshalle der
Bundesrepublik Deutschland, Bonn. 384 S., 6 Schwarzweiß-, 742
Farbabb., 27 Karten und Pläne. Philipp von Zabern, Mainz 2004**

Es ist legitim, dass kleine Völker mit ihren spezifischen Schätzen den Anspruch auf den eigenen Anteil am Weltkulturerbe anmelden, wie dies in Bulgarien mit dem Gold der Thraker und deren sonstigen Hinterlassenschaften der Fall ist. Nachdem bereits 1974 in Paris im Petit Palais mit einer Ausstellung auf dieses lange Zeit wenig beachtete Volk aufmerksam gemacht wurde und 1980 in Köln, München und Hildesheim mit großem Erfolg Wiederholungen dieser Schau stattfanden, wird nun bis zum 28. November 2004 in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn erneut die thrakische Kunst und Kultur vorgestellt. Die aus den verschiedenen Museen Bulgariens stammenden und von Boris Danailov, dem Direktor der Nationalgalerie in Sofia, koordinierten Ausstellungsstücke werden im Anschluss in weiteren internationalen Museen gezeigt.

Mancher vertrauten Kostbarkeit begegnet man dort nach einem Vierteljahrhundert wieder, wie dem Grabfund von Varna oder den Schatzfunden von Valčitrán und Panagjurište. Aber es ist dennoch nicht nur eine Wiederholung. Dank intensiver Grabungs- und Forschungsarbeit in den letzten zwei Jahrzehnten haben sich die Funde bedeutend vermehrt, und es kann damit ein wesentlich erweitertes und vertieftes Bild geboten werden. Daran hat die in dieser Zeit gemeinsam geleistete Arbeit der Universität des Saarlandes und der Hl. Kliment Ochridski-Universität in Sofia in der südostbulgarischen Region um Drama reichlichen Anteil. Die Ergebnisse dieser vorbildlichen Kooperation werden nun zum ersten Mal vorgestellt.

Mit dieser Erweiterung erhält auch der wiederum vom Verlag Philipp von Zabern in Mainz betreute und ebenso reichhaltig wie weitgehend mit farbigen Abbildungen ausgestattete Katalog eine neue Bedeutung. Er wächst über den sorgfältig gestalteten Führer zur Ausstellung hinaus zu einem unentbehr-

lichen Nachschlagewerk zur thrakischen Kultur in Bulgarien. Damit wird die Veröffentlichung zugleich zum Gegenstand des Erinnerns an den inzwischen leider verstorbenen Saarbrücker Archäologen Jan Lichardus (nicht Lichardust, wie im Inhaltsverzeichnis irrtümlich vermerkt ist), dem die deutsch-bulgarischen Ausgrabungen ebenso mit verdankt werden, wie Ausstellung und Katalog. Die wissenschaftliche Gesamtleitung lag in den Händen von Alexander Fol, dem langjährigen Direktor des Instituts für Thrakologie der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften und Mitglied der Leibniz-Sozietät. Ihm standen als Mitarbeiter ausgewiesene Fachkräfte zur Seite, u. a. sein Nachfolger Kiril Jordanov im Institut der Akademie.

Mit dem Hinweis im Vorwort auf die Gliederung des Stoffes in sieben Abschnitte „entsprechend der sieben Saiten der Leier des Orpheus“ wird zugleich der wiederholt behandelte mythische Hintergrund des Volkes der Thraker angesprochen, die ein sprechendes Beispiel für den fruchtbaren kulturellen Austausch zwischen den alten Hochkulturen im ostmittelmeerischen und dem vorderasiatischen Raum abgeben. Auf die Rolle Thrakiens in diesem Beziehungsgefüge hat auch Alexander Fol in seiner Einleitung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bewertungen von Filov, Venedikov und Gerasimov bis zu Luschey oder Boardman hingewiesen. Im Zusammenhang mit der thrakischen Kunst als wesentlichem Aussagefeld spricht er indessen von einem Forschungsdilemma hinsichtlich der Frage nach dem dahinterstehenden geistig-schöpferischen Beweggrund, den er nicht im individuellen Kunstwerk verstanden wissen möchte.

Grundlagen zum Verständnis werden in den einzelnen Abschnitten I. Vorgeschichte, II. Das mykenische Thrakien, III. Königliche Dynastien, IV. Götter, V. Glaube und Kult, VI. Thrakische Techne und VII. Thracia Romana geboten. Doch sind abschließende und schlüssige Antworten bei den mangelnden schriftlichen Zeugnissen keineswegs immer zu erwarten. Hinweise gibt der stilistische Vergleich mit dem möglichen Anschluss an die Funde der benachbarten Kulturen, so dass sich auf diesem Weg auch das geistige Bild ergänzen lässt. Diese Verbindungen lassen sich an den aus dem Neolithikum und der frühen Kupferzeit stammenden Idolfiguren als Zeichen gemeinsamer Fruchtbarkeitskultischer Vorstellungen ebenso nachzeichnen wie an dem für die thrakische Kunst charakteristischen hochentwickelten Tierstil, für den sich aus Nimrud, bei den Medern oder in der skythischen Kunst vergleichbare Werke finden, um nur auf einige Beispiele hinzuweisen.

Wie eng und nachhaltig sich die Verschmelzungsprozesse vollzogen, zeigt die Gestalt des Telephoros im thrakischen Mantel mit Kapuze. Der Sohn

des griechischen Heilgottes Asklepios übernimmt in Thrakien die gleiche Funktion, erscheint aber in thrakischem Gewand. Der ständige Kontakt zwischen Thrakern und Griechen, der im achten bis sechsten vorchristlichen Jahrhundert begann, war ein reger Austausch im Geben und Nehmen. So ist die griechische Kultur nicht ohne Orpheus und den orphischen Kult oder ohne Dionysos und den dionysischen Kult zu denken, die thrakischen Ursprungs sind. Ebenso werden nach der Unterwerfung der Thraker durch die Römer um die Mitte des ersten nachchristlichen Jahrhunderts nun auch die römischen Einflüsse verarbeitet, wobei vor allem der „thrakische Reiter“ bemerkenswerte Variationen erfährt.

Den Bogen von der Alten Welt bis herüber in die Neuzeit spannt Alexander Fol mit seinem „Lebendiges Erbe“ überschriebenen Ausblick, der noch einmal den keineswegs immer geraden und oft eher verschlungenen Wegen alten Kulturgutes nachspürt und das Weiterwirken geistiger Kräfte erahnen lässt. In einst von den Thrakern beherrschten Rückzugsgebieten, wie im Strand_agebirge, ist heute noch das faschingszeitliche Frühjahrsbrauchtum der Kukeri mit ihren Masken lebendig, das ebenso seinen Ursprung im Bereich der Fruchtbarkeitskulte hat, wie das Nestinarenbrauchtum mit den ins Altertum zurückreichenden Feuertänzen. Hier hätte man gerne einen Hinweis auf den bulgarischen Mediziner Emanuil Scharankov und dessen verdienstvolle Forschungen zum Nestinarentum gesehen.¹ Über die Volksbräuche lenkt der Autor hier ebenso den Blick auf die orphische Folklore, auf die alte Götterwelt, um im Blick auf die mit dem Christentum verbundenen Wandlungsprozesse zu der abschließenden Erkenntnis zu gelangen: „Orpheus, der Thraker, steht am Beginn des neuen Glaubens, um diesem etwas von der Kraft der göttlichen Erkenntnis von Tod und Wiedergeburt mit auf den Weg zu geben.“

1 Emanuil Scharankov: Feuergehen. Psychologisch-physiologische und historisch-geographische Untersuchung des Nestinarentums in Bulgarien. Stuttgart 1982. Besprechung in: Südost-Forschungen 44, 1985, S. 440–442 (Fr. Ficker).